



Asperg mit Hohenasperg auf einer Ansichtskarte aus der Zeit um 1900

Ludwigsburger Geschichtsblätter

Historischer Verein für
Stadt und Kreis Ludwigsburg e.V.

Band 73/2019

Historischer Verein für
Stadt und Kreis Ludwigsburg e.V.



Ludwigsburger Geschichtsblätter

Band 73/2019 mit 107 Abbildungen

Ungeheuer+Ulmer KG GmbH+Co.
Körnerstraße 14–18, 71634 Ludwigsburg

ISSN 0179-1842

ISBN 978-3-946061-33-5

Herausgegeben vom Historischen Verein für Stadt und Kreis Ludwigsburg.

Redaktion: Dr. Thomas Schulz, Remseck,

unter Mitarbeit von Dr. Simon Karzel, Vaihingen.

Alle Rechte beim Historischen Verein für Stadt und Kreis Ludwigsburg e.V.

Für den Inhalt der Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Gesamtherstellung und Kommissionsverlag:

Ungeheuer+Ulmer KG GmbH+Co., Körnerstraße 14–18, 71634 Ludwigsburg.

Geschäftsstelle des Historischen Vereins:

Stadtarchiv Ludwigsburg, Mathildenstraße 21, 71638 Ludwigsburg.

Inhalt

Mitarbeiter an diesem Band	4
Vorwort (Elfriede Krüger)	5
Die Ersterwähnung von Asperg vor 1200 Jahren. Asperg und das Kloster Weißenburg im Elsass von Hermann Ehmer	7
Aus der Geschichte des Weinbaus in Asperg von Wolfram Berner	17
Als Asperg wieder Stadt wurde (1875) von Thomas Schulz	35
Wird die Reformation rückgängig gemacht? Der Dreißigjährige Krieg in Südwestdeutschland von Gerhard Fritz	48
200 Jahre Ludwigsburger Kreiszeitung. Stationen auf dem Weg vom Intelligenzblatt zur modernen Tageszeitung von Silke Knappenberger-Jans	68
»Aecht Franck«. Die Stiftungen und Schenkungen der Familie Franck von Günther Bergan	81
»Das Strohgäu dem Weltverkehr erschließen«. 150 Jahre Bahnhof Ditzingen von Florian Hoffmann	107
Lehrer, Dichter, Massenmörder. Ernst August Wagner aus Eglosheim von Erich Viehöfer	131
Korntal wird nationalsozialistisch (1930–1940). Streiflichter aus einer verfänglichen Zeit von Helmut Arnold	155
Fritz Schenk und die Gründung des Deutsch-Französischen Instituts von Frank Baasner	190

Buchbesprechungen 208

Bildnachweis 216

Ludwigsburger Geschichtsblätter 1900–2019 U3

Mitarbeiter an diesem Band

- Dr. Helmut Arnold, Gymnasiallehrer i. R., Korntal-Münchingen
Prof. Dr. Frank Baasner, Deutsch-Französisches Institut Ludwigsburg
Günther Bergan, Diplom-Ingenieur, Ludwigsburg
Wolfram Berner, M.A., Kreisarchivar, Marbach a. N.
Prof. Dr. Hermann Ehmer, Kirchenoberarchivdirektor i. R., Stuttgart
Prof. Dr. Gerhard Fritz, Pädagogische Hochschule Schwäbisch Gmünd
Dr. Florian Hoffmann, Stadtarchivar, Stuttgart
Uwe Jansen, Gymnasiallehrer, Ludwigsburg
Dr. Simon Karzel, Stadtoberarchivar, Vaihingen an der Enz
Dr. Michael Kitzing, Historiker, Singen
Dr. Silke Knappenberger-Jans, Historikerin, Ludwigsburg
Elfriede Krüger, Rektorin i. R., Ludwigsburg
Dr. Thomas Schulz, Kreisarchivoberrat, Remseck a. N.
Dr. Erich Viehöfer, Leiter des Strafvollzugsmuseums Ludwigsburg, Marbach a. N.
Regina Witzmann, Stadtarchivamtfrau, Stuttgart

Vorwort

Elfriede Krüger,

Vorsitzende des Historischen
Vereins für Stadt und Kreis
Ludwigsburg



Unsere Vortragsreferenten und weitere Autoren haben sich wieder mit speziellen Themen aus Stadt und Kreis Ludwigsburg beschäftigt. So möchten wir Sie mit Band 73 der Ludwigsburger Geschichtsblätter wieder dazu einladen, sich näher mit der Geschichte unseres Heimatraumes vertraut zu machen.

Der Landkreis zeigt sich weiterhin als eine sich gut entwickelnde, wirtschaftlich stabile und im sozialen und kulturellen Bereich engagierte und interessant vielfältige Region. Die Herausforderungen durch den zunehmenden Verkehr, insbesondere den Individualverkehr, warten aber noch immer auf Lösungen.

Nach langwierigen und teilweise schwierigen Verhandlungen konnten sich nun die beteiligten Anliegerkommunen und der Landkreis auf eine Variante einer Stadtbahn einigen und es konnte die Anmeldung zur Aufnahme in das Förderprogramm beim Bund getätigt werden. Die favorisierte Niederflurvariante der Stadtbahn ermöglicht eine durchgängige Straßenbahnverbindung von Remseck über Ludwigsburg, Möglingen bis Markgröningen und mit einem weiteren Ast die Anbindung der Ludwigsburger Stadtteile Oßweil und Schlosslesfeld. Mit dem Ziel, bis zur endgültigen Umsetzung

der Stadtbahn eine schnellere Entlastung der Verkehrssituation im Stadtgebiet Ludwigsburg zu erreichen, plant die Stadt Ludwigsburg parallel dazu den Aufbau eines Bus-Rapid-Transit-Systems (BRT) sowie die Reaktivierung der alten Eisenbahntrasse zwischen Ludwigsburg und Markgröningen.

Auch die Verwaltungsspitzen in der Stadt und im Kreis unterliegen der Veränderung. Nach zwei Amtsperioden wurde der bisherige Oberbürgermeister Werner Spec – trotz zahlreicher Erfolgsprojekte für die Stadt – nicht wiedergewählt. Sein Nachfolger Matthias Knecht hat sein Amt im September angetreten. Landrat Dr. Rainer Haas hat nach 24 Jahren als erfolgreicher und weithin geschätzter oberster Repräsentant des Landkreises auf eine Wiederkandidatur verzichtet. Am 4. Januar 2020 wird er als dienstältester Landrat in Baden-Württemberg aus seinem Amt ausscheiden. Die Wahl des Nachfolgers steht noch aus.

Als Bürger möchten wir sowohl Werner Spec wie Rainer Haas für ihre engagierte und erfolgreiche Arbeit zum Wohle der Menschen in Stadt und Kreis Ludwigsburg danken. Als Verein bedanken wir uns auch bei beiden für die wohlwollende und interessierte Begleitung unserer Vereinsarbeit. Wir wünschen beiden weiterhin Gesundheit und viel Freude in einem neuen Lebensabschnitt. Dem neu gewählten Oberbürgermeister Matthias Knecht und dem neuen Landrat wünschen wir Freude und Erfüllung bei ihren schwierigen Aufgaben, immer den Blick auf die betroffenen Menschen und ihre Bedürfnisse, Visionen für die Zukunft und das Aufspüren guter Kompromisse zu erfolgreichen Lösungen.

Auch in unserer Vereinsarbeit haben sich Veränderungen ergeben. Im Jahre 1900 erschienen zum ersten Mal unsere »Ludwigsburger Geschichtsblätter« und Kommissionsverlag wurde »J. Aigner, Kgl. Hofbuchhandlung«. Bis zur bedauerlichen Schließung der Buchhandlung Aigner im Januar 2019, über einen Zeitraum von fast 120 Jahren und der Herausgabe von 72 Bänden der Ludwigsburger Geschichtsblätter, war uns »der Aigner« als Kommissionsverlag ein zuverlässiger und zugeneigter Partner. Wir sagen herzlichen Dank für diese lange Zusammenarbeit, insbesondere bei den beiden letzten Eigentümern Hermann und Peter Aigner. Hermann Aigner verzichtete 1979 zum 175. Gründungsjubiläum der Buchhandlung auf eine Festschrift und finanzierte stattdessen den Band 30 der Ludwigsburger Geschichtsblätter, der »Das Schicksal der jüdischen Bürger von Ludwigsburg während der Zeit der nationalsozialistischen Verfolgung« zum Thema hatte. Auch dafür nochmals Dank und Anerkennung.

Ebenso ergab sich die Beendigung der langjährigen und guten Zusammenarbeit mit Karl-Heinz Zimmerstädt, der für Produktion und Layout der Geschichtsblätter verantwortlich war, und Walter-Medien GmbH in Brackenheim-Hausen, die die Gesamtherstellung in ihren Händen hatten. Wir bedanken uns bei den Mitarbeitern der Walter-Medien GmbH für die Qualität und Sorgfalt ihrer Arbeit. Karl-Heinz Zimmerstädt danken wir herzlich für seine Mitarbeit, die er über drei Jahrzehnte hinweg stets mit höchster Akribie und viel Herzblut ausgeführt hat.

Also mussten wir neue Partner suchen und kamen auf alte Spuren zurück. In Band 1 können wir nachlesen: »Druck der Kgl. Hofbuchdruckerei Ungeheuer & Ulmer, 1900«. Ab dem nun vorliegenden Band 73 sind »Ungeheuer + Ulmer. Verlag. Druckerei. Plakat-Institut« unsere neuen Partner. Hier sind nun Layout, Druck, Kommissionsbuchhandlung und freier Verkauf in einer Hand vereint. Wir freuen uns auf eine hoffentlich gute und lange Zusammenarbeit.

Mit diesem Band halten Sie nun ein Exemplar in gewohnt hoher Qualität der Beiträge wie auch des Erscheinungsbildes, aber mit einem neuen Layout in Händen. Etwas frischer Wind tut auch dem Historischen Verein gut. Wir hoffen auf Ihre Zustimmung.

Zum Abschluss noch mehr Dank: an die Stadt Ludwigsburg, den Landkreis Ludwigsburg und die Wüstenrot-Stiftung für ihre langjährige finanzielle Unterstützung, an die Autoren und Mitarbeiter dieses Bandes, den Mitgliedern, Spendern und Förderern des Vereins und besonders Dr. Thomas Schulz für die bewährte Redaktion.

Allen Lesern dieses Bandes wünschen wir neue Einblicke in die Geschichte von Stadt und Kreis Ludwigsburg und ein gutes Jahr 2020.

Im Oktober 2019

Elfriede Krüger

Die Ersterwähnung von Asperg vor 1200 Jahren

Asperg und das Kloster Weißenburg im Elsass¹

von Prof. Dr. Hermann Ehmer,
Stuttgart; bis 2008 Direktor des
Landeskirchlichen Archivs Stutt-
gart; Veröffentlichungen
zur südwestdeutschen Landes-
und Landeskirchengeschichte.



Wenn wir versuchen, uns um 1200 Jahre zurückzudenken, treffen wir auf eine völlig andere Welt. Im Jahre 819, im sechsten Regierungsjahr des Kaisers Ludwig des Frommen (814–840), des Sohns und Nachfolgers Karls des Großen, war die Welt anders als die unsrige, nicht nur hinsichtlich der technischen Möglichkeiten, die sich in den letzten zwei Jahrhunderten besonders schnell verändert haben. Vielmehr herrschten damals auch andere staatliche, verfassungsmäßige und rechtliche Verhältnisse, insbesondere hinsichtlich der Rechte des Einzelnen. Diese Andersartigkeit können wir hier nicht darstellen, sondern lediglich anzudeuten versuchen.

Zunächst ist aber zu fragen, warum Asperg nur 1200 Jahre alt sein soll. Ist der Ort auf dem Berg nicht älter? Die vielbeachtete Keltenausstellung, die 2008 hier gezeigt worden ist, hat doch belegt, dass der Berg schon vor mehr als zweieinhalb Jahrtaus-

den besiedelt war.² Zeugen dafür sind die Grabstätten der Keltenfürsten: das Kleinaspergle, der Grafenbühl, der rekonstruierte Grabhügel von Hochdorf und die anderen. Von jedem dieser Grabhügel ergibt sich eine Sichtbeziehung zum Asperg. Schon deswegen kann kein Zweifel daran sein, dass die hier Begrabenen einst auf dem Asperg residierten. Es muss zudem ausreichend Leute gegeben haben, die diese Grabhügel in wochen-, wahrscheinlich aber monatelanger Arbeit aufschütteten. Dies setzt eine gesellschaftliche Organisation voraus, über die man jedoch so gut wie nichts weiß, außer dass es gewiss oben und unten gegeben hat, also eine ständisch gegliederte Gesellschaftsstruktur.

Für uns ist hier zunächst von Bedeutung, dass nicht überliefert ist, wie die Kelten den Berg genannt haben, da sie ja keine Schrift kannten. Auch aus der römischen Zeit ist uns kein Name für den Asperg bekannt. Die Peutinger-Tafel, die einzige in einer mittelalterlichen Abzeichnung überlieferte Weltkarte der Antike, entstanden in der Zeit um 200 v. Chr.³, zeigt uns im Südosten die arabische Wüste, Persien und Indien bis zum Ganges. Im Norden erscheint aber der Raum östlich des Rheins, zwischen den Alpen und dem nördlichen Meer in der uns interessierenden Region in einer beträchtlichen Verkürzung. In der »Alamannia« ist die »Silva Marciana« (Schwarzwald) zu sehen. Da es sich um

eine Straßenkarte handelt, wird der Straßenzug von »Vindonissa« (Windisch) über »Brigobanne« (Hüfingen), »Arae Flaviae« (Rottweil), »Sumelocenna« (Rottenburg), »Grinario« (Köngen), »Clarena« (Donnstetten), »Ad Lunam« (Urspring), »Aquileia« (Heidenheim), »Opia« (Oberdorf am Ipf) und weiter nach »Reginum« (Regensburg) dargestellt. Vom Asperg keine Spur.

Immerhin erwähnt ein spätantiker Geograph, der um 700 in Ravenna gelebt hat, dessen Name uns aber unbekannt ist, einen Ortsnamen »Ascis«, den man als »Asciburg« ergänzen und mit unserem Asperg identifizieren möchte.⁴ Doch muss dies Vermutung bleiben.

In diesen Fällen ist es üblich, sich an die früheste datierte, schriftliche Erwähnung zu halten, die in unserem Fall eben aus dem Jahr 819 stammt. Dabei spielt natürlich der Zufall – in erster Linie der Zufall der Überlieferung – eine Rolle, denn so viel Schriftliches aus der Zeit vor 1200 Jahren gibt es nicht. Aber so gut wie alles aus dieser Zeit stammt aus Klöstern, als den Orten, in denen Lesen und Schreiben gepflegt wurde, in erster Linie für den gottesdienstlichen Gebrauch, dann aber auch, um Besitz zu dokumentieren, für den schriftlichen Nachweis von Besitztiteln, falls diese einmal streitig gemacht würden. Eine andere Frage war freilich, wie so ein Rechtsanspruch im Streitfall durchgesetzt werden konnte.

In der Regel geht es bei den entsprechenden Aufzeichnungen um Grundbesitz, um Rechte und Einkünfte, die diesen Klöstern zugewendet wurden. Solche Schenkungen erfolgten auch damals in einem förmlichen Rechtsakt, öffentlich und unter Zeugen. Die Ausstellung von Urkunden für solche Zwecke war noch nicht üblich, Pergament- und Siegel-Urkunden gibt es erst aus späterer Zeit. Diesem Mangel hat man dann nicht selten nachgeholfen durch die nachträgliche Anfertigung von Urkunden in der gewohnten Form, die man als Urkundenfälschungen bezeichnet.

Da diese Fälschungen zumeist tatsächlich bestehende Rechtsverhältnisse beschreiben, ist es in jedem einzelnen Fall Aufgabe der Forschung, diese zu ermitteln und das Maß der Fälschung herauszuarbeiten.

Darum geht es freilich in unserem Fall nicht. Bei einer solchen Schenkung, der wir die Ersterwähnung von Asperg verdanken, wurden sogenannte Traditionsnotizen gefertigt, gewissermaßen als Protokolle der Übergabeverhandlungen. Somit war bereits ein gewisser Grad der Schriftlichkeit erreicht, denn für den Fall, dass keiner der Zeugen einer solchen Übergabeverhandlung mehr lebte, stellte sich die Frage, wie ein Besitztitel bewiesen werden konnte, wenn etwa die Nachkommen eines Schenkers die Schenkung anfochten. Um der besseren Handhabung willen war es irgendwann notwendig, die zerstreuten Traditionsnotizen zusammenzufassen und aufzuschreiben. Solche Traditionsbücher sind manchmal auch nur in späteren Abschriften erhalten.

Es handelt sich in dieser Zeit des 9. Jahrhunderts um eine verhältnismäßig kleine Zahl von Klöstern, denen wir in der Regel unsere 1200-Jahr Feiern, nicht nur in Asperg, sondern auch anderwärts in Südwestdeutschland, verdanken. Es sind dies die Klöster Ellwangen, Fulda, Lorsch, Reichenau, St. Gallen in der Schweiz und Weißenburg im unteren Elsass. Alle diese Benediktinerklöster sind in der ersten Hälfte des 8. Jahrhunderts gegründet worden. Zumeist konnten diese Gründungen auf Vorläufern aufbauen, etwa auf einer Zelle, einer älteren Niederlassung eines einzelnen Mönchs. Es ist deswegen in manchem Fall schwierig, ein genaues Gründungsdatum anzugeben.

Es fällt auf, dass alle genannten Klöster außerhalb oder am Rande von Südwestdeutschland liegen. Dies ist auf den Verlauf der Christianisierung in unserem Raum zurückzuführen, auf den wir hier freilich nicht weiter eingehen können. Diese frühe Kir-

chengeschichte unseres Landes ist auch der Grund dafür, dass selbst noch weiter entfernte Klöster einzelne Besitzungen in unserem Raum hatten, wie Prüm in der Eifel, St. Denis bei Paris und St. Martin in Tours. Im großen Ganzen bleibt es aber bei dem halben Dutzend der erwähnten Klöster.

Es handelt sich hierbei um sogenannte Reichsklöster⁵, so benannt, weil sie wichtige Stützpunkte der königlichen Macht der Karolinger waren, die im Frankenreich um die Mitte des 8. Jahrhunderts das alte Königsgeschlecht der Merowinger abgelöst hatten. Unter den Karolingern bildete sich in der fränkischen Reichskirche die Rechtsform der Eigenkirche heraus.⁶ Dies besagt, dass ein Grundbesitzer, der auf seinem Grund und Boden eine Kirche stiftet und dotiert – also mit Einkünften ausstattet, die zum Unterhalt des Priesters, des Kirchengebäudes und sonstiger kirchlicher Aufgaben wie der Armenpflege dienen –, damit auch Rechte an dieser Kirche erwirbt, die vererbt, verkauft und vertauscht werden können. Das Eigenkirchenrecht hat in der reduzierten Form des Patronats, also des Rechts der Einsetzung des Priesters, bis in die Neuzeit überlebt. Das Eigenkirchenrecht war auch bestimmend auf der Ebene des Reichs, vor allem hinsichtlich der genannten großen Klöster, aber auch im Blick auf die Bischöfe, was ja später zum Investiturstreit führte.

Gestützt auf das Eigenkirchenrecht wurden die großen Klöster als Reichsklöster zu Machtzentren in der Verfügung des Königs, der die Äbte einsetzte. Es fand hier auch ein Austausch mit dem königlichen Hof statt, in der Weise, dass Kleriker als Mitglieder der Hofkapelle, die nicht nur für den Gottesdienst, sondern auch für die Schriftlichkeit des Regierungshandelns zuständig waren, als Äbte eingesetzt wurden. Diese Kleriker konnten im Bedarfsfall auch als Diplomaten verwendet werden.

Die Reichsklöster standen in gewisser Konkurrenz mit den Bischöfen. Bonifatius (†

754)⁷ war ja vom Papst beauftragt worden, für den Aufbau einer bischöflichen Organisation in Deutschland zu sorgen. Dies gelang ihm auch, jedoch nicht im fränkischen Reich, wo die aufstrebenden Karolinger selbst ihre Macht über die Kirche ausüben wollten. Hier gewannen die bischöflichen Diözesen erst später ihre Bedeutung. Vorläufig waren die Reichsklöster wichtiger, nicht nur als königliche Machtzentren, sondern auch als Zentren geistlichen und geistigen Lebens, in der Pflege der Schriftlichkeit mit ihren Skriptorien und Bibliotheken. Damit schufen diese Klöster die Voraussetzungen für die karolingische Renaissance unter Karl dem Großen (reg. 768–814), durch die Sicherstellung der Überlieferung antiker, heidnischer und christlicher Autoren. Dadurch wurde die spätere mittelalterliche Gelehrsamkeit erst ermöglicht.

So viel zu den Strukturen der Welt vor 1200 Jahren, der wir die erste schriftliche Erwähnung von Asperg im Jahr 819 verdanken. Doch worum geht es hier? Asperg erscheint in der schriftlichen Nachricht über eine Schenkung an das Kloster Weißenburg im Elsass.⁸

In Weißenburg an der Lauter, südlich von Landau, knapp hinter der heutigen Grenze, ist von diesem Kloster noch eine mächtige gotische Kirche aus dem 13./14. Jahrhundert mit einer altertümlich-eindrucksvollen romanischen Krypta erhalten. Weißenburg gehörte zum alten Bistum Speyer, die Bischöfe von Speyer waren später oft in Personalunion Äbte von Weißenburg. Das Reichskloster Weißenburg erlebte im 10. Jahrhundert die Zeit seiner höchsten Blüte, unter Otto dem Großen (936–962) gelangte es zur Reichsunmittelbarkeit. Das Spätmittelalter war für das Kloster eine Zeit des Niedergangs, 1524 wurde es in ein Kollegiatstift umgewandelt. Das klösterliche Leben endete damit, die Stiftsherren lebten von ihren Pfründen. 1546 wurden die Weißenburger Einkünfte der Tafel des Bischofs von Speyer



*Weißenburg im Unterelsass in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts;
Stich von Matthias Merian aus der »Topographia Alsatiae«. Links, südlich von der Stadt,
ist der Klosterbezirk mit der mächtigen Stiftskirche zu erkennen.*

zugewiesen. Da Weißenburg seit dem Frieden von Rijswijk 1697 zu Frankreich gehörte, wurde das Kloster 1789 aufgehoben.

Kloster Weißenburg hatte von Anfang an Besitzungen in Lothringen und im Elsass, aber auch im Worms- und Speyergau. Zu diesen letzteren zählt Asperg, das noch zur alten Diözese Speyer gehörte. Asperg stand als Weißenburger Besitz in unserer Gegend nicht allein. Solcher Besitz findet sich auch in Bietigheim, Bissingen, Erligheim, Großsachsenheim, ebenso in Heimerdingen, Hemmingen, Höfingen, Renningen, Weisach und anderwärts.⁹

Es ist also eine Weißenburger Aufzeichnung, nämlich der um 870 geschriebenen »Codex traditionum« oder »donationum«, das Schenkungsbuch des Klosters, in dem

Asperg zum Jahr 819 erstmalig erwähnt wird.¹⁰ Freilich wird die Jahreszahl nicht genannt, die Datierung nennt nicht das Jahr nach Christi Geburt, sondern das Regierungsjahr des Kaisers Ludwig des Frommen, was nicht unüblich ist. Ein weiteres Datierungsmerkmal ist die Nennung des Abtes Gerhoh von Weißenburg (819–826), in dessen Amtszeit die im Folgenden zu besprechende Schenkung fällt. Doch worum geht es hier?

Ein nicht näher bezeichneter Gozbert übergibt durch einen gewissen Zeisolf dem Kloster Weißenburg vier Leibeigene als Almosen, und zwar in seinem eigenen Namen und dem seines Vaters Berolf. Man darf wohl annehmen, dass das Almosen (»elemosina«) zugunsten des Seelenheils des

Schenkens und seines Vaters gegeben wurde, wie es in späteren dergleichen Schenkungsakten ausgedrückt wird.

Die Namen der dem Kloster übergebenen Leibeigenen werden genannt. Sie heißen Folcbert, Arnort, Uuilsuind und Isanburg. Den Namensformen nach zu schließen handelt es sich um zwei Männer und zwei Frauen. Man kann annehmen, dass die vier in Asperg lebten. Sie sind somit die ersten namentlich bekannten Asperger.

Die Leibeigenschaft¹¹, die sich über die Mutter vererbte und die übrigens im Königreich Württemberg formal erst 1818 aufgehoben wurde, besagt, zu welchem Herrn man gehört. Es ist daher die Vorform der modernen Staatsangehörigkeit. Leibeigenschaft bedeutet hier die Pflicht zur Leistung einer jährlichen Abgabe, wobei drei von ihnen jährlich fünf Pfennige (»denarios«) zu geben haben, Folcbert aber nur vier Pfennige. Dieser jährliche Zins soll der Messe des heiligen Martin zugutekommen, wobei anzunehmen ist, dass diese Messe in Asperg gehalten wurde. Damit wird die Annahme erhärtet, dass die Schenkung zugunsten des Seelenheils des Schenkens und seines Vaters erfolgte.

Ihren schriftlichen Niederschlag fand die Schenkung in einer sogenannten Traditionsnotiz, die gewissermaßen das Protokoll der öffentlichen Übergabeverhandlung darstellt.¹² Nachdem die Sache, um die es hier geht, abgehandelt ist, folgt noch eine Strafandrohung für diejenigen, die diesen Anordnungen zuwiderhandeln, wobei nicht nur die Strafe Gottes und der Heiligen, sondern auch eine Geldstrafe in Aussicht gestellt wird.

Als Ort der Handlung wird die »villa cognominata Assesberg« genannt, die »villa«, die Asperg zubenannt ist. Nun kann das lateinische »villa« verschiedene Bedeutungen haben: Dorf, Ort oder Hof.¹³ Für die Karolingerzeit ist hier das »Capitulare de villis«, die Landgüterordnung Karls des Großen einschlägig, mit der dieser Anordnungen für die Verwaltung des Krongutes erlässt, um dieses

für die Versorgung des reisenden Hofes und des Heeres ergiebig zu halten.¹⁴ Ob freilich die »villa« Asperg zur karolingischen Kron-domäne gehörte, muss dahingestellt bleiben, da man hier mit Übergangsformen zwischen Amt und Erbllichkeit rechnen muss. Jedenfalls meint »villa« hier einen größeren Güterkomplex, der vom Asperg aus verwaltet wurde.

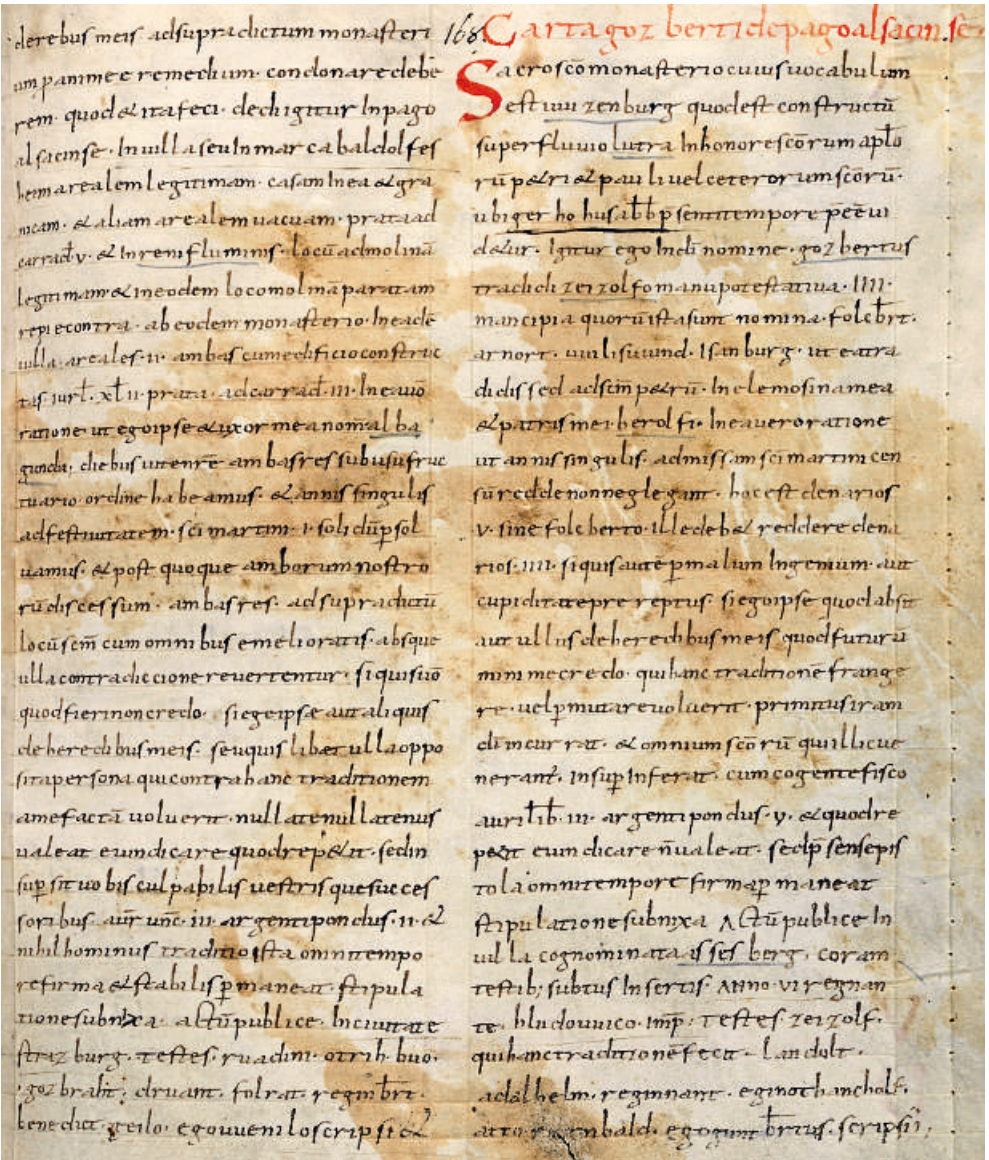
Mit der Deutung des Begriffs »villa« verbindet sich die Frage, wer dieser Gozbert ist. Er wird nicht näher bezeichnet. Für die Annahme, dass er Graf des Glemsgau war¹⁵, spricht sein Verfügungsrecht über die Leibeigenen. Im Jahre 902 ist im Lorscher Kodex die Rede von Hirschlanden, Ditzingen und Gerlingen im Glemsgau, in der Grafschaft des Grafen Gozbert (»in comitatu Gozberti comitis«).¹⁶ Ob damit unser Gozbert des Jahres 819 gemeint ist oder ein anderer, der knapp acht Jahrzehnte später lebte, muss dahingestellt bleiben. Gleichwohl hat die Annahme, dass der Gozbert des Jahres 819 Graf des Glemsgau war, eine gewisse Berechtigung.

Gozbert beauftragte einen gewissen Zeisolf mit der Übergabe, dem Vollzug seiner Schenkung. Allerdings wird nicht gesagt, warum dessen Vermittlung nötig war. Der Name Zeisolf kommt im 13. Jahrhundert, als es bei den Adligen üblich geworden war, sich nach einem Ort zu nennen, bei den Herren von Magenheim vor.¹⁷ Als weitere Zeugen werden noch Landolt, Adalhelm, Reginant, Egino, Thancholf, Atto und Reginbald genannt sowie ein gewisser Guntbertus, der sich als Schreiber der Traditionsnotiz, der Übergabeverhandlung bezeichnet. Ob dieser Guntbert ein Angehöriger des Klosters war, erscheint möglich.

Die Traditionsnotiz vom Jahre 819 ist nicht die einzige Nachricht über Weißenburger Besitz in Asperg. In der Mitte des 10. Jahrhunderts wurde in Weißenburg der »Codex Edelini«, ein Besitzverzeichnis angelegt, das auch den nicht unbeträchtlichen Besitz in Asperg nachweist¹⁸, ohne dass ge-

sagt wird, wann und wie dieser jeweils an das Kloster gelangt ist. Es handelt sich um einen Herrenhof (»curtis dominica«) mit zwei Hufen (»mansu«)¹⁹ auf Salland (»terra sallica«), die vom Grundherrn, in diesem

Fall dem Beauftragten des Klosters Weißenburg selber mittels Knechten und Fronpflichtigen bebaut wurden. Ferner besaß Weißenburg hier Weinberge, die zwei Fuder Wein ertrugen und Wiesen zu 13 Fuder



Seite aus dem Schenkungsbuch des Klosters Weißenburg, geschrieben um 870. Der Eintrag über Asperg steht in der rechten Spalte. Die Überschrift dieser Spalte (in rot) verweist Gozbert irrtümlich ins Elsass. Der Name »Assesberg« findet sich in der sechsten Zeile von unten.

Heu.²⁰ Dem Kloster gehörten auch die beiden Kirchen (»basilice«) am Ort, mit ihren Zehnten sowie eine Mühle. Hinzu gehörten noch 23 Hufen, die von leibeigenen Bauern bearbeitet wurden. Neun der Hufen waren mit Gebäuden versehen. Von jeder waren 15 Seidel (»situlas«) Bier (»cervisa«) zu liefern, je ein Ferkel (»frixingum«) im Wert von einem Schilling, zehn Ellen Leinen (»camisile«), vier Ellen breit, sowie drei junge Hühner und 15 Eier. Jeder war verpflichtet, mit seinem Wagen Fuhrdienste zu leisten, die Weinberge zu bearbeiten und bei der Heu- und Getreideernte mitzuhelfen.

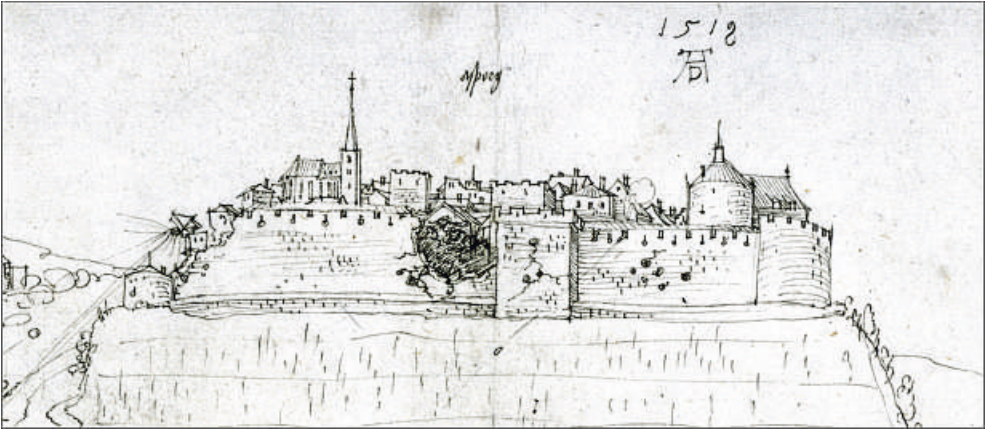
Die Liste gibt bei näherer Betrachtung auch Aufschluss darüber, wie der nicht unbeträchtliche Besitz in Asperg, der von dem Kloster Weißenburg doch etliche Tagreisen entfernt war, verwaltet wurde. Es gab einen zentralen Herrenhof, an dessen Spitze ein Maier oder Vogt stand, von dem zwei Hufen unmittelbar bewirtschaftet wurden, und eine ganze Reihe davon abhängiger Höfe, deren leibeigene Inhaber zu Abgaben und Diensten auf dem Herrenhof verpflichtet waren. Die Leibeigenen gehörten zum Grund und Boden, die Gerichtsbarkeit über sie stand ebenfalls dem Herrenhof zu. Man nennt diese Verfassung eine Grundherrschaft, ein Begriff, der nicht aus dem Mittelalter stammt, sondern von der Wissenschaft eingeführt worden ist.²¹

Die hier genannten zwei Hufen auf Salland sind Jahrhunderte später noch fassbar. In der Zeit des Grafen Eberhard des Greiners von Württemberg (1344–1392) wurde ein Urbar, ein Verzeichnis der herrschaftlichen Einkünfte von Stadt und Amt Asperg angelegt.²² Hier erscheinen zwei große Höfe, wovon der eine 90 Morgen Äcker und 7 Mannsmahd Wiesen, der andere 93 Morgen Äcker und 9 Tagwerk Wiesen umfasst.²³ Auch noch im Asperger Lagerbuch von 1523²⁴, einer vergleichbaren Quelle, sind diese Höfe zu erkennen, die allerdings im Laufe der Zeit aufgeteilt worden sind. Die oben beschrie-

bene Grundherrschaft hatte sich schon im Spätmittelalter aufgelöst.

Es mag verwundern, dass auch zwei Kirchen zu der Weißenburger Grundherrschaft des 10. Jahrhunderts in Asperg gehörten.²⁵ Dies ist eine Folge des oben beschriebenen Eigenkirchenrechts. Die Doppelung stellt zunächst ein Rätsel dar. Ob sie denselben Grund hat wie bei den beiden Kirchen in Ditzingen, wo die durch den Ort gehende Diözesangrenze die Speyerer und die Konstanzer Kirche voneinander scheidet?²⁶ Schließlich war der Asperg auch eine Grenzmarke, denn nach den Auseinandersetzungen zwischen Alemannen und Franken um 500, die in der Überlieferung in der Schlacht von Zülpich zusammengefasst werden, verlief die Grenze vom Vogesenkamm und dem Hagenauer Forst nach Osten, überquerte den Rhein, folgte dem Oostal bis zur Hornisgrinde, dann dem Teinach- und Glemstal entlang zum Asperg und dem Lemberg (bei Marbach) und weiter zum Hohenberg (bei Aalen) und zum Hesselberg (bei Dinkelsbühl). Das Gebiet nördlich dieser Grenzlinie wurde in das fränkische Reich eingegliedert.

Diese Linie bildete dann auch die Grenze zum alemannischen Bistum Konstanz, wobei es im Laufe der Zeit hier und da zu Verschiebungen gekommen ist, da Asperg schließlich ganz zum Bistum Speyer gehörte. Die einfachste Lösung des Rätsels der beiden Kirchen dürfte aber sein, dass sich auf dem Berg eine Martinskirche befand, die dem Heiligen der Franken geweiht war. Die Michaelskirche wird man in der Siedlung am Fuße des Berges vermuten müssen²⁷, an dem Platz, an dem sie heute noch steht.²⁸ Nach den Baumaßnahmen, die nicht nur 1557, sondern immer wieder an dem Kirchengebäude vorgenommen werden mussten, erinnert vor allem das Patrozinium, der Kirchenheilige, der auf dem Schalldeckel der um 1600 entstandenen Kanzel besonders eindrücklich dargestellt ist, an die »basilica« des 9. und 10. Jahrhunderts. Am



Asperg 1519 in der Zeichnung von Albrecht Dürer (Ausschnitt). Die Bebauung des Berges ist geteilt in Burg (rechts, östlich) und Stadt (links, westlich). Auf der Burgseite fällt der große runde Turm auf, der aus der Stauferzeit, vermutlich aus dem 12. Jahrhundert stammt. Die Stadtseite ist gekennzeichnet durch die Martinskirche, deren Erscheinungsbild einen spätmittelalterlichen Eindruck macht.

Südabhang des Aspergs befand sich ja ein alter Siedlungsplatz, wie das nördlich der Bahnhofstraße festgestellte Gräberfeld aus der Merowingerzeit belegt.²⁹ Da diese Siedlung stets im Schatten des Aspergs blieb, wird uns ihr Name Weißenberg (»Wychenberg«) erst aus dem erwähnten Lagerbuch von 1523 bekannt.³⁰ Daneben erscheint aber auch schon Unterasperg.³¹

Die Martinskirche auf dem Berg ist im 16. Jahrhundert dem Bau der Festung zum Opfer gefallen. Von dieser Kirche vermittelt uns Albrecht Dürer in seiner bekannten Zeichnung einen Eindruck. Es darf nämlich angenommen werden, dass die Zeichnung für die Bebauung des Berges Wirklichkeitsnähe beanspruchen kann.³² Es handelt sich um eine Chorturmkirche, wobei das Turmuntergeschoss den Chor bildet. Das Kirchenschiff ist durch einen niedrigeren Zwischenbau mit dem Turm verbunden.

Der ziemlich bedeutende Weißenburger Besitz in Asperg weckte natürlich Begehrlichkeiten. In der zweiten Hälfte des 10. Jahrhunderts heißt es, dass Herzog Otto von Schwaben (973–982) dem Kloster zwei Herrenhöfe

in Asperg und Hemmingen mit allem, was dazu gehört, weggenommen habe.³³ Otto war 973 von Kaiser Otto II. zum Herzog von Schwaben eingesetzt worden und erhielt 976 noch das Herzogtum Bayern dazu, so dass er der mächtigste Fürst im Süden des Reiches wurde.³⁴ Es ist somit kein Wunder, dass er sich diesen Eingriff in die Weißenburger Rechte leisten konnte. Später erscheint der Asperger Besitz wieder beim Kloster Weißenburg, ohne dass gesagt werden könnte, wie dies geschah. Asperg wurde nämlich Lehen der Pfalzgrafen von Tübingen, die sich dann auch Grafen von Asperg nannten.³⁵ 1191 urkundet Pfalzgraf Rudolf von Tübingen auf dem Asperg³⁶, ebenso Pfalzgraf Wilhelm 1244.³⁷ Es kann also angenommen werden, dass hier zumindest deren zeitweiliger Wohnsitz war. Besonders aufschlussreich ist, dass 1259 von zwei Brüdern, den Grafen Rudolf und Ulrich, sich der erstere von Tübingen, der andere von Asperg nennt.³⁸

Mit Urkunde vom 24. März 1308³⁹ übergab Graf Ulrich von Asperg dem Grafen Eberhard I. von Württemberg (1279–1325) Burg und Stadt Asperg, die Burg Richten-

berg⁴⁰ und den Glemsgau mit Leuten und Gütern, mit der Grafschaft, den Lehen und den Lehensleuten, die dazu gehören, mit dem Wildbann, mit den Kirchsätzen und mit allen Rechten, jedoch ohne das Dorf Münchingen, das der Mutter des Grafen Ulrich verschrieben war. Dies scheint nun doch ein Ausverkauf zu sein, wobei bemerkenswert ist, dass kein Preis genannt wird. Es handelt sich hier also nicht um eine Kaufurkunde, vielmehr wird die vollständige Übergabe des Glemsgaus mit Asperg und Richtenberg, jedoch ohne Münchingen beurkundet. Es ist zu vermuten, dass Graf Eberhard schon vorher Zahlungen an Graf Ulrich geleistet hat und Asperg bereits als Pfand besaß. Darauf deutet zum einen, dass in einer Urkunde vom 5. November 1300 als Schultheiß von Stuttgart ein Heinrich erscheint, von dem es heißt, er sei früher Vogt in Asperg gewesen.⁴¹ Offensichtlich hatte er in dieser Funktion die Rechte des Württembergers in Asperg wahrzunehmen. Eine weitere Urkunde, ausgestellt in Ulm am 25. Juli 1304 von König Albrecht, lässt die politischen Zusammenhänge erkennen, in denen der Erwerb des Aspergs durch Württemberg zu sehen ist.⁴² Der König versprach nämlich dem Grafen, ihn nicht am Erwerb von Gütern von Graf Ulrich von Asperg oder von dem Markgrafen von Baden zu hindern. Von den Gütern des Grafen von Asperg wird freilich hier nur die Burg Richtenberg mit Zubehör genannt.

Bei diesem Zusammentreffen des Königs aus dem Hause Habsburg und des Grafen von

Württemberg in Ulm Ende Juli 1304 wurden noch weitere Urkunden ausgestellt. Diese sind die Ergebnisse von Verhandlungen, bei denen es um die Abgrenzung der jeweiligen Erwerbspolitik in Schwaben nach dem Ende der Staufer ging.⁴³ Der König aus dem Hause Habsburg gab dem Grafen im Glemsgau, im Murr- und Bottwartal freie Hand, der Graf versprach dem Hause Habsburg, sich im Albvorland zurückzuhalten, wo die Habsburger bereits Güter der Herrschaft Teck erworben hatten. Man kann also annehmen, dass Graf Eberhard Asperg schon 1304 im Pfandbesitz hatte und dieses 1308 dann endgültig in seinen Besitz übergang.

Von der Lehensherrschaft des Klosters Weißenburg ist dabei keine Rede. Allerdings verspricht Graf Ulrich in der Urkunde von 1308, dass er seine Lehen dem Lehensherrschaft aufgeben und ihn bitten wird, sie neu zu verleihen. Das kann aber auch nur eine formelhafte Wendung sein. Immerhin lieferte Markgraf Hermann VIII. von Baden wohl 1339 Weißenburg eine Liste der Lehen, die dem Kloster entfremdet worden sind.⁴⁴ Darunter erscheint auch »der berg zu Asperg und die herschaffte, das der von Wirterberg kaufft hat«. Hierauf scheint von Seiten Weißenburgs aber nichts erfolgt zu sein, denn offenbar sah man keine Möglichkeit, hier die alten Rechte durchzusetzen. Jedenfalls hatte damit der Einfluss des Klosters Weißenburg auf Asperg ein Ende gefunden und es begann unter württembergischer Herrschaft ein neues Kapitel der Asperger Geschichte.

Anmerkungen

- 1 Festvortrag unter dem Titel »1200 Jahre Asperg« beim Festakt zur 1200-Jahr-Feier in Asperg am 12. Januar 2019. Für den Druck wurde der Text des Vortrags erweitert und mit Nachweisungen versehen.
- 2 Stellvertretend für die in den letzten Jahren aufgeblühte Kelten-Literatur sei hier der Katalog der Asperger Ausstellung genannt: Gertrud Bolay, Armin Krüger, Friedrich O. Müller und Herbert Paul: Kelten am Hohenasperg, Asperg 2010.
- 3 Tabula Peutingeriana. Die einzige Weltkarte aus der Antike. Eingeleitet und kommentiert von Michael Rathmann, 3. Auflage Darmstadt 2018.
- 4 Lutz Reichardt: Ortsnamenbuch des Stadtkreises Stuttgart und des Landkreises Ludwigsburg, Stuttgart 1982, S. 12.

- 5 Vgl. dazu Historischer Atlas von Baden-Württemberg, Karte VIII, 2: Besitz karolingischer Reichsabteien um 900, Stuttgart 1977.
- 6 R. Schieffer: Eigenkirche, in: Lexikon des Mittelalters, Bd. 3, München/Zürich 1986, Sp. 1705–1708.
- 7 J. Semmler: Bonifatius (Winfried), in: Lexikon des Mittelalters, Bd. 2, München/Zürich 1983, Sp. 417–420.
- 8 U. Ludwig: Weißenburg (Wissembourg), in: Lexikon des Mittelalters, Bd. 8, München 1997, Sp. 2137–2139.
- 9 Siehe die Zusammenstellung in: Historischer Atlas von Baden-Württemberg, Beiwort zur Karte VIII, 2, Stuttgart 1977, S. 22.
- 10 Johann Kaspar Zeuss (Hrsg.): Traditiones possessionesque Wizenburgenses, Speyer 1842.
- 11 H.-W. Goetz: Leibeigenschaft, in: Lexikon des Mittelalters, Bd. 5, München/Zürich 1991, Sp. 1845–1848.
- 12 Druck: Zeuss (wie Anm. 10) S. 156; Württembergisches Urkundenbuch (WUB), Bd. 6, Aalen 1974, S. 499.
- 13 D. Hägermann: Villa, in: Lexikon des Mittelalters, Bd. 8, München 1997, Sp. 1674 f.
- 14 C. Brühl/ A. Verhulst: Capitulare de villis, in: Lexikon des Mittelalters, Bd. 2, München/Zürich 1983, Sp. 1482 f.
- 15 So schon Gustav Bossert (Bearb.): Württembergisches aus dem Codex Laureshamensis, den Traditiones Fuldensis und aus Weißenburger Quellen, Stuttgart 1895, S. 271 (Anm. 7) und 278 (Anm. 4).
- 16 WUB 4, S. 330 f.
- 17 Zum Beispiel 1231: WUB 4, S. 409 f. – Ein weiterer Zeisolf von Magenheim wird zwischen 1280 und 1291 erwähnt: WUB 8, S. 223 f.; WUB 9, S. 206, 510 f.
- 18 Zeuss (wie Anm. 10) S. 296; Bossert (wie Anm. 15) S. 278 f.
- 19 Die Hufe oder Hube bezeichnet den Bauernhof, wobei die Größe je nach Landschaft unterschiedlich ist.
- 20 Das Fuder meint in beiden Fällen die Wagenladung. Das Fuder Wein wird später mit 6 Eimern = 1800 Liter angegeben.
- 21 W. Rösener: Fronhof, in: Lexikon des Mittelalters, Bd. 4, München/Zürich 1989, Sp. 989 f.
- 22 Altwürttembergische Urbare aus der Zeit Graf Eberhards des Greiners (1344–1392), bearb. von Karl Otto Müller, Stuttgart 1934, S. 129–164.
- 23 Ebd. S. 137.
- 24 Altwürttembergische Lagerbücher aus der österreichischen Zeit 1520–1534, Bd. V: Ämter Asperg, Bietigheim, Besigheim, Markgröningen, Leonberg und Vaihingen, bearb. von Thomas Schulz, Stuttgart 1989, S. 6.
- 25 Gustav Hoffmann: Kirchenheilige in Württemberg, Stuttgart 1932, S. 63.
- 26 Wolfgang Irtenkauf: Das Problem zweier Diözesangrenzen: Speyrer Kirche Ditzingen, in: Blätter für württembergische Kirchengeschichte 63 (1963) S. 138–151.
- 27 Diese Vermutung hat schon Theodor Bolay: Chronik der Stadt Asperg, Bietigheim-Bissingen 1978, S. 24, geäußert.
- 28 »Ein feste Burg ist unser Gott«. 450 Jahre Michaelskirche 1557–2007, Asperg 2007.
- 29 Das Land Baden-Württemberg. Amtliche Beschreibung nach Kreisen und Gemeinden, Bd. 3, Stuttgart 1978, S. 377.
- 30 Altwürttembergische Lagerbücher (wie Anm. 24) S. 4.
- 31 Ebd. S. 9.
- 32 Hermann Ehmer: Dürers Zeichnung von der Beschießung des Hohenasperg 1519. Der Künstler als Kriegsberichterstatter?, in: Zeitschrift für württembergische Landesgeschichte 75 (2016) S. 51–67.
- 33 Zeuss (wie Anm. 10) S. 298; Bossert (wie Anm. 15) S. 282.
- 34 A. Schmid: Otto, Herzog von Schwaben und Bayern, in: Lexikon des Mittelalters, Bd. 6, München/Zürich 1993, Sp. 1579 f.
- 35 Zu diesen vgl. Hansmartin Decker-Hauff, Franz Quarthal und Wilfried Setzler (Hrsg.): Die Pfalzgrafen von Tübingen. Städtepolitik, Pfalzgrafenamt, Adels Herrschaft im Breisgau, Sigmaringen 1981.
- 36 WUB 2, S. 270–272.
- 37 WUB 4, S. 76 f.
- 38 WUB 5, S. 303.
- 39 Hauptstaatsarchiv Stuttgart A 602 U 6481; Druck: Christian Friedrich Sattler: Geschichte des Herzogthums Württemberg unter der Regierung der Graven, Bd. 1, Tübingen 1773, Beilage 41, S. 43 f.
- 40 Abgegangene Burg bei Gerlingen.
- 41 WUB 11, S. 440 f.
- 42 Hauptstaatsarchiv Stuttgart H 51 U 185; Druck: Sattler (wie Anm. 39) Beilage 39, S. 34 f.
- 43 Vgl. dazu Hermann Ehmer: Die erste Erwähnung von Beilstein als Stadt im Jahre 1304, in: Geschichtsblätter aus dem Bottwartal 9 (2004) S. 9–15.
- 44 Bossert (wie Anm. 15) S. 291 f.

Aus der Geschichte des Weinbaus in Asperg

von Wolfram Berner, M.A.,

Marbach am Neckar; Archivar und Historiker; seit 2014 im Kreisarchiv Ludwigsburg tätig; Veröffentlichungen zur regionalen Verkehrs- und Wirtschaftsgeschichte.



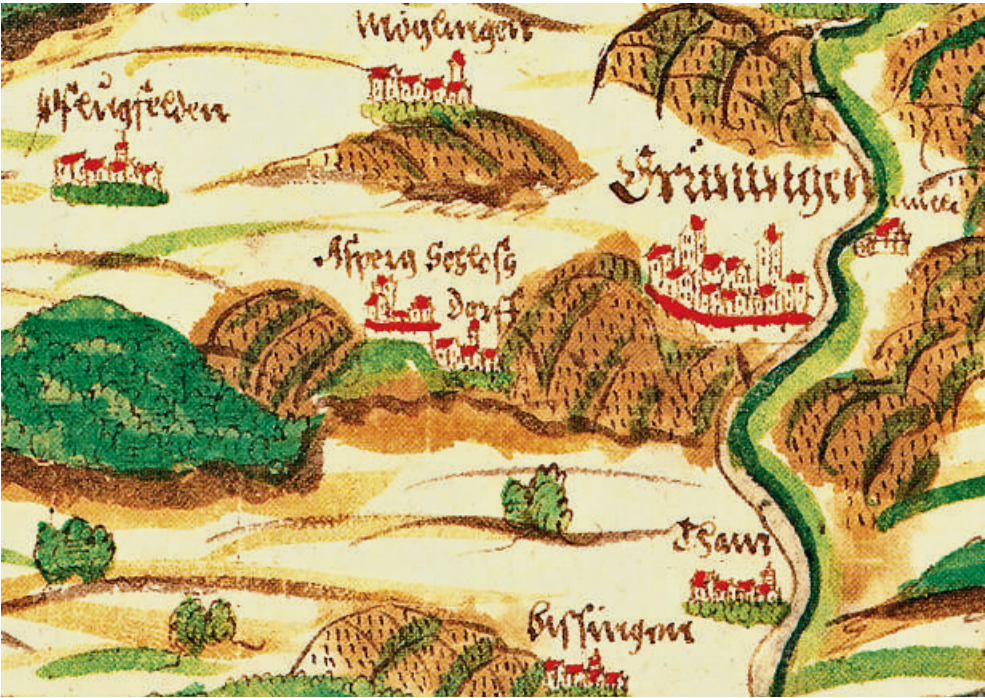
Zwischen den Muschelkalktälern von Neckar, Enz und Glems, der fruchtbaren Gäufläche des Langen Feldes und der Keuperlandschaft liegt am nördlichen Ende die Stadt Asperg. Das Lange Feld im Süden, der Neckar im Osten und die Enz im Westen geben den Rahmen für den rebenbestandenen Hohenasperg mit 356 Metern über Normalnull, an dessen Südfuß auf der früher stark versumpften, heute jedoch entwässerten Wasserscheide von Enz und Neckar die Stadt Asperg sich hinzieht und zwar entlang der zum Hohenasperg hinaufführenden Königstraße, welche unmittelbar auf der Wasserscheide liegt. Der heute langgestreckte Ort liegt in einer Niederung zwischen dem Asperg und dem Siechenberg, auf dessen Rücken sich das Kleinaspergle erhebt. Die Durchgängigkeit der Landschaft, eine ausgesprochene Boden- und Klimagunst sowie die auch heute noch verkehrsgünstige Lage machen diese Landschaft zu einer historischen und wirtschaftlichen Kernlandschaft des gesamten Neckarlandes und damit Württembergs überhaupt.

Eine Ortsbeschreibung aus dem 17. Jahrhundert schildert die vorteilhafte Lage wie folgt: »Der schöne lustige und fruchtbare hohe Berg, Asperg, im Herzogtum Württemberg liegt an einem sehr lieblichen und fruchtbaren Ort, hat eine gesunde Luft, weites Aussehen, 3 Stund von Stuttgart, 2 von Marbach, 1 von Bietigheim und ½ von Gröningen. Wächst in selbigem Revier gute Frucht und edler Wein. Auf dem Berg ist von uralten Zeiten her ein Städtlein und Burg oder Schloss gestanden, welches auch Riesenburg soll geheißten haben, von welchem Städtlein noch vor wenigen Jahren etliche monumenta und rudera an dem Berg herum sind zu sehen gewesen.«

Erster Wein ab 819 aus Asperg für das Kloster Weißenburg?

Der Weinbau an den Hängen des Aspergs findet zwar in der ersten urkundlichen Erwähnung von 819 keinen Niederschlag. Doch man darf mit einigem Recht davon ausgehen, dass die vier Abhängigen, die in der Urkunde vom weltlichen Herrscher Gozbert an das Kloster Weißenburg im Elsass übergeben wurden, bäuerliche Bewirtschaftungsaufgaben in Asperg verrichteten.

Somit weist der Weinbau in Asperg eine 1200-jährige Tradition auf. Denn »Weinberge bearbeiten« war eine der Aufgaben der »Klosterzinsler« in Asperg. Dies geht aus dem Güterverzeichnis, das der Weißenburger Abt Edelin im 13. Jahrhundert anlegen ließ, ein-



Asperg mit stilisierten Weinstöcken. Ausschnitt aus der Karte des Amtes Markgröningen im 1575 von Heinrich Schweickher veröffentlichten Atlas des Herzogtums Württemberg. Die Karte ist gesüdet.

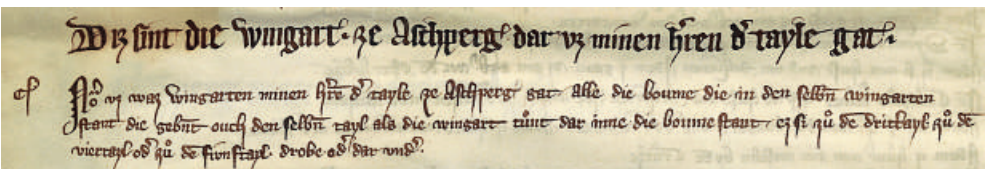
deutig hervor. Das Kloster verfügte demnach seit der zweiten Hälfte des 9. Jahrhunderts in Asperg neben weiteren Gütern und Einkünften über einen »Weinberg mit einem Ertrag von zwei Karren«. Mit Karren waren Fuhren, also Wagenladungen, gemeint.

In Württemberg war die Fuhre eine Maßeinheit, die etwa 1760 Liter fasste. Der erste erwähnte Weinberg am Hohenasperg erbrachte dem Kloster Weißenburg somit einen Ertrag von rund 3500 Litern. Weitere Abgaben an das Kloster Weißenburg kamen

aus dem Bönningheimer Stadtteil Hofen in Höhe von vier Fuhren Wein.

Die Entwicklung des Weinbaus am Hohenasperg bis ins 19. Jahrhundert

Die Terrassierung der Weinberge des Gipskeupers mit seinem tonigen Lehm am Asperg ist ab dem Jahr 1181 schriftlich nachgewiesen. Im Urbar von 1350 wird dann erstmals die konkrete Weinanbaufläche in



Ältester Lagerbucheintrag der herrschaftlichen Weinberge in Asperg, um 1350.

Asperg mit annähernd 59 Morgen, circa 18,5 Hektar, verzeichnet. Die Anbaugebiete lagen um den Hohenasperg rings herum verteilt, unter anderem in den Fluren »Lehen«, »hindere Berg«, in den »Taschen«, »im Gips« und »in der Gans«. Im 15. Jahrhundert hatten die Asperger den Genuss besonderer Freiheiten, doch waren sie dafür verpflichtet, im herrschaftlichen Keller auf dem Hohenasperg die leeren Fässer ein- und auszuziehen und zu Herbstzeiten die Kelter zu räumen und zu richten. Ein Zeichen dafür, dass damals der Weinbau in den Weinbergen am Hohenasperg bedeutend gewesen sein muss.

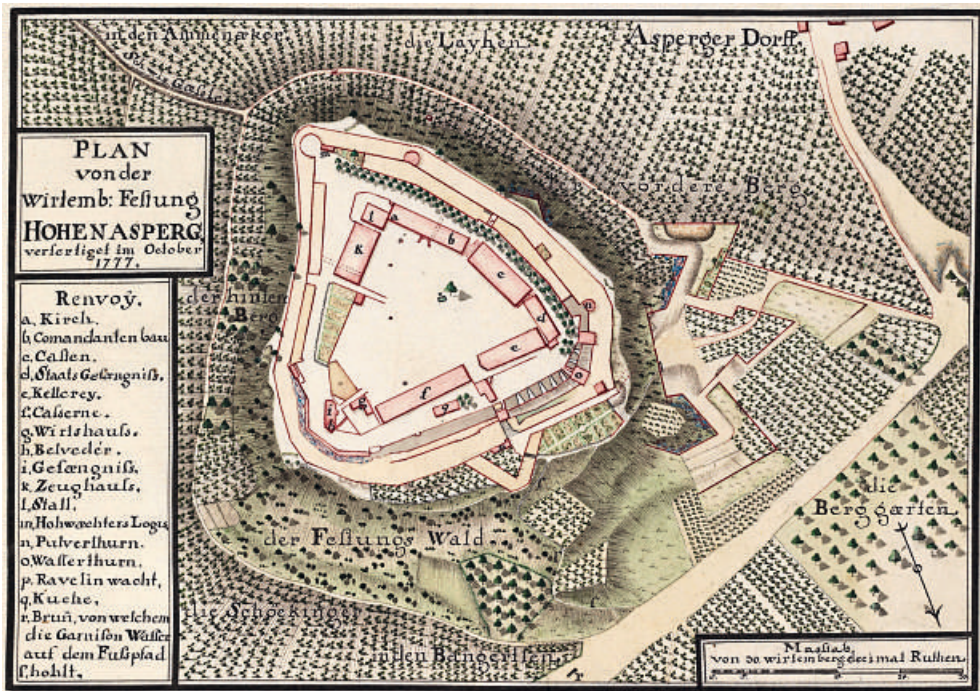
Verwüstungen durch kriegerische Auseinandersetzungen um und am Berg machten sich neben dem Bevölkerungsrückgang auch an einem rückläufigen Weinbau bemerkbar. So werden beispielsweise in der von Albrecht Dürer skizzierten Radierung über die Belagerung des Hohenaspergs durch den Schwäbischen Bund im Jahr 1519 – allerdings nur sehr schemenhaft – leere Weinstöcke dargestellt.

Im Jahre 1523 wurden die Einkünfte und Besitzungen der Herrschaft Württemberg in einem neuen Lagerbuch festgehalten. Darin wurde auch die herrschaftliche Kelter, »unden am Berg« gelegen, erwähnt; sie hatte zu diesem Zeitpunkt vier Kelterbäume. Auch gehörte aller Weinzehnt in Asperg der Herrschaft. Im Lagerbuch von 1565 werden schon fünf Kelterbäume erwähnt und »ist die Herrschaft Württemberg schuldig, die Kelter an Haupt- und anschließenden Gebäuden durchaus wesentlich zu erhalten und zu bauen. Desgleichen das Geschirr, Bütten, Zuber, Kener, Brennholz, Eichgeschirr zu Herbstzeiten zu geben und zu der Kelter führen zu lassen, welches die von Asperg in Fron aus- und einzutun, zu setzen und zu wässern schuldig sein«. Im Jahr 1544 soll der Küfermeister Simon von Bönningheim ein großes Fass für die Kellerei auf dem Hohenasperg angefertigt haben, in dem mit 240 Eimer Volumen gut 720 Hek-

toliter Wein eingelagert werden konnten. Zum Vergleich: Gut 245 Jahre danach wird 1790 für das Residenzschloss in Ludwigsburg ein Fass mit 300 Eimer, also 900 Hektolitern, erstellt.

Im Kellereilagerbuch von 1565 wird die genaue Zahl der Weinberge zwar nicht angegeben, doch erlebte damals der Weinbau, wie im übrigen Württemberg, sicher auch hier in Asperg einen starken Aufschwung. So hatte der württembergische Weinbau im 16. Jahrhundert seine größte Ausdehnung, bevor im 17. Jahrhundert ein großer Rückgang einsetzte. Ursächlich dafür war unter anderem der Dreißigjährige Krieg, während dessen Verlauf in den Jahren 1634 und 1635 auf beiden Seiten des Hohenaspergs das kaiserliche Heer vorüberzog und den Ort Asperg einnahm. Die Truppen hatten sich dabei »in die Häuser, fürnehmlich in die Keller verschlusst, um den Asperger Wein anheben zu versuchen«. Und gegen Ende der Belagerungszeit im Sommer 1635 versuchten die Feinde, die Belagerten der Festung Hohenasperg durch »offene Briefe«, die sie an die Rebpfähle befestigten, zu Meuterei und zur Übergabe aufzufordern. Insgesamt wurden während der Belagerung auf der Festung 1475 Eimer Wein verbraucht, die vermutlich nicht allein aus Asperger Kellern geholt worden waren.

Am 16. September 1652 berichteten gemeinsam der Asperger Keller, Schultheiß, Bürgermeister und Gerichtsschreiber an den Geheimen Regimentsrat des Herzogs Eberhard III. von Württemberg über die furchtbaren Folgen des Krieges: »Was Einwohner in den 18 Kriegsjahren mit Rauben und Abnahme ihrer Pferde, Vieh und anderes daheimbten und auf dem Feld samt unsäglicher Wegnahme und Unruhen erlitten, ist nicht genugsam zu erzählen, welches auch, da es besonders beschrieben, es eines Steines geschweige eines Christenmenschen Herz erbarmen möchte. Von 117 Bürgern noch 61 am Leben. So hat es auch



Plan der Festung Hohenasperg von 1777.

zweitens bei vorigen friedlichen Zeiten 237 Morgen wohlgebauter Weingarten gehabt, deren sich aber vor diesmal allein 110 Morgen befinden, deswegen 127 Morgen noch öd und wüst. [...] Belangend fürs Dritte den Flecken, seyen es hiebevör 118 wohlgebaute Häuser und 61 Scheuern darinnen uffrecht gestanden, und ist bei diesem leidigen Kriegswesen ermelter Flecken einmal ganz, das andermal uff die Hälfte eingäschert und verbrant worden.«

Nach dem Dreißigjährigen Krieg zählte Asperg also nur noch halb so viel Einwohner wie vor dem Krieg. Zahlreiche Gebäude waren zerstört, darunter auch die Kelter. Demnach ging auch der Weinbau in den folgenden Jahrzehnten in Asperg mehr und mehr zurück. Hinzu kamen wiederholt Fehljahre und wirtschaftliche Notjahre. Auch die erneuten Verwüstungen durch französische Truppen im Jahr 1693 während des Pfälzischen Erbfolgekrieges hinterließen deutli-

che Spuren in Asperg und an den Rebhängen. Die erneut dezimierte Bevölkerung kam dem Weinbau nicht mehr wie zuvor nach. Weinverbrauch und Weinhandel nahmen merklich ab. Im Neckarbecken und auf der Asperger Markung, also klimatisch günstigen Gebieten, sollte sich der Weinbau daraufhin aber wieder erholen. In Asperg war 1735 schon wieder eine Rebfläche von 280 Morgen (rund 88 Hektar) kultiviert.

Trotzdem vollzog sich im Weinanbau ein merklicher Wandel. Durch die durstigen Soldaten der Kriegsjahre im 17. und 18. Jahrhundert, die im Genuss der Weine nicht wählerisch waren und mehr auf die Menge als auf die Qualität achteten, ging man vom Qualitäts- zum Quantitätsweinbau über. Damit verlor der württembergische Wein seinen guten Ruf aus dem 14., 15. und 16. Jahrhundert. Hinzu kam, dass notgedrungen viele Orte vom Ertrag der eigenen Weinberge abhängig waren. So litt auch

Asperg stark unter den zwei Weinfehljahren 1759 und 1760. Erst als König Wilhelm I. von Württemberg im Jahr 1824 eingriff und edle Reben unentgeltlich verteilen ließ, wurde die Qualität wieder besser. Zu diesem Zwecke wurde auch am 23. Januar 1825 die »Gesellschaft für Weinverbesserung in Württemberg«, der heutige Weinbauverband Württemberg, gegründet. Da aber die Edelreben im erhöhten Maß frostgefährdet sind, erfolgte ein weiterer Rückgang der Rebflächen. Dazu lenkte im 19. Jahrhundert die aufkommende lohnende Industriearbeit den Nachwuchs vom Weinbau ab. Die Fehljahre in der Mitte des 19. Jahrhunderts forcierten den Rückgang zusätzlich.

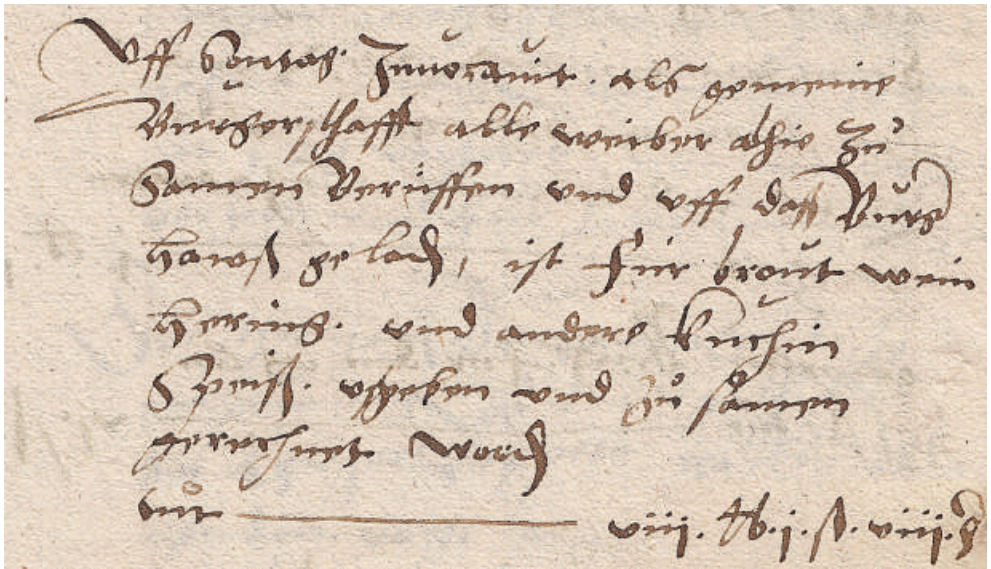
Die Asperger Weiberzeche

An diesem jährlich abgehaltenen Festtag wurde den Frauen in der damaligen von Männern bestimmten Gesellschaft eine öffentliche Aufmerksamkeit dargebracht, die sie das Jahr über entbehren mussten. Die

ihnen nach altem Recht zustehende »Zeche« – bestehend aus ausgewählten Speisen und dem »Weibertrunk« in Form von Wein – wurde von der Gemeinde auf deren Kosten im Rathaus ausgerichtet.

Die Weiberzeche fand in der Regel an Fastnacht oder im Anschluss daran statt. Zur Zeche berechtigt waren alle verheirateten und verwitweten Frauen des Ortes. Die Weiberzeche sollte als Geschenk für die Frauen angesehen werden. Auch als Belohnung für geleistete Fronarbeit wird sie gedeutet. In wirtschaftlich schlechten Jahren oder in Kriegszeiten neigte die Obrigkeit dazu, die Zeche ausfallen zu lassen.

Den bisher ältesten bekannten Hinweis auf eine Weiberzeche in der Region findet man in der Asperger Bürgermeisterrechnung des Jahres 1554/55, wo es heißt: »Uff Sontag Invocavit, als gemeine Burgerschaft alle Weiber allhie zusammen verruffen und uff das Burgerhaus geladen, ist für Brod, Wein, Hering und andere Kuchin-Speiß außgeben und zusammengerechnet worden 8 Pfund 1 Schilling 8 Heller.«



Eintrag über die Kosten der Weiberzeche im Asperger Rechnungsbuch von 1554/55, die aktuell vermutlich älteste Schriftquelle einer Weiberzeche in der Region.

Am Sonntag nach Fastnacht wurden dem Wortlaut nach alle »Weiber« hier zusammengerufen und auf das Rathaus geladen, um Brot, Wein, Hering und andere Küchen Speisen im Wert von über 8 Pfund zu essen. Zum Vergleich: 1554 wurden für die Pflege von 6 Morgen Ackerland in Asperg etwas über ein Pfund bezahlt.

Nächstältere schriftlich belegte Weiberzechen in der Region sind erst gut 45 Jahre später in Hessigheim für das Jahr 1601 und in Kleingartach im Jahr 1607 bekannt. Dieser bemerkenswerte Fund ist der ehrenamtlichen Asperger Stadtarchivarin Gertud Bolay zu verdanken. Über den Landkreis hinaus ist damit die Stadt um eine weitere Besonderheit reicher!

Die Asperger Leseordnungen von 1794 und 1798

Die Weinlese war über viele Jahrhunderte hinweg auch in Asperg ein wichtiger Termin von allgemeinem Interesse, denn ein Großteil der Bevölkerung war im Besitz von eigenen Rebflächen. Um einen organisierten Ablauf des Herbstgeschäftes zu garantieren, wurden mehrfach Anordnungen für die Weinlese erlassen.

An erster Stelle der zur Vorlese berechtigten Personen – also der Personen, die sich die besten Trauben aus den Weinbergen sichern konnten – standen 1794 der Gemeindepfarrer, der Schultheiß und Gerichtsschreiber sowie der herrschaftliche Weinbergmeister. Im Jahr 1798 wurde diese Gruppe um die Schultheißenwitwe Fischer erweitert, die lebenslang zur Vorlese berechtigt war. Am folgenden Tag durften sämtliche Witwen und Waisen, für die eine gerichtliche Entscheidung vorlag, sowie die in öffentlichen Ämtern stehenden Personen vorlesen. Am dritten Tag lasen die Kelterbediensteten, wie die Eicher, Zehender und Mostträger, die Siebener (eine Art Wein-

berguntergänger), die Kelterknechte und Zimmerleute, die zu Keltergeschäften eingestellt worden waren. Ferner durften sich jene Weingärtner beteiligen, die ihren Wein selbst kelterten. Erst nach diesen drei Vorlesetagen begann die allgemeine Weinlese.

Die Markung war zu diesem Zweck in verschiedene Bände eingeteilt, in welchen verschiedene Fluren aufgelistet waren. Beginnend bei den »Kelter-Weingardt« waren unter anderem die Fluren »Grafenbühl« und »Hirschberg« im ersten Band. Im zweiten Band wurde unter anderem in den Fluren »Scheurenberg«, »Steig« und »Bronnacker« gelesen, während zum dritten und letzten Band zum Beispiel die Flurgebiete »Hinterer Berg«, »Schöckinger« und »Siechenberg« gehörten. 10 Gulden Strafe waren darauf angesetzt, wer in einem noch nicht freigegebenen Band gelesen hatte und dabei erwischte wurde.

Der gemeinsame Herbstvorgang setzte auch per Erlass voraus, dass nur einheitliches Eichgeschirr benutzt werden durfte, das zu diesem Zweck zuvor »fleißig ge[e]lichen« werden musste. Der Wein durfte darin keinesfalls längere Zeit stehen bleiben und jede anderweitige Verwendung des Eichgeschirrs wurde unter Strafe gestellt. Das in der Kelter verwendete Geschirr durfte nicht aus der Kelter entfernt werden.

Auch das »druken oder deihen« von Wein außerhalb der »ordentlichen Kelter« war bei einer Strafe von 10 Gulden untersagt. Die Wege in den Weinbergen mussten vor der Lese in guten Zustand gebracht werden. Auch das Aufstellen der Feldzuber durfte die Fuhrwerke nicht beeinträchtigen. Die Butten sollten so nahe wie möglich an die Kelter und keinesfalls in private Hinterhöfe gestellt werden, auch war es untersagt, dass sie »unter Dachträufe oder Rinnen gesetzt werden«. Bei Verstößen war auch hier eine Strafe von 10 Gulden obligatorisch.

Um einen genauen Überblick über das Keltergeschirr zu haben, wurde noch fol-



*Farblithographie des Hohenaspergs mit Weinberghäuschen und Weinreben,
Postkarte aus der Zeit um 1900.*

gende Anordnung verfügt: »Keiner soll bei Nacht, nach der Abend-Glocke ins Feld fahren oder Wein von der Kelter heimführen. Ebenso keiner morgens vor der Morgen-Glocke von den Weinbergen oder der Kelter den Wein oder Trauben heimführen oder tragen, viel weniger vor oder nach solcher Zeit anstecken oder ablassen.« Vor und nach der Morgen- und Abend-Glocke hatte man sich von der Kelter fernzuhalten. Jeder rechtschaffene Weinbauer und Bürger wurde dazu angehalten, »nicht nur sich selbst danach zu benehmen, sondern auch, wo er etwas Ordnungswidriges bemerken sollte, seiner Pflicht gemäß davon gebührende Anzeige machen«.

In der Kelter musste sich jeder nach der auf einem der Kelterbäume angeschriebenen numerischen Aufstellung einfinden, da er sonst als letzter zum Pressen vorgehen musste. Auf dem zugehörigen Kelterplatz wurde die Aufstellung jährlich neu arrangiert und schriftlich festgehalten.

Das Spannen der Kelterbäume durfte nur von einem der »geschworenen Kelterdiener« vorgenommen werden. Zuwiderhandlungen standen unter Strafe, ebenso Beleidigungen oder Eingriffe in das Keltergeschäft »mit Worten oder Werken in seinen Verrichtungen«. Die Abgabe des Weinzehnten musste von jeder Bütte vom Vorlass entnommen werden und »die Schuldigkeit nicht erst von einer andern Büttin oder gar vom Druk allein gegeben werden«.

Auch der Lohn für die verschiedenen Arbeitsschritte der Weinlese war 1794 exakt festgeschrieben worden. So bekam beispielsweise ein Buttenträger nebst Kost 12 Kreuzer, ein »starker« Weinleser 6 Kreuzer mit Verpflegung, »schwache« dagegen nur 5 Kreuzer. Wer die Verpflegung nicht beanspruchte, erhielt dafür bis zu 8 Kreuzer mehr. Daneben wurden die Kelderdiener, Treter und die Zimmerleute ebenso bezahlt. Den besten Verdienst scheinen die Fuhrleute eingekommen zu haben. So kostete der Trans-



Der Ausschnitt aus einer Postkarte aus der Zeit um 1900 zeigt Arbeiten auf dem Feld und im Weinberg.

port eines Fasses Most »weit oder nahe vom Feld« zur Kelter mit einem Volumen über 20 Imi (367,4 Liter) 12 Kreuzer, darunter 10 Kreuzer. Die Fahrt von der Kelter nach Hause kostete dann nochmals 6 Kreuzer extra.

Aus dem Jahr 1784 ist folgende Nachricht überkommen: »Im Ertrag stehen 285 Morgen. Diese könnten 926 Eimer 4 Imi ergeben.« Der Qualität nach möchte der Wein »ein besserer als der vom Jahre 1781 werden. Der Preis unter der Kelter beträgt 15 bis 20 Gulden pro Eimer.« 1792 wurden in den Weinberghalden in den »See-weingarden« neue Weinberge angelegt. So konnte im Jahr 1794 auf insgesamt 291 $\frac{1}{4}$ Morgen (91,8 Hektar) Rebfläche Wein gelesen werden. Pro Morgen ergab sich ein Ertrag von vier Eimern. Insgesamt wurden 1165 Eimer oder 341 345 Liter gepresst. Der Preis lag bei 33 bis 41 Gulden pro Eimer. Man stellte zufrieden fest, die Qualität des Weins sei »hier Orts gut und dürfte dem 1788er gleichkommen. Das Rebwerk ist im Gewächs und in der Zeitigung gut.« Lesebeginn war am 24. September. 1799 standen dann 300 Morgen im Ertrag. 1811 waren es 360 Morgen, 1831 nur noch 210 Morgen, 1859 wieder 280 Morgen.

Dass Asperger Wein auch in der nahen Residenz Stuttgart beliebt war, belegt unter anderem ein Tagebucheintrag von 1784, als Gottfried Tobias Ritter, ein Stuttgarter Handelsmann und späterer Lehrer an der Hohen Karlsschule, festhielt: »Nachmittags kam Hofkaplan Schluß zu [Hofkaplan] Baa-der. Sie blieben auf dem Comptoir [Kontor] beieinander – ich musste zu trinken holen – einen Krug von seinem eigenen Wein. Nachdem dieser gar war, langte ich eine Kanne von meinem Asperger.«

Wetterphänomene und Schädlingsbefall mindern den Ertrag

Besondere klimatische Extreme ließen die Erträge über Jahrhunderte hinweg in manchen Jahren massiv einbrechen. Schon für 1311 wurde vermerkt, dass Wein, Korn und andere Früchte durch starken Frost erfroren waren. Der Winter im Jahr 1572 soll so kalt gewesen sein, dass in der Christmette der Wein im Kelch eingefroren war. 1799 war von einer »fatalen Sommerwitterung« die Rede, welche die Erträge deutlich reduzierte. Aufgrund von Hagelschäden wurde 1816

den Asperger Weinbauern von Amts wegen ein Steuernachlass von 691 Gulden eingeräumt.

1857 sendete das Oberamt Ludwigsburg ein Schreiben an das Schultheißenamt Asperg, in dem auf das richtige Verhalten in Schlechtwettersituationen hingewiesen wurde: »Bei dem eingetretenen Regenwetter wird der Ortsvorsteher aufgefordert, mit aller Strenge und Gewissenhaftigkeit darauf zu halten, dass alle im Freien stehenden Weinbütten sorgfältig so bedeckt werden, dass der Wasserablauf vollkommen gesichert erscheint und das Weinerzeugnis im Interesse der Käufer wie der Verkäufer und zur Erhaltung des Ortskredits keinen Schaden leidet.«

1880 wurde von Amerika die Reblaus eingeschleppt, die auch heute noch einer der größten Feinde der Weingärtner ist. Sie richtete in Württemberg großen Schaden an und dezimierte bis zum Ersten Weltkrieg die Rebflächen deutlich. An manchen Orten wurde der Weinbau nun sogar für immer aufgegeben. Nicht so aber in Asperg, wo der Schädling weit weniger negative Folgen hatte.

Die Art und Weise des Weinbaus in Asperg

Im »Wanderbuch des Weingärtners Friedrich Schäfer« aus Hoheneck wird eindrücklich beschrieben, wie Schäfer 1835 im Zuge seiner »Weinbau-Wanderschaft« im Auftrag des späteren württembergischen Weinbauverbandes praktische Erfahrungen sammeln sollte. Gemeinsam mit einem badischen Rebmeister besorgte er in Württemberg und angrenzenden Ländern ab März 1835 Weinbergarbeiten wie den Rebschnitt. So gastierten sie am 16. März in Asperg und verrichteten dort den »Linienschnitt am Riesling«, ehe sie nach Bietigheim weiterzogen.

Aus der Beschreibung des Oberamts Ludwigsburg von 1859 erfährt man, dass der Weinbau in Asperg noch eine große Ausdehnung hatte. »Die Einwohner finden ihre Haupterwerbsquellen in dem Feld- und Weinbau, der Viehzucht und der Ausbeutung des reichen, am Fuß des Aspergs vorhandenen Gipslayers.« Von der insgesamt 1800 Morgen (ca. 567 Hektar) umfassenden



Ausschnitt aus der Flurkarte von Asperg aus dem Jahr 1832. Die Kelter (rot hervorgehoben) lag damals noch am nördlichen Ortsrand direkt an den Weinbergen.

Gemarkung waren fast 280 Morgen »zum Weinbau bestimmt«. Der Weinbau wurde »mit vieler Umsicht, etwa 3200 Stöcken auf den Morgen, in der gewöhnlichen Bauart des Unterlandes betrieben; man pflanzt hauptsächlich Silvaner, Trollinger, weniger Elblinge und Gutedel, und erzielt einen ziemlich lagerhaften, guten Wein, meist sogenannten Schiller.« Dabei belief sich der höchste Ertrag eines Morgens auf 12 Eimer mit maximal 4417 Liter. Der Weinbau mit dem Absatz in die umliegende Region zählte neben dem Obst- und Ackerbau damals zu einem der wichtigsten Erwerbszweige der Bevölkerung.

Laut Mitteilung der Oberamtsbeschreibung befanden sich die besten Weinberge »an dem südlichen Abhange des Aspergs«. Dass es in der Qualität erhebliche Unterschiede gab, verdeutlichen die Preise: Pro Morgen wurden zwischen 200 und 1200 Gulden bezahlt.

Fortschreitender Rückgang des Weinbaus in Asperg im 20. Jahrhundert

Im Unterschied zur teils sehr drastischen Entwicklung in weiten Teilen Württembergs fiel der Rückgang der Rebfläche in Asperg in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts geradezu moderat aus: von 41,93 Hektar im Jahr 1900 auf 35 Hektar im Jahr 1925. Andererseits: Seit Mitte des 19. Jahrhunderts war mehr als die Hälfte der einstigen Weinberge aufgegeben worden. Hierfür waren verschiedene Faktoren ursächlich.

Durch den Bau der württembergischen Westbahn von Ludwigsburg nach Bietigheim bekam Asperg 1848 zwar Anschluss an das Schienennetz, doch bedeutete der Bahnbau zugleich auch die Zerteilung der Rebflächen am Osthang des Hohenaspergs. Die mit dem Bahnanschluss einsetzende Industrialisierung ließ überdies das Interesse an einer Bewirtschaftung der Weingärten

weiter sinken. Die Weinanbaufläche verringerte sich hauptsächlich in den Flurgebieten »In den Hirschbergen« und »Grafenbühl«. In anderen Fluren waren kleinere Flächenabgänge zu verzeichnen.

Zwischen 1886 und 1922 schrumpfte die Rebfläche vor allem an den Stellen mit weniger guten Lagebedingungen, namentlich an leicht nordexponierten oder sonst fast ebenen Flächen. Viele brachliegende oder aufgegebene Rebflächen wurden wie in den übrigen Gemeinden des heutigen Landkreises und des damaligen Württembergs auch in Asperg durch bestimmte Nachfolgekulturen abgelöst. In erster Linie waren dies Baumwiesen und Baumgärten – also, wie wir heute sagen, Streuobstwiesen. Zwischen 1887 und 1963 entstanden auf ehemals für den Weinbau genutzten Flächen rund 150 Baumwiesen, 80 Baumäcker und Felder sowie zehn Weidewiesen

Eine Sonderstellung nahm in Asperg die Auffassung von Weinbergen zugunsten von Steinbrüchen ein. Hauptsächlich an der Nord- und Nordostseite des Berges wurde in rund zwanzig Fällen der Weinbau für den Gipsabbau eingestellt. Und schließlich drängte die Entwicklung der Stadt Asperg vom Weingärtnerdorf zur Arbeiterwohnge- meinde und Industriestandort vor den Toren Ludwigsburgs und Stuttgarts den Weinbau mehr und mehr in den Hintergrund, da immer wieder neues Siedlungsland erschlossen werden musste und manche Weinberghalde für Bauland genutzt wurde.

Zwischen 1925 und 1936 ist ein Zuwachs an Rebflächen um fast 6 Hektar von 35 auf 40,88 Hektar zu verzeichnen. Dieses Phänomen geht höchstwahrscheinlich auf die seinerzeit angespannte wirtschaftliche Lage in Deutschland zurück. Steigende Arbeitslosigkeit als eine der Folgen der Weltwirtschaftskrise ab Oktober 1929 ließen den Wein- und Gartenbau zur Selbstversorgung auch in Asperg wieder attraktiver werden. Die Hybridrebe zur Erzielung höherer Er-



Weinlese in Asperg, um 1935.

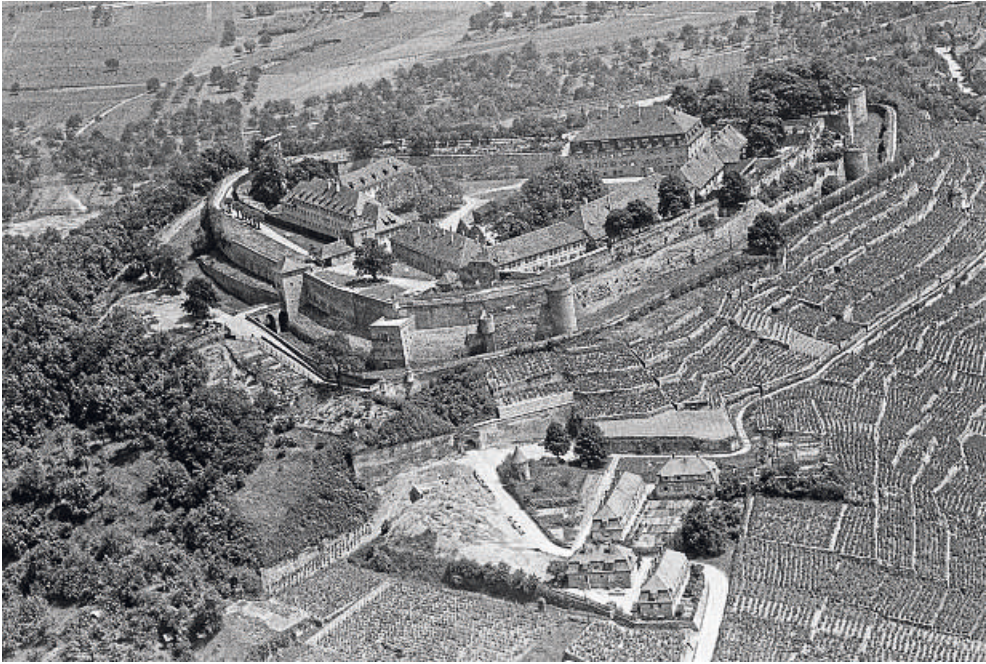
träge hielt dabei Einzug in die Rebhänge am Hohenasperg.

Die Zeit des Nationalsozialismus bescher- te auch dem Weinbau am Asperg staatlich verordnete Veränderungen. So wurde 1936 ein Erlass herausgegeben, nach dem Neu- anlagen von Weinbergen außerhalb beson- ders bezeichneter Lagen verboten wurden. Gleichzeitig wurde der Hybridrebenanbau untersagt. Der Qualität des Weines wollte man nun wieder der Quantität den Vorzug geben. Immer mehr Wohnbebauung griff in dieser Zeit in die alten Weinberglagen ein, besonders im Gebiet der heutigen östlichen Panoramastraße.

Durch das Verbot des Hybridrebenanbaus kam es ab 1936 erneut zu Rebflächenabgän- gen in den weniger guten Lagen. Starker Rückgang war unter anderem in der Flur »Hinterer Berg« festzustellen. In den Fluren »Siechenberg« und »Sauäcker« verschwanden die Rebflächen bis 1947 vollständig.

Doch noch 1938 bewarb man in den Fremdenverkehrsprospekten wie »Das Buch der Weinorte Württembergs« den »guten Wein von den günstigen Lagen am Hohen- asperg« auf der 35 Hektar großen Rebflä- che. Im Juni 1941 musste beim Landessach- verständigen für Weinbau in Weinsberg die Gewährung einer Beihilfe beantragt wer- den, nachdem insgesamt 424 Quadratmeter Weinbergmauern eingestürzt waren. Die durchschnittliche Höhe betrug 1,75 Meter. Zum Wiederaufbau wurden in der Hauptsache Kalksteine verwendet, bezogen aus den Steinbrüchen Hoheneck und Bissingen an der Enz.

Der Rückgang der Rebflächen setzte sich unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg durch die zunehmende Industrialisierung und die damit verbundenen besseren Ver- dienstmöglichkeiten fort. Weinbau findet nunmehr nur noch als Nebenerwerb statt. Der Wein wurde überwiegend für den Ei-



Luftaufnahme der verbliebenen Weinberge am Hohenasperg im Jahr 1961.

gengebrauch oder die örtlichen Gastwirtschaften angebaut und vermarktet. Gut 70 Prozent der Weinbauern in Asperg hatten einen Weinberg mit einer Größe von maximal 10 Ar. Weitere Faktoren wirkten sich nachteilig aus: Das Konsumverhalten einer sich ab den 1950er Jahren ausbildenden Wohlstandsgesellschaft mit dem Anspruch auf »guten Wein« und ein ständig größer werdendes Angebot aus überregionalen Anbaugebieten lassen den Asperger Wein in die Bedeutungslosigkeit absinken.

In den 25 Jahren zwischen 1945 und 1970 hat sich Aspergs Einwohnerzahl von 4400 auf rund 12 100 erhöht. Dem Siedlungsdruck geschuldet, werden neue Wohngebiete ausgewiesen, auf denen in den Jahrzehnten zuvor noch Weinbau betrieben wurde. Die Durchdringung von Rebland mit Wohnhäusern ist bis heute an einigen Stellen im Stadtgebiet gut ersichtlich.

Der kontinuierliche Rückgang an Rebflächen erreichte 1963 mit 24 Hektar seinen

ersten Tiefpunkt. So beschränkt sich der Weinbau seit dieser Zeit auf die günstigen Lagen wie »Vorderer Berg« oder »Oberer Berg«. Aktuell werden von den Asperger Weingärtnern rund 13 Hektar Rebhänge kultiviert.

Zwei große Bewirtschafter von Weinbauflächen traten für längere Zeiträume ganz unterschiedlich in Asperg in Erscheinung. Schon im Urbar des Amtes Asperg von 1650 sind Weingärten verzeichnet, aus denen die Württemberger Herren Teilwein beanspruchten. In den Jahren 1653 und 1668 wurden große Teile der Weinberge am Asperger Berg von Herzog Eberhard III. von Württemberg erworben und eigenwirtschaftlich unterhalten. Erst im Jahr 1807 wurde diese Weinberglage wieder veräußert. Ab 1989 hatte das Weingut des Hauses Württemberg mit seiner Domäne am Schloss Monrepos die Flächen wieder angepachtet, bis man vor 2014 diese Bewirtschaftung erneut aufgab.

Der andere große Weinbergeigentümer am Asperg war seit Firmengründung die Firma Eisfink. 1886 von Carl Fink senior in Asperg gegründet, stand das Eisfink-Stammhaus unmittelbar neben den Rebflächen des Südhangs an der Königstraße. Eisfink befasste sich sehr erfolgreich mit der Herstellung von Eisschränken, Schrankbüfets und sonstigen Eis-Kühlgeräten. Bereits um die Jahrhundertwende bestanden Vertretungen und Auslieferungslager im ganzen süddeutschen Raum und in Österreich – immer wieder machte die steigende Nachfrage Erweiterungen der Fabrikationsanlagen in Asperg und Ludwigsburg notwendig. Daneben besaß die Firma Eisfink bereits 1898 eine Rebfläche von 1,55 Hektar, die bis in das Jahr 1964 auf 2,9 Hektar erweitert wurde. Noch 1985 warb man mit einem eigenen Weinprospekt, dass man »prämierte rote und weiße

Tropfen« vom »Tränen- und Höllenberg« im Sortiment führe. Dies ist jedoch Geschichte. Aktuell einziger Großerzeuger am Asperger Berg ist seit 2014 das Oberriexinger Weingut Stärk, das gut 2,5 Hektar in Pacht mit Riesling und Trollinger bewirtschaftet.

Die Kelter

Über eine Asperger Kelter wird erstmals im Jahr 1390 im Besitzrechtverzeichnis der Grundherrschaft des württembergischen Grafen Eberhard II., genannt »der Greiner«, berichtet. Die Kelter besaß demnach zwei Kelterbäume.

Das Lagerbuch von 1565 berichtet ausführlicher über eine Kelter mit fünf Bäumen und zugehörigem Kelterplatz neben der Zehntscheuer. Sie war dem Kellereibeam-



Ansicht der Kelter in den 1960er Jahren.

ten auf dem Hohenasperg unterstellt. Das notwendige Brennholz für den Kelterbetrieb kam aus den herrschaftlichen Wäldern und der Keltermeister sowie Zimmerleute wurden von der Herrschaft bestimmt. Es wurde der Zwing und Bann angeordnet, das heißt, alle auf Asperger Gebiet gereifte Trauben durften ausschließlich in dieser Kelter zu Wein verarbeitet werden. Für die Benutzung der Kelter war der 30. Teil des Weinertrages als »Kelterwein« an die Herrschaft abzugeben.

1634/35, in den Schreckensjahren des Dreißigjährigen Krieges, wurde die Kelter ebenso wie ein Großteil der Wohngebäude und Scheuern zerstört. Erst 1652 wird die Wiedererrichtung einer Kelter in einfachster Bauform schriftlich vermerkt. Im Jahr 1733 ist die Rede von einer Kelter mit nun sechs Kelterbäumen und einem großen Platz dabei.

Per Vertrag mit der Finanzkammer des Neckarkreises ging die Kelter 1827 in den Besitz der Gemeinde Asperg über. Die Überlassung erfolgte unentgeltlich und umfasste, wie es in dem Vertrag vom 9. Oktober 1827 hieß, »die Kelter samt allen Rechten und Verbindlichkeiten, namentlich dem Recht des Kelterweinbezugs, nebst allem darin befindlichen herrschaftlichen Kelter- und Herbstgeschirr«. Die Kehrseite der Medaille: Die Gemeinde musste die Kelter nun auf eigene Kosten betreiben und unterhalten.

Die Kelter war damals mit sieben Bäumen, einer Trotte und zwei Kelterstübchen ausgestattet. Der 1868 erfolgte Erwerb einer Schnellpresse deutete einen ersten zaghaften Modernisierungsschub an. Doch erst 1927 sollte eine hydraulische Presse die letzten beiden vorhandenen Kelterbäume ersetzen.

Neben dem Kelterbetrieb diente das Gebäude auch noch anderen Zwecken. Als Anfang der 1930er Jahre in Folge der Wirtschaftskrise auch in Asperg Arbeitslosigkeit und Not zunahmen, wurde im Dezember

1932 in der Kelter eine Wärmestube eingerichtet, in der sich Notleidende wenigstens stundenweise aufwärmen konnten. Nach dem Zweiten Weltkrieg nutzte unter anderem das Deutsche Rote Kreuz einige Räumlichkeiten in der Kelter.

Der erste Weingärtnerzusammenschluss von 1854

Mitte des 19. Jahrhunderts war der Weinbau nach wie vor eine wichtige Lebensgrundlage für die Menschen in Asperg. Es kann daher nicht überraschen, dass es Überlegungen gab, durch gemeinsames Handeln Verbesserungen zu erreichen. So wurde 1854 auf Initiative des damaligen Schultheißen Weiß eine Art Weingärtnergenossenschaft gegründet.

Nach starken Frostschäden in den Asperger Weinbergen im Frühjahr zeichnete sich ab, dass mit großen Ernte- und Einnahmeausfällen zu rechnen war. Daher berief am 27. Oktober 1854 Schultheiß Weiß die beiden »bürgerlichen Kollegien«, den Bürgerausschuss und den Gemeinderat, auf das Rathaus, um über die Lese und den Verkauf des Weinerzeugnisses zu beraten und zu beschließen. Als Ergebnis dieser Aussprache erklärten sich am folgenden Tag die meisten Asperger Weingärtner bereit, ihren Herbst-ertrag den Richtlinien gemäß zu sortieren und an die bestellte Kelterkommission abzuliefern. Am Ende der Lese wurde festgestellt, dass insgesamt 7703 Pfund Trauben an die Kommission geliefert worden waren und dass sich die Gesamteinnahmen auf 425 Gulden beliefen. Die Aktion wurde auch von auswärtigen Fachleuten als voller Erfolg bezeichnet und zur Nachahmung empfohlen.

Hinter der neuen Gemeinschaft stand der Gedanke der Weinverbesserung, um somit den Weinbau auf wirtschaftlich gesicherte Füße zu stellen und das Einkommen der bisher geringer verdienenden Weingärt-

ner zu steigern. Asperg hatte somit bei der Gründung von Weingärtnergenossenschaften eine Vorreiterrolle inne und kann vermutlich als erster Weingärtnerzusammenschluss seiner Art in Württemberg gelten.

Sicher nicht ganz freiwillig erfolgte zum Jahreswechsel 1936/37 die Auflösung des Weingärtnervereins. Er wurde wie die anderen in die Fachschaft für Weinbau innerhalb des Reichtumsstandes eingegliedert und nur noch durch einen Ortsfachwart vertreten. An eine selbständige Vereinsarbeit vor Ort war damit vorerst nicht mehr zu denken.

Die Interessengemeinschaft der Asperger Weingärtner

Als die Stadtverwaltung im Sommer 1983 eine städtebauliche Umgestaltung des Kelterplatzes in ihre Planungen mit aufnahm, schlossen sich die bis dahin lose miteinander verbundenen Weingärtner zur Vertretung

ihrer Interessen zusammen. Die Gründungsversammlung der »Interessengemeinschaft Asperger Weingärtner« wurde am 12. Juli 1984 im Gasthof Erlenhof vollzogen. Noch am selben Abend traten 40 Weingärtner der Interessengemeinschaft bei, die seit 1989 als eingetragener Verein firmiert.

Als erstes stellte sich die Aufgabe, die ursprüngliche Funktion des Kelterplatzes zu erhalten und somit den weiteren Betrieb der Kelter zu sichern. Dies ist mit gutem Erfolg gelungen. Anschließend begann man eine großangelegte Aktion zur Errichtung eines Weinbaumuseums in der Kelter. Viele alte Gerätschaften rund um den Weinbau konnten gesammelt und restauriert werden. Parallel dazu wurden die notwendigen Räume für das Museum mit einem Zeitaufwand von über 1320 ehrenamtlich geleisteten Arbeitsstunden instand gesetzt. Die Mühe hat sich gelohnt. Das 1994 eröffnete Weinmuseum in der Kelterstraße 4 beherbergt weit über 450 Exponate.



Die Kelter im Jahr 2010.



Impressionen aus dem Weinbaumuseum.

Die Pflege moderner und traditioneller Weinbauaspekte

Die Arbeitsschwerpunkte der »Interessengemeinschaft Asperger Weingärtner e.V.« liegt mittlerweile auf Themen wie umweltschonender Weinbau und Förderung des Steillagenweinbaus. Die Pflege der modernen Kellereitechnik mit vereinseigenen Keltermeistern sowie der Mitgliederschulung stehen jedoch ebenso im Vordergrund.

Im Zuge der Rebflurneordnung mit flächendeckender Mauersanierung und partieller Querterrassierung am Hohenasperg begann man ab 2009 unter hoher Eigenbeteiligung der Weinbergeigentümer mit der Erneuerung von gut 12 900 Quadratmetern Mauerfläche. Die Gesamtkosten der über fünf Jahre andauernden Sanierung summierten sich auf rund 5,6 Millionen Euro. Finanzielle Unterstützung gab es durch Zuschüsse von Stadt und Landkreis sowie aus Bundes- und Landesmitteln.

Parallel zur Instandsetzung des insgesamt 6 Kilometer Länge umfassenden Mauerbestandes wurde 2012 unter der Leitung des Weinbergsschützenobmanns Martin Pfisterer eine zweijährige Sanierung des alten, stark in Mitleidenschaft gezogenen Weinbergsschützenunterstandes begonnen. Das

gut über hundert Jahre alte und in eine Weinbergmauer eingelassene Bauwerk erfuhr dabei eine Grundinstandsetzung, wobei sich die Mitglieder der Interessengemeinschaft erneut durch ein großes ehrenamtliches Engagement auszeichneten. Seit August 2014 können nun während der Herbstzeit Traubendiebe und Stare von den mit Rätschen ausgerüsteten Weinbergsschützen vom wiederhergestellten Unterstand aus ermahnt und vertrieben werden.

2019 wurde von den Asperger Weingärtnern ein auf 1200 Flaschen limitierter roter und weißer Jubiläumswein, der »Asperger Berg Cuvée« gekeltert, der das Stadtjubiläum mit einem vollmundigen Geschmack mit allen Sinnen ehrt und die Asperger Weinbautradition damit in besonderer Form in Erinnerung hält.

Der Landkreis Ludwigsburg verfügt mit seinen gut 2000 Hektar bestockten Rebflächen über rund 18 % des Weinanbaugebiets von Württemberg. Die Asperger Weingärtner gehören zu den 192 Weinausbaubetrieben des Kreises. Es bleibt für die Zukunft zu hoffen, dass auch weiterhin gut 50 aktive und nochmal so viele passive Mitglieder des Vereins der Asperger Weingärtner für den Weinbau in der Stadt und am gleichnamigen Berg sorgen.

Quellen und Literatur

Hauptstaatsarchiv Stuttgart: A 302 (Bd. 5812, Bü 5866); A 313 (Bü 1, 3, 4, 6, 7, 9, 15); H 101/2 (Bde. 1, 2, 4, 7, 12, 14).

Staatsarchiv Ludwigsburg: F 66 (Bü 59).

Stadtarchiv Asperg: B 1, B 702, B 703, B 900, B 1487, A 1193, A 1224, A 1225, A 2784, A 3645, A 3841-3861, S II Nr. 12.

Beschreibung des Oberamts Ludwigsburg, Stuttgart 1859.

Theodor Bolay: Chronik der Stadt Asperg, Bietigheim-Bissingen 1978.

Christoph Dette (Hrsg.): Liber Possessionum Wizenburgensis, Mainz 1987.

Isolde Döbele-Carlesso: Frauen und Wein. Zum alten Brauch der Weiberzeche, Brackenheim 2007.

Immanuel Dornfeld: Die Geschichte des Weinbaues in Schwaben, Stuttgart 1868.

IG Asperger Weingärtner e.V.: 25 Jahre IAW, Asperg 2009.

Irmgard Knoll: Die Grafen von Asperg, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 46 (1992) S. 11–34.

Irmgard und Rolf Knoll: Zu Aspergs Anfängen. »Graf« Gozbert oder das Ende einer Legende, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 49 (1995) S. 37–43.

Daniel Kuhn, Franz Quarthal, Reinhold Weber: Die Geschichte des Weines in Baden und Württemberg, Stuttgart 2015.

Gabriele und Wolfgang Leiner: Gottfried Tobias Ritter's Stuttgarter Tagebuch 1784, Stuttgart 1984.

Herbert Paul: Asperg. Bilder, Geschichte, Geschichten, Asperg 2019.

Thomas Schulz: Altwürttembergische Lagerbücher aus der österreichischen Zeit 1520–1534. Bd. V: Ämter Asperg, Bietigheim, Besigheim, Markgröningen, Leonberg und Vaihingen, Stuttgart 1989, S. 2–14.

Weinbauverband Württemberg: 175 Jahre Weinbauverband Württemberg e.V. 1825–2000, Weinsberg 1999.

Die historischen Flurkarten von Asperg sind als Digitalisate auf der Internetseite des Staatsarchivs Ludwigsburg einsehbar (Bestand EL 68 VI, Nr. 3141–3144, 3231–3233, 3321–3324).

Als Asperg wieder Stadt wurde (1875)

von Dr. Thomas Schulz,

Remseck am Neckar; Historiker; seit 1988 Leiter des Kreisarchivs Ludwigsburg; Veröffentlichungen zur Lokal- und Regionalgeschichte.



In der 1859 vom »Königlichen statistisch-topographischen Bureau« herausgegebenen amtlichen »Beschreibung des Oberamts Ludwigsburg« wird Asperg als ein »Pfarrdorf mit Marktrecht« bezeichnet. Das alte Stadtrecht – urkundlich erstmals 1308 belegt, als Graf Ulrich von Asperg »Burg und Stadt Asperg« an den Grafen Eberhard I. von Württemberg verkaufte – hatte damals schon seit gut einem Jahrhundert seine einstige Bedeutung verloren und war dann zu Beginn des 19. Jahrhunderts auch formal aufgehoben worden.

In der Oberamtsbeschreibung heißt es, Asperg sei ein »ansehnliches, ziemlich regelmäßig angelegtes Dorf«. Und weiter: »Der Ort ist im Allgemeinen freundlich, gut aussehend und mit breiten, gerade geführten, größtenteils gekandelten Straßen versehen, an denen sich die etwas gedrängt, meist aus Holz erbauten Häuser, die zum Teil ein städtisches Aussehen haben, lagern.«

Obwohl Asperg Mitte des 19. Jahrhunderts unbestritten als Dorf oder »Markt-

flecken« galt, war das historische Stadtrecht offensichtlich nicht ganz in Vergessenheit geraten. Von Initiativen, das Stadtrecht wiederzuerlangen, ist jedoch lange Zeit nichts zu bemerken. Es war dann auch ein auf den ersten Blick eher als nebensächlich erscheinender Anlass, der dazu führte, dass Asperg die Wiederverleihung des Stadtrechts beantragte. Den Anstoß hierzu gab eine Verfügung des württembergischen Innenministeriums, mit der ein Reichsgesetz über die »Quartierleistung für die bewaffnete Macht während des Friedenszustandes« bekannt gemacht wurde.

Diese Verfügung wurde am 27. Mai 1875 im »Regierungsblatt für das Königreich Württemberg« veröffentlicht. Durch sie erhielten die Behörden, Städte und Gemeinden des Königreichs Kenntnis vom Wortlaut eines 1868 für den Norddeutschen Bund beschlossenen und im Februar 1875 auf das Reich übertragenen Gesetzes. Inhaltlich regelte dieses Gesetz, dass für die Kosten von Einquartierungen prinzipiell das Reich aufzukommen hat und dass an Städte und Gemeinden für auferlegte Quartierleistungen – etwa bei Manövern – grundsätzlich Entschädigungen zu zahlen sind. Der Gesetzestext wurde noch ergänzt um Ausführungsbestimmungen und eine Liste, die eine Klasseneinteilung der württembergischen Städte und Gemeinden enthielt, wobei Asperg in der vierten von insgesamt fünf »Ser-

visklassen« und somit in der vorletzten Klasse eingestuft war.

So weit, so gut bzw. aus Asperger Sicht: so schlecht. Denn bei einer Einstufung in eine höhere Servisklasse hätte man auch Anspruch auf höhere Entschädigungen gehabt. Die Veröffentlichung der ministeriellen Verfügung führte daher in Asperg zu einiger Aufregung, zumal »Städtchen wie Großsachsenheim und Oberriexingen, mit viel kleinerer Einwohnerschaft und viel geringerem Verkehr als Asperg«, zur dritten Servisklasse zählten und somit bei Einquartierungen besser gestellt waren als Asperg.

Die geringere Einstufung bei der Entschädigung von Quartierleistungen wurde in Asperg nicht nur als finanzielle Benachteiligung empfunden. Sie verletzte zugleich auch erheblich das Ehrgefühl der Asperger. Dies ergibt sich allein schon aus dem Verweis auf die vermeintliche Besserstellung

von Großsachsenheim und Oberriexingen. Wie tief der Stachel saß, zeigt sich aber vor allem darin, dass am 4. Juni 1875 – also nur wenige Tage nach der Bekanntmachung der oben genannten Verfügung des Innenministeriums im Regierungsblatt – der Asperger Gemeinderat in einer an den König adressierten Eingabe um »gnädigste Wiederverleihung des Prädikats ›Stadtgemeinde‹ an die Gemeinde Asperg« bat.

Der Antrag

In dem Antrag wurde zunächst auf das frühere Stadtrecht verwiesen. Das in der Ortsregistratur vorhandene sogenannte »goldene Buch« belege, dass das Stadtrecht nachweislich seit 1308 bestanden habe und von der ursprünglichen Stadt auf dem Berg um 1535 – nach dem Ausbau der Festung Hohenasperg – auf die am Fuß des Berges entstandene neue Siedlung übergegangen



Asperg mit Hohenasperg auf einer Ansichtskarte aus der Zeit um 1900.

Zu sehen ist in der Mitte die Hauptdurchgangsstraße von Stuttgart über den Asperger Sattel ins Unterland. Von dieser Straße zweigen rechts die Straßen zum Bahnhof und nach Eglosheim, links die Straße nach Markgröningen ab.

sei. Aber »mit der Erbauung von Ludwigsburg und der Formierung eines Amtes all- da« habe Asperg »die ihm mehr denn 400 Jahre zugestandene Stadtrechtigkeit« verloren.

Der Hinweis auf das frühere Stadtrecht war sicherlich nicht ohne Belang. Wesentlich wichtiger musste aber sein, welche Gründe für eine Erneuerung des Stadtrechts angeführt werden konnten. Was sprach also aus der Sicht der Asperger dafür, ihren »Marktflecken« zur Stadt zu erheben? In dem Antrag heißt es hierzu:

»Schon die ursprüngliche Anlage des hiesigen Ortes mit seinen 50 bis 70 Schuh [14 bis 20 Meter] breiten Hauptstraßen hat ein städtisches Aussehen und seit dem Jahr 1860 hat sich durch den eingetretenen größeren Verkehr, durch Hebung der Gewerbe und des allgemeinen Wohlstands, die Zahl der Gebäude des hiesigen Ortes von 441 auf 540, also um nahezu ein Viertel erhöht, und es wird diese Bautätigkeit in den nächsten Jahren voraussichtlich in noch stärkerer Weise sich entwickeln.«

Ferner wird angeführt, dass Asperg Marktgerechtigkeit besitzt – alljährlich am 25. Juli durfte ein Vieh- und Krämermarkt abgehalten werden – und es im Ort 168 Gewerbetreibende gibt, zudem »bis jetzt zwei Fabriken mit Dampftrieb«. Auch sei der Personen- und Güterverkehr »auf der hiesigen Eisenbahnstation größer als der mancher Oberamtsstadt«.

Weiter ist zu lesen: »In Folge des großen Fremdenverkehrs bestehen hier 20 Wirtschaften, alle mit gutem Betrieb, auch musste ein weiterer Polizeidiener aufgestellt und für den Nachtdienst eine Wächterkontrolluhr eingeführt werden.« Außerdem wurde hervorgehoben, dass es seit vier Jahren eine Straßenbeleuchtung gab und »seit einem Jahr eine Feuerwehr von 250 Mann, vollständig eingeeübt. 62 Mann von letzterer sind uniformiert und mit den neuesten Gerätschaften ausgerüstet.«

Bei der Volkszählung 1871 waren insgesamt 2039 Einwohner gezählt worden, davon 315 auf dem Hohenasperg und 1724 im Ort selbst. Das waren in der Tat deutlich mehr Einwohner, als damals die im Zusammenhang mit den Quartierleistungen als Vergleich angeführten Städte Großsachsenheim (1310 Einwohner) und Oberriexingen (915 Einwohner) oder auch die Oberamtsstadt Maulbronn (838 Einwohner) hatten. Und man vergaß nicht den Zusatz – quasi um das Missverhältnis noch zusätzlich zu unterstreichen –, dass sich die Einwohnerzahl »in den letzten vier Jahren noch erheblich vermehrt« habe.

Zuletzt wurde noch darauf hingewiesen, dass »die Verhältnisse des Gemeindehaushaltes günstig« seien. Die Gemeinde sei schuldenfrei und das Vermögen bestehe in 27 000 Gulden Kapitalien und Liegenschaften im Wert von 176 000 Gulden.

Über den Antrag hatte letzten Endes der König zu entscheiden. Zuvor musste er jedoch den vorgeschriebenen Dienstweg durchlaufen. Das heißt, er ging zunächst an das Oberamt in Ludwigsburg, dann an die ebenfalls in Ludwigsburg ansässige Kreisregierung – in der Behördenhierarchie in etwa dem heutigen Regierungspräsidium vergleichbar – und von dort an das Innenministerium, das schließlich das Gesuch dem König zur Entscheidung vorlegte.

In einem Begleitschreiben an das Oberamt führten Schultheiß und Gemeinderat noch zusätzlich zum Antrag selbst Folgendes aus: »Lange schon ist es der Wunsch der hiesigen Einwohnerschaft, wenn nicht die Stadtrechte, die Burg und Stadt Asperg einst besaß, so doch das Prädikat ›Stadtgemeinde‹ wieder zu erlangen, um statt der bisherigen geringschätzigen Bezeichnung ›Dörfle‹ auch nach außen ein ihr gebührendes besseres Ansehen zu bekommen und nicht mehr wie bisher oft mit dem 264 Einwohner starken Aspergle, Oberamts Schorndorf, verwechselt zu werden.«

Reaktion der Behörden

Das Oberamt Ludwigsburg wollte, bevor es sich mit dem Antrag inhaltlich befasste, zunächst mehr über das ehemalige Asperger Stadtrecht erfahren und verlangte weitere urkundliche Belege. Am 6. Juni 1875 ließ es Asperg wissen, die Oberamtsbeschreibung »enthält zwar auf Grund von Urkundenauszügen die erforderlichen Notizen, es fragt sich aber, ob nicht das sogenannte goldene Buch Urkunden über das ehemalige Stadtrecht enthält, in welchem Fall der Beschluss einer Abschrift angemessen erscheinen dürfte«.

Schon einen Tag später schickte Schultheiß Gustav Sprinkhardt, der seit 1859 als Ortsvorsteher in Asperg amtierte, ein Antwortschreiben nach Ludwigsburg: »In hiesiger Ortsregistratur befinden sich bezüglich der Stadtgerechtigkeit von Asperg ziemlich viele Akten, viele sind aber nach dicken Bänden zusammengeheftet und es würde ein Studium derselben und die Fertigung von Abschriften aus denselben viel Zeit erfordern. Die bei diesen Akten vorhandenen Originalurkunden, die darüber Nachweis geben, dass Asperg früher Stadtgerechtigkeit und mit solcher auch verschiedene Vorrechte besaß, liegen hier bei, und es sind die Stellen, die auf die früher bestandene Stadtgerechtigkeit von Asperg Bezug haben, mit rotem Blei bezeichnet.«

Aus den dem Schreiben beigelegten Urkunden gehe »unzweifelhaft« hervor, dass die Einwohner der früher auf dem Berg gelegenen Stadt Asperg, »nachdem sie 1530 bis 1535 wegen Errichtung der Festungswerke von der Höhe in die Niedere ziehen mussten«, die Stadtgerechtigkeit auch in Unterasperg noch mehr als 200 Jahre besaßen. Ebenso seien ihnen auch in Unterasperg die auf Hohenasperg besessenen besonderen Vorrechte und Freiheiten – wie Asylrecht, eigene Gerichtsbarkeit, Stimme auf dem Landtag, Freiheit von Steuern und

Schatzung, vom Jagddienst etc. – belassen worden, »und zwar besonders deshalb, weil sie mit ihrer äußersten Beschwerde und zu ihrem großen Schaden ihre Wohnung verlassen und in die Niedere transferieren mussten«.

Auch das Ende des alten Stadtrechts wurde nun exakt benannt: Durch ein oberamtliches Dekret vom 21. Februar 1811 sei »die Stadtgerechtigkeit des Ortes Asperg aufgehoben und dadurch das Stadtgericht in ein Dorfgericht verwandelt« worden.

Oberamtmann Lang gab sich mit der Antwort zufrieden und leitete am 10. Juni 1875 den Antrag »mit drei Beilagen und neun probierten Urkunden« an die Kreisregierung weiter. In dem Begleitschreiben bezeichnet er die Darstellung der örtlichen Verhältnisse als zutreffend. Hervorzuheben sei insbesondere, dass »die ökonomischen Verhältnisse dieser Gemeinde unter der Amtsführung ihres gegenwärtigen ausgezeichneten Ortsvorstehers Sprinkhardt, eines gebildeten



Ein wichtiger Befürworter des Asperger Antrags: Regierungsrat Carl Theodor von Lang, 1846 bis 1882 Oberamtmann in Ludwigsburg.

Geschäftsmannes, sich sehr günstig gestaltet haben«. Und sicherlich nicht weniger wichtig war folgende Aussage: »Auch haben die Einwohner von Asperg stets eine konservative Haltung der Staatsregierung gegenüber bewahrt.«

Obwohl Oberamtmann Lang den Antrag ausdrücklich unterstützt hatte, herrschte nun für gut fünf Monate Funkstille. Und als das Oberamt am 15. November endlich Post vom Innenministerium erhielt, war die Sache noch keineswegs entschieden. Ganz im Gegenteil. In dem Erlass bemängelte das Ministerium, der Antrag der Gemeinde Asperg würde »wesentlich« mit der im Vergleich zu kleineren Städten schlechteren Einordnung in Servisklassen begründet. Man müsse daher klarstellen, dass »aus der Verleihung des Prädikats als Stadtgemeinde eine Berechtigung für eine höhere Servisklasse in keiner Weise und in keinem Fall hervorgeht«. Denn die Klasseneinteilung erfolge ausschließlich unter ökonomischen Aspekten, die »Eigenschaft als Stadt- oder Landgemeinde« sei hierfür nicht maßgebend. Das Oberamt solle daher in Asperg nachfragen, ob vor diesem Hintergrund das Gesuch überhaupt noch aufrechterhalten würde und – falls ja – welche »anderweitigen Gründe hierfür geltend« gemacht werden könnten.

Neue Argumente

In seiner Antwort vom 22. November verwies Schultheiß Sprinkhardt einleitend darauf, dass die Frage der Servis-Klasseneinteilung »bloß mit Anlass gab, das Gesuch jetzt vorzubringen«, und somit nur »Nebensache« sei. Das Gesuch werde nicht zurückgenommen. Gemeinderat und Bürgerausschuss hätten am 21. November einhellig beschlossen, den Antrag »untertänigst zu wiederholen« und als weitere Begründung hierfür anzuführen:

»Die ganze Anlage des Ortes, seine Größe, sein Verkehr, stehen gewiss den Verhältnis-

sen von Niederstotzingen, Schramberg, Alpirsbach, Lorch etc., die auch Stadtgerechtigkeit erhielten, nicht nach und dabei hat Asperg vor diesen voraus, dass es früher Stadtrecht hatte, was urkundlich nachgewiesen ist. [...] Dieses früher besessene Recht ist auch der Hauptgrund, warum man sich das vorliegende Gesuch überhaupt zu stellen erlaubte.«

Weiter heißt es: »Wenn Asperg eine Latein- oder eine Realschule, eine Apotheke abgeht, so liegt dieses nicht in der geringeren Bedeutung Aspergs als oben besagte Orte, sondern darin, dass mittelst der Eisenbahn die Schulen Ludwigsburgs von hier aus bequem benutzt werden können, was auch von mehr als 20 hiesigen Kindern geschieht, und dass wegen der Apotheken in Ludwigsburg ein Gesuch hiesiger Gemeinde um eine eigene Apotheke, wozu ein Kandidat da war, von höherer Behörde abschlägig beschieden worden ist. Es bestehen hier zwei Fabriken mit Dampfbetrieb, sieben Kaufläden, und der Zuzug von Privatleuten würde bei der schönen Gegend, der vorhandenen Eisenbahnstation, der Nähe von Stuttgart und Ludwigsburg sich gewiss mehr steigern und dadurch auch die Baulust erhöhen, wenn die Bezeichnung »Dörfle« wegfielen. Die Verleihung des Prädikats einer Stadtgemeinde würde also für Asperg sicher nutzbringend sein.«

Abschließend wurde noch betont, dass »die Wiedererlangung des Stadtrechts den Gemeindebehörden von hier von den hiesigen Gemeinde-Einwohnern längst zur wichtigen Aufgabe gemacht worden« sei. »Nachdem die hiesige Gemeinde in ihren äußeren und inneren Verhältnissen – wie man, ohne unbescheiden zu sein, wohl sagen darf – wieder geordnet, geachtet, ja blühend dasteht, die hiesigen Bürger in sozialer und politischer Beziehung auch stets loyal waren und die Gewährung des Gesuchs auch keinerlei anderen Interessen beeinträchtigt, so glaubt man sich erlauben zu dürfen, dem



*Gustav Sprinkhardt, 1859 bis 1897
Schultheiß bzw. ab Dezember 1875
Stadtschultheiß von Asperg.*

Wünsche der hiesigen Bürger Ausdruck zu verleihen.«

Für Schultheiß Sprinkhardt stand ganz offensichtlich auch seine persönliche Reputation auf dem Spiel. Denn in seinem Antwortschreiben vom 22. November führte er noch aus: »Nachdem die Sache nun so in Fluss gekommen, auf Hohenasperg und in den Nachbarorten auch bekannt geworden ist, kann ich das Gesuch nicht mehr zurücknehmen. Mein Ansehen und Einfluss hier würde aber durch die Abweisung geschädigt und auf diese Abweisung habe ich mich nach dem hohen Ministerialerlass gefasst zu machen. Ich gestehe aufrichtig, die Abweisung berührt mich auch wegen des Spottes benachbarter Städte, der bereits sich hören lässt, und wegen der getäuschten freudigen Hoffnung der Gemeinde. Die Erhebung der hiesigen Gemeinde zur Stadt hätte mich mehr erfreut als irgendeine persönliche Auszeichnung; ich hätte darin eine

Belohnung meiner mancherlei Mühen für die Gemeinde in den letzten 16 Jahren, besonders aber eine Belohnung der Gemeinde dafür gefunden, dass sie sich so vertrauensvoll auch in politischer Beziehung meiner Leitung überlässt.«

Die Entscheidung

Die letzten Sätze seines Schreibens deuten darauf hin, dass Schultheiß Sprinkhardt kaum mehr mit einer Genehmigung des Antrags rechnete. Umso größer dürfte bei ihm wie bei der gesamten Gemeinde die Freude gewesen sein, als am 8. Dezember 1875 vom Oberamt mitgeteilt wurde, dass König Karl »durch Höchste EntschlieÙung« vom 2. Dezember der »Bitte der Gemeindebehörden von Asperg um Wiederverleihung des Prädikats einer Stadtgemeinde an ihre Gemeinde gnädigst entsprochen« hat.

Diese »Höchste EntschlieÙung« wurde am 18. Dezember »einer versammelten Bürgerschaft zu Asperg auf dem Rathaus verkündet«. An diesem Tag wurde von morgens bis abends gefeiert, mit Gottesdienst, Festzug, Flaggenschmuck, Dekorationen an den Häusern, Ansprachen, Musik und Gesang, Böllerschüssen und Feuerwerk. Zum Abschluss gab es noch ein großes Festbankett im Gasthof »Adler«.

Die »Ludwigsburger Zeitung«, die wenige Tage später ausführlich über die Feierlichkeiten berichtete, bezeichnete das Fest »als großartig und wohl gelungen«. Es habe dabei »von Anfang bis Ende die größte Herzlichkeit und schönste Harmonie« geherrscht.

Die Feier machte übrigens auch deutlich, dass die im Laufe des Antragsverfahrens wiederholte Berufung auf das alte Stadtrecht nicht nur vorgeschoben war, sondern ganz offensichtlich aus einem wirklichen Geschichtsbewusstsein resultierte. Denn bei den verschiedenen Ansprachen und Aufführungen wurde immer wieder – mal

mehr, mal weniger ausführlich – auf die historischen Hintergründe des Festtags eingegangen. Und der Gemeinderat hatte bei einer Ludwigsburger Buchdruckerei »300 Abdrücke der Geschichte Aspergs« bestellt, die dann bei der Feier an die Bürger verteilt wurden.

Der Pfarrbericht von 1875

Die im Zusammenhang mit der »Wiedererlangung der Eigenschaft einer Stadtgemeinde« entstandenen Akten sagen nur wenig aus über den Alltag und die Lebensverhältnisse der Menschen im Jahr 1875 in Asperg. Vermittelt wird lediglich ganz allgemein das Bild einer Gemeinde, die als »wohlgeordnet« galt und deren Repräsentanten für die künftige Stadt eine gute Entwicklung erwarteten. Wer Näheres erfahren möchte, muss andere Quellen heranziehen. Wesentlich konkretere Aussagen zu den damaligen Lebensverhältnissen enthält namentlich der offizielle Pfarrbericht, den der seit 1863 in Asperg amtierende Pfarrer Ferdinand August Roller im Mai 1875 zur Vorbereitung des alle zwei Jahre anstehenden Visitationsbesuchs des Ludwigsburger Dekans verfasst hatte. Im Folgenden seien einige Passagen aus diesem Pfarrbericht wörtlich wiedergegeben.

Wirtschaftliche Entwicklung und die Folgen

»Die ökonomischen Zustände der Gemeinde heben sich. Wer arbeiten kann und will, hat reichliche Gelegenheit zu lohnendem Verdienst. Der Weinbau, das Gipsbrechen, die Arbeiten auf der Eisenbahn und auf der Zuckerrübenstation nimmt viele Kräfte in Anspruch. Insbesondere aber hat großen Einfluss die Zunahme der Fabrik- und Bautätigkeit in Ludwigsburg, wohin sich täglich ein großer Zug Arbeiter, auch Sonntagsschüler [= Jugendliche] beiderlei Geschlechts in Bewegung setzt, was die Arbeiten im Ort mehr und mehr erschwert und verteuert.«

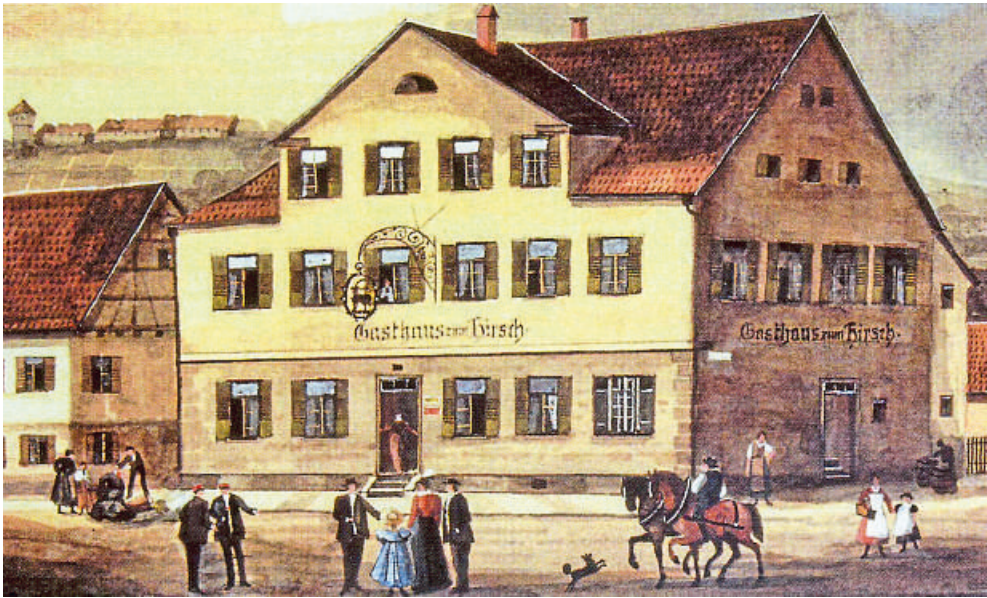
»Leider geht mit der Besserung der ökonomischen Verhältnisse die Hebung der Sittlichkeit nicht Hand in Hand. Nicht nur, dass die Leute vielfach anspruchsvoller und übermütiger werden. Das Erworbene geht, wenn es auch teilweise zum Ankauf von Grundstücken verwendet wird, doch vielfach in Putz, Trunk und Spiel auf, wozu die wachsende Zahl der Wirtschaften und die Aufhebung der Polizeistunde umso mehr Gelegenheit bietet.«

»Auch das Zusammenwandern und -arbeiten [in den Fabriken] ist an und für sich schon von keinem günstigen Einfluss. Eine Frau erklärte, sie lasse ihre Enkel nicht in die Cichorienfabrik nach Ludwigsburg hinüber gehen, da werden die Leute grundlieglich; die Kinder machen Schulden, die wilden Mädchen verführen die Knaben, es sei keine Aufsicht. Eine geordnete ältere Fabrikarbeiterin erklärte indes auf dem Krankenlager: Die Tammer machen es noch ärger als die Asperger.«

»Sinn für Kirchlichkeit« schwindet

»Weder Gerichte noch Satzungen Gottes äußern eine durchgreifende Wirkung, da beide vielfach nur als ein Werk der Natur angesehen werden. Der Hagelschlag am 14. Juli 1873 rief da und dort Lästerungen hervor; am darauf folgenden Sonntag war in allen Wirtshäusern Tanz. Freilich, die noch schwerer verhagelten Möglinger, wurde von den Ältesten bemerkt, haben es im Juli 1873 noch höher gemacht und noch beim Hinausgehen aus dem Ort getanzt. An einem der vier Bälle von Februar bis Mai haben indes selbst Weiber von 60 und 70 Jahren getanzt.«

»Der Sinn für das göttliche Wort ist daher auch nicht im Zunehmen begriffen und muss daher wie seit Jahrzehnten immer noch geklagt werden, dass die Kirche nur an Festtagen gehörig besucht wird. In der Sonntagskinderlehre ist hauptsächlich das weibliche Geschlecht vertreten; Män-



Das Gasthaus »Hirsch« an der heutigen Königstraße, einst das »erste Haus am Platze«.

ner finden sich hierbei in der Regel nur an Fest- und Kommuniontagen ein. Da an den gewöhnlichen Wochengottesdiensten Erwachsene nicht teilnehmen, so wird nach einer schon von Pfarrer Bühler getroffenen Einrichtung die Freitagskinderlehre im Winterhalbjahr in der Schule gehalten, was sich auch wegen der schlechten Bekleidung mancher Kinder empfiehlt.«

»Die meisten Kommunikanten genießen das heilige Abendmahl nur einmal im Jahr, viele Eltern bloß bei der Konfirmation ihres Kindes. Manche tragen Bedenken wegen Streitigkeiten. Verkommene Leute sollen sagen, der Herr Pfarrer gebe jedem beim Abendmahl zu wenig; sie gehen lieber ins Wirtshaus, da gebe man einem mehr.«

»Der Sonntag wird vielfach zu allerlei Verrichtungen, Gängen und Reisen, neuerdings von Fabriklern des Morgens auch zu Arbeiten, insbesondere aber zum Besuch des Wirtshauses benutzt. Seit Ende vorigen Jahres finden in einem Wirtshaus von Zeit zu Zeit am Sonntag Revuen statt. Da hierbei auch einzelne Sonntagsschlawiner

sich einfanden, so hat Referent [= Pfarrer Roller] das Schultheißenamt um Abhilfe gebeten und zur Antwort erhalten: die Polizeidiener sollen mir jede Anzeige machen. Da dies nicht geschah, auf den Konfirmationssonntag wieder eine Revue angekündigt wurde und dem Vernehmen nach namentlich Soldaten auf Hohenasperg am Tanz sich beteiligten, so hat Referent an das dortige Bataillonsbüro sich gewandt, worauf von dem letzteren am betreffenden Wirtshaus bekannt gemacht wurde, dass, wenn wieder Soldaten am Sonntag tanzen, der Besuch desselben ihnen untersagt würde. Das wirkte.«

Ehe- und Familienleben

»Den Erleichterungen, welche die neue Ehegesetzgebung geschaffen hat, steht der Mangel an Wohnungen und die erschwerte Führung des Haushalts gegenüber. Die alte Unsitte, dass häufig – und zwar selbst bei Brautpaaren aus besseren Familien – Taufen der Trauung vorangehen oder bald folgen, ist noch nicht beseitigt.«

»Sonst ruft Trunksucht, herrisches Wesen, ungebrochener Wille, böse Zunge, Armut und Geiz, Frechheit und Gleichgültigkeit mancherlei Dissidien hervor und lassen sich oft bittere Klagen vernehmen. Vier Paare leben voneinander getrennt. Der Hausgottesdienst verschwindet mehr und mehr.«

»Die Kinder sind, soweit sie nicht zur Arbeit angehalten werden, zum größten Teil, besonders auch an Sonntagen sich selbst überlassen und dürfen sich oft spät abends noch auf der Gasse herumtreiben. Sie hören und sehen von Eltern und Erwachsenen manches, was nicht taugt, auch Flüche und schandbare Reden und Dinge, sind früh schon in allerlei eingeweiht und werden bei Verfehlungen oft mit Schimpfworten oder rohen Drohungen traktiert, nicht selten auch verhätschelt. Je mehr nun die Kinder heranwachsen und selbständig werden, was bei dem frühen Verdienst bald geschieht,

desto weniger lassen sie sich etwas sagen und in der Zucht halten. Söhne, die durch ihr zuchtloses und unbotmäßiges Benehmen ihren Eltern schweren Kummer bereiten, wachsen immer wieder nach. Ein wüstes Wesen herrscht insbesondere bei ledigen Dienstboten; besonders bescheidene, geordnete und treue werden mehr und mehr zu weißen Raben.«

»Sonst herrscht Rücksichtslosigkeit, Leichtsinn und Frechheit, durch die Nähe von zwei Garnisonen genährt, Lügenhaftigkeit und Unredlichkeit, Bösartigkeit, Neid, Hass und Feindschaft. Der Neid trat besonders bei Verteilung der Gaben für die Hagelbeschädigten hervor, welche größtenteils Unzufriedenheit erwirkte. Hass und Feindschaft findet sich oft zwischen den nächsten Anverwandten, insbesondere wenn der eine oder andere sich im Erben verkürzt glaubt. Ein Mann betritt bei Beerdigung seines Vaters das Haus seines Bruders nicht, weil je-



Die evangelische Michaelskirche wurde Mitte des 16. Jahrhunderts erbaut und erhielt um 1600 als Anbau den charakteristischen Schneckenturm im Stil der Frührenaissance.

ner ihm den gewünschten Weinberg nicht zuschrieb.«

»Bei alledem findet sich aber auch hier noch ein guter Kern. Es gibt noch solche Personen und Familien, welche auf Zucht und Ehrbarkeit, Frömmigkeit und Gottesfurcht, Kirche und Gottes Wort etwas halten, über das herrschende Weltverderben seufzen und von Ahnung schwerer Gerichte erfüllt sind. Es gibt noch Kinder, Söhne und Töchter, welche einen stillen und geordneten Wandel führen und ihren Eltern Gehorsam leisten. Nur ist die Zahl derselben im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung nicht sehr bedeutend und wagen sich die Gutgesinnten zu wenig hervor. Obwohl daher nur bei einem Brandunglück, Hagelschlag etc. eine weitergehende Teilnahme sich zeigt, so findet sich doch auch Sinn für die Mission und steuern 24 Personen zum Basler Halbbatzenverein bei, für den zwei ledige Töchter sammeln.«

»Krankenbesuche [des Pfarrers] sind, wenn auch nicht immer erbeten, doch geschätzt und lassen sich hierbei manche erfreuliche Erfahrungen machen, wie auch die Fürbitte der Gemeinde häufig nachgesucht wird.«

Besondere Erscheinungen auf religiösem Gebiet

»Gemeinschaften gibt es hier zwei. Die eine, alte Pietisten, vier Männer und sechs bis acht Frauen, versammelt sich am Sonntagnachmittag von zwei bis drei Uhr und abends von sieben bis acht Uhr im Haus von Christoph Pfisterer, dem Hauptsprecher, einem wackeren Mann. Hierbei wird eine Predigt von Pfarrer Hahn oder Oetinger vorgelesen und besprochen; ein Gebet und das Singen einiger Verse aus Hahns oder Hillers Schatzkästchen bilden den Eingang und Schluss.«

»Die andere Gemeinschaft, frühere Separatisten, in der Friedrich Schwarz, Schmid, gleichfalls ein wackerer Mann, besonders

das Wort führt, versammelt sich, vier Männer und fünf Weiber, bloß sonntagnachmittags nach dem Gottesdienst von drei bis fünf Uhr im Haus von Gottlob Hahn. Hierbei wird hauptsächlich Seelenpflege getrieben und bei Besprechung über die täglichen Erfahrungen auf Erkenntnis der Sünde und auf eine gewisse Hoffnung des eigenen Lebens hingewirkt. Beide Gemeinschaften sind nach ihrer eigenen Erklärung im Abnehmen begriffen.«

»Der Methodismus hat sich in neuer Zeit wieder aufgetan. Zuerst kam von Ludwigsburg ein methodistischer Prediger hierher. Eine schon vorher geisteschwache ledige Person, welche diese Vorträge besuchte, wurde im Geist gestört, sah den Teufel und den eigenen Vater in der Hölle, ergab sich aber gleichwohl dem Trunk und Müßiggang. Nunmehr kommt ein methodistischer Prediger, der in der Hohenasperger Bataillon eingereiht ist, am Sonntagnachmittag und alle 14 Tage donnerstagabends in das Haus von Ludwig Strauch, ohne dass durch diese Vorträge, wie Nachbarn und eigene Angehörige sagen, die Leute wirklich gebessert werden. Eine Frau blieb nach mehrmaligem Besuch der Vorträge weg, weil sie bei den Besuchern Aufrichtigkeit vermisste. Die Zahl der letzten wird als nicht erheblich und als schwindend bezeichnet.«

»Bei dem hier herrschenden Spottgeist fehlt es an Spötter nicht. Hauptspötter ist ein ehemaliger Gemeinderat, der dem Vernehmen nach des Morgens bei seinen Branntweinbrüdern alles durchhechelt. Zu Religionsverächtern werden wohl auch solche gehören, die meinen, sie wissen alles, brauchen keinen Geistlichen, auch keinen Sonntag. Solche verkommene Leute werden von dem Gewährsmann »Feger« genannt.«

»Eingriffe in die Rechte der evangelischen Kirche haben nicht stattgefunden. Kinder aus gemischten Ehen werden evangelisch erzogen. Eine ledige Aspergerin, die in Italien diente, ist dort ihrer eigenen Mitteilung



Das Rathaus auf einer Postkarte aus der Zeit um 1920.

zufolge zur katholischen Kirche übergetreten und in ein Kloster gegangen. Evangelische Kinder in katholischen Schulen finden sich nicht.«

Ortsvorsteher und Gemeinderat

»Schultheiß und Verwaltungsaktuar Gustav Sprinkhardt steht in kirchlicher Beziehung auf dem Standpunkt der Aufklärung. Nach dem Tod des Stiftungspflegers und bei der schweren Krankheit des Friedrich Müller befinden sich nur noch zwei eigentlich kirchlich gesinnte Männer im Gemeinderat. Zucht und Ordnung aufrechtzuerhalten ist bei den hiesigen Verhältnissen schwierig, jedoch ist das Bestreben des Schultheißen anzuerkennen. Die gemeinschaftlichen Amtsgeschäfte werden rasch und friedlich erledigt. Die Ehedissidien werden auf seelsorgerlichem Weg auszugleichen gesucht und erst nach Erschöpfung aller Mittel auf dem Rathaus verhandelt.«

»Durch die günstigen Erwerbsverhältnisse ist der Aufwand für das Armenwesen um ein Beträchtliches vermindert. Mit Rück-

sicht auf dieselben ist der Gemeinderat darauf bedacht, nur bei wirklicher Bedürftigkeit einzutreten. Insbesondere werden die Gesuche um Aufnahme in das Armenhaus nur in den dringendsten Fällen genehmigt und kann manchmal auch der Schein einer gewissen Härte nicht vermieden werden.«

»Drei der Gefahr der Vernachlässigung ausgesetzte Kinder sind im Mathildienstift in Ludwigsburg untergebracht. Von Geisteskranken befindet sich eine Frau in der Heilanstalt in Pfullingen.«

Pfarrgemeinderat

»Die Zahl der Ältesten ist durch Todesfälle auf sechs herabgeschmolzen. Eine Ersetzung unterblieb bei der ganzen Stimmenzahl (8) der übrigen Gewählten. Von den noch zurückgebliebenen sechs sind vier kirchlich gesinnt, beschränken ihre Tätigkeit aber hauptsächlich auf das Anwohnen bei den Sitzungen. Die zwei anderen nehmen seit geraumer Zeit nicht mehr an den Sitzungen teil, und zwar der wegen Trinkexzesse entlassene frühere Polizeidie-

ner Jakob Seiz, Maurer, und Gemeinderat Merkle. Letzterer war zum letzten Mal zugegen, als es sich um seine Wiederwahl in den Gemeinderat handelte. Den mir von ihm angebotenen Stimmzettel lehnte ich ab, da ich mich grundsatzmäßig überhaupt bei Gemeindewahlen nicht beteilige und insbesondere es nicht über mich gewinnen könnte, einem Mann meine Stimme zuzuwenden, der anerkanntermaßen viel Unheil in der Gemeinde stiftet. Seit dieser Zeit besonders habe ich viel unter der Gehässigkeit dieses Mannes zu leiden, muss dies aber als ein unvermeidliches Los tragen.«

Der Ludwigsburger Dekan kommentierte dies kurz und knapp: »Unter den geschilderten Verhältnissen ist ein merkbarer Einfluss des Kollegiums nicht zu erwarten. Die kirchlich gesinnten Ältesten sind schüchterne Leute und machen nicht den Eindruck, als ob sie Licht und Salz für die Gemeinde sein könnten und wollten.«

Schule und Lehrer

»Von den drei Schulklassen zählt die untere 47 Knaben und 53 Mädchen von 6 bis 8 Jahren, die mittlere 57 Knaben und 50 Mädchen von 8 bis 11 Jahren und die obere 49 Knaben und 41 Mädchen von 11 bis 14 Jahren, insgesamt 153 Knaben und 144 Mädchen, zusammen 297 Kinder. In den beiden unteren Klassen findet Abteilungsunterricht statt.«

»Schulmeister Johannes Neuffer, Lehrer an der Oberklasse, geboren 5. September 1825, seit 18. Oktober 1859 hier als Schulmeister und an der Oberklasse seit 17. August 1870 angestellt, verheiratet, Vater von 3 Kindern. Gibt sommers täglich 5, winters an vier Tagen 6, an zwei Tagen 3 Schulstunden. Führt einen geordneten Wandel, ist in seiner Lehrart treu und gewissenhaft, als Mesner pünktlich, als Kantor und Organist brauchbar.«

»Der zweite Schulmeister, Gottlieb Friedrich Seiler, Lehrer an der Mittelklasse, ge-

boren 12. September 1824, überhaupt seit 30. Dezember 1857, hier seit 11. November 1870 angestellt, verheiratet (lebt von seiner Frau hauptsächlich wegen Trägheit und Unreinlichkeit derselben getrennt), Vater von drei Kindern. Gibt sommers an vier Tagen 6, an zwei Tagen 5 Stunden, winters an vier Tagen 6,5 Stunden, an zwei Tagen 4 Stunden. Führt einen geordneten Wandel, ist fleißig in seinem Amt, als Kantor und Organist tüchtig.«

»Lehrgehilfe Andreas Schmierer, geboren 2. Februar 1855, hier auf seiner ersten Stelle seit 2. Juni 1874 angestellt, ledig. Gibt sommers an vier Tagen 6, an zwei Tagen 4 Stunden, winters desgleichen. Führt einen geordneten Wandel, ist fleißig in seinem Amt. Als Kantor und Organist tüchtig.«

»In der Oberklasse hat man mit Trägheit und Gleichgültigkeit, Zerstreutheit und Schwatzhaftigkeit, Leichtsinn und Mutwillen vielfach zu kämpfen, doch lässt sich mit Mühe und Ausdauer immerhin etwas erreichen. Manchen geht erst im letzten Schuljahr ein Licht auf; auch erweist sich die jüngste der drei Abteilungen vielfach als ein Hemmschuh. Mittelklasse: Die Kinder werden vom Lehrer in Ordnung gehalten. Unterklasse: Ordnung und Stille machen einen angenehmen Eindruck.«

»Die Sonntagsschule wird für die religiösen Fächer benutzt. Durch Singen von Chorälen, Lesen und Erklären der Evangelien, Repetieren von Sprüchen und Liedern. Letzteres hat bei den Knaben Schwierigkeiten, bei den Mädchen jedoch keinen Anstand.«

Zum Thema »Stadt« enthält der Pfarrbericht keinerlei Bemerkung. Dies ist nun freilich nicht weiter verwunderlich, da Pfarrer Roller seinen Bericht zeitlich vor der Antragstellung der Gemeinde verfasst hatte und die Stadt-Frage somit noch nicht aktuell war. Wäre das Stadt-Thema bereits auf der Tagesordnung gestanden und in einer breiteren Öffentlichkeit diskutiert worden, hät-

te es mit ziemlicher Sicherheit in irgendeiner Form auch im Pfarrbericht Erwähnung gefunden. In diesem Zusammenhang wird auch noch einmal deutlich, dass dem am 4. Juni 1875 gefassten Beschluss des Asperger Gemeinderats, die Wiederverleihung des Prädikats »Stadtgemeinde« zu beantragen,

keine wochen- oder monatelangen Beratungen vorausgegangen sind, sondern er ganz offensichtlich eine unmittelbare Reaktion auf die kurz zuvor im Regierungsblatt veröffentlichte Verfügung des Innenministeriums zur Quartierleistung bzw. Einteilung der Servisklassen war.

Quellen- und Literaturhinweise

Landeskirchliches Archiv Stuttgart: A 29, Pfarrberichte Asperg.

Staatsarchiv Ludwigsburg: F 181 III Bü 448.

Beschreibung des Oberamts Ludwigsburg, Stuttgart 1859.

Theodor Bolay: Chronik der Stadt Asperg, Bietigheim-Bissingen 1978.

Wird die Reformation rückgängig gemacht?

Der Dreißigjährige Krieg in Südwestdeutschland

von Prof. Dr. Gerhard Fritz;

Professor für Geschichte und ihre Didaktik an der PH Schwäbisch Gmünd; zahlreiche Veröffentlichungen zur mittelalterlichen und neuzeitlichen Geschichte.



Geschichte vor dem 20. Jahrhundert ist in den Lehrplänen sämtlicher Schularten arg ausgedünnt. Das gilt insbesondere für die frühe Neuzeit, also das 16. bis 18. Jahrhundert, wo die Reformation Luthers im 16. Jahrhundert und der Dreißigjährige Krieg im 17. Jahrhundert kaum noch vorkommen. Das vom Gymnasium mitgebrachte Vorwissen von Studienanfängern im Fach Geschichte zu diesen Themen liegt jedenfalls bei null.

Zum Dreißigjährigen Krieg lernt man allenfalls dessen Grobgliederung und erfährt dann theoretisch – in der Praxis leider meist nicht einmal das –, dass der Konflikt, den wir heute als den Dreißigjährigen Krieg bezeichnen, aus fünf Phasen bestand: 1) dem böhmischen Krieg 1618–1620; 2) dem spanisch-niederländischen Krieg 1621–1625, dessen Auswirkungen aber bereits heftig auch ins eigentliche Deutschland hinein

ausstrahlten; 3) dem dänischen Krieg 1625–1629, der im sogenannten Restitutionsedikt von 1629 gipfelte; 4) dem schwedischen Krieg 1630–1635, der eigentlich mit dem Frieden von Prag 1635 hätte beendet sein sollen; 5) dem französischen Krieg, der 1635 begann und sich qualvolle 13 Jahre bis 1648 hinzog.¹

All dies ist hier nicht im Einzelnen zu rekapitulieren. Nur so viel: Der böhmische Krieg war aus der Rebellion der Böhmen gegen die Rekatholisierungspolitik der Habsburger entstanden. Die waren nicht nur Kaiser des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation, sondern auch Könige von Böhmen. Die Böhmen hatten 1619 statt der Habsburger den protestantischen Kurfürsten Friedrich von der Pfalz zu ihrem König gewählt. Der Calvinist Friedrich wurde mit seinen neuen böhmischen Untertanen aber nie richtig warm und verspielte sich schnell deren Sympathien. Als die Habsburger rasch militärisch zurückschlugen – Böhmen wollten sie sich um keinen Preis entreißen lassen –, endete der böhmische Aufstand gegen die Habsburger schon 1620 mit der völligen Niederlage der Rebellen. Der Pfälzer verlor seinen böhmischen Thron so schnell, wie er ihn gewonnen hatte und wurde als »Winterkönig« verspottet. Die Habsburger herrschten wieder in vollem Umfang in Böhmen.

Damit schien eigentlich alles erledigt, und die böhmische Sache hatte insbesondere für Südwestdeutschland noch keine nennenswerte Bedeutung.

Aber derweil hatte sich der böhmische Krieg mit anderen Konflikten vermengt: In den Niederlanden führte der spanische Zweig der Habsburger seit den 1560er Jahren Krieg gegen die aufständischen Holländer – ebenfalls mit religiösem Hintergrund: Die Spanier wollten die Rekatholisierung der calvinistischen Rebellen. Der Krieg wurde immer wieder durch Waffenstillstände unterbrochen. Da ein solcher Waffenstillstand ausgerechnet 1621 auslief, flammte der Konflikt gerade jetzt – fatal zu den Ereignissen in Böhmen passend – wieder auf. Dazu kam noch, dass der gestürzte Winterkönig bei seinen calvinistischen Glaubensgenossen in den Niederlanden Unterschlupf bekommen hatte. Trotz militärischer Erfolge konnte sich Spanien aber nicht durchsetzen, weil es 1625 zu einem Staatsbankrott kam – und da liefen die nun unbezahlten spanischen Truppen ihren Feldherren einfach davon.

Parallel dazu war es auch in Deutschland zu Kämpfen gekommen. Hier wollten die Habsburger mit dem aus Böhmen geflüchteten Friedrich von der Pfalz, über den 1621 die Reichsacht verhängt worden war, endgültig aufräumen. Friedrich war zwar, wie erwähnt, zu den Niederländern geflohen, wo er schließlich Schutz fand, aber seine von dem Grafen Mansfeld verteidigten pfälzischen Stammlande mit ihrer Hauptstadt Heidelberg waren das Ziel des Kaisers bzw. der katholischen Liga. Deren Feldherr Tilly spielte hier die entscheidende Rolle. Als habsburgische Truppen 1622 in der Pfalz einmarschierten, wurde nun auch Südwestdeutschland vom Krieg erfasst. Die Schlacht von Wimpfen im Mai 1622 machte den Südwesten erstmals in großem Stil zum Kampffeld.

Tilly war außerordentlich erfolgreich. Mit einem Sieg des Kaisers hätte sich das

europäische Gleichgewicht entscheidend zugunsten der Habsburger verschoben, was den protestantischen Staaten in Europa nicht gleichgültig sein konnte. Deshalb griff der König von Dänemark als Schutzherr der protestantischen Union in den Krieg ein. Aber der Däne erwies sich militärisch als ziemlich unglücklich und musste 1629 einen Frieden schließen, der mit einem vollständigen Sieg des katholischen Kaisers Ferdinand II. endete.

Dem Kaiser hatte insbesondere sein neuer Feldherr Wallenstein zum Sieg verholfen, der sich als wirtschaftliches und militärisches Organisationsgenie erwies. 1629 standen der Kaiser und damit die katholische Partei auf dem Höhepunkt ihrer Macht. Ferdinand II. nutzte das aus, indem er 1629 das Restitutionsedikt einführte. Mit ihm wollte er die Reformation Luthers in weiten Teilen des Reichs quasi wieder rückgängig machen. Auf das Restitutionsedikt als für Südwestdeutschland besonders wichtiges Element des Krieges wird in den folgenden Kapiteln noch näher einzugehen sein.

Aber zunächst ein kurzer Blick, wie es mit dem Krieg weiterging: Erneut wollten die protestantischen Staaten Europas die katholischen Erfolge nicht hinnehmen. Im Juli 1630 landete der schwedische König Gustav Adolf mit einer Armee in Pommern. Zwar fehlten Gustav Adolf die nötigen Finanzmittel, den Krieg in größerem Stil zu führen, aber französisches Geld, das in die schwedischen Kriegskassen floss, glich diesen Mangel rasch aus. Der Schwedenkönig schlug die Katholiken in einer Schlacht nach der andern. Unter den nun bei allen Kriegsparteien zunehmenden Gräueltaten ragt die Zerstörung Magdeburgs im Mai 1631 heraus, bei der die katholischen Truppen fast die gesamte Bevölkerung – etwa 20 000 Menschen – ermordeten. Die Schweden hatten kurz zuvor Frankfurt an der Oder eingenommen, wobei es ebenfalls zu zahlreichen Morden an der Zivilbevölke-

rung gekommen war. Mit der Schlacht von Breitenfeld im September 1631 brach die Macht der katholischen Liga in Deutschland völlig zusammen. Auch wenn Gustav Adolf ein paar Monate später in der unentschiedenen Schlacht von Lützen getötet wurde, tauchten die siegreichen protestantischen Truppen unter dem schwedischen Kanzler Oxenstierna nun in Südwestdeutschland auf und übernahmen die Herrschaft.

Nach der Schlacht von Nördlingen im Spätsommer 1634 wendete sich das Blatt jedoch wieder. Der Krieg war mittlerweile so mörderisch, dass 1635 fast alle Seiten zu einem Frieden bereit waren. In der Tat schien der vom Kaiser initiierte Friede von Prag 1635 das allgemeine Morden zu beenden – aber nun griff Frankreich auf Seiten der Protestanten ein. Das erstaunt, denn Frankreich war ja ein katholisches Land. Aber der Krieg verlor nun völlig seinen konfessionellen Charakter und es ging nur noch um blanke Machtpolitik. Der französische Kardinal Richelieu brachte die zynischen Motive mit seiner berüchtigten Aussage auf den Punkt: Frankreich gehe es gut, solange sich die Deutschen gegenseitig umbrächten. Deshalb meinte er wörtlich: »Wir dürfen den Krieg in Deutschland nicht erlöschen lassen.«

Jetzt folgte der sogenannte »französische Krieg«, in dem die katholischen Franzosen als Verbündete der protestantischen Schweden und der diversen protestantischen deutschen Staaten gegen die katholischen Truppen der deutschen Habsburger und der spanischen Habsburger und deren katholischen deutschen Verbündeten kämpften. Diese letzte Phase des Krieges war ein einziges Chaos von marodierenden, plündernden Truppen und diversen Schlachten. Nur die völlige gegenseitige Erschöpfung führte schließlich dazu, dass man seit 1644 in Münster und Osnabrück Friedensverhandlungen führte, die 1648 mit dem Westfälischen Frieden dem Krieg ein definitives Ende setzten.

Eigentlich war der Krieg damit noch nicht einmal völlig zu Ende. Es dauerte noch bis 1650, bis auf dem Nürnberger Exekutionstag auch der letzte Abzug der noch verbliebenen Truppen geregelt werden konnte.² Es gab Gegenden in Deutschland, in denen man deshalb vom »Zweiunddreißigjährigen Krieg« sprach. Gekämpft wurde nach 1648 bzw. 1650 übrigens weiterhin: Spanien, das bei den Westfälischen Friedensverhandlungen vergeblich versucht hatte, Deutschland weiter im Krieg zu halten, führte nun allein den Kampf gegen Frankreich fort. Allerdings fanden die Kämpfe nun außerhalb Deutschlands ausschließlich im niederländisch-französischen Grenzraum statt, wo sie bis 1659 andauerten, bevor Spanien endlich mit dem siegreichen Frankreich Frieden schloss.

Die Verhältnisse im Südwesten von 1618 bis zum Restitutionsedikt von 1629

Wie verhielt sich Württemberg in dieser – wie gezeigt wurde – europaweiten Katastrophe? Ganz zu Beginn meinte man, der Krieg in Böhmen gehe doch Württemberg und den Südwesten gar nichts an. Herzog Johann Friedrich von Württemberg (1582–1628) hatte dem Kurfürsten Friedrich von der Pfalz 1619 dringend abgeraten, nach dem böhmischen Thron zu streben. Als der das trotzdem tat, erfüllte der Herzog widerwillig seine militärischen Pflichten und mobilisierte seine Truppen – ohne freilich wirklich in die Kämpfe einzugreifen.

Württemberg war Mitglied der Union, des protestantischen Militärbündnisses. Die Union war das Gegenstück zur katholischen Liga unter der Führung Bayerns, und Württemberg war in einer pikanten Zwangslage: Denn einige seiner Besitzungen, so namentlich Lichtenberg, Großbottwar, Beilstein und Oberstenfeld, waren böhmische Lehen. Deshalb fühlte sich der Herzog notgedrun-



Herzog Johann Friedrich von Württemberg (1582–1628). Kupferstich von Jacob van der Heyden. Das repräsentative Bildnis zeigt den Herzog vor einer Ansicht seiner Residenzstadt Stuttgart.

gen dem neuen, zeitweiligen Böhmenkönig besonders verpflichtet. Andererseits galt es natürlich, auf den Kaiser Rücksicht zu nehmen. Als Friedrichs böhmisches Abenteuer mit der Schlacht am Weißen Berge 1620 in einem Fiasko endete, führte Herzog Johann Friedrich eine Kehrtwendung durch und erklärte sich für vollständig neutral, um irgendwie aus der sich abzeichnenden Katastrophe herauszukommen. Schon 1621 hatte Württemberg gegenüber dem Haus Habsburg klargemacht, dass es sich aus allen Kämpfen heraushalten wollte. Württemberg hatte – um dem Kaiser entgegenzukommen – sogar die Union für aufgelöst erklärt.³

Mit der Strafexpedition der Habsburger gegen den abgesetzten »Winterkönig«, den Kurfürsten von der Pfalz, und der Schlacht bei Wimpfen am 6. Mai 1622 änderte sich die Lage grundlegend. Für die württembergische Herzogsfamilie war die Wimpfener

Schlacht mit einem Todesfall verbunden: Magnus, ein jüngerer Bruder Johann Friedrichs, hatte auf der Seite des protestantischen Heeres gekämpft und war gefallen.⁴

Seit 1622 waren ständig kaiserliche Truppen im Land, die sich mal hier und mal dort einquartierten. Württemberg versuchte mit hohen Geldzahlungen das Schlimmste zu verhindern. Die Geldzahlungen bedeuteten für die hiesige Bevölkerung ständige drastische Steuererhöhungen.

Dabei wusste man vor Ort nur unzureichend über das Ausmaß der jeweils nahenden Soldaten Bescheid. Wenn man württembergische Rechnungsbände untersucht, wird deutlich, dass aus den württembergischen Grenzorten ständig Boten geschickt wurden, die herausfinden sollten, was sich denn so außerhalb der württembergischen Grenzen alles abspielte.⁵ Gleichzeitig kamen auch immer wieder Boten aus den nicht-württembergischen Nachbarterritorien, z. B. aus Hall oder Ellwangen, und berichteten, welche Truppen sich gerade wo und wohin bewegten. Und dann hatte man immer wieder Einquartierungen von Truppen. Schon 1624 wird berichtet, dass in der Gegend zwischen Schwäbisch Hall und Murrhardt von den Soldaten alle Gebäude »heruntergewohnt« seien. Fast nirgendwo gab es mehr eine intakte Fensterscheibe, fast alle Fensterläden waren abgerissen, an den Dächern reihenweise mutwillig die Dachziegel heruntergeworfen.⁶

Und dann kam 1626 die eigentliche Katastrophe. Man stelle sich vor: Soldaten, ungewaschene, hungrige Kerle werden in die Privathäuser einquartiert – und vermutlich durch diese einquartierten Soldaten wurde die Pest eingeschleppt. In den Orten, die näher untersucht sind – Murrhardt, Backnang, Sulzbach, Weissach, Urbach, Winnenden, Botnang – starb jeweils etwa ein Drittel der Bevölkerung.⁷ Ähnlich waren die Verhältnisse in Markgröningen.⁸ In Bönnigheim und Walheim lässt sich der Bevölkerungs-

verlust nur indirekt beobachten, aber die extreme Zunahme von Heiraten 1627 (Verwitwete verheirateten sich wieder) deutet ähnliche Verhältnisse an.⁹ Überhaupt wird man 1626 Bevölkerungsverluste in dieser Größenordnung in Südwestdeutschland annehmen können.

Der Massenkiler Nr. 1 war also nicht der Krieg an sich, es ging also nicht um Menschen, die in irgendeiner Schlacht gefallen waren oder zivile Opfer marodierender Soldaten. Der Massenkiler war die Seuche.

Trotz der Katastrophe von 1626 gingen die Dinge im Südwesten zunächst erstaunlich ruhig weiter. Die Kämpfe verlagerten sich im Rahmen des Dänischen Kriegs nach Norddeutschland. Die Folgen des Dänischen Kriegs trafen den Südwesten dann aber umso heftiger.

Das Restitutionsedikt von 1629: die Klöster wieder katholisch¹⁰

Nach seinen militärischen Erfolgen im Norden erließ Kaiser Ferdinand II. 1629 das berühmte (aus protestantischer Sicht: berüchtigte) Restitutionsedikt. Rein formal sollten damit unter Berufung auf den im Augsburger Religionsfrieden von 1555 formulierten »geistlichen Vorbehalt« alle diejenigen Institutionen wieder katholisch werden, die nach dem Passauer Vertrag von 1552 evangelisch geworden waren – in den Augen des Kaisers ein eindeutiger Bruch des Augsburger Religionsfriedens von 1555.

Was bedeutete das Restitutionsedikt für Württemberg? Das Herzogtum hatte nach 1552 – und das heißt: nach dem Ende des sogenannten »Interims« – insgesamt 14 große Mannsklöster und mehrere Dutzend Stifte und kleinere Frauenklöster reformiert. All das sollte nun den Katholiken und den alten Mönchsorden zurückgegeben werden. Das Herzogtum Württemberg musste durch das Restitutionsedikt existenziell getroffen

werden, denn das Land hätte einen großen Teil seines Territoriums und ein Drittel seiner Steuereinnahmen verloren.

Tatsächlich setzte der Herzog alle Hebel in Bewegung, das Restitutionsedikt zu verhindern. Aber es half alles nichts. 1630 tauchten in allen Klöstern kaiserliche Kommissare auf und setzten wieder Mönche ein. Konkret bedeutete das, dass in den Klöstern Murrhardt, Lorch, Anhausen, Blaubeuren, St. Georgen, Hirsau, Alpirsbach wieder die Benediktiner Einzug hielten, in Maulbronn, Herrenalb, Bebenhausen, Königsbronn die Zisterzienser, in Adelberg die Prämonstratenser, in Denkendorf die Augustiner-Chorherren. In Backnang waren die alten Säkularkanoniker nicht mehr greifbar. Dort zogen deshalb die Jesuiten ein – in protestantischen Augen das Allerschlimmste, was nur passieren konnte, denn die Jesuiten galten als das schärfste Schwert der Gegenreformation, für einen rechten Protestanten aber geradezu als ein Werkzeug des Teufels.

Dabei war der konsequenteste Katholik zunächst keineswegs ein Jesuit, sondern der nach Adelberg gekommene Prämonstratenser Georg Schönheinz. Dem ging es keineswegs nur darum, sein Adelberger Kloster wieder zu rekatholisieren. Schönheinz dachte weiter und hatte als klares Ziel, von den Klöstern aus auch die jeweils zugehörigen Pfarreien zu rekatholisieren und so das ganze Herzogtum Württemberg zum Einsturz zu bringen. Dann aber wäre ganz Südwestdeutschland für den Protestantismus verloren gewesen.

Aber auch wenn die Klöster und Stifte wieder katholisch wurden: Der Kaiser hielt sich rein formal sehr wohl an rechtliche Vorschriften, und das bedeutete, dass die Pfarreien – zumindest bis auf Weiteres – keineswegs katholisch wurden. Sie blieben evangelisch. Man muss sich das einmal vorstellen: In den Klöstern saßen die Katholiken, einen Steinwurf weit davon entfernt walteten weiter die evangelischen Pfarrer

ihres Amtes, und rein formal mussten die evangelischen Pfarrer von den katholischen Äbten besoldet werden.¹¹

Um den neuen Herren das Leben so sauer wie möglich zu machen, hatte der württembergische Herzog kurz vor der Ankunft der Katholiken angeordnet, alle Akten und alle Lebensmittelvorräte aus den Klöstern wegzubringen. Das heißt, die katholischen Mönche waren weitgehend handlungsunfähig. Allerdings war ihnen auch nicht viel Zeit beschieden, sich ihrer neuen Klöster zu erfreuen. Die Landung der Schweden in Pommern änderte die Lage rasch wieder vollkommen.

1632: wieder evangelisch, 1634: wieder katholisch

Als die Schweden in Deutschland gelandet waren und die kaiserlichen Truppen vernichtend schlugen, wendete sich das Blatt auch in den rekatholisierten Klöstern ganz schnell wieder. Ende 1631/Anfang 1632 kamen die Schweden auch in Süddeutschland an. Überall wurden nun die Mönche wieder vertrieben und die alten protestantischen Machtverhältnisse stellten sich wieder ein. Immerhin ist bemerkenswert: Die Schweden verjagten die Mönche zwar – das geschah auch unter demütigenden Umständen und mit viel Spott und Häme und auch mit manchen Misshandlungen –, aber getötet wurden die Mönche nicht. Ein gewisser Rest an Rechtlichkeit blieb erhalten.

Mit den Schweden im Land, befanden sich die protestantischen Fürsten Deutschlands in einer schwierigen Lage. Einerseits benötigte man die schwedische Militärmacht, um sich gegen den Kaiser behaupten zu können. Andererseits fühlte man sich auch unwohl bei dem Gedanken, mit einer ausländischen Macht gegen den Kaiser und das Reich zu paktieren, d. h. eindeutig gegen alles Reichsrecht zu handeln. Das Dilemma wur-

de schließlich 1633 mit der Gründung des Heilbronner Bundes angegangen, in dem Schweden den lavierenden protestantischen Ständen seine Konditionen diktierte.¹²

Für Württemberg speziell war die Lage noch dadurch besonders kompliziert, weil Herzog Johann Friedrich schon 1628 gestorben war. Sein 1614 geborener Sohn Eberhard III. war noch unmündig, so dass das Land von Administratoren verwaltet werden musste. Der erste Administrator war der Onkel Eberhards III., Ludwig Friedrich (1586–1631) aus der Seitenlinie Württemberg-Mömpelgard. Nach dessen Tod verwaltete Herzog Julius Friedrich (1588–1635) aus der Seitenlinie Württemberg-Weiltingen, ein weiterer Onkel Eberhards III., das Herzogtum. Das Land war also ausgerechnet in einer Phase größter außenpolitischer Turbulenzen ohne klare Führung, zumal insbesondere Julius Friedrich eine keineswegs uneigennützigte Politik im Sinne des Gesamtherzogtums betrieb. Vielmehr versuchte er für die Zeit nach seiner Administratorenenschaft für sich ein eigenes Territorium herauszuhandeln.¹³



Herzog-Administrator Julius Friedrich von Württemberg-Weiltingen (1588–1635).



Die Schlacht bei Nördlingen, 1634. Darstellung aus Matthäus Merians »Theatrum Europaeum«.

Gegen das Restitutionsedikt und die Re-katholisierung der württembergischen Klöster hatten Ludwig Friedrich und Julius Friedrich sich verständlicherweise heftig gesträubt, Julius Friedrich versuchte 1631 sogar militärische Mittel anzuwenden. Aber das von ihm aufgebotene württembergische Militär kam im »Kirschenkrieg« – so genannt, weil die militärischen Drohgebärden sich auf die kurze Zeit beschränkten, in der die Kirschen blühten – nicht zum Einsatz. Julius Friedrich musste 1631 kleinlaut einen Rückzieher machen und dann doch die Restitution der Klöster und zusätzlich die Einquartierung kaiserlicher Truppen im Lande dulden¹⁴ – wenigstens bis zur Ankunft der Schweden, wodurch die Machtverhältnisse sich erneut umkehrten. Auch 1633 sollte Julius Friedrich keine gute Figur machen. Bei den Verhandlungen mit den Schweden in Heilbronn im April 1633 waren er und Eberhard III. dabei, aber immer noch hatte nominell der Onkel das Sagen, da der Nefee noch nicht mündig war.

Überhaupt erwies sich Württembergs Kurswechsel weg von einer ausgleichenden Haltung hin zu einer eindeutigen Parteinahme für die Schweden im Rahmen des Heilbronner Bundes als verhängnisvoll. Denn die Phase der Reprotestantisierung

und überhaupt die Lebensdauer des Heilbronner Bundes war nur von kurzer Dauer. 1634, im Spätsommer¹⁵, kam es bei Nördlingen zu einer großen Schlacht zwischen dem kaiserlich-katholischen Heer und dem schwedisch-protestantischen Heer des Heilbronner Bundes. Die Schlacht von Nördlingen wurde zu einem Fiasko für die Schweden im Besonderen und die Protestanten im Allgemeinen. Für Württemberg war die neue Richtung der Außenpolitik geradezu katastrophal. Zunächst einmal kämpften viele tausend Württemberger bei Nördlingen, und am Ende des Gemetzels bedeckten ihre Leichen das Schlachtfeld.¹⁶

Die Folgen der Schlacht von Nördlingen 1634

Noch schlimmer als die Schlacht waren deren Folgen: Das betraf sowohl das Herzogshaus Württemberg als auch das gesamte Land. Zunächst zu den Folgen für die Herzogsfamilie und für die politisch-religiöse Lage im Land: Kaiser Ferdinand II. war erbost über den Schwenk der Württemberger zu den Schweden. Als er 1635 mit dem Frieden von Prag dem Krieg ein Ende setzen wollte und im Rahmen dieses Friedens etlichen protestantischen Fürsten – vorneweg

dem Kurfürsten von Sachsen – großzügige Bedingungen gewährte, nahm er den Herzog von Württemberg ausdrücklich von dem großen Verzeihen aus.

Herzog Eberhard III., der sich zusammen mit Julius Friedrich über den Zorn des Kaisers sehr wohl klar war, hatte sich 1634 nach der Katastrophe von Nördlingen zusammen mit Julius Friedrich sofort aus dem Staub gemacht und verschwand bis 1638 ins Exil nach Straßburg (wo Julius Friedrich schon 1635 verstarb). Dort arbeitete Eberhard III., der nun zwar mündig, aber ein Herzog ohne Herzogtum war, mühsam an seiner Rückkehr nach Stuttgart. Mit dem alten Kaiser Ferdinand II. war aber an eine Verständigung überhaupt nicht zu denken. Erst nach dessen Tod 1637 begann mit dem neuen Kaiser Ferdinand III. ein gewisses Tauwetter, das 1638 zur Rückkehr Eberhards III. in ein um die Klöster und weitere Gebiete verkleinertes, amputiertes Herzogtum führte.

In Württemberg hatte in Stuttgart 1634 eine katholisch-kaiserliche Regierung die Geschäfte übernommen, und in alle 1632



Christoph Besold (1577–1638), Professor in Tübingen und nach Konversion Förderer der katholischen Sache in Württemberg.

wieder protestantisch gewordenen Klöster zogen wieder die katholischen Orden ein. Die versuchten ihre Interessen in der neu gegründeten württembergischen Prälatenunion zu koordinieren.¹⁷ Fatal für den im Exil sitzenden Eberhard III. und den Protestantismus im Lande war, dass die katholische Statthalterregierung nun Zugriff auf alle Akten hatte, und noch fataler war, dass der Tübinger Professor Christoph Besold zum Katholizismus konvertierte und sich heftig bemühte, in den Stuttgarter Akten den Katholiken Argumente zu liefern, dass Württemberg nie irgendwelche Ansprüche auf die Klöster gehabt habe.

Trotz dieser günstigen Voraussetzungen agierten die Katholiken wenig glücklich. Die Prälatenunion erreichte nie größere Handlungsfähigkeit, denn die verschiedenen katholischen Gruppierungen zogen keineswegs an einem Strang. Die katholischen Bischöfe von Augsburg, Würzburg, Konstanz, Speyer und Worms, die verschiedenen Orden und innerhalb der Orden die diversen Kongregationen und letztlich auch der Kaiser, ohne dessen militärische Erfolge die Mönche ja nicht wieder zurückgekehrt wären, hatten durchaus widerstreitende Ziele und verstrickten sich in endlose innerkatholische Streitereien.

Zu den Folgen der Schlacht von Nördlingen für das Land: Das siegreiche kaiserliche Heer fiel von Nördlingen aus in Württemberg ein, wütend, rachsüchtig wegen der in der Schlacht erlittenen Verluste. Wer sich nicht gleich ergab, wie die Festung Schorndorf, musste das bitter büßen – obwohl das in Schorndorf liegende schwedische Militär noch den freien Abzug ausgehandelt hatte. Aber während die verbündeten Schweden ungeschoren abzogen (übrigens zusammen mit dem ganzen Vieh und den Vorräten der Schorndorfer) entlud sich an der Zivilbevölkerung der ganze Zorn der kaiserlich-katholischen Sieger. Die schossen die Stadt zusammen und brannten sie nieder.

Nicht besser erging es Calw, Waiblingen und noch vielen anderen Städten in Württemberg. Backnang meinte anfangs, es besser erwischt zu haben, denn es quartierten sich hier »nur« kaiserliche Soldaten ein, hauptsächlich Spanier. Aber die verbrannten in den folgenden zwei Wintern das Fachwerk etlicher Häuser als Brennholz. Viele andere Gebäude wurden auch einfach angezündet. Eine solche Praxis war auch ansonsten weit verbreitet: Warum sollten sich einquartierte Soldaten die Mühe machen, Holz im Wald zu schlagen, wenn man es in unmittelbarer Nähe der eigenen Unterkunft in Form von Fachwerk zur Verfügung hatte? Das galt erst recht, wenn infolge Tod und Flucht der Bevölkerung etliche Häuser leer standen. All das hieß übrigens nicht, dass die Soldaten nicht auch in den Wäldern nach Lust und Laune hausten. Es gibt zahlreiche Klagen über Waldverwüstungen durch das Militär.

Teilweise sind grauenhafte Exzesse der siegreichen kaiserlichen Truppen, vor allem der Spanier überliefert. In Großbottwar ermordeten die Spanier etwa 70 Männer, in Winzerhausen und Kleinaspach floh die Bevölkerung in die Wälder, nachdem die Spanier dort Massenvergewaltigungen begangen hatten. Mord, Raub, Vergewaltigungen kamen in großem Umfang auch in Schorndorf und Waiblingen vor.¹⁸ Für Bietigheim sind in den beiden ersten Monaten nach der Schlacht von Nördlingen zehn von den ins Land eingedrungenen kaiserlichen Soldaten begangene Morde an Einwohnern nachgewiesen, außerdem Plünderungen und andere Gräueltaten.¹⁹

Solche Exzesse sind auch für andere Orte anzunehmen, sie wurden dort bloß nicht schriftlich dokumentiert. Allenfalls die Kirchenbücher überlieferten die Tötungen durch militärische Gewalttaten. An einer



Bauer und Offizier vor einem brennenden Dorf. Radierung von Rudolf Meyer, um 1635.



Landsknechte in einem eroberten Dorf. Kolorierter Holzstich nach einer Radierung von Hans Ulrich Franck, um 1646.

landesweit zusammenfassenden Auswertung der Kirchenbücher fehlt es indessen bis heute. Nicht selten – so etwa in Murrhardt – brach sogar die Buchführung der Kirchenbücher zusammen: Wenn der Pfarrer gestorben, ermordet oder geflohen war, gab es niemanden mehr, der etwas hätte eintragen können. Weil der Stadt hatte besonderes Pech: Dort erfolgte die Zerstörung erst, als der Krieg 1648 eigentlich bereits vorüber war.²⁰

Glimpflicher kamen manche größeren Städte davon: Gmünd²¹ und Hall²² beispielsweise oder Ulm, das den ganzen Krieg über in seinen Mauern der Landbevölkerung Schutz bieten konnte. Aus der Ulmer Gegend ist ein Dokument erhalten, das einen einzigartigen Einblick in die Folgen der kriegerischen Ereignisse für die Bevölkerung bietet. Der aus Neenstetten gebürtige und dann in

Weidenstetten (beide im Ulmer Gebiet) lebende Schuhmacher Hans Heberle liefert in seinem über fünf Jahrzehnte umfassenden »Zeytregister«, einer jahres- und teilweise monatsweise verfassten Autobiographie, anderswo nicht überlieferte Einblicke in das Leiden der Bevölkerung. Aber obwohl dem Schuhmacher in den Wirren des Krieges die meisten Kinder starben, hatte er mit seiner Familie doch noch Glück: Er hatte als Ulmer Untertan das Recht, mehrmals hinter den Ulmer Stadtmauern und Befestigungsanlagen Schutz zu finden und konnte so überleben.²³

Der Gerechtigkeit halber muss aber auch gesagt werden, dass nicht jede Einquartierung mit Gräueltaten verbunden war. Solange die Soldaten ordentlich gepflegt und beherbergt wurden und solange es keine fundamentalen Differenzen hinsichtlich der

Religion, der Mentalität und der Nationalität gab, verhielten sie sich meist einigermaßen ruhig.²⁴ Tief katholische Spanier oder Kroaten und tief protestantische Württemberger harmonierten verständlicherweise oft gar nicht gut. Und die Bevölkerung war zwar meist das Opfer, aber dann und wann ließen sich die Leute keineswegs alles gefallen. Der Lothringer Jacques Callot hat in seinem berühmten Bilderzyklus »Les misères de la guerre« in dramatischer Weise sowohl die Verbrechen marodierender Soldaten als auch die Rache der Bauern dargestellt.²⁵

Solche Beispiele finden sich auch in südwestdeutschen Quellen: So schlugen z. B. 1644 im Murrhardter Kieselhof die Bauern drei kaiserliche Reiter tot. Erstaunlicherweise gab es dann keine allgemeine Racheaktion der Kaiserlichen, sondern eine halbwegs anständige Untersuchung. Die beiden zunächst verdächtigen Kieselhofer wurden unbehelligt gelassen, nachdem sich ihre Unschuld herausgestellt hatte.²⁶ Für die Grafenschaft Hohenlohe, einen der nordöstlichen Nachbarn des Herzogtums Württemberg, ist 1638 dokumentiert, dass Gruppen von 25 bis 30 bewaffneten Bauern sich sehr wohl effektiv gegen marodierende Soldaten zur Wehr setzen konnten. Die hohenlohische Obrigkeit legte nur Wert darauf, dass die Schusswaffen der Bauern zentral verwahrt sein sollten.²⁷

Aber schlimmer als alle genannten Kriegsgräuel war anderes: Denn wieder brachten die Soldaten 1634 die Pest mit.²⁸ Wer glaubte, die Schrecken des Krieges seien nicht mehr zu überbieten, wurde eines Besseren belehrt. Zwischen 1634 und 1636 starb ein weiteres Drittel der Bevölkerung – teils als unmittelbare Pestopfer, teils, weil wegen der allgemeinen Unsicherheit die Felder nicht mehr bestellt werden konnten und die Leute einfach verhungerten. Wegen des Hungers, der vor allem 1635/36 wütete, flohen auch viele Menschen. Etliche landeten in Bayern oder in Böhmen. Es gibt erschüt-

ternde Nachrichten, dass Familien zerrissen wurden. Frauen flohen von ihren Männern, Eltern von ihren Kindern. Nicht alle, die in der Fremde überlebten, kamen nach Kriegsende wieder zurück. Viele Familien, die jahrhundertlang in den Städten tonangebend gewesen waren, verschwanden, als ob es sie nie gegeben hätte.

Katholische Herren in den Klöstern

Wie kamen angesichts dieser Schrecken die katholischen Mönche mit ihren protestantischen Untertanen aus? Die bisherige Geschichtsschreibung über das katholisch-evangelische Verhältnis im Dreißigjährigen Krieg wurde von Protestanten verfasst, nicht selten sogar von protestantischen Pfarrern, die vernichtende Urteile über die katholischen Mönche in ihre Kirchenbücher schrieben. Demnach seien die Mönche verhasst gewesen und seien hauptsächlich durch Unterdrückung des evangelischen Glaubens und durch Schikanen gegenüber der gut evangelischen Bevölkerung aufgefallen.

Wenn man die Quellen im Hauptstaatsarchiv in Stuttgart durcharbeitet, findet man ein viel differenzierteres Bild. In der Tat lehnte die Bevölkerung teilweise die katholischen Mönche ab, so etwa in Hirsau, wo sich die wenigen Mönche kaum aus dem Kloster trauten. Anderswo waren die Verhältnisse aber ganz anders: So gibt es z. B. aus dem Gebiet der Klöster Murrhardt und St. Georgen Berichte der evangelischen Pfarrer an das Konsistorium in Stuttgart – und in diesen Berichten teilen die evangelischen Pfarrer einerseits in der Tat alle möglichen Schikanen der katholischen Herren mit, andererseits zeigen sich die evangelischen Pfarrer aber auch entsetzt, dass die Bevölkerung nur noch teilweise die fortbestehenden evangelischen Gottesdienste besuche, dass aber ein großer Teil zu den Katholiken gehe und deren Gottesdiensten beiwohne.

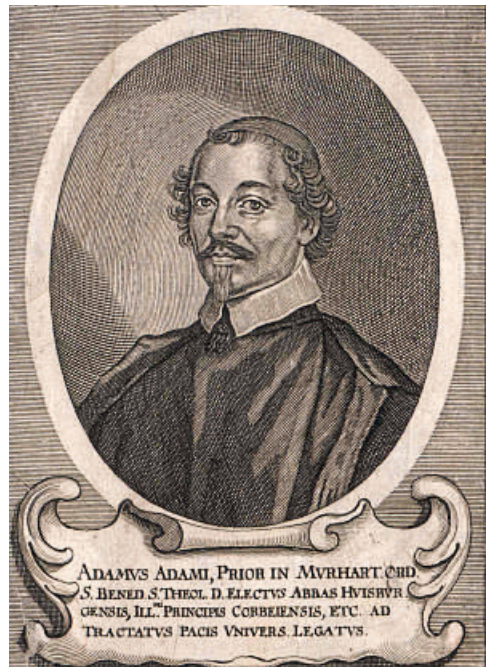
Wie ist dieser erstaunliche Befund zu erklären? Offenbar war es vielen Menschen im Zeichen von Krieg, Militär, Pest und Hunger nicht so wichtig, ob sie auf evangelischem oder katholischem Weg zur Seligkeit kämen – und da nun die katholischen Mönche die neuen Herren waren, war es wohl auch opportun, mit denen irgendeinen Modus Vivendi zu finden. Dazu kam noch, dass der eine oder andere katholische Geistliche sich durchaus geschickt anstellte und wusste, wie man die Seelen einfing.

Exemplarisch sei das Beispiel des Klosters Murrhardt genannt.²⁹ Dort erwies sich der seit 1634/35 amtierende Benediktiner-Abt Emmerich Fünkler als Hardliner, der versuchte, dem evangelischen Pfarrer das Leben schwer zu machen. Aber eines ist immerhin bemerkenswert. Auch der katholische Hardliner dachte offenbar nie daran, seinen evangelischen Kollegen umzubringen. Er piesackte und drangsalierte ihn, aber er versuchte sich formal an gewisse rechtliche Vorschriften zu halten.

Überhaupt versuchte man immer wieder, das anderskonfessionelle Gegenüber mit juristischen Kniffen und auf jeden Fall ohne zum Tode führende Gewalt auszumanövrieren. Das unterscheidet den Umgang der christlichen Konfessionen im Dreißigjährigen Krieg deutlich vom Umgang verschiedener Glaubensrichtungen im heutigen Islam. Und da wird der Dreißigjährige Krieg auf einmal brennend aktuell. Man kann eine provozierende These formulieren: Waren die christlichen Konfessionen im Dreißigjährigen Krieg etwa zivilisierter als die heutigen extremistischen Strömungen im Islam, wo sich Sunniten und Schiiten und die dort verankerten religiös fanatisierten Extremisten teilweise gegenseitig umbringen?

Dem Abt Emmerich in Murrhardt bekam sein hartes Vorgehen gegen die Protestanten übrigens gar nicht gut. In übergeordneter Sicht liegt Emmerichs Amtszeit ja bereits in der Phase des französischen Kriegs, der

durch zunehmende Verwahrlosung aller Soldatenhaufen gekennzeichnet war. Es kam immer mehr zu gangsterartigen Aktionen. Prominente Leute gefangen zu nehmen, war ein einträgliches Geschäft, denn man konnte für ihre Freilassung Geld erpressen. Genau das war bei Abt Emmerich der Fall. Das Kloster Murrhardt wurde im Januar 1643 von einem evangelischen Soldatenhaufen überfallen, der offenkundig keine höheren politischen oder religiösen Ziele, sondern nur finanzielle hatte. Abt Emmerich Fünkler und sein Prior Adam Adami wurden gekidnappt und nach Freiburg verschleppt. Adami konnte Lösegeld aufreiben und kam frei, Abt Emmerich verstarb in der Gefangenschaft der Feinde. Die gleiche Soldatenhorde brannte – ebenfalls im Januar 1643 – auch Winnenden nieder, das in den Jahren zuvor zwar achtmal geplündert worden war, aber seine Gebäude noch hatte erhalten können.



Adam Adami (1610–1663), Prior von Murrhardt und Gegenspieler Württembergs bei den Westfälischen Friedensverhandlungen.

Anstelle Fünklers wurde in Murrhardt der aus Seligenstadt stammende Joseph Huff neuer Abt. Er und Adami sowie der katholische Priester Johannes Jordan führen einen eher moderaten Kurs. Adami kam sogar mit dem evangelischen Pfarrer halbwegs gut aus, weil beide historische Interessen hatten. Und Huff und Adami berichten auch über vertrauliche Gespräche mit diversen Murrhardter Bürgern, die mit den katholischen Herren offenbar ganz gut harmonierten.

Überhaupt muss Adami näher erwähnt werden. Er war einer der bedeutendsten Diplomaten seiner Zeit und verbrachte die meiste Zeit am kaiserlichen Hof in Wien und auf den Friedensverhandlungen in Münster und Osnabrück. Sein erklärtes Ziel war es, die rekatholisierten württembergischen Klöster auf Dauer katholisch zu halten.³⁰

Angesichts des exemplarischen Blicks auf die Verhältnisse im Kloster Murrhardt darf man nicht die übergeordnete Entwicklung der Klosterfrage aus den Augen verlieren. Georg Schönheinz von Adelberg wurde 1635 in Wien mit dem Wunsch vorstellig, alle württembergischen Klöster sollten zur dauerhaften Sicherstellung ihres katholischen Zustandes in den Schutz Habsburgs übergehen. Zum Erstaunen, ja Erschrecken von Schönheinz und seinen Unterstützern zeigten sich sowohl Kaiser Ferdinand II. als auch sein Sohn Ferdinand III. samt Reichshofrat mit dieser Lösung gar nicht einverstanden. Sie wäre dazu angetan gewesen, die protestantischen Fürsten vor den Kopf zu stoßen und den sich anbahnenden Prager Frieden zu stören. Schönheinz und die anderen Klöster schwenkten nun um und favorisierten eine Lösung, in der die 14 Klöster reichsunmittelbar hätten werden sollen. Dazu lieferte direkt aus dem Stuttgarter Archiv der konvertierte Besold das nötige Quellenmaterial. Aber auch dieser Ansatz schleppte sich dahin, ohne dass eine Entscheidung gefallen wäre.³¹



*Herzog Eberhard III. von Württemberg
(1614–1674).*

1648: Westfälischer Friede – die Mönche müssen wieder gehen³²

Aus katholischer Sicht hatten sich die Dinge schlecht entwickelt. Nachdem Eberhard III. 1638 aus dem Straßburger Exil zurück nach Stuttgart gekommen war, erhob er schwere Vorwürfe gegen die katholischen Klöster, die ihrerseits mit bitteren Klagen antworteten und in den Jahren 1639 bis 1641 zu einer Art Gegenoffensive übergingen, die allerdings erfolglos blieb.³³

Immer konsequenter arbeiteten Eberhard III. und seine Diplomaten daran, dass bei einem künftigen Friedensschluss Württemberg wieder in seinem alten Umfang hergestellt würde, d. h., dass alle Klöster wieder an den Herzog und die Protestanten zurückgegeben werden sollten. Prominente Kontrahenten bei den Friedensverhandlungen – und darüber hinaus in Wien am kaiserlichen Hof und an allen möglichen Fürstenhöfen des Reichs – waren für die Mönche Adam Adami und für Eberhard III. Johann Konrad Varnbüler.³⁴

Derweil war in den 1640er Jahren das Ausmaß der wirtschaftlichen und militärischen Erschöpfung unerträglich geworden. Deshalb war der Kaiser – mittlerweile der nicht mehr ganz so unbewegliche Ferdinand III. – zu Konzessionen bereit. Tatsächlich wurde mit dem Westfälischen Frieden von 1648 das Restitutionsedikt wieder aufgehoben. Die Mönche in den 14 württembergischen Klöstern sträubten sich zwar, mussten aber Ende 1648/Anfang 1649 alle Klöster wieder verlassen. Die Protestanten zogen wieder ein und übernahmen die Klöster. Alles war so wie vor Kriegsbeginn – wenigstens in juristischer und in religionspolitischer Hinsicht.

Kurios ist, weshalb es Herzog Eberhard III. letztlich gelang, wieder in den Besitz der

Klöster zu kommen und sein Land im alten Umfang wiederherzustellen: Es war ausgerechnet das katholische Frankreich, das keinerlei Interesse daran zeigte, die Klöster katholisch bleiben zu lassen. Denn katholische Klöster, so die französische Befürchtung, würden unweigerlich unter habsburgischen Einfluss geraten – jede Ausdehnung der habsburgischen Macht aber wurde von Frankreich kategorisch bekämpft. Lieber evangelische Klöster unter der Herrschaft des mindermächtigen Herzogs von Württemberg als katholische Klöster unter dem Einfluss der Habsburger! Schönheinz und Adami hatten hier, vollkommen in konfessionellen Kategorien denkend, die Lage ganz falsch eingeschätzt und sich mit der Bitte um Unterstützung ausgerechnet an die französischen Diplomaten gewandt, die ganz andere, nichtkonfessionelle und rein machtpolitische Ziele hatten. Entsprechend war die Initiative von Schönheinz und Adami völlig ins Leere gelaufen.³⁵

Für die Untertanen selbst war die Konfessionsfrage offenbar nicht allzu wichtig: Fast überall, wo man sich während der Anwesenheit der Mönche wieder dem katholischen Gottesdienst zugewandt und mit den neuen Herren – notgedrungen und/oder opportunistisch? – sympathisiert hatte, kehrte man nach der Rückkehr der Protestanten 1648 wieder zur Konfession Luthers zurück. In Blaubeuren waren viele Untertanen ganz flexibel: Eben hatte sie noch gut katholisch die Kommunion eingenommen, zum Dankfest für den Westfälischen Frieden strömten sie dann problemlos wieder zu den evangelischen Pfarrern. In St. Georgen jubelten die eben noch katholischen Untertanen über die Rückkehr der Protestanten, wobei man hier und anderswo schwer unterscheiden kann: Jubelte man, weil endlich Frieden war? Oder jubelte man, wie es die württembergische Geschichtsschreibung will, weil die Protestanten wieder an der Macht waren? In Herrenalb erkannten die Leute schon vor



»In multa patientia pax firma – mit großer Geduld ein fester Friede«. Wahlspruch und Porträt des württembergischen Gesandten Johann Conrad Varnbüler (1595–1657).

dem Abschluss des Friedensvertrages, dass die katholische Zeit zu Ende ging und befolgten keine Befehle der katholischen Herren mehr. Auch in Murrhardt wollte nach 1648 keiner mehr zu den Freunden der Katholiken gehört haben. Nur im Gebiet des Klosters Reichenbach waren insgesamt 79 Untertanen hartnäckig und wollten weiter ihren katholischen Gottesdienst.³⁶

Bilanz: die Folgen des Krieges³⁷

So waren im deutschen Südwesten – abgesehen vom Elsass, wo Frankreich insbesondere den habsburgischen Besitz im Sundgau und die Herrschaft über zehn Reichsstädte erworben hatte – 1648 die politischen Verhältnisse von vor 1618 wiederhergestellt worden. Nur war das Land verwüstet, die Städte entvölkert: Calw, Schorndorf, Waiblingen, Winnenden und Backnang waren nach den Zerstörungen 1634/36 und 1643 Trümmerhaufen, nur einige Behelfsunterkünfte waren bis 1648 wieder aufgebaut. Etliche weitere Städte wären hinzuzufügen. In Winnenden hatten die einquartierten Soldaten die Kirchen, Schulen und das Schloss stehen lassen, wahrscheinlich, weil die Kommandeure darin wohnten. Ansonsten waren 430 Häuser niedergebrannt worden. Waiblingen bestand noch 1655 aus »liederlichen Hüttlen«. Ähnlich waren die Verhältnisse in Asperg, wo statt der ursprünglich 118 »wohlerbauten« Häuser und 61 Scheuern – nachdem die Stadt einmal ganz und dann noch einmal halb zerstört worden war – 1655 noch 58 »gar schlecht erbaute Hüettlein« und 28 »Scheuerlein« anzutreffen waren. Murrhardt war etwas glimpflicher weggekommen, aber man erfährt, dass 1648 innerhalb der Stadt etliche Häuser infolge der Kriegsschäden eingestürzt waren.³⁸ Wo die Häuser noch standen, waren die Türen und Fenster eingeschlagen und das Mobiliar zertrümmert oder gestohlen.

Außerhalb der Städte lagen die kleinen Weiler meist menschenleer und wüst. Nicht selten nutzte man die Ruinen der verödeten Weiler als Baumaterial für den beginnenden Wiederaufbau in den Städten. Die größeren Dörfer im Lande waren ähnlich ruiniert wie die Städte. Die landwirtschaftliche Nutzfläche – Äcker, Wiesen, Gärten – war größtenteils mit Büschen und Dornen zugewachsen. Es hat Jahrzehnte gedauert, bis alles wieder urbar gemacht wurde.

Noch 1655 bieten die Bevölkerungsbilanzen der württembergischen Städte und Dörfer im Vergleich zu 1634 ein wahres Horrortableau. An der Spitze standen Knittlingen (84,3% Bevölkerungsverlust gegenüber 1634), gefolgt von Plüderhausen (82,7%), Untertürkheim (79,3%), Schorndorf (78,5%), Waiblingen (73,8%), Dettingen unter Teck (70,2%), Rudersberg (68,7%), Freudenstadt (67,5%), Bietigheim (60,6%), Markgröningen (57,7%). Es gilt festzuhalten, dass 1655 ja bereits seit sieben Jahren Frieden herrschte. Viele während des Krieges Geflohene waren mittlerweile wieder zurückgekehrt, und ganz allmählich griff auch die gezielte Peuplierungspolitik Herzog Eberhards III., der evangelische Alpenbewohner aus der Schweiz und aus den habsburgischen Landen zur Ansiedlung nach Württemberg holte.

Anders gesagt: 1648, unmittelbar bei Kriegsende, würde man noch viel dramatischere Werte finden als 1655. Zudem muss man in Rechnung stellen, dass ja die Zahlen von 1634 und 1655 verglichen werden. 1634 war aber bereits die Pest von 1626 über das Land hinweggegangen und hatte die Bevölkerung arg dezimiert. Ein Vergleich der Bevölkerungszahlen von 1618, also vor Beginn des Krieges, mit 1648, dem Jahr des Westfälischen Friedens, würde geradezu unfassbare Werte ergeben. Leider wird sich eine solche Bilanz 1618/1648 mangels umfassenden Zahlenmaterials landesweit nicht erheben lassen. Allenfalls lokale Einzelun-



Ansicht von Markgröningen in Matthäus Merians »Topographia Sueviae«, 1643.

tersuchungen mögen da und dort bei günstiger Quellenlage den Vergleich 1618/1648 ziehen können.

So hart Württemberg vom Krieg getroffen war: Auch hier gab es Unterschiede. Grundsätzlich gilt, dass Orte und Gegenden entlang der großen Verkehrswege besonders gelitten hatten. Dagegen profitierte Balingen mit nur 7,6 % Bevölkerungsverlust von seiner Lage abseits der großen Durchgangsstraßen, und auch Backnang kam mit 23,8 % erstaunlich glimpflich davon, insbesondere wenn man bedenkt, dass die Stadt zum größten Teil in Trümmern lag. Ähnlich waren, obwohl hier entsprechende Prozentzahlen fehlen, die Verhältnisse in Marbach, trotz 88 zerstörten Gebäuden.

Wenn man zeitlich noch enger untersucht, lassen sich noch dramatischere Phasen erkennen. Infolge der verheerenden Pestepidemien von 1626 und 1634/36 und der katastrophalen Hungerkrise 1635/36 waren Städte und Dörfer fast leergestorben. Allein die Pestopfer beliefen sich auf etwa zwei Drittel der Vorkriegsbevölkerung. Von dem überlebenden restlichen Drittel waren viele geflohen. Die Geflohenen kehrten nur zögernd zurück, und viele kamen auch nie wieder, sei es, dass sie in der Fremde gestor-

ben waren, sei es, dass sie andernorts Fuß gefasst hatten.

In Waiblingen sind Zahlen für 1638, also unmittelbar nach der Pest- und Hungerkrise der vorhergehenden Jahre, dokumentiert: Von 1275 Männern waren noch 90 (!) vorhanden, die sich mit »Hanfsamen und Aicheln Broth wie auch Schnecken und Fröschen« ernähren mussten. Eine solche Verzweiflungs-Ernährung ist auch aus vielen anderen Orten überliefert. Anderthalb Jahrzehnte später bilanzierte man in Waiblingen, dass vor dem Krieg etwa 500 Familien ansässig gewesen waren. Von ihnen waren 1652 noch 15 da. 1655 zählte man 102, darunter etwa 80 zugewanderte fremde Familien und ganze 20 alte Familien aus der Zeit vor dem Krieg, d. h. die Vorkriegsbevölkerung war zu 90 % ausgelöscht.³⁹

Wo es kaum noch Menschen gibt, lebt die Tierwelt wieder auf. Die in Ulm tagende Versammlung des Schwäbischen Reichskreises mahnte noch 1654 – sechs Jahre nach Friedensschluss –, man solle doch etwas gegen die Wölfe tun, die allerorten in die Orte hineinkämen.⁴⁰ An solchen Befürchtungen war durchaus etwas dran: Aus Sulzbach an der Murr ist noch 1656 belegt, dass die Wölfe nachts in die Weiler eindringen und die we-

nigen verbliebenen Menschen in Angst und Schrecken versetzten.⁴¹

Wie ruiniert das Land bei Kriegsende war, lässt sich im Falle Murrhardts nachweisen, wo – große Ausnahme im Lande – exakt für das Jahr 1648 Quellen vorliegen. Die Steuerleistung von 1648 war auf etwa 10 % der Steuerleistung von 1629 zurückgegangen, und vielen Bürgern musste wegen totaler Verarmung jegliche Steuer erlassen werden.⁴²

Deutschland musste büßen, dass es zum Schlachtfeld eines Kriegs geworden war, der als regionaler Religionskonflikt begonnen hatte, aber die Religion spielte seit 1635 kaum noch eine Rolle. Insgesamt hat man den Eindruck, dass es der Bevölkerung gar nicht so wichtig war, ob sie evangelisch oder katholisch war – Hauptsache, man überlebte. Spätestens seit 1635 war der Krieg kaum noch ein Religionskrieg, sondern ein Krieg der europäischen Großmächte auf deutschem Boden.⁴³

Frieden? Krieg und kein Ende!

Mit unbeschreiblicher Erleichterung begrüßte man 1648 den Westfälischen Frieden. Allein: Lange Friedensjahre waren den Menschen nicht vergönnt. Die Türkenkriege 1663/64 und von 1683 bis 1699 berührten den deutschen Südwesten nur indirekt, wenn auch emotional heftig: Der Ulmer Chronist Hans Heberle berichtet für das Jahr 1663 von großer Furcht wegen der türkischen Siege in Ungarn und wegen der türkischen Verwüstungszüge weit ins Österreichische hinein. Man musste Türkensteuern zahlen – was hart genug war, da man ja selbst mitten im Wiederaufbau steckte –, und nicht wenige Schwaben zogen als Soldaten in den Kampf gegen die Osmanen. Anders als während des Dreißigjährigen Krieges, als das Auftauchen von Soldaten meist nichts Gutes bedeutete, sah Heberle

1663 eine Truppenabteilung des Schwäbischen Kreises, die in Richtung Balkan abrückte, deshalb mit viel Sympathie.⁴⁴

Viel existenzieller für den deutschen Südwesten als die Türkenkriege war die Kette von Kriegen, mit denen der »Sonnenkönig« Ludwig XIV. Deutschland überzog: Der sogenannte Devolutionskrieg von 1667/68 berührte den Südwesten noch wenig, aber im Holländischen Krieg 1672 bis 1679 operierten französische Truppen bereits wieder am Oberrhein und zerstörten etliche Städte, die vom Dreißigjährigen Krieg her noch kaum wieder aufgebaut waren. 1681 besetzte Ludwig XIV. ohne jeden Rechtsgrund die Freie Reichsstadt Straßburg, und im Pfälzischen Erbfolgekrieg von 1688 bis 1697 kam es in ganz großem Stil durch französische Truppen zu Siedlungszerstörungen in Südwestdeutschland: Die Pfalz mit Heidelberg, Worms und Speyer wurde vollständig verwüstet, und auch in Württemberg gingen viele Städte und Dörfer in Flammen auf, darunter Marbach, und schon wieder Winnenden, Backnang, Fellbach, Calw. Erneut floh die Bevölkerung in Massen.⁴⁵

Der Friede von Rijswijk 1697 erwies sich als äußerst kurzlebig, denn schon 1701 wurde das Land in den nächsten Krieg gestoßen, den Spanischen Erbfolgekrieg, in dem wieder französische Truppen in den Südwesten einmarschierten. Manche Städte wurden nach dem Dreißigjährigen Krieg und dem Pfälzischen Erbfolgekrieg jetzt zum dritten Mal zerstört. Erst mit den Friedensschlüssen von 1713/14 endete auch dieser Krieg, und erst jetzt endete das speziell für den Südwesten grausige Jahrhundert seit dem Beginn des Dreißigjährigen Krieges 1618. Eigentlich ist es eine Verkürzung der Tatsachen, wenn man nur vom Dreißigjährigen Krieg redet. Es war vielmehr eine fast hundertjährige Kriegszeit, die von nur wenigen Friedensjahren unterbrochen war. Religion spielte, wie schon seit 1635, auch in den Folgekriegen keine Rolle mehr. Es ging nur

noch um nackte, brutale europäische und das heißt hier in erster Linie französische Machtpolitik.

Angesichts der ständig wieder aufflammenden Kriege ist es kein Wunder, dass sich der deutsche Südwesten erst um 1720/30 wieder demographisch soweit erholt hatte, dass der Bevölkerungsstand von 1618 wieder erreicht war. Die Katastrophe des Zeitraums zwischen 1618 und 1713/14 wird allein durch diesen Sachverhalt nachdrücklich unterstrichen.

Eine oft übersehene Folge des Dreißigjährigen Krieges verdient noch Erwähnung: Als 1648 der Westfälische Friede in Kraft trat, hatte der Krieg – mit den Augen vieler Soldaten gesehen und mit ihrer Redensart ausgedrückt – »ein Loch«, auch wenn Spanien, nun allein, seinen Krieg mit Frankreich noch bis 1659 fortsetzte. In Deutschland aber war nun Ruhe. Wo sollten die rauen Gesellen, die in ihrem Leben nichts anderes als den Krieg kennengelernt hatten und die auch nichts anderes gelernt hatten, jetzt unterkommen? Das jeweilige Regiment war ihre Heimat gewesen und hatte ihnen den Lebensunterhalt geliefert. Peter Hagendorf, Verfasser der einzigen bekannten Aufzeichnungen

eines einfachen Soldaten aus dem Dreißigjährigen Krieg, begann sich in den Wochen der Friedensverkündung aus Verzweiflung zu besaufen. Ihm gelang es schließlich, im Zivilleben wieder Fuß zu fassen und sogar Bürgermeister in der brandenburgischen Stadt Görzke zu werden.⁴⁶

Vielen anderen gelang die Rückkehr in ein geordnetes Dasein nicht. Sie hatten nie etwas anderes gelernt, als Krieg zu führen, auf Kosten anderer Leute zu leben und diese bei Bedarf zu quälen. Dieses Treibgut des Krieges zog auch nach 1648 noch bettelnd, drohend und raubend über Land und überfiel, nicht selten immer noch quasi-militärisch organisiert, als sogenannte »Gartknechte« Höfe, ja ganze Dörfer. An den bedauernswerten Opfern verübten die Gartknechte Grausamkeiten ganz in der Art, wie sie es im Kriege gelernt hatten. Es dauerte Jahrzehnte, bis diese Nachkriegskriminalität verschwand: Teils kamen die Gartknechte in den Folgekriegen wieder im Militär unter. An Kriegen fehlte es ja wegen der aggressiven Politik Ludwigs XIV. nicht. Teils landeten die Gartknechte auch am Galgen, oder sie beendeten Alters halber ihre dunklen Geschäfte.⁴⁷

Anmerkungen

- 1 Ein kurzer Überblick, was eigentlich von Abiturienten zu erwarten wäre: Helmut Neuhold: *Der Dreißigjährige Krieg*, Wiesbaden 2011. Knapp, aber mit höherem wissenschaftlichem Anspruch auch Christoph Kampmann: *Europa und das Reich im Dreißigjährigen Krieg. Geschichte eines europäischen Konflikts*, Stuttgart 2017.
- 2 Antje Oschmann: *Der Nürnberger Exekutionstag 1649–1650. Das Ende des Dreißigjährigen Krieges in Deutschland*, Münster 1991.
- 3 Albrecht Ernst und Anton Schindling (Hg.): *Union und Liga 1608/09*, Stuttgart 2010.
- 4 Axel Gotthard: Magnus, in: Sönke Lorenz, Dieter Mertens, Volker Press (Hg.): *Das Haus Württemberg. Ein biographisches Lexikon*, Stuttgart 1997, S. 150; Gerhard Raff: *Hie gut Wirtemberg allewege. Bd. 2: Das Haus Württemberg von Herzog Friedrich I. bis Herzog Eberhard III.*, Schwaigern 1993, S. 293–308.
- 5 Vgl. künftig als mikrohistorische Untersuchung: Gerhard Fritz: *Murrhardt im Dreißigjährigen Krieg*; darin der *Murrhardter Rechnungsband von 1624/25*, ohne Seitenzählung, Rubrik »Botenlohn«, Hauptstaatsarchiv Stuttgart A 303 Bd. 10113
- 6 Hauptstaatsarchiv Stuttgart A 508 Bü 12, Brief Nr. 20 vom 21.8.1625.
- 7 Gerhard Fritz: *Die Entwicklung der Geburten in Murrhardt, Backnang und Winnenden. Zur Bevölkerungsgeschichte der drei Pfarreien im 16. und 17. Jahrhundert*, in: *Backnanger Jahrbuch 21 (2013)* S. 83–99; Werner Pabst: *Der Schwarze Tod geht um*, in: *Geschichte und Geschichten aus unserer Heimat Weissacher Tal 13 (1998)* S. 68–98; Mathias Klink: *Zur demographischen Entwicklung in Sulzbach/Murr während des Dreißig-*

- jährigen Krieges, in: *Württembergisch Franken* 77 (1993) S. 311–350. Zu Botnang hat Andraes Gestrich dem Verfasser entsprechendes Zahlenmaterial überlassen. Zu Urbach hat der Verfasser selbst entsprechende Zahlen aus den dortigen Kirchenbüchern exzerpiert. Übersichtsmaterial zu sämtlichen Ämtern (allerdings keine historisch-demographische Auswertung der Kirchenbücher) bietet Wolfgang von Hippel: *Das Herzogtum Württemberg zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges im Spiegel von Steuer- und Kriegsschadensberichten*, Stuttgart 2009. Zu erwähnen ist auch die zwölfteilige Reihe von Nils Gräfe: *Der Dreißigjährige Krieg*, in: *Waiblinger Kreiszeitung* 13.10.2018 bis 26.1.2019; Gräfes Artikelreihe geht in Qualität und Quantität weit über das hinaus, was in einer Zeitungsserie zu erwarten ist und ersetzt insbesondere für das Remstal und Umgebung eine noch ausstehende wissenschaftliche Behandlung des Themas.
- 8 1200 Jahre Markgröningen, hrsg. von der Stadt Markgröningen 1979, S. 104.
 - 9 Günther Bentele: *Protokolle einer Katastrophe. Zwei Bietigheimer Chroniken aus dem Dreißigjährigen Krieg*, Bietigheim-Bissingen ²1998, S. 63.
 - 10 Hier und in der Folge ist zum Restitutionsedikt und seinen Auswirkungen in Württemberg grundsätzlich zu vergleichen: Heinrich Günter: *Das Restitutionsedikt von 1629 und die katholische Restauration Altwürtembergs*, Stuttgart 1901; außerdem Andreas Neuburger: *Konfessionskonflikt und Kriegsbeendigung im Schwäbischen Reichskreis. Württemberg und die katholischen Reichsstände im Südwesten vom Prager Frieden bis zum Westfälischen Frieden (1635–1651)*, Stuttgart 2011.
 - 11 Grundlegend neben Günter (wie Anm. 10) immer noch die materialreiche Arbeit von Friedrich Fritz: *Die württembergischen Pfarrer im Zeitalter des Dreißigjährigen Krieges*, in: *Blätter für württembergische Kirchengeschichte* NF 29 (1925), 30 (1926), 31(1927), 32 (1928), 33 (1929), 34 (1930).
 - 12 Herbert Langer: *Der Heilbronner Bund (1633–1635)*, in: Volker Press und Dieter Stievermann (Hg.): *Alternativen zur Reichsverfassung in der Frühen Neuzeit?* München 1995, S. 113–122.
 - 13 Zu Julius Friedrich vgl. Raff (wie Anm. 4) S. 211–233; Harald Schukraft: *Julius Friedrich*, in: *Das Haus Württemberg* (wie Anm. 4) S. 191–193.
 - 14 Hugo Gmelin: *Der Kriegszug des Grafen Egon von Fürstenberg gegen Württemberg im Jahre 1631, der sog. Kirschenkrieg*, in: *Württembergische Vierteljahreshefte* 7 (1898) S. 104–123.
 - 15 Nach julianischem Kalender am 26./27. August 1634, nach gregorianischem Kalender am 5./6. September 1634.
 - 16 Als neuere Darstellung der Schlacht von Nördlingen: Herfried Münkler: *Der Dreißigjährige Krieg. Europäische Katastrophe, deutsches Trauma*, Berlin 2017, S. 645–660.
 - 17 Günter (wie Anm. 10) S. 307–341; Neuburger (wie Anm. 10) S. 47–67, 95–102; Wolfgang Seibrich: *Gegenreformation als Restauration. Die restaurativen Bemühungen der alten Orden im Deutschen Reich von 1580 bis 1648*, Münster 1991 (Habil. Mainz), S. 382 ff.
 - 18 Hippel (wie Anm. 7) S. 179.
 - 19 Bentele (wie Anm. 9) S. 54–61.
 - 20 Ebd. S. 61.
 - 21 Emil Wagner: *Schicksale der Reichsstadt Schwäbisch Gmünd während des Dreißigjährigen Krieges*, in: *Württembergische Vierteljahreshefte* 24 (1915) S. 123–217.
 - 22 Franz Riegler: *Die Reichsstadt Schwäbisch Hall im 30jährigen Kriege*, Stuttgart 1911.
 - 23 Gerd Zillhardt: *Der Dreißigjährige Krieg in zeitgenössischer Darstellung*. Hans Heberles »Zeytregister« (1618–1672). Aufzeichnungen aus dem Ulmer Territorium, Stuttgart 1975; Stefan Laux: »Etwas gross« aufschreiben. Quellenkritische Anmerkungen zum »Zeytregister« des Ulmer Chronisten Hans Heberle (1597–1677), in: *Zeitenblicke* 1 (2002), Nr. 2; Andreas Merzhäuser: *Das »illiterate Ich« als Historiograph der Katastrophe. Zur Konstruktion von Geschichte in Hans Heberles »Zeytregister«*, in: ebd.
 - 24 Frank Kleinhagenbrock: *Die Grafschaft Hohenlohe im Dreißigjährigen Krieg. Eine erfahrungsgeschichtliche Untersuchung zu Herrschaft und Untertanen*, Stuttgart 2003, S. 107–117.
 - 25 Vgl. zu Callots Bilderzyklus die Darstellung bei Münkler (wie Anm. 16) S. 697–709. Vgl. auch viele einschlägige Beispiele im Kapitel »Der Krieg im Alltag. Soldaten und Zivilbevölkerung zwischen Gewalt und Zusammenleben« bei Hans Medick: *Der Dreißigjährige Krieg. Zeugnisse vom Leben mit Gewalt*, Göttingen 2018, S. 95–163. Zu Ego-Dokumenten und anderen einschlägigen Quellen auch: Christian Pantle: *Der Dreißigjährige Krieg. Als Deutschland in Flammen stand*, Berlin 2017.
 - 26 Fritz (wie Anm. 5).
 - 27 Kleinhagenbrock (wie Anm. 24) S. 128 f.
 - 28 Dazu allgemein: Medick (wie Anm. 25) S. 163–194.
 - 29 Fritz (wie Anm. 5).
 - 30 Helmut Lahrkamp: *Adam Adami (1610–1663)*, in: *Rheinische Lebensbilder* 15 (1995) S. 81–99,
 - 31 Dazu Neuburger (wie Anm. 10) S. 47–63.

-
- 32 Grundlegend: Roswitha Philippe: Württemberg und der Westfälische Friede, Münster 1976.
 - 33 Neuburger (wie Anm. 10) S. 93–119.
 - 34 Zu Varnbüler: ebd. S. 208 und öfter.
 - 35 Ebd. S. 403–411.
 - 36 Zu Murrhardt Fritz (wie Anm. 5), zu den übrigen Orten Günter (wie Anm. 10) S. 338 ff.
 - 37 Eine umfassende Bilanz bietet Hippel (wie Anm. 7), insbesondere die Übersicht S. 33 f.
 - 38 Dazu Fritz (wie Anm. 5).
 - 39 Hippel (wie Anm. 7) S. 289 f.
 - 40 Gerhard Fritz: Räuberbanden und Polizeistreifen. Der Kampf zwischen Kriminalität und Staatsgewalt im Südwesten des Alten Reiches zwischen 1648 und 1806, Remshalden 2003, S. 16.
 - 41 Gerhard Fritz: Jagdstreitigkeiten in der Grafschaft Löwenstein in der Frühen Neuzeit, in: Backnanger Jahrbuch 20 (2012) S. 103–123, hier 114.
 - 42 Fritz (wie Anm. 5).
 - 43 Zur Frage des Krieges als Religionskrieg: Peter Wilson: Der Dreißigjährige Krieg. Eine europäische Tragödie, Darmstadt 2017, S. 15; dazu auch Medick (wie Anm. 25) S. 59 f.
 - 44 Zillhardt (wie Anm. 23), Edition Bl. 163 f.
 - 45 Gerhard Fritz / Roland Schurig (Hg.): Der Franzoseneinfall 1693 in Südwestdeutschland, Remshalden 1995; Andreas Rutz (Hg.): Krieg und Kriegserfahrung im Westen des Reiches 1568–1714, Göttingen 2016, darin u.a.: Gerhard Fritz: Kriegsführung, Kriegskriminalität, Kriegsflüchtlinge. Überlegungen zur Zeit zwischen dem Ende des Dreißigjährigen Krieges und dem Pfälzischen und Spanischen Erbfolgekrieg in Südwestdeutschland (S. 159–182).
 - 46 Jan Peters (Hg.): Ein Söldnerleben im Dreißigjährigen Krieg. Eine Quelle zur Sozialgeschichte, Göttingen 2012; zum Fortgang der Hagendorf-Forschung zusammenfassend Medick (wie Anm. 25) S. 134 ff.
 - 47 Gerhard Fritz: »Eine Rotte von allerhandt rauberischem Gesindt«. Öffentliche Sicherheit in Südwestdeutschland vom Ende des Dreißigjährigen Krieges bis zum Ende des Alten Reiches, Ostfildern 2004, S. 93–98.

200 Jahre Ludwigsburger Kreiszeitung

Stationen auf dem Weg vom Intelligenzblatt zur modernen Tageszeitung

von Dr. Silke

Knappenberger-Jans,

Ludwigsburg; Historikerin,
Geschichtsvermittlerin und
Autorin; Veröffentlichun-
gen zur Kultur-, Verlags- und
Sozialgeschichte.



Am 1. Juli 1818 erschien in Ludwigsburg die erste Ausgabe des »Ludwigsburger Wochenblatts«. Dieses war ein sogenanntes Intelligenzblatt, also eine Zeitung für amtliche und private Anzeigen. Es umfasste vier Seiten, war etwas größer als ein kleines Schulheft und kam von nun an jeden Dienstag heraus. Der Ludwigsburger Antiquar Friedrich Nast legte mit der Herausgabe dieses Wochenblatts den Grundstein für ein Zeitungsunternehmen, das in 200-jähriger Kontinuität bis heute als »Ludwigsburger Kreiszeitung« fortbesteht.

Das 200-jährige Zeitungsjubiläum im Jahr 2018 – die LKZ ist heute die älteste noch existierende württembergische Zeitung mit Vollredaktion – bot Anlass, die Verlagsgeschichte gründlich zu erfor-

schen. Aus der vielfältigen Zeitungsgeschichte sollen drei Themenbereiche herausgegriffen werden:

Zum ersten soll die Vorgeschichte der Ludwigsburger Zeitungsgründung dargelegt und die Frage erörtert werden, was die erste Verlegerdynastie mitbrachte, damit ein so langlebiges und erfolgreiches Unternehmen daraus entstehen konnte.

Zweitens gibt es einen kleinen Überblick über den Weg der Zeitung zwischen Zensur und Politik, auf dem die Zeitung als Medium auch die Entwicklung der Ludwigsburger Bürgergesellschaft begleitet und gefördert hat.

Drittens folgt ein kurzer Einblick in die dramatische Geschichte der »Ludwigsburger Zeitung« im Dritten Reich.

1. Vorgeschichte der Zeitungsgründung und die erste Verlegerfamilie Nast

Bis das erste »Ludwigsburger Wochenblatt« 1818 erscheinen konnte, gab es eine lange Vorgeschichte. Anfang des 19. Jahrhunderts konnte man im absolutistisch geprägten Württemberg nicht einfach eine Zeitung gründen, weder eine politische Zeitung noch ein Anzeigenblatt, denn das

Ludwigsburger Wochenblatt.

1tes Stück. Mittwoch, den 1. Juli 1818.

Mit Königlich Württembergischer Allerhöchster Genehmigung.

Ludwigsburg.

(Neu errichtete Sparkasse zu Stuttgart.)

Nach dem Beispiel anderer Staaten und überhaupt von dem großen und ausgebreiteten Nutzen einer Anstalt, durch welche es auch ärmern Personen möglich gemacht wird, ihre kleinen Ersparnisse zu erhalten und zu einem höhern Ertrag zu bringen, haben Ihre Majestät die Königin die Veranlassung gegeben, in Verbindung mit der Centralleitung des Wohlthätigkeitsvereins eine Sparkasse für Württemberg zu errichten, welche nach erfolgter Genehmigung Seiner Majestät des Königs unter dem Namen „Württembergische Sparkasse in Stuttgart“ bereits eröffnet worden ist.

Zu Begründung des öffentlichen Vertrauens haben Ihre Majestät die Königin zwölf Vorsteher der Sparkasse ernannt, welchen die beständige Aufsicht und Verwaltung derselben übertragen ist, und welche dieselbe auch ohne Belohnung übernommen haben.

Diesen zwölf Vorstehern sind noch drei Commissarien von der Centralleitung des Wohlthätigkeitsvereins beigegeben.

Die Geschäfte des Instituts werden von den Vorstehern nach einem wohl überlegten, und dem Zweck entsprechenden Plan mit Hilfe eines Cas-

siers besorgt, die Resultate aber zu bestimmten Zeiten den Commissarien mitgetheilt und von diesen der Centralleitung vorgelegt.

Auf diese Art ist dann nicht nur für eine wohl begründete und gewissenhafte Geschäftsführung, sondern auch für eine ununterbrochene Aufsicht gesorgt; auch sind durch die Großmuth beider Königlichen Majestäten einige Tausend Gulden als Eigenthum der Sparkasse übergeben worden, so daß das theilnehmende Publikum wegen der derselben anvertrauten Gelder vollkommen beruhigt sein kann.

Da die Württembergische Sparkasse zunächst und vorzüglich zum Besten der inländischen ärmeren Volksklasse bestimmt ist, und die Bedürfnisse dieser Letzteren verschieden sein können, so sind einzuweilen auch dreierlei Arten, wie Gelder angelegt werden können, genehmigt worden.

1) Die erste, worauf es vorzüglich ankommt, und welche den größten Nutzen für die Armuth bezweckt, begreift solche Einlagen, welche entweder

aus wöchentlichen, monatlichen, oder jährlichen Ersparnissen von Dienstboten, oder überhaupt von der arbeitenden bedürftigen Classe—
oder

Titelseite des »Ludwigsburger Wochenblatts« vom 1. Juli 1818.

Druck- und Verlagswesen war streng reglementiert. Ein Bewerber musste vom Herrscher eine Lizenz erbitten, an die dann, wenn sie überhaupt erteilt wurde, viele Bedingungen geknüpft waren.

In Ludwigsburg versuchten ab 1802 über fast zwei Jahrzehnte hinweg mehrere

Interessenten vergeblich, die Konzession für eine Zeitung zu erhalten, darunter die einflussreiche Verlegerfamilie Cotta. Denn um 1800 wuchs generell das Bedürfnis der Bevölkerung nach Informationen über das öffentliche und wirtschaftliche Leben; auch Behörden und lokale Verwaltungen

erkannten in Zeitungen ein Mittel, Gesetze und Bekanntmachungen schneller, kostengünstiger und effizienter zu verbreiten.

Die ersten Bewerber, unter denen auch Johann Georg Cotta war, scheiterten daran, dass Herzog Friedrich Zeitungsgründungen generell »sehr unnötig« fand (wie er einmal kurz und prägnant quer auf die umfangreichen Bewerbungsunterlagen geschrieben hat). Hinderlich war auch ein allgemeines Privileg der Verlegerfamilie Cotta auf den Druck eines Anzeigenblatts in Württemberg aus dem 18. Jahrhundert, das der Familie seit 1760 zeitlich unbegrenzt und vererbbar zustand. Das hieß konkret, dass außer Cottas »Stuttgarter Anzeigen« lange Zeit kein anderes Anzeigenblatt in Württemberg erscheinen durfte. Auch nachdem die Familie Cotta Pläne für ein eigenes Ludwigsburger Blatt aufgegeben hatte, versuchte sie mit Verweis auf ihr Privileg die Gründungen anderer Bewerber zu verhindern.

Weitere Interessenten, ein Ludwigsburger Buchdrucker und mit Carl Nast sogar ein Bruder des späteren Verlegers, scheiterten, weil sie kein Geld hatten oder von den Behörden als nicht geeignet beurteilt wurden.

Gründerfamilie Nast

Friedrich Nast, der letztlich erfolgreiche Bewerber um eine Zeitungslizenz, war dann, etwas überspitzt formuliert, der richtige Mann zur richtigen Zeit am richtigen Ort.

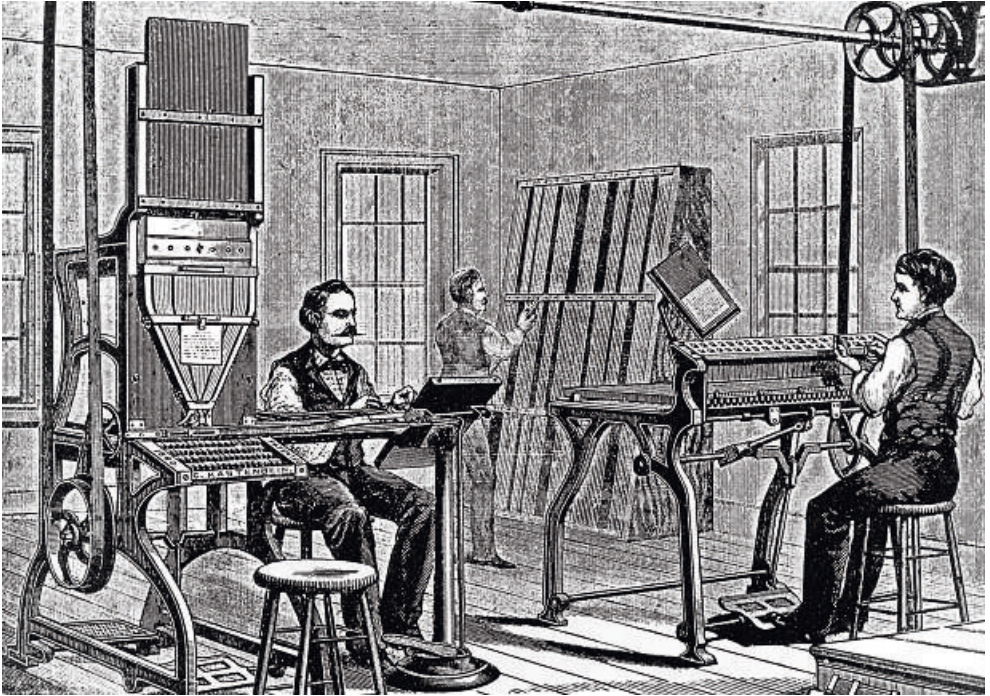
Am richtigen Ort befand sich Nast, weil Ludwigsburg als Standort für eine Zeitungsgründung sehr erfolgversprechend war, denn es war eine aufstrebende, wachsende Stadt, die sich aus ihrer Abhängigkeit vom württembergischen Hof gelöst hatte und mit Militäreinrichtungen und Gewerbeansiedlungen auch wirtschaftlichen Aufschwung nahm. Seit 1817 war Ludwigsburg Sitz der Regierung des Neckarkreises und einer der vier Finanzkammern, weshalb

viele – tendenziell lesefähige und bildungsorientierte – Beamte mit ihren Familien zuzogen.

Die richtige Zeit war es, weil König Wilhelm seit seinem Regierungsantritt 1816 eine wesentlich freiere Pressepolitik als seine Vorgänger betrieb. 1817 erließ er sogar ein Gesetz über die Pressefreiheit, was eine regelrechte Aufbruchstimmung für Zeitungsgründungen mit sich brachte. Er war auch entschlossen, endgültig mit den Privilegien der Verlegerfamilie Cotta Schluss zu machen. Nast konnte seine Zeitung also in der kurzen etwas freiheitlicheren Zeitphase gründen, bevor 1819 die sogenannten Karlsbader Beschlüsse des Deutschen Bundes wieder eine strengere Zensur mit sich brachten, auch in Württemberg.

Antiquar Friedrich Nast, der aus einer altingesessenen Ludwigsburger Buchbinderfamilie stammte, war zweifellos auch genau der richtige Mann für seine Aufgabe. Bei ihm kamen mehrere Eigenschaften zusammen, die sich für das Zeitungsunternehmen sehr günstig auswirkten.

So verfügte Nast über wirtschaftliches Geschick und Tüchtigkeit; als gelernter Buchbinder betrieb er eine Buchbinderei am Ludwigsburger Marktplatz, später (ab 1804) in der Asperger Straße (heute Oberpaur). Er war sehr umtriebig, dachte offenbar in Zeiten der Frühindustrialisierung im Unterschied zu vielen seiner in überkommenen Zunft- und Standesgrenzen verharrenden Zeitgenossen bereits eher strategisch wie ein moderner Unternehmer. In den wirtschaftlich und politisch unruhigen Zeiten der Napoleonischen Kriege blieb er nicht in den Grenzen seines Buchbinder-gewerbes, das nicht mehr genug abwarf. Vielmehr suchte er zielstrebig nach weiteren Geschäftszweigen, bei denen er noch »Marktlücken« sah und die sich mit dem Vorhandenen gut ergänzten. So gründete er über die Buchbinderei hinaus eine offenbar sehr beliebte Leihbücherei, ein Antiquariat



Schriftsetzer mit der typischen Kastensetz-Anlage, um 1880.

(1804), einen eigenen Buchverlag und (seit 1812) eine Schreib- und Buchbindermaterialien-Handlung.

Mit seinen offenbar recht gutgehenden Betrieben wurde Nast wohlhabend. Er konnte es sich daher leisten, 1817 an den Anfang seiner Bewerbung um eine Zeitungslizenz das Angebot zu setzen, eine leistungsfähige Buchdruckerei in Ludwigsburg zu gründen, also noch einen weiteren, später florierenden Geschäftszweig. Auch die geeigneten Räumlichkeiten dazu konnte er schon vorweisen. Dies war natürlich ein schlagkräftiges Argument für die Behörden, zumal andere Bewerber ihre Petition für eine Zeitungslizenz mit der Bitte um einen Kredit für die Druckerpresse verbunden hatten. Nasts breite geschäftliche Aufstellung und finanzielle Unabhängigkeit kam der Zeitung sicherlich zugute, half über anfängliche Durststrecken hinweg und ermöglichte Investitionen.

Seine wirtschaftlichen Interessen verband Friedrich Nast mit Bildungsidealen, die in der Aufklärung und im Frühliberalismus verwurzelt waren und für die er sich wie viele seiner Zeitgenossen begeisterte. In seiner Leihbücherei bot er neben den damals beliebten Räuber- und Schauer geschichten auch lehrreiche Bücher an. Dabei hatte er offenbar Freude an der Beratung seiner Kunden, wie z. B. Justinus Kerner beschrieb, der als Schüler und junger Mann bei ihm ein- und ausging. Nast galt in der Stadt als »Mann von tiefer Belesenheit«, er organisierte lange Jahre (ab 1809) in Ludwigsburg auch eine Journal-Lesegesellschaft, also eine Gemeinschaft von Lesern, die zusammen mehrere Zeitungen und Zeitschriften abonnierten und darüber debattierten.

Zum dritten war Friedrich Nast – wie schon sein Vater – gut vernetzt in Ludwigsburg und in zahlreichen Ehrenämtern in

sozialen und bürgerschaftlichen Bereichen aktiv, etwa im Bürgerausschuss und später im Stadtrat, als Pfleger, »Brodbeschauer«, Bezirksaufseher, Streitschlichter und anderes mehr. Das heißt, er war bekannt und die lokalen Behörden unterstützten seine Bewerbung.

Und nicht zuletzt verfügte Friedrich Nast, wie man aus Beschreibungen seiner Zeitgenossen erschließen kann, wohl über eine außerordentliche Energie und Begeisterungsfähigkeit. Er konnte sein Umfeld mitreißen, etwa den über hochfliegende Pläne erstaunten Oberamtmann oder den Lehrer, der unsicher war, ob er für die Mitarbeit an einem Zeitschriftenprojekt geeignet war. Ein paar Gespräche mit Nast genügten dann, dass er voller Begeisterung über diese wichtige vaterländische Aufgabe zusagte und erst Monate später überlegte, ob sich dies überhaupt mit seinem Beruf als Lehrer vereinbaren ließ.

Friedrich Nast übergab 1825 die Zeitungsgeschäfte und die Druckerei seinem Sohn Carl Friedrich, der seinem Vater in nichts nachstand, weder im wirtschaftlichen Erfolg noch den literarischen Interessen, noch im sozialen und bürgerschaftlichen Engagement. Vielmehr eröffnete Nast junior 1826 zusätzlich noch eine Buchhandlung und setzte im Buchverlag wegweisende Projekte wie Adressbücher für Ludwigsburg um. Da er in politisch bewegten Zeiten die Zeitung führte, kamen bei ihm weitere Aufgaben als Redakteur hinzu. Außerdem engagierte er sich zeitweise auch selbst politisch, etwa während der Revolution von 1848/49 im lokalen Patriotischen Verein.

Man kann sagen, dass das »Ludwigsburger Wochenblatt« dank der Interessen und Aktivitäten der Verlegerdynastie Nast von Anfang an mehr als ein Anzeigenblatt war. Durch ihre Geschäfte und kommunalen Ämter wussten die Nasts Bescheid über viele Bedürfnisse oder Defizite in

der Ludwigsburger Bürgerschaft. Von Anfang an diente die Zeitung den Verlegern als Medium, um soziale und gesellschaftliche Belange zu organisieren. Immer mehr wurde die Zeitung dann im Laufe der Jahre zur umfassenden Service- und Informationszentrale von Ludwigsburg. In der Redaktion wurden nicht nur Anzeigen angenommen und Zeitungen ausgegeben, sondern auch Auskünfte über angebotene oder gesuchte Waren und Dienstleistungen erteilt oder Theaterkarten verkauft; man war Fundbüro, Wohnungs- und Arbeitsvermittlung. Spenden- und Hilfsaktionen für notleidende Mitbürger, z. B. einen verarmten 90-jährigen Ludwigsburger Schneider, wurden hier genauso organisiert wie Feste, z. B. das Maienfest 1819 für Kinder.

Eindrucksvoll ist das auch, wenn man bedenkt, dass die Verleger Nast anfangs als Einmannbetrieb arbeiteten, mit ein paar Gehilfen und Lehrlingen. Geöffnet war bis in die 1830er Jahre hinein jeden Tag, auch am Wochenende und an Festtagen, von morgens bis abends. Die Zeitung nahm in diesen Jahren der sich entwickelnden bürgerlichen Stadtgesellschaft also viele Aufgaben wahr, die später von kommunalen Ämtern übernommen wurden.

Die Ära der Verleger Nast reichte bis Mitte des 19. Jahrhunderts. Es folgten mit Ferdinand Riehm (als Verleger tätig 1856–1862) und Heinrich Theurer (1862–1872) zwei Zeitungsverleger, die kürzer aktiv waren. Ab 1872 war Heinrich Ungeheuer neben Louis Greiner Besitzer des Unternehmens. Mit Moritz Ulmer, der 1896 die Hälfte des Unternehmens erwarb und Schwiegersohn von Heinrich Ungeheuer wurde, beginnt dann die Zeit des Verlags Ungeheuer & Ulmer und der Verlegerfamilie Ulmer, die dann mit Gerhard (1925–1949) und Konrad Ulmer (1949–2006) fortgesetzt wurde und mit Gerhard Ulmer (ab 2002) bis in die Gegenwart reicht.

2. Die Zeitung Mitte des 19. Jahrhunderts zwischen Zensur und Politik und ihre Rolle als Wegbereiter der Demokratie

Von freier Presse und politischer Berichterstattung war man am Anfang noch weit entfernt; die Ludwigsburger Konzession von 1818 galt für ein »Intelligenzblatt«, eben ein Anzeigenblatt, das von den Behörden streng auf seine Inhalte hin überprüft wurde. Als Carl Friedrich Nast ab 1826 in das »Ludwigsburger Wochenblatt« einen Unterhaltungsteil mit kleinen Anekdoten und Rätseln einführte, wurde die Zeitung unter Vorzensur gestellt, d. h. jede Ausgabe musste vor dem Druck beim Oberamt zur Kontrolle vorgelegt werden. Politische Artikel waren strikt verboten; hätte man solche veröffentlicht, hätte man hohe Strafzahlungen oder gar ein Zeitungsverbot riskiert.

In den 1830er und 1840er Jahren begannen die Bürger überall, auch in Ludwigsburg, sich für politische Ereignisse zu interessieren und sich auch über ihre eigene Umgebung Gedanken zu machen. Nicht mehr passive Untertanen wollten sie sein wie im Absolutismus, sondern, ganz im Sinne des Frühliberalismus, ihre Lebenswelt mitgestalten. Die Ludwigsburger begannen, private Anliegen und Meinungen über Anzeigen in der Zeitung bekannt zu machen, nutzten ihre lokale Zeitung also als Medium. So machten sie sich zum Beispiel Gedanken über eine Verschönerung der Stadt, wollten Feste organisieren oder Vereine gründen, lobten Konzerte, debattierten über die richtige Baumsorte für die Alleen oder schimpften über Müll und Lärm in der Stadt und die Qualität von Brot und Bier (ein offenbar unerschöpfliches Thema). Manchmal entwickelten sich richtige Debatten, die sich über mehrere Zeitungsausgaben erstreckten.

Die Zensurbehörden beobachteten diese Entwicklung argwöhnisch, griffen hin

und wieder ein, werteten diese Themen aber insgesamt als »unpolitisch«. Die Zeitung bot der wachsenden bürgerlichen Stadtgesellschaft damit ein Forum für ihre Anliegen oder trat selbst als Organisator für Feste und Vereinsgründungen auf. Im Dezember 1841 entschloss sich Verleger Carl Friedrich Nast dann sogar, im »Ludwigsburger Wochenblatt« eine neue Rubrik unter dem Titel »Hiesiges« einzurichten, in der Berichte und Kommentare von Bürgern über lokale Themen veröffentlicht wurden. Für diese musste man nicht mehr bezahlen wie für eine Anzeige, man kann dies also als Geburtsstunde der Lokalberichterstattung in Ludwigsburg werten.

Was Verleger Nast zur Einführung dieser Rubrik über die Verantwortung der Bürger für das Gemeinwohl und die unterstützende Rolle der Zeitung dabei gesagt hat, erscheint dabei in vielerlei Hinsicht bis heute aktuell. Diese Entwicklung war ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur späteren Demokratie. »Eine freie, anständige Besprechung von Angelegenheiten, welche das Wohl oder Wehe unserer Stadt berühren, kann nur dazu geeignet seyn, Interesse hiefür zu erwecken und es zu befördern«, erklärte Nast unter anderem. Er betonte, dass die Eigenverantwortung der Bürger für das Gemeinwohl gewachsen sei: »Je mehr unser Stadtschaden [= der städtische Haushalt] von Jahr zu Jahr gestiegen ist, je mehr unser Schulwesen, unsere Armen-Anstalten, unsere städtischen Gebäude, Brunnen, Straßen und Wege, je mehr noch so manches Andere Geld über Geld kostet, je weniger dürfen wir uns einer tadelswerthen Lauheit hierin überlassen, und jeder hiesige Bürger hat gewiß schon durch seinen, alljährlich größer ausfallenden Steuerzettel die Überzeugung gewonnen: es sey an der Zeit, daß auch der Einzelne seine Kräfte, so weit es thunlich, der Beförderung des öffentlichen Wohles widme.«



Verleger Heinrich Ungeheuer (1833–1902).

Während des Kaiserreichs garantierte ab den 1870er Jahren das Reichspressegesetz die Pressefreiheit, die Sozialistengesetze brachten Einschränkungen. Die »Ludwigsburger Zeitung«, wie sie inzwischen hieß, wurde wie alle Zeitungen von den Zensurbehörden weiter aus dem Hintergrund beobachtet. In dieser Zeit entstanden entlang der politischen Lager und Milieus auch Zeitungen der verschiedenen Parteirichtungen. Die »Ludwigsburger Zeitung« verstand sich dabei als nationalliberal, also loyal zu Kaiserreich, Bismarck und der herrschenden Regierungsform, ohne Parteizeitung sein zu wollen. Vielmehr hatte sie den Anspruch, für alle gesellschaftlichen Gruppen ein Forum zu bieten.

Trotzdem passierte es kurioserweise beim württembergischen Landtagswahlkampf von 1900, dass die »Ludwigsburger Zeitung« zwar ausführlich über die Wahlveranstaltungen der rechts- und der linksliberalen Kandidaten (Deutsche Partei und Volkspartei) berichtete, den später siegrei-

chen Sozialdemokraten Wilhelm Keil und seine Wahlveranstaltungen auf der grünen Wiese aber ganz übersehen hatte.

Während des Ersten Weltkriegs gab es vom Militär überwachte Kriegszensur und nach einer weiteren pressefreiheitlichen Phase in der Weimarer Republik betrieben dann die Nationalsozialisten im Dritten Reich eine ganz radikale Form der Presselenkung, indem sie nicht nur inhaltliche Ausrichtungen der Presse kontrollieren wollten, sondern die Medien gleich ganz in ihren Besitz bekommen wollten. Dazu gleich mehr. Nach dem Zweiten Weltkrieg kontrollierten dann die amerikanischen Militärbehörden zwischen 1945 und 1949 die Presse, bevor 1949 das Grundgesetz die Pressefreiheit in der Bundesrepublik garantierte und eine neue Phase für die Zeitung begann.

3. Die »Ludwigsburger Zeitung« im Dritten Reich

Die Zeit des Dritten Reiches war für die »Ludwigsburger Zeitung« und insbesondere auch für die Verlegerfamilie Ulmer eine sehr dramatische Phase. Der Weg zur erzwungenen Enteignung durch die NSDAP vollzog sich für die Ludwigsburger Verleger Moriz und Gerhard Ulmer in drei Etappen.

Im Dritten Reich spielte die Zeitungspressen als weitverbreitetes Medium und Instrument der Massenbeeinflussung eine große Rolle. Daher zielten die Nationalsozialisten darauf ab, die Presse nicht nur zu überwachen, sondern alle Zeitungen, die nicht verboten wurden, in NS-Besitz zu bekommen. In Württemberg gingen dabei Gauleiter Murr und Gaupressewart Otto Weiss, der gleichzeitig Verlagsleiter des Stuttgarter »NS-Kuriers« war, besonders schnell und rigoros vor. Sie suchten die Verleger selbständiger Zeitungen bereits 1933 persönlich auf, gerne mit geladener Pistole am Gürtel und in SA-Be-



*Oben: Anlieferung von Papierrollen vor dem Verlagsgebäude in der Körnerstraße, um 1918.
Unten: Blick in die Setzerei.*



Verleger in schwieriger Zeit (v.l.): Moriz Ulmer (1869–1947) und Gerhard Ulmer (1900–1949).

gleitung, und zwangen sie mit Erpressermethoden und Drohungen, 51 % ihres Besitzes für einen eher symbolischen Betrag an die eigens 1933 gegründete NS-Presse-Gesellschaft Württemberg GmbH abzugeben.

Die Ludwigsburger Verleger weigerten sich und versuchten sich zu wehren, soweit das ging. Sie konnten sich mit ihrer Zeitung zunächst auch noch ganz gut behaupten. Obwohl Weiss ab Dezember 1933 in Ludwigsburg eine NS-Konkurrenzzeitung mit dem Titel »Württembergische Landeszeitung« herausgab, die Nazis gegen die »Ludwigsburger Zeitung« auf Versammlungen hetzten und aggressive Werbekampagnen starteten, dass jeder Nationalsozialist die Gegenzeitung lesen müsse und die LZ abbestellen solle, verlor die »Ludwigsburger Zeitung« bis 1936 kaum Abonnenten.

Erst als auf Reichsebene den Verlegern Moriz und Gerhard Ulmer wegen angeblicher »politischer Unzuverlässigkeit« mit einem Rauswurf aus der Reichspressekammer

gedroht wurde, was Berufsverbot bedeutet hätte, gaben die Ulmers 1936 zwangsweise 51 % ihres Zeitungsverlages ab.

Die Nazis gaben sich damit nicht zufrieden, sie wollten 100 % der »Ludwigsburger Zeitung«, deren enge Bindung an die Leser sie für eigene Zwecke nutzen wollten. Wie später bekannt wurde, waren Moriz und Gerhard Ulmer jahrelang bespitzelt worden, um einen Vorwand dafür zu finden, sie ganz aus dem Betrieb zu drängen. Eine fatale Rolle spielten dabei zwei NSDAP-überzeugte Verlagsmitarbeiter, die interne Gespräche und Beobachtungen an die Partei weitergaben; der Redakteur Dr. August Gmelin war offenbar sogar V-Mann des Sicherheitsdienstes (SD), also des NS-Geheimdienstes, der für die Überwachung der eigenen Bevölkerung zuständig war.

Als Gerhard Ulmer 1938 nach der Reichspogromnacht im Betrieb äußerte, angesichts der Vorkommnisse schäme er sich, ein Deutscher zu sein, war dieser Vorwand gefunden.

Es startete eine Welle massiver persönlicher Angriffe auf die Familie Ulmer, angestiftet von der NSDAP und organisiert von Gmelin. Vor dem Wohnhaus der Ulmers versammelten sich NS-Demonstranten und es wurden Sprechchöre laut mit Rufen wie »Ulmer heraus, Judenlummel, Bluthund«. Das Wohnhaus wurde durchsucht und überall in der Stadt wurden diffamierende Plakate aufgehängt.

Dem Plan, ihn mit einem Schild mit der Aufschrift »Judenknecht« um den Hals durch die Stadt zu führen, konnten sich Gerhard Ulmer und seine Familie entziehen, weil sie nach einer telefonischen Warnung frühmorgens nach Stuttgart flohen. Dort wurde Gerhard Ulmer verhaftet und mehrfach vom SD vernommen. In einer Artikelserie in mehreren NS-Zeitungen wurden die Ulmers zusätzlich als schlechte Betriebsführer diffamiert.

Im Betrieb der »Ludwigsburger Zeitung« zwangen die beiden rabiaten NS-Verlagsmitarbeiter ihre Kollegen zu einem Streik, der dann wiederum den Vorwand bot, Moriz Ulmer angeblich aus Sicherheitsgründen das Betreten des Zeitungsverlags zu verbieten. Die Verleger Ulmer waren Mitte 1939 schließlich gezwungen, aufzugeben; wieder wurden sie mit Berufsverbot bedroht. Auch die restlichen 49 % des Zeitungsverlags gingen zwangsweise in NS-Besitz über, Familie Ulmer blieb aber die Druckerei. Die »Ludwigsburger Zeitung« erhielt den Untertitel »Parteiamtliche Kreis-Zeitung«, bis dann die Alliierten bei Kriegsende im April 1945 die Zeitung vorläufig einstellen. Im März 1949 sollte dann die Zeitung mit dem Titel »Ludwigsburger Kreiszeitung« ihr Erscheinen wieder aufnehmen, zunächst unter amerikanischer Lizenz, dann wieder mit der Verlegerfamilie Ulmer als Herausgebern.



Das vorläufige Ende der Unabhängigkeit: Die »Ludwigsburger Zeitung« als Teil der NS-Presse.

4. Anhang: Interview mit der Autorin

Anmerkung der Redaktion: Bei dem vorstehenden Beitrag handelt es sich um die geringfügig überarbeitete und erweiterte Fassung eines am 13. Dezember 2018 von Silke Knappenberger-Jans beim Historischen Verein in Ludwigsburg gehaltenen Vortrags. Dieser Vortrag basierte auf den Erkenntnissen des 2018 von der Autorin veröffentlichten Buches »Wertvolles Lesen. 200 Jahre Ludwigsburger Kreiszeitung«. Da das Buch ein ausführliches Quellen- und Literaturverzeichnis enthält, kann an dieser Stelle auf Einzelnachweise verzichtet werden. Im Anschluss an den Vortrag folgte noch ein Interview mit der Autorin über die Entstehung des Buches, dessen Wortlaut hier ebenfalls wiedergegeben werden soll. Die Fragen stellte Ulrike Trampus, die Chefredakteurin der »Ludwigsburger Kreiszeitung«.

Frage: Welche Ihrer Recherchen hat Sie am meisten beeindruckt, schmunzeln oder nachdenklich werden lassen?

Antwort: Zuallererst ist natürlich beeindruckend, dass eine Zeitung überhaupt 200 Jahre lang durch alle politischen und gesellschaftlichen Umbrüche hindurch besteht – und das so gut wie ohne Unterbrechungen, wenn man von kurzen Phasen nach dem Zweiten Weltkrieg absieht.

Was das »Schmunzeln« betrifft, würde mir natürlich eine Menge einfallen: Da kommt mir zum Beispiel das Bild in den Sinn, wie Verleger Nast in den 1830er Jahren in seiner Zeitungsredaktion sitzt, Anzeigen und Informationen sammelt und Zeitungen ausgibt, gleichzeitig aber auch Bücher verkauft und verleiht und dazu noch als Fundbüro entflozene Kanarienvögel, vergessene Brillen, Reisepässe oder zum Kauf angebotene Gitarren hütet.

Schön auch, wie Redakteur Nast in seiner Zeitung energisch eingreift, wenn er ausufernde Diskussionen über die Qualität der

Musikkapelle im Ludwigsburger Biergarten eingrenzen will. Zum Schmunzeln sind sicherlich auch die häufig großformatigen Mode-Werbeanzeigen des Kaiserreichs, in denen elegant garnierte Damenhüte oder Bleyles Reform-Damenunterhosen beworben wurden.

Nachdenklich gemacht hat mich die Verlagsgeschichte im Dritten Reich. Es ist erschreckend, wie massiv die Verleger bedrängt wurden, um sie dazu zu bringen, der Zwangsenteignung zuzustimmen. Eine Gegenzeitung wurde gegründet, es gab rabiate Abwerbeaktionen. Dann, in der nächsten Eskalationsstufe die Nazi-Demonstrationen vor dem Wohnhaus der Ulmers, die diffamierenden Plakate, die verleumderischen Artikel. Schlimm auch, dass im Betrieb selbst zwei rabiate NS-Anhänger Hetze betreiben konnten.

Frage: Welche Quellen/Archive haben Sie zur Recherche herangezogen? Haben Sie auch im berühmten LKZ-Keller in der Körnerstraße recherchiert?

Antwort: Ja, in diesem berühmten LKZ-Keller war ich natürlich auch. Für Historiker sind abgelegene Quellenorte in tiefen Kellern natürlich immer sehr vielversprechend, und in diesem Fall haben sich die Erwartungen auch mehr als erfüllt. Denn die dort lagernden nahezu vollständigen 200 Zeitungsjahrgänge waren natürlich eine wichtige Quelle für meine Arbeit. Diese Vollständigkeit ist etwas ganz Besonderes.

Auch sonst war das Verlagsarchiv wichtig für meine Recherchen. Herr Ulmer hat auch eigens zusätzlich nochmal alte Familienschränke durchsucht und interessante Dokumente zum Dritten Reich bis hin zu den 1950er Jahren gefunden.

Darüber hinaus waren das Staatsarchiv Ludwigsburg und das Hauptstaatsarchiv Stuttgart wichtige Anlaufstationen. Da die Zeitung über lange Phasen ihrer Geschichte hinweg überwacht, zensiert und beschränkt

wurde, waren natürlich auch die Unterlagen der Behörden, die dafür zuständig waren, zahlreich und ergiebig, z. B. in Stuttgart die Akten des Oberzensurkollegiums und des Innenministeriums, in Ludwigsburg die Unterlagen der regionalen Behörden. In Ludwigsburg waren auch die Spruchkammerakten diverser Akteure im Dritten Reich aussagekräftig.

Im Stadtarchiv Ludwigsburg habe ich in Stadtratsprotokollen des frühen 19. Jahrhunderts recherchiert und konnte vor allem auch Bilder und Fotos ausfindig machen.

Frage: Haben Sie auch Belege/Ereignisse entdeckt, die Sie so überhaupt nicht erwartet haben?

Antwort: Als Historiker sollte man ja immer offen an die Quellenrecherche gehen. Insofern war ich sozusagen »auf alles gefasst«.

Erstaunt hat mich aber zum Beispiel, wie modern die Verleger der Anfangszeit dachten und handelten und welche wichtige Rolle sie bei der Entstehung der bürgerlichen Stadtgesellschaft in Ludwigsburg spielten. Die Zeitung war ja im Grunde die Informations- und Servicezentrale von Ludwigsburg, hier liefen wichtige Fäden zusammen. Hier wurden Hilfsaktionen gestartet, hier bündelten sich Informationen, was in Ludwigsburg passierte oder sich veränderte. Nasts Verlag druckte ja auch die Adressbücher, wusste also auch Bescheid, wer in der Stadt war und wer sie verlassen hatte.

Erstaunlich fand ich auch den rasanten technischen Wandel der Zeitung um 1900, als Telegraphen die Nachrichtenübermittlung auf wenige Stunden verkürzten, Bilder in die Zeitung kamen, manchmal mehrere Zeitungsausgaben pro Tag erschienen und die Auflagen fünfstellig wurden.

Erstaunlich auch die Modernität und Kreativität der Zeitungsgestaltung Ende der 1920er Jahre – und das, nachdem es vorher mit dem Ersten Weltkrieg und der Hyperinflation 1923 massive politische und

wirtschaftliche Krisensituationen gegeben hatte. Im Dritten Reich machten die Nazis all dies wieder zunichte.

Frage: Welche Parallelen gibt es aus der Vergangenheit zur Gegenwart?

Antwort: Zu allen Zeiten gab es ein großes Bedürfnis, solide und zuverlässig informiert zu werden und immer das Neueste zu erfahren. Schon in den Anfangszeiten warteten die Kinder vor den Toren der Zeitung, bis die Zeitung endlich fertig gedruckt war. Später standen bei wichtigen Ereignissen Menschentrauben vor dem Verlagsgebäude, um die Berichte zu lesen.

Auch heute sind zuverlässige und gut recherchierte Nachrichten immer noch ein begehrtes Gut – auch wenn inzwischen einige Medien zur Zeitung hinzugekommen sind und sich die Kommunikationsformen geändert haben.

Frage: Was können Leser und Zeitungsmacher aus der Historie lernen?

Antwort: Die Verleger des 19. Jahrhunderts haben für Meinungsfreiheit und freie Presse gekämpft. Dass alle Bürger Zugang zu Informationen haben, ein Forum zum Meinungsaustausch nutzen können, sich an Debatten zum Wohle der Gesellschaft beteiligen, war ihnen wichtig – und das ist es heute immer noch. Gerade in Zeiten, in denen Zensur ausgeübt wird oder ein totalitärer NS-Staat Einfluss nimmt, zeigt sich, dass Presse- und Meinungsfreiheit ein hohes Gut ist, wobei eine offene Debattenkultur mit Respekt für die Gegenmeinung wichtig ist.

Beispiele aus der LKZ in der jungen Bundesrepublik zeigen, wie Leser beteiligt werden können, wie die Zeitung zum Moderator von wichtigen Themen der Nachkriegsgesellschaft werden konnte. Damals ging es zum Beispiel um die Wiederaufrüstung, die Wohnungsnot oder die Unterbringung von Flüchtlingen, auch heute wieder ein aktuelles Thema.

»Aecht Franck«

Die Stiftungen und Schenkungen der Familie Franck

von Günther Bergan,

Ludwigsburg; seit 1996 ehrenamtlicher Mitarbeiter im Stadtarchiv Ludwigsburg; Verfasser zahlreicher stadthistorischer Aufsätze in den Ludwigsburger Geschichtsblättern und in der Ludwigsburger Kreiszeitung.



Ein vergessenes und deshalb nicht gefeiertes Jubiläum war der Anlass für diesen Aufsatz. 2018 feierte Ludwigsburg programmreich »300 Jahre Stadt werden«. Ein anderes, für die Stadt und ihre wirtschaftliche Entwicklung wichtiges und ebenfalls mit einem Jubiläum verbundenes Ereignis – 150 Jahre Industriestandort Ludwigsburg – rückte dabei in den Hintergrund: Ende 1868, Anfang 1869 nahm nämlich die Kaffeemittel-Fabrik von Johann Heinrich Franck aus Vaihingen in den neu errichteten Fabrikhallen westlich des Ludwigsburger Bahnhofs ihre Produktion auf.

Die Ansiedlung von Heinrich Franck Söhne, wie die Firma jetzt hieß, war zum einen für Ludwigsburg ein Glücksfall und zum anderen für Franck das Tor zum großen geschäftlichen Erfolg. Um die steigende Nachfrage nach dem beliebten Zichorienkaffee befriedigen zu können, expandierte die Firma und gründete Zweigwerke in ganz Euro-

pa. Zum 50-jährigen Firmenjubiläum in Ludwigsburg im Jahr 1918 verlieh die Stadt den beiden Teilhabern und Geschäftsführern Robert und Richard Franck für ihre Verdienste um die Stadt die Ehrenbürgerrechte.

In den nächsten 60 Jahren blieb Ludwigsburg – auch nach der Fusion mit Nestlé im Jahr 1971 – Firmen- und Verwaltungssitz von Franck. 1988/89 reflektierte das Städtische Museum Ludwigsburg in Zusammenarbeit mit der Nestlé Deutschland AG in einer bemerkenswerten Ausstellung unter dem Titel »Die Hauptstadt der Cichoria« die über 120-jährige wechselseitige Beziehung von Ludwigsburg mit der Kaffeemittel-Firma Franck. Im Jubiläumsjahr 1993 schließlich versammelten sich Vertreter der Stadt, der Firma und der Belegschaft zu einer großen Festveranstaltung »125 Jahre Franck in Ludwigsburg«.

Gleichgültig wie die Geschäftsentwicklung in den folgenden 25 Jahren verlief, es hört sich wie ein schlechter Witz der Geschichte an, wenn die Geschäftsleitung der Nestlé Deutschland AG ausgerechnet im Jubiläumsjahr 2018 ankündigt, die Produktion in Ludwigsburg einstellen zu wollen und das Werk Ende des Jahres zu schließen. Ende 2018 lief nach 150 Jahren die Produktion von Röstkaffee im Stammwerk von Heinrich Franck Söhne endgültig aus. Damit endete ein wichtiges Kapitel Ludwigsburger Industrie- und Wirtschaftsgeschichte.

Da anzunehmen ist, dass die Geschichte der Firma Franck in Ludwigsburg ausreichend bekannt ist, sollen in diesem Aufsatz die Stiftungen und Schenkungen der Familie Franck gewürdigt werden.¹

Gestiftet – Geschenkt – Gependet

Stiftungen bzw. Schenkungen haben in Ludwigsburg seit der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts eine lange Tradition.² Die städtische Gemeindestiftungspflege und die städtische Armenverwaltung führten Stiftungsbücher, in denen neben den Namen der Stifter und der Höhe der Stiftung auch der Verwendungszweck und die Begünstigten eingetragen waren. Die einzelnen Bände sind angefüllt mit Beweisen der Wohltätigkeit gutsituierter Bürger des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts. Die Spanne der gestifteten Beträge reicht von einigen hundert Gulden oder Mark bis hin zu größeren Stiftungen im sechsstelligen Bereich. Im Verwendungszweck spiegelt sich die Lebenssituation eines Teils der Bevölkerung wider. Neben der Förderung der Schulbildung sind es vor allem soziale Randgruppen wie verschämte Arme, mittellose Kranke, verwaahlte Kinder oder in Not geratene Mütter mit Kindern, die in den Genuss der Stiftungserträge kommen sollten.

Eine der ersten großen Stiftungen verdankte die Stadt Kommerzienrat Neidhardt, der zwischen 1829 und 1841 u.a. für die Erbauung des Mathildienstifts, einer Rettungsanstalt für arme und verlassene Kinder, und für die 1833 eingerichtete private Kleinkinderschule 2 000 Gulden stiftete. Im Jahr 1835 folgte der Bierbrauer und Abgeordnete Eberhard Ludwig Körner, der 6 000 Gulden für das Mathildienstift, die Stadtarmen und Dienstboten stiftete. Ähnliche Motive bewogen 1855 den Freiherrn von Wirsing, als er 5 500 Gulden für unbemittelte Mädchen zur Verfügung stellte. Eine Ausnahme in diesem Kreis bildete General von Mylius.

Er finanzierte 1858 mit 8 000 Gulden die neue Walcker-Orgel in der evangelischen Stadtkirche und zwischen 1858 und 1863 den Ausbau der nach ihm benannten Straße zum Bahnhof.

Auf ein zeittypisches Phänomen sei besonders hingewiesen: die anonyme Spende. Im Gegensatz zu heute wollten die Stifter oder Spender oftmals nicht namentlich in der Öffentlichkeit bekannt werden. Die Stiftung sollte der guten Sache und nicht der Steigerung der eigenen Reputation dienen.

Hier nur drei Beispiele: 1891 erhielt die Stadt eine Spende aus Nürnberg in Höhe von 10 000 Mark zum Ausbau der Marienstraße. 1894 stellte ein Anonymus 6 000 Mark zur Pflanzung von Bäumen entlang der Straßen vom Bahnhof bis zum Friedhof zur Verfügung. 1902 schließlich wurde der Bau des 1955 wieder abgerissenen Salonturms ebenfalls durch eine anonyme Spende ermöglicht.

Mit den jährlichen Erträgen der Stiftungen, meist etwa 3,5 Prozent des Stiftungskapitals, standen der Stadt über einen längeren Zeitraum fest planbare finanzielle Mittel zur Verfügung, mit denen vor allem auf dem Gebiet der Wohltätigkeit Aufgaben übernommen werden konnten, für die das vorhandene Geld normalerweise nicht reichte. Darüber hinaus ermöglichten einmalige Schenkungen notwendige Investitionen wie z. B. den Bau einer Schule oder die Einrichtung einer Kinderkrippe, die ohne die Großzügigkeit der Schenker in der Kürze der Zeit nicht möglich gewesen wären.

Der zur großen Franck-Ausstellung von 1988/89 erschienene Katalog befasst sich in mehreren Beiträgen ausführlich und umfassend mit der Entwicklung der Firma Franck vom handwerklichen Kleinbetrieb zur erfolgreichen Weltfirma, aber auch mit dem Einfluss dieser Entwicklung auf die Stadt und ihre Gesellschaft. Eine besondere Bedeutung in dieser Beziehung kam dabei den Stiftungen und Schenkungen der Familie Franck zu, die für ihre Zeit beispielgebend waren und

die bis heute in der Stadt und im städtischen Leben Spuren hinterlassen haben.³

Die Stiftungen/Schenkungen der Familie Franck

Der geschäftliche Erfolg der Firma Heinrich Franck Söhne verhalf den Mitgliedern der Familie Franck in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und zu Anfang des 20. Jahrhunderts über vier Generationen hin zu beachtlichem Wohlstand und Reichtum. Sie fühlten sich nach eigenen Aussagen ihrer geliebten Heimatstadt immer verbunden und auch verpflichtet. Als verantwortungsbewusste Bürger ihrer Stadt engagierten sich die Herren der Familie Franck in wichtigen städtischen Vereinen wie dem Verschönerungsverein, dem Fremdenverkehrsverein und dem Historischen Verein oder waren Mitglied des Gemeinderats, des Kirchengemeinderats, der Amtsversammlung sowie wichtiger beruflicher Organisationen wie der Handelskammer. Sie waren damit gut vernetzt und wussten, wo Hilfe am nötigsten gebraucht wurde.

So kam die Stadt zwischen 1881 und 1938 in den Genuss von über zwanzig Stiftungen und zwölf Schenkungen sowie unzähliger größerer und kleinerer Spenden aus aktuellen Anlässen. Darüber hinaus erhielt die Stadt mehrere Darlehen von der Firma Franck zur Finanzierung größerer städtischer Baumaßnahmen, oft aber auch finanzielle Unterstützung bei der Realisierung städtischer Projekte, die auch im Interesse der Firma Franck waren, wie z. B. die Errichtung des Franckstegs oder die Verbreiterung der Solitude-Brücke.

Zwischen 1881 und 1899 summierten sich die der Stadtgemeinde übergebenen Stiftungskapitalien, Schenkungen und Spenden auf ca. 560 000 (Gold-) Mark, zwischen 1901 und 1911 auf ca. 45 000 (Gold-) Mark, zwischen 1914 und 1921 auf über 700 000 Mark und schließlich zwischen 1927 und 1938 auf

ca. 236 000 Reichsmark.⁴ Die Begünstigten der Franckschen Stiftungen, Schenkungen und Spenden waren wohltätige Einrichtungen für Arme und Bedürftige (Armenstiftungen) sowie gemeinnützige Einrichtungen mit Schwerpunkten Gesundheit und Hygiene (Krankenstiftungen/Stadtbad), Soziales (Kleinkinderschulen), Bildung und Schulen (Schulbauten/Stipendien), Kultur (Württembergica-Sammlung) und Kirchen (Renovierung der Stadtkirche).

In den folgenden Kapiteln werden die Stiftungen, Schenkungen und Spenden der Franckschen Familie und deren Geschichte und Bedeutung vorgestellt.

Kaffeemittel-Fabrik Heinrich Franck Söhne

Kostenbeteiligungen

Die Fabrikanlagen der im Jahr 1828 von Johann Heinrich Franck (1792–1867) in Vaihingen gegründeten Kaffeemittel-Fabrik stießen Mitte der 1860er Jahre an ihre Kapazitätsgrenzen. Außerdem stand die von Anfang an schlechte Verkehrsanbindung – Vaihingen hatte keinen Bahnhof – einer weiteren Ausdehnung im Weg. Eine Verlegung der Fabrik wurde deshalb unumgänglich. Die Wahl fiel auf Ludwigsburg. Das unbebaute Gelände westlich des Ludwigsburger Bahnhofs erwies sich als ideal und konnte für eine neue Fabrikanlage erworben werden. Zum Jahresanfang 1869 startete die Produktion.

So vorteilhaft der direkte Gleisanschluss für den praktischen Betrieb war, so nachteilig wirkte sich die Lage jenseits des Bahnhofs aus. Die Gleisanlage schnitt die Fabrik von der Stadt ab. Die Solitude-Brücke und der enge Schiller-Durchlass waren die einzigen Verbindungen zwischen der Stadt bzw. dem Ausgang des Bahnhofs und der Fabrik. Nur diese beiden Übergänge standen den zahlreichen Arbeitern zur Verfügung, die aus dem Stadtgebiet oder nach der Ankunft mit dem Zug ihren Arbeitsplatz bei Franck erreichen



Innenansicht der 1914 beim Bezirkskrankenhaus errichteten »Franckbaracke«.

mussten. Es ist deshalb verständlich, dass sich die Firma dafür einsetzte, die ungünstige Situation in Zusammenarbeit mit der Stadt zu verbessern. Hier drei Beispiele:

- Ende November 1872 erhielt Franck von der Stadt stets widerruflich die Erlaubnis, im Schiller-Durchlass auf eigene Kosten einen 85 cm breiten Fußweg anlegen zu dürfen.
- Im Lauf des Jahres 1876 einigten sich Bahnverwaltung, Stadt und Firma darauf, über das Gleisfeld einen eisernen, zwei Meter breiten Laufsteg, den so genannten Francksteg, zu errichten. Die Kosten von 22 000 Mark wurden gedrittelt. Nach Fertigstellung Mitte 1880 ging der Steg in den Besitz der Stadt über.
- Ähnlich verfuhr man 1902, als die Gehwege auf der Solitude-Brücke auf 2,5 Meter verbreitert und die Kosten ebenfalls aufgeteilt wurden.

Die »Franckbaracke«

Nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs wurden in Ludwigsburg zur Entlastung der bestehenden Krankenanstalten mehrere Reservelazarette und Vereinslazarette des Roten Kreuzes zur Aufnahme und Behandlung verwundeter Soldaten eingerichtet. Eine Lazarett-Baracke im Areal des Bezirkskrankenhauses, die »Franckbaracke«, wurde am 5. Oktober 1914 ihrer Bestimmung übergeben.

An den Kosten für die Errichtung und medizinische Einrichtung der Baracke beteiligte sich eine bis dahin nicht in Erscheinung getretene Franckstiftung des Roten Kreuzes mit 24 500 Mark. Eine an der Baracke angebrachte Tafel mit der Aufschrift »Gestiftet vom Hause Franck im Kriegsjahr 1914« sollte an die Stifter erinnern.⁵

Da für einige der Lazarette ein verantwortlicher Chirurg fehlte, konnte nach Ver-

mittlung des Hauses Franck Dr. Müller aus Basel für diesen Posten bis zum Kriegsende angestellt werden.

Die Hundertjahr-Stiftung

Am 20. Juni 1928 schrieb Robert Franck als Vertreter der Firma an Oberbürgermeister Dr. Erich Schmid: »Zur Erinnerung an Johann Heinrich Franck, den Gründer unserer Firma, und seine verstorbenen Söhne Wilhelm, Gustav, Hermann, Karl Franck machen wir uns aus Anlass der Hundertjahrfeier unserer Firma das Vergnügen, der Stadtgemeinde Ludwigsburg eine Spende als Beitrag zum Bau einer Stadthalle im Betrage von 50 000 RM zur Verfügung zu stellen. Dieser Betrag kann an der uns geschuldeten Aufwertungssumme in Abzug gebracht werden.«

Der Hintergrund dieser als Hundertjahr-Stiftung bekannt gewordenen Zuwendung geht auf das Jahr 1918 zurück, als die Firma Franck der Stadt zur Erweiterung des Gaswerks ein Darlehen von 372 000 Mark einräumte. Nach der Inflation von 1923 wurde diese Schuld nach dem Aufwertungsgesetz von 1925 mit einem einheitlichen Faktor in eine Aufwertungsschuld von 74 000 RM umgerechnet. Die Firma erließ der Stadt die Schuld und wandelte diese in eine Stiftung gleicher Höhe um.

50 000 RM sollten als Fonds für den Bau einer Stadthalle bereitgehalten werden. Weitere Begünstigte erhielten als Stiftung: 10 000 RM das städtische Wohlfahrtsamt, 5 000 RM die evangelische Kirchengemeinde und 9 400 RM die Rektorate von acht Ludwigsburger Schulen. Die einzelnen Stiftungsbeträge mussten dabei der Gaswerkskasse entnommen und den Begünstigten überwiesen werden.



Kanzel der evangelischen Stadtkirche 1890, Stiftung von Ida und Hermann Franck.

Kaffee-Spenden

Ergänzend sei erwähnt, dass die Firma Franck in den Jahren wirtschaftlicher Not zwischen 1921 und 1926 im Rahmen von Weihnachtsaktionen für Bedürftige und Altersheime größere Mengen ihrer Spezialitäten »Aecht Franck« und »Kornfranck« als Kaffee-Spenden zur Verfügung gestellt hatte.

Die Restaurierung der evangelischen Stadtkirche 1888/89

Ein großer Bericht in der Ludwigsburger Zeitung vom 22. Dezember 1889 über die glücklich abgeschlossene Restaurierung der evangelischen Stadtkirche zeigt deutlich, wie intensiv sich die Mitglieder der Familie Franck als überzeugte Christen mit Geld- und Sachspenden an der Verwirklichung des Projektes beteiligt haben. Bereits Anfang der 1880er Jahre hatte es sich abgezeichnet, dass die Kirche innen und au-

ßen saniert werden muss. Mitte 1881 ging die erste Spende von Wilhelm Franck über 2 000 Mark bei der Kirchengemeinde ein, 1884 eine weitere über 2 000 Mark, je zur Hälfte gespendet von Wilhelm und Friederike Franck.

Nach Beginn der Bauarbeiten Mitte März 1888 erklärten sich Hermann und Ida Franck bereit, die Kosten für vier wichtige Einzelprojekte zu übernehmen. Der neue Choranbau mit bemalten Glasfenstern, die Kanzel mit Schalldeckel und Treppe aus massiver Eiche, das Gestühl sowie das Orgelgehäuse sollten dem neuen, im Geist der Zeit gestalteten Kirchenraum mehr kirchlichen Charakter und größere Weihe verleihen. Mitte 1889 spendeten Wilhelm und Amalie Franck den Altar nach einem Entwurf von Architekt Albert Bauder. Gustav und Mina Franck übernahmen die Kosten für ein prachtvolles Kruzifix und zwei Abendmahlkelche aus der Werkstatt des Goldschmieds Kiesel. Außerdem ließen sie die Decken für den Altar, die Kanzel und den Taufstein



Kommerzienrat Wilhelm Franck (1828–1892). Porträt in der 1928 herausgegebenen Festschrift »100 Jahre Franck«.

anfertigen. Zusammen mit den bemalten Glasfenstern und dem zentralen Deckengemälde ertete die Restaurierung höchstes zeitgenössisches Lob. Spätere Generationen sollten anders darüber urteilen.

Die Söhne Wilhelm, Gustav und Hermann Franck

Wilhelm Franck (1828–1892)

Wilhelm Franck war überzeugter Christ, und sein Christentum war »durchaus praktischer Art«, wie es in seinem Nachruf heißt. Die Aussage wird verständlich, wenn man erfährt, dass Franck als Mitglied des Kirchengemeinderats der evangelischen Stadtkirche im Ausschuss mehrerer wohltätiger Anstalten vertreten war, u.a. der Karlshöhe, des Privatkrankenhauses, des Jünglingsvereins und der Krippe, der späteren Charlottenkrippe.

Charlottenkrippe

Am 20. Oktober 1891 wandte sich Kommerzienrat Wilhelm Franck in einem persönlichen Schreiben an die »verehrlichen bürgerlichen Collegien« (Gemeinderat und Bürgerausschuss) und teilte ihnen mit, dass er beabsichtige, »der hiesigen indessen in einem Mietlokal untergebrachten Kinderbewahranstalt ›Krippe‹ ein eigenes Heim durch Erbauung eines entsprechenden Hauses zu gründen«. Bei der Krippe, auf die sich Wilhelm Franck bezog, handelte es sich um eine private Einrichtung, die 1882 von Mitgliedern der Ludwigsburger Freimaurerloge gegründet worden war.⁶ Ihre Unterbringung in einem Mietlokal in der Lindenstraße galt als unzureichend. Wilhelm Franck schlug der Stadt deshalb vor, auf eigene Kosten ein Haus für die Krippe zu bauen, es einzurichten und nach der Fertigstellung der Stadt zu übergeben. Die Stadt allerdings musste im Gegenzug das Baugrundstück kostenfrei zur Verfügung stellen.



Das 1892 erbaute Gebäude der Charlottenkrippe in der Wilhelmstraße 35.

Wenig später stimmte der Gemeinderat dem Angebot zu und wählte als Bauplatz das Grundstück Wilhelmstraße 35 aus. Am 15. Januar 1892 reichte Wilhelm Franck als Bauherr das Baugesuch beim Stadtschultheißenamt ein und nicht einmal ein Jahr später, am 8. November 1892, übergab Amalie Franck, die Witwe des in der Zwischenzeit verstorbenen Wilhelm Franck, das Gebäude an Oberbürgermeister Heinrich von Abel. Eine Woche später folgte die offizielle Einweihungsfeier.

Den Namen »Charlottenkrippe« erhielt die Krippe übrigens bereits am 3. November 1891. Die Notiz in der Ludwigsburger Zeitung vom 6. November über die Namensgebung schließt mit den Sätzen: »Es ist die erste Anstalt im Lande, welche den Namen unserer geliebten Königin trägt. Möge dieselbe unter dem hohen Protektorat weiter blühen und gedeihen!« Die Wünsche gingen

in Erfüllung und erfüllen sich heute mehr denn je.⁷

Gustav Franck (1837–1897)

Gustav Franck war nach Aussage seiner Biografen der populärste der Söhne von Johann Heinrich Franck. Ende der 1880er Jahre zog er sich aus der Öffentlichkeit zurück. Neben seinen Stiftungen in Ludwigsburg vermachte er seiner Geburtsstadt Vaihingen nach seinem Tod 10 000 Mark zu einem Schulhausbau-Fonds und 5 000 Mark für verschämte Arme.

»Zum Besten der Armut«

Gustav Franck übergab im November 1890 der Ortsarmenbehörde 12 000 Mark als Stiftung »Zum Besten der Armut« und zur Unterstützung von Armen auch außerhalb des gesetzlichen Rahmens.

Am 28. April 1897 starb Gustav Franck. Aus seinem Vermächtnis wurde die bestehende Stiftung »Zum Besten der Armut« im Juli 1897 um weitere 12 000 Mark aufgestockt. Ergänzend ist einer Notiz in der Ludwigsburger Zeitung vom 8. Juli 1897 zu entnehmen, dass Gustav Franck der evangelischen Kirchengemeinde aus dem Vermächtnis 20 000 Mark und dem Verschönerungsverein von Ludwigsburg 1 000 Mark hinterließ. Durch eine Indiskretion gelangte diese Nachricht gegen den Willen Gustav Francks in die Öffentlichkeit.

Fonds zur Errichtung eines Volksbades

Der Wunsch nach einem städtischen Schwimmbad beschäftigte Bürger und Gemeinderat schon seit 1895. Die Platzfrage und die Finanzierung – geschätzte Baukosten 230 000 Mark – bildeten die Schwer-

punkte der Überlegungen und Diskussionen mit der Erkenntnis, dass ohne Spenden in nächster Zeit die Realisierung des Projekts nicht möglich sein wird.

Die erste größere Einzahlung in Höhe von 20 000 Mark in einen Fonds zum Bau eines Schwimmbades stammte aus dem Vermächtnis von Gustav Franck. Das Geld wurde bis zur endgültigen Auszahlung nach Fertigstellung des Bades von der Gemeindestiftungspflege mit 3 Prozent Zinsen fest angelegt. 1905 war die Finanzierung dank weiterer Spenden gesichert, der Kostenvoranschlag allerdings auch auf 325 000 Mark gestiegen! Am 9. Oktober 1908 wurde das Stadtbad feierlich eingeweiht. Der Volksbad-Fonds von Gustav Franck, in der Zwischenzeit auf über 26 000 Mark angewachsen, konnte in die Finanzierung übernommen werden.

Hermann Franck (1838–1902)

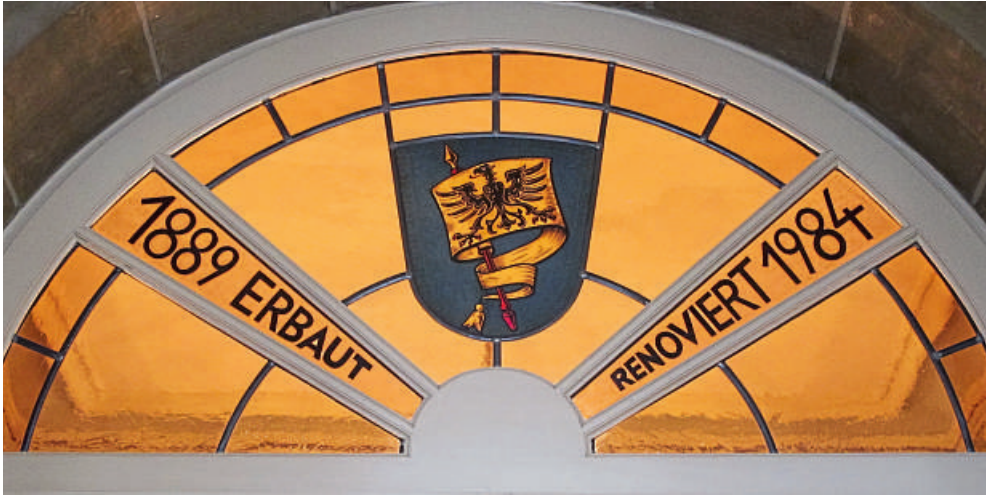
Hermann Franck wurde in Vaihingen geboren. Sein Lebensmittelpunkt war ab 1868 Ludwigsburg, die Stadt, die seine Heimatstadt wurde und der er sich in besonderem Maß verbunden fühlte. Er war Geschäftsmann und Ludwigsburger zu gleichen Teilen. Er engagierte sich für seine Firma und für seine Stadt. Seine bedeutenden Stiftungen und Schenkungen machten ihn zu einem Bürger, der sich um die Stadt verdient gemacht hat. Er half im großen Stil (Musikhalle, »Bären« oder Friedhofskapelle), aber auch überall dort, wo schnelles und unbürokratisches Handeln nötig war (Torpfeiler, Mittelschulgebäude). Die Förderung von Kultur und Schul-Bildung standen im Mittelpunkt seines Mäzenatentums.

Entspannung nach Feierabend

Der noch junge Kaufmännische Verein fand in Hermann Franck einen verständnisvollen und freigebigen Gönner. Nach des Tages Geschäften und Mühen wollte er den Mit-



Geheimer Kommerzienrat Hermann Franck (1838–1902), Ehrenbürger von Ludwigsburg. Fotografie in der Musikhalle.



Glasfenster im Eingangsbereich der Musikhalle.

gliedern die Möglichkeit zu Entspannung durch musikalische Unterhaltung verschaffen und schenkte ihnen ein schönes Piano, das Mitte September 1875 mit unterschiedlichen musikalischen Vorträgen eingeweiht wurde.

Hermann-Franck-Kleinkinderschule

Mehr als zwanzig Jahre vor der nach seinem Bruder Gustav benannten Kleinkinderschule in der Talstraße richtete Hermann Franck am 1. Oktober 1876 im Neubau eines von ihm erbauten Arbeiterwohnhauses in der Römerstraße 1 eine Kleinkinderschule ein.⁸ Sie wurde laut Schulordnung für die Umwohner der Leonberger Straße, hauptsächlich wohl aber für die Arbeiterfamilien seiner Fabrik gegründet. Für die Unterhaltung der Schule und die Bezahlung der Lehrer sorgte Hermann Franck. Die Eltern mussten lediglich pro Monat und Kind 20 Pfennige beisteuern. 1911 besuchten über 70 Kinder die Schule, die 1913 um einen Anbau erweitert wurde. 1937 bestand die Schule noch, wie aus einer Notiz in der Ludwigsburger Zeitung hervorgeht, als einige Kinder der Schule Robert Franck Glückwünsche zu seiner goldenen Hochzeit vortrugen.

Synagoge

Beate Maria Schüßler erwähnt in ihrem 1978 veröffentlichten Aufsatz über das Schicksal der jüdischen Bürger in Ludwigsburg, dass der Bau der Synagoge 1884 zum großen Teil durch eine Stiftung von Hermann Franck finanziert wurde.⁹ Für diese Angabe ließ sich allerdings kein Beleg finden!

Musikhalle

Der Wirt Friedrich Töpferwien erwarb Ende 1888 das Grundstück Ecke Mylius-/Bahnhofstraße mit den darauf stehenden Gastwirtschaftsgebäuden, die er Anfang 1889 zum Bahnhofhotel umbaute. Gleichzeitig plante er, auf dem südlich gelegenen Grundstück entlang der Bahnhofstraße eine großzügig gestaltete Musikhalle als kulturellen Veranstaltungsort errichten zu lassen. Die Pläne stammten vom Oberamtsbaumeister Johannes Schmolh.

Die Finanzierung des Bauunternehmens hatte Hermann Franck übernommen. Er räumte Friedrich Töpferwien ein Darlehen von 245 000 Mark ein und ermöglichte dadurch den sofortigen Baubeginn. Im Unterpandbuch der Stadt wurden unter dem 14. November 1889 zur Sicherung

des mit 3,5 Prozent verzinslichen Darlehens die Grundstücke Myliusstraße 19 und Bahnhofstraße 17 mit den darauf befindlichen Gebäuden als Unterpfänder eingetragen. Dazu kamen noch Vorschulden in Höhe von 42 500 Mark, so dass Friedrich Töpferwien Hermann Franck summa summarum fast 300 000 Mark schuldete.

Das Richtfest wurde am 15. Dezember 1889 gefeiert. Nach ihrer Eröffnung am 18. Dezember 1890 etablierte sich die Musikhalle innerhalb kürzester Zeit zu einer für Ludwigsburg unverzichtbaren gesellschaftlichen Einrichtung. Als ihr Schöpfer betrachtete Hermann Franck sein Engagement nicht als gewinnbringendes oder spekulatives Unternehmen, sondern als einen wohlgemeinten Dienst gegenüber seiner Heimat, dem lieben Ludwigsburg. Ein Dienst, der ihm viel Freude und innere Befriedigung bereitete, aber auch noch in der Folgezeit manche Opfer abverlangte, die er nach eigenen Worten gerne übernommen hatte.

Zehn Jahre nach dem Tod von Hermann Franck musste Friedrich Töpferwien 1912 Konkurs anmelden. Das Anwesen wurde zwangsversteigert und von der Brauerei Robert Leicht aus Stuttgart übernommen.

Schenkung zum Kauf des »Bären«

Hermann Franck fühlte sich gleichermaßen der Wahrung der Interessen seiner Firma wie auch der Förderung des Gemeinwohls Ludwigsburgs verbunden. Ein Beispiel einer solchen »Win-Win-Situation« ist der Kauf des »Bären« durch die Stadt. Die Gastwirtschaft in der Schlossstraße sollte 1890 verkauft werden. Hermann Franck schlug deshalb im Juli 1890 vor, der Stadt einen Großteil – 50 000 Mark – der geforderten Kaufsumme von 80 000 Mark zu schenken, wenn die Stadt ihm im Gegenzug fünf Grundstücke im Wert von ca. 30 000 Mark verkauft.¹⁰

Hermann Franck einigte sich mit Oberbürgermeister Heinrich von Abel darauf, dass der »Bären« nach dem Kauf durch die Stadt nicht mehr als Gastwirtschaft betrieben werden soll, sondern zur Behebung der akuten Schulraumnot zu einem Schulgebäude für die Volksschule umgebaut wird. Der Saal sollte für gemeinnützige Zwecke wie z.B. die Fortbildungs- und Frauenarbeitsschule genutzt werden können. Der Gemeinderat stimmte der gemischten Finanzierung aus Schenkung und dem Erlös aus Grundstücksverkäufen zu. Am 27. Juli 1890 wurde der Kaufvertrag unterzeichnet und am 18. November die Schenkungsurkunde über 50 000 Mark.

In diesem Zusammenhang soll ein Brief vom 9. August 1890 an Oberbürgermeister Abel besonders beachtet werden, in dem Hermann Franck seine grundsätzlichen Überlegungen zu den Themen Schulbildung und Stadtentwicklung reflektiert. Er weist vor dem Hintergrund der aktuellen Ludwigsburger Schulverhältnisse darauf hin, wie wichtig für einen erfolgreichen Unterricht eine gesunde Schule mit großen, hellen Räumen ist. Er freue sich deshalb sehr »über das Interesse an der Ludwigsburger Schulfrage, die durch den »Bären«-Kauf wach gerufen wurde und an der allgemeinen Erkenntnis, dass Ludwigsburg nun nicht länger mehr zurückbleiben dürfe, sondern in der Schulsache vorwärts gehen müsse, wenn es seiner Größe und seiner Entwicklung Rechnung tragen will«. Weiter kommt Hermann Franck auf die Bedeutung und Tragweite eines erweiterten Vollgymnasiums mit zehn Klassen zu sprechen, die nicht hoch genug eingeschätzt werden könne.¹¹ Familien müsse in Ludwigsburg nicht nur das Bleiben, sondern auch das Kommen möglich gemacht werden. Er wäre deshalb bereit, den Neubau eines Gymnasiums mit einem günstigen Darlehen zu unterstützen. Von dem gutgemeinten Angebot wurde kein Gebrauch gemacht.

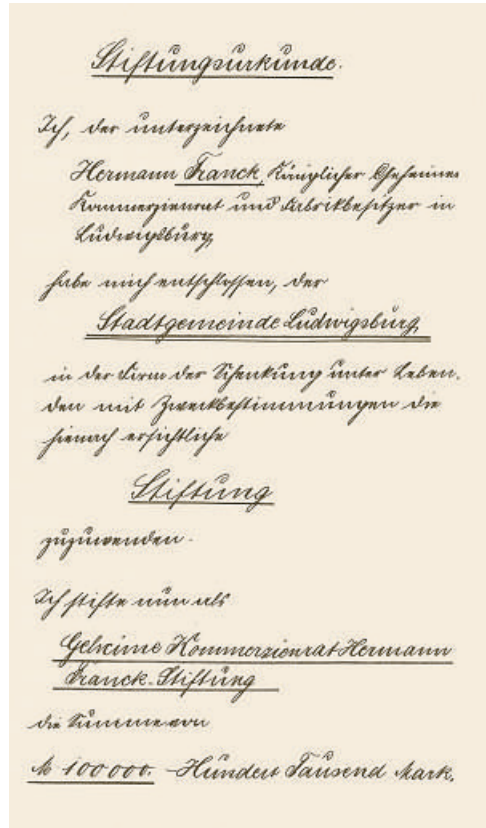
Darlehen zum Bau der Mädchen-Mittelschule

Eine weitere Möglichkeit zur konkreten Förderung des Schulwesens ergab sich durch das Vorhaben der Stadt, im südlichen Rathaushof für die Mädchen-Mittelschule einen Neubau zu errichten. Hermann Franck bot im September 1890 an, die Stadt mit einem Darlehen bis zu 100 000 Mark zu unterstützen. Nachdem die Gesamtkosten auf ca. 80 000 Mark veranschlagt waren und die Ortsschulbehörde keine Einwände anmeldete, nahm der Gemeinderat das Angebot dieses Mal an und stimmte einer jährlichen Tilgung von 5 000 Mark zu. Das Schulgebäude wurde am 25. April 1902 durch den Stadtbaumeister eingeweiht. Die Baukosten hatten sich auf 70 000 Mark verringert!

Die Hermann-Franck-Stiftungen

Eigentlich wollte Hermann Franck die Stiftungen erst nach seinem Tod der Stadtgemeinde als Vermächtnis übergeben. An seinem 60. Geburtstag im Dezember 1898 entschloss er sich jedoch, die Stiftungen schon zu seinen Lebzeiten in Kraft treten zu lassen, damit die Begünstigten umso früher in den Genuss der Zuwendungen kommen konnten. Am 15. Dezember 1899 übergab Hermann Franck der Stadtgemeinde zusammen mit einem Begleitschreiben die einzelnen Stiftungsurkunden. In diesem Schreiben geht er ausführlich auf den engen Zusammenhang zwischen der Finanzierung der Musikhalle im Jahr 1890 und den aktuellen Stiftungen ein. Das Konstrukt dieser Stiftungen ist auf den ersten Blick schwer zu durchschauen. Hier die belegbaren Fakten:

- Im Unterpfandbuch der Stadt ist unter dem 14. November 1890 eine Darlehensschuld von Friedrich Töpferwien gegenüber Hermann Franck in Höhe von 245 000 Mark eingetragen, abgesichert durch die beiden Grundstücke Mylius-



Detail der am 15. Dezember 1899 ausgestellten Stiftungsurkunde von Hermann Franck.

straße 19 und Bahnhofstraße 17 mit den darauf stehenden Gebäuden. Zugleich werden Altschulden in Höhe von 42 500 Mark angegeben.

- In demselben Unterpfandbuch sind unter dem 15. Dezember 1899 drei zu 3,5 Prozent verzinsliche Darlehen in Höhe von 30 000 Mark, 170 000 Mark und 100 000 Mark eingetragen. Das heißt, Hermann Franck hat als Gläubiger nach den auf den Grundstücken Myliusstraße 19 und Bahnhofstraße 17 eingetragenen Pfandrechten von den Eheleuten Töpferwien die drei Darlehen in oben genannter Höhe zu fordern.
- Die Franckschen Stiftungen ihrerseits bestehen nach dem Willen des Stifters aus

- drei Stiftungen mit Stiftungskapitalien in Höhe von 30 000 Mark, 170 000 Mark und 100 000 Mark. Diese Stiftungskapitalien leistet Franck dadurch, dass er seine Darlehensforderungen gegenüber Töpferwien an Zahlungsstatt an die Stadtgemeinde abtritt.
- Somit bilden diese Darlehensforderungen das Stiftungskapital der Franckschen Stiftungen. Die Zinseinnahmen aus diesen Darlehensforderungen in Höhe von jährlich 3,5 Prozent sind die Erträge der Einzelstiftungen. Das bedeutet aber, bleiben die Zinszahlungen bei Zahlungsunfähigkeit von Töpferwien aus, werfen die Stiftungen keine Beträge mehr ab, was 1912 mit dem Konkurs von Töpferwien dann auch der Fall war.
 - Der Gemeinderat nahm die Stiftungen umgehend an und verband mit dem Dank den Wunsch, dass es »der Vorsehung gefallen möge, Hermann Franck und seine hochgeschätzte Familie in einer langen Reihe von Jahren Zeugen des Segens werden zu lassen, den diese gemeinnützigen, wohltätigen Stiftungen der Stadt und ihren Bewohnern bringen« werden. Als äußeren Ausdruck des innigsten Dankes verlieh der Gemeinderat dem Geheimen Kommerzienrat das Ehrenbürgerrecht der Stadt. Als Zeichen ihres Respekts erhoben sich die Ratsherren nach der Beschlussfassung von ihren Sitzen.

Die Einzelstiftungen

Hermann Franck hatte seine Stiftungen in drei Gruppen – A, B und C – aufgeteilt. Die Gruppe »A«, bestehend aus zwei Einzelstiftungen, sollte von der Ortsarmenbehörde, die Gruppe »B« mit sieben Einzelstiftungen sowie die Stiftung »C« sollten von der Gemeindestiftungspflege verwaltet werden.

- A I: Hermann-Franck-Krankenstiftung, Stiftungskapital 15 000 Mark. Eingeschlossen ist auch die Unterstützung des Frauen-Krankenvereins.
- A II: Hermann-Franck-Armenstiftung, Stiftungskapital 15 000 Mark. Zur Erinnerung an den seligen Vater sind an dessen Geburtstag, dem 2. Februar, an 20 bis 25 arme oder bedürftige Einwohner von gutem Ruf Holz oder Kohlen zu verteilen.
- B I: Hermann-Franck-Stiftung für kranke Ludwigsburger Kaufleute, Stiftungskapital 15 000 Mark. Beihilfe zur Wiederherstellung der Gesundheit, jedoch höchstens 75 Mark.
- B II: Hermann-Franck-Gewerbestiftung, Stiftungskapital 10 000 Mark. Schulgeld und Lernmittel für bedürftige und würdige Schüler der Ludwigsburger gewerblichen Fortbildungsschule; Förderung der gewerblichen Ausbildung; Durchführung von Lehrlingsabenden. Vollzug der Stiftung durch den örtlichen Gewerbe- und Handelsverein.
- B III: Hermann-Franck-Männergesangsvereinsstiftung, Stiftungskapital 10 000 Mark. Erträge je zur Hälfte für Unterricht und Veranstaltungen des Männergesangsvereins bzw. für andere aus Männern gebildete Gesangsvereine.
- B IV: Hermann-Franck-Stiftung für junge Kaufleute, Stiftungskapital 10 000 Mark. Zur Ausbildung in französischer und englischer Sprache. Vollzug der Stiftung durch den örtlichen Kaufmännischen Verein.
- B V: Hermann-Franck-Stipendien-Stiftung für Ludwigsburger Gymnasial-, Real- und Hochschüler, Stiftungskapital 75 000 Mark. Je ein Drittel für bedürftige ältere Gymnasial- bzw. Realschüler, ein Drittel für würdige hiesige Studierende an deutschen Hochschulen.
- B VI: Hermann-Franck-Stiftung für Ludwigsburger Handwerker-Gehilfen, Stiftungskapital 20 000 Mark. Für tüchtige Handwerker-Gehilfen zur Weiterbildung in auswärtigen Dienstverhältnissen.
- B VII: Hermann-Franck-Kinderfeststiftung, Stiftungskapital 30 000 Mark. Für

die alljährliche Durchführung eines Kinderfests, verbunden mit dem Wunsch, dass »das Fest von einem christlichen und patriotischen Geist getragen bleiben und nicht aus dem Rahmen bürgerlicher Einfachheit heraustreten möchte«. Umformulierung 1938: »Förderung des deutschen Jugendgeistes und der Jugendziehung im Sinn der NS-Weltanschauung«.

- C: Hermann-Franck-Stiftung, Stiftungskapital 100 000 Mark. Die Stiftung ist als »Stiftung ohne Aufschrift ihres Zwecks« zu verstehen, d.h. sie kann überall dann und dort eingesetzt werden, wo schnelle und unbürokratische Hilfe notwendig ist, z.B. Gehweg-Sanierungen (1901), Einzahlungen in den Stadtbad-Fonds (1902/03), Zuschuss zur Erneuerung der Trophäen auf dem Arsenalplatz (1904/07), Unterstützung eines Bauwettbewerbs »Westliche Stadt« (1932). Darüber hinaus gibt Hermann Franck aber einige Richtlinien für die Verwendung vor: Erhaltung und Pflege von Bäumen auf öffentlichen Straßen und Plätzen, Informationsreisen des Gemeinderats, Betriebskostenzuschuss für das Stadtbad.

Die neue Friedhofskapelle

Der neue Friedhof wurde 1880 mit einer erhebenden Feier eingeweiht. Die Errichtung einer Friedhofskapelle für die Trauerfeierlichkeiten ließ dagegen noch über zwanzig Jahre auf sich warten. Als die Harteneckstraße im Rahmen des Krankenhausneubaus ausgebaut wurde, nutzte Hermann Franck die Chance und bot Oberbürgermeister Gustav Hartenstein am 20. Februar 1900 in einem vertraulichen Brief eine Spende von 20 000 Mark für den Bau einer Kapelle sowie weitere 10 000 Mark für die dazu erforderliche Friedhofsvergrößerung an.¹² Er knüpfte seine Unterstützung an die Bedingung, dass die Bauarbeiten bis Ende Juni 1901 abgeschlossen sein müssten und dass er die Bau-



Erinnerungstafel für Hermann Franck, den Stifter der Friedhofskapelle auf dem Neuen Friedhof.

pläne zur Begutachtung vorgelegt bekommt. Gleichzeitig bat er um Anonymität bis zur endgültigen Entscheidung des Gemeinderats und der Kreisregierung. So schrieb er an den Oberbürgermeister, er wolle nicht genannt werden, »damit die Stadtbasen wissen, es bestehe der Wunsch, nicht zum Stadt- und Amt-Klatsch zu werden«.

Die Fertigstellung der Kapelle verzögerte sich deutlich. An der Einweihungsfeier am 21. August 1902 konnte Hermann Franck wegen seiner schweren Erkrankung nicht mehr teilnehmen. Eine große Bronzetafel im Innenraum trotzte allen späteren Umbauten der Kapelle und erinnert an den großzügigen Stifter. Nebenbei sei auch noch erwähnt, dass Hermann Franck die Harteneckstraße, die neue Zufahrtsstraße zum Friedhof, zur Verschönerung mit Bäumen bepflanzen ließ.

Neubau Gymnasium und Oberrealschule

Nach 1900 spitzte sich die Raumnot des Ludwigsburger Gymnasiums und der Oberrealschule immer mehr zu. In einem Brief an den Rektor des Gymnasiums bot sich Hermann Franck an, der Gemeinde Ludwigsburg zur Erbauung der dringend benötigten Schulgebäude bis zu 200 000 Mark als Darlehen zu beschaffen, verzinst mit 2,5 Prozent bei einer Laufzeit von 40 Jahren. Wegen seiner ruhigen und zentralen Lage schlug Franck als Bauplatz den heutigen Ratskeller-Garten vor. Die Stadt käme so in den Genuss von gesunden, luftigen, ruhigen und geräumigen Schulräumen für Schüler wie für Lehrer. Das Projekt wurde nicht realisiert.

Torpfeiler am Schorndorfer Tor

Die beiden Pfeiler des Tores sollten nach dem Willen des Gemeinderats ersatzlos abgerissen werden, da sie »gar keinen ästhetischen und bestenfalls nur einen gewissen historischen Wert« besäßen. In der Bevölkerung regte sich Widerstand gegen diese Entscheidung. Als Mitglied des Verschönerungsvereins bot Hermann Franck daraufhin im Juli 1902 an, die Torpfeiler auf seine Kosten reparieren zu lassen und mit zwei modernen Trophäen zu vervollständigen, was die Ratsherren gerne annahmen.¹³ Bildhauer Gäckle aus Stuttgart übernahm die künstlerische Gestaltung der Trophäen. Hermann Franck erlebte den Abschluss der Arbeiten im Juli 1903 nicht mehr, er verstarb am 13. September 1902.

Armenstiftungen aus dem Vermächtnis

In seinem Testament vom 23. Dezember 1893 verfügte Hermann Franck, nach seinem Tod in den Gemeinden Eglosheim, Hoheneck, Oßweil und Pflugfelden vier Armenstiftungen einzurichten. Eglosheim und Oßweil erhielten als Stiftungskapital

je 5 000 Mark, Hoheneck und Pflugfelden je 2 000 Mark. Der Stiftungsertrag sollte immer am Geburtstag des Stifters, dem 27. Dezember, an Einwohner von gutem Ruf in Gaben von Holz oder Kohlen, Kleidung oder Nahrung verteilt werden und zwar nur in Fällen, bei denen die amtliche Armutspflege nicht eingreifen konnte.

Das Warenhaus von Nazza

Zum Schluss des Kapitels soll noch eine geheimnisvolle Verbindung von Hermann Franck nach Thüringen erwähnt werden, genau genommen nach Nazza, einem Dorf nördlich von Eisenach im Hinterland des Werratal.

Schon seit Jahrhunderten lebte ein Großteil der Dorfbewohner von der Leinenweberei in Heimarbeit. 1898 errichtete der Thüringer Weberverein zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse im Ort ein Handels- und Lagerhaus, das so genannte Warenhaus, dessen Erbauung Hermann Franck maßgeblich finanziell unterstützte. Ihm zu Ehren führte das Warenhaus den Namen »Hermann-Franck-Stiftung«.

Wie kam der Kontakt mit Nazza und dem Weberverein zustande? Waren es familiäre Beziehungen – die Familie Franck stammt aus der Gegend von Gotha – oder die Bekanntschaft von Hermann Franck mit Kommerzienrat Carl Grübel, dem Vorsitzenden des Webervereins? Die Fragen können momentan nicht beantwortet werden. Fest steht nur, dass eine Straße in Nazza noch heute in Erinnerung an den großzügigen Mäzen aus Ludwigsburg den Namen von Hermann Franck trägt.

Die Frauen der Familie Franck

»Was sonst von den Mitgliedern der Familie Franck, insbesondere auch von ihren Frauen, im Stillen an Wohltätigkeit geübt worden ist, soll in der Verborgenheit bleiben. Aber hervorgehoben darf doch

werden, dass eine ganze Reihe von Vereinen und eine Großzahl von Anstalten der Wohltätigkeit mit wärmsten Danke auf sie blickt.«

Christian Belschner, der Doyen der Ludwigsburger Stadtgeschichte, von dem dieses Zitat stammt¹⁴, scheint keine sehr hohe Meinung von der Stellung und Bedeutung der Franck-Frauen gehabt zu haben. Auch Walter Hudelmaier, der Belschners Standardwerk 1969 überarbeitete und neu auflegte, hatte sich dieser Einschätzung ungefiltert angeschlossen.¹⁵ Zeit also, den entstandenen Eindruck gründlich zu korrigieren.

Friederike Franck (1812–1885)

Die Witwe des Firmengründers Johann Heinrich Franck hinterließ 1885 in ihrem Testament der Stadt 2 000 Mark als Stiftung. Der Ertrag sollte alljährlich am Todestag der Stifterin, dem 17. Februar, unter

den bedürftigsten in Ludwigsburg ansässigen Stadtarmen verteilt werden.

Amalie Franck (1831–1894)

In ihrem Testament vom Dezember 1893 setzte Amalie Franck, die Witwe von Wilhelm Franck, der Ortsarmenbehörde eine Stiftung in Höhe von 6 000 Mark für Armenzwecke aus. Des Weiteren sollte nach ihrem Testament ein Fonds in Höhe von 10 000 Mark zur Erbauung eines neuen Bezirkskrankenhauses angelegt werden. Der Gemeinderat nahm beide Legate an und verfügte, dass der Krankenhaus-Fonds jährlich mit 3,5 Prozent verzinst werden sollte. Nach der Einweihung des neuen Bezirkskrankenhauses im Juni 1903 zahlte die Gemeindestiftungspflege den in der Zwischenzeit auf 12 600 Mark angewachsenen Fonds an die Amtskörperschaft, den heutigen Landkreis, aus.



Inschrift am Gebäude der Gustav-Franck-Kleinkinderschule in der Talstraße.

**Mathilde, Marie und Anna Franck
(Gustav-Franck-Schule, 1. Stiftung)**

Für Eltern oder auch Witwen, die tagsüber aus persönlichen Gründen oder wegen der Arbeit ihre Kinder nicht betreuen konnten, standen in Ludwigsburg um 1890 drei »Kleinkinderbewahranstalten« oder Kleinkinderschulen zur Verfügung. Die Kleinkinderschule von Hermann Franck in der Keplerstraße sowie die Charlottenkrippe und die Kleinkinderschule in den Wernerschen Anstalten, beide in der Wilhelmstraße. Die vorhandenen Plätze reichten aber nicht aus. In der Unteren Stadt, einem Viertel, in dem viele kinderreiche Familien wohnten, war die Situation besonders kritisch, der Wunsch nach einer eigenen Kleinkinderschule deshalb entsprechend groß.

Der Verein der Unteren Stadt ergriff die Initiative und legte Anfang 1896 einen Fonds zur Errichtung einer solchen Schule auf. Ende 1898 folgte ein öffentlicher Spendenaufruf, der 3 000 Mark einbrachte, was natürlich bei weitem nicht reichte. Erst als die Töchter von Gustav Franck, Mathilde, Marie und Anna, Anfang 1899 erklärten, für die Errichtung einer Kleinkinderschule in der Unteren Stadt 34 000 Mark als Stiftung zur Verfügung stellen zu wollen, rückte die Realisierung des Wunsches in greifbare Nähe.

Die Stadt stellte einen geeigneten Bauplatz in der Talstraße zur Verfügung. Die Planung des Gebäudes übernahm der Stadtbaumeister. Am 21. Dezember 1899 übergaben die Schwestern der Stadt die Stiftungsurkunde im Angedenken an ihren seligen Vater. Der Gemeinderat nahm die Stiftung mit »innigstem Dank« an. Gleichzeitig revanchierte sich der Verein der Unteren Stadt bei Anna Franck mit der Verleihung der Ehrenmitgliedschaft. Die Baukosten einschließlich Möblierung der Schule wurden auf 28 000 Mark geschätzt.

Hier, wie auch bei ihrer zweiten Stiftung im Jahr 1911, bat Anna Franck die Verant-

wortlichen um Diskretion. Die Stadt solle offiziell als Bauherr auftreten, sie möchte nicht »in den Mund der Leute kommen«. Genützt hat es nichts, Anna Franck kam trotzdem in den Mund der Leute, aber nur im positiven Sinn und voller Anerkennung. Am 5. November 1900 war das Werk vollendet. 90 Schüler und Schülerinnen im Alter zwischen drei und sieben Jahren zogen zusammen mit ihrer Kinderschwester in das neue Haus ein.

**Anna Franck
(Gustav-Franck-Schule, 2. Stiftung)**

Die Kleinkinderschule war ein voller Erfolg und übertraf alle Erwartungen. Bald war die Nachfrage nach Plätzen größer als die Kapazität der Schule. Anna Franck (1866–1925), die jüngste Tochter von Gustav Franck, entschloss sich im April 1911 zum erneuten Handeln und stiftete der Stadt zum ehrenden Gedenken an ihre selige Mutter den Betrag von 28 000 Mark zur Erweiterung der Schule. Der Gemeinderat nahm die zweite Stiftung diesmal mit »wärmsten Dank« an. Die Umbaumaßnahmen zur Einrichtung einer 2. Klasse wurden aus den Restmitteln der ersten Stiftung von 1899 und aus Mitteln der zweiten Stiftung finanziert. Die Restsumme von 27 000 Mark legte die Stiftungspflege als neues Stiftungskapital an. Im Oktober wurde die 2. Klasse eröffnet.

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs gingen die Schülerzahlen stark zurück. Nur noch 40 bis 50 Kinder besuchten 1922 die Schule. Die Schließung der 2. Klasse, verbunden mit der Abberufung der zweiten Kinderschwester, war nicht mehr zu vermeiden. Anna Franck, die in der Zwischenzeit in Stuttgart wohnte, fühlte sich dabei übergangen und um ihr Lebenswerk betrogen. Über die Schließung ihrer 2. Klasse und die Umstrukturierung der Schule wurde sie von der Stadtverwaltung nicht informiert. Verbitterung und Enttäuschung spricht aus ihrem Brief vom 9. Juli 1922 an die Stadt. Sie

forderte alle ihre persönlichen Gegenstände aus der Schule zurück, u.a. die Bilder ihrer Eltern und eine Standuhr. Für Weihnachtsgeschenke sollte die Schule künftig selber aufkommen. Außerdem bat und wünschte sie, den Namen der Schule in »Kinderschule der Unteren Stadt« zu ändern und ihren Namen aus der Liste der Komiteemitglieder zu streichen. Der in Stein gehauene Name »Gustav-Franck-Schule« hat die Unstimmigkeiten überdauert und steht immer noch an einer Außenwand des Gebäudes in der Talstraße.

Martha Franck (1861–1937)

Aus Anlass ihres 70. Geburtstags im Jahr 1931 spendete Martha Franck, die Ehefrau von Robert Franck, 1 000 RM für Unterstützungswürdige in Ludwigsburg.



Geheimer Kommerzienrat Robert Franck (1857–1939), Ehrenbürger von Ludwigsburg. Porträt in der 1928 herausgegebenen Festschrift »100 Jahre Franck«.

Die Enkel Robert und Richard Franck

Robert Franck (1857–1939)

Zwei Herzen schlugen sicher in der Brust von Robert Franck, dem Sohn des Kommerzienrats Wilhelm Franck. Zum einen fühlte er sich seiner Vaterstadt Ludwigsburg verbunden, zum anderen aber auch Murrhardt, der Stadt, aus der seine Frau Martha stammte. Robert Franck löste das Problem auf seine Art. Er baute sich neben seiner Ludwigsburger Villa in Murrhardt eine zweite Villa Franck. Genauso verfuhr er bei seinen Stiftungen und Schenkungen. Er engagierte sich gleichermaßen in Ludwigsburg und in Murrhardt, wo er u.a. den Bau des Krankenhauses und der Stadthalle finanziell unterstützte.

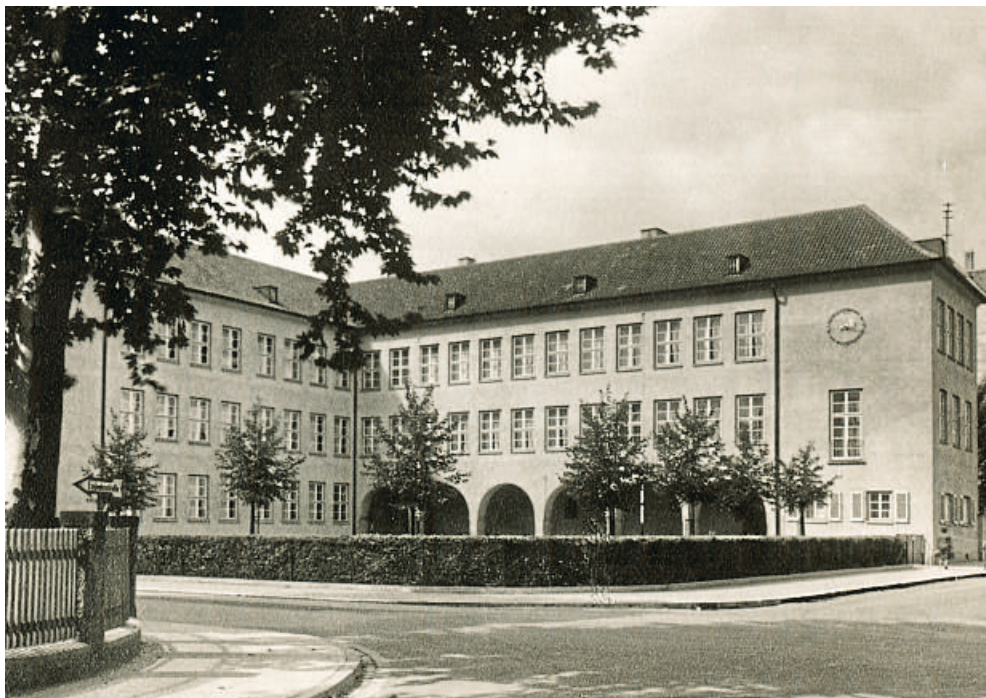
Robert-Franck-Schulstiftung

Verhältnismäßig bescheiden muten die ersten Stiftungen von Robert Franck und seiner Frau an. Am 16. Dezember 1899 errichteten beide eine Stiftung zugunsten bedürftiger und würdiger Schüler des Gymnasiums und der Oberrealschule. Ausgestattet war die Stiftung zunächst mit einem Kapital von 50 Mark, das sich jedes Jahr um denselben Betrag vermehrte. Ab 1913 wurde der Betrag auf jährlich 100 Mark erhöht. Der Ertrag des von Jahr zu Jahr wachsenden Stiftungskapitals sollte für Anschaffung von Lehr- und Lernmitteln der Schüler verwendet werden.

Gelegenheitsschenkungen

Der neu errichteten Garnisonkirche und ihrer Gemeinde schenkte das Ehepaar 1903 einen Brautteppich. Im Mai 1914 kaufte Robert Franck als Förderer der medizinischen Wissenschaften dem Bezirkskrankenhaus für 630 Mark einen Elektrisierapparat von Siemens & Halske.

Aus Anlass seines 70. Geburtstags im Jahr 1927 spendete Robert Franck 5 000 RM. Davon sollten 4 000 RM für verschämte Arme



Gebäude der Robert-Franck-Schule, 1930er Jahre.

verwendet werden. Zu seinem 75. Geburtstag überwies der Jubilar 1 000 RM für die städtische Nothilfe.

Außerdem räumte Robert Franck der Stadt zwei größere, jeweils zu 3,5 Prozent verzinsliche Darlehen ein: 1910 für das Hohenecker Heilbad in Höhe von 159 000 Mark und 1911 für das Stadtbad in Höhe von 110 000 Mark.

Robert-Franck-Stiftung

1918 konnte die Firma Heinrich Franck Söhne ihr 50-jähriges Betriebsjubiläum in Ludwigsburg feiern. Die für das Jubiläumsjahr geplante Altenfeier musste wegen des Krieges ausfallen. Stattdessen wollte Robert Franck für die Firmenjubilare eine Festschrift erstellen. Er ließ Oberbürgermeister Gustav Hartenstein deshalb Ende Dezember 1919 brieflich wissen, dass er beabsichtige, der Stadt zusammen mit der Festschrift eine Stiftung in Höhe von 250 000 Mark zu

übergeben. Der Ertrag der Stiftung in Höhe von 7 500 Mark jährlich sollte für Bildung (4 500 Mark) und wohltätige Zwecke (3 000 Mark) verwendet werden. Das Erscheinen der Festschrift verzögerte sich aber in der unruhigen Nachkriegszeit immer wieder. Im Dezember 1920 – die Festschrift war immer noch nicht fertig – übergab Robert Franck die Stiftung der Stadt in Form von Wertpapieren. Sein Begleitschreiben an den Oberbürgermeister schloss mit einer Bitte: »Je mehr es Ihnen gelingt, von der ganzen Sache nichts an die Öffentlichkeit dringen zu lassen, desto mehr verpflichten Sie mich dadurch zu Dank«.

Die Festschrift mit den Fotos der Jubilare und der Geschäftsleitung erschien dann doch noch. Im Rahmen einer Altenfeier wurde sie am 11. Januar 1923 den Jubilaren zusammen mit weiteren Geschenken in den geschmückten Räumen der Fabrikantene übergeben.

Robert-Franck-Schule

Robert Franck war Unternehmer und Kaufmann, er kannte also aus eigener Erfahrung die Bedeutung und den Wert einer soliden und vor allem regelmäßigen kaufmännischen Schulausbildung. 1904 gehörte er zu den Organisatoren und Mitbegründern der städtischen Handelsschule, einer Schule, deren Besuch für die angehenden Kaufleute Pflicht war. Von 1904 bis 1919 war Robert Franck Vorsitzender des Handelsortsschulrats.

In der 1928 von der Firma Heinrich Franck Söhne eingerichteten Hundertjahr-Stiftung waren u.a. auch 50 000 RM als Fonds für den Bau einer Stadthalle enthalten. Mitte 1930 ruhte der Stadthallenfonds immer noch, es war aber abzusehen, dass für den Bau einer Halle in den nächsten Jahren keine Mittel zur Verfügung stehen würden. Oberbürgermeister Dr. Erich Schmid schlug Robert Franck deshalb vor, den Fonds für die Erweiterung des Ratskellersaals oder für die Einrichtung einer Volksbücherei zu verwenden. Robert Franck lehnte die Saalerweiterung ab, schlug aber vor, die Summe für Schulbauzwecke oder für eine Volksbücherei zu verwenden. Am 13. März 1933 schließlich kündigte Robert Franck an, dass seine Firma in Abstimmung mit den Familien Franck bereit sei, zur Erbauung eines Handelsschulgebäudes 150 000 RM als Spende zur Verfügung zu stellen. Die Stadt ihrerseits sollte den Bauplatz stellen (Ecke See- und Alleenstraße), den Stadthallenfonds in die Finanzierung einbringen und einen Wettbewerb unter Ludwigsburger Architekten ausschreiben. Der Gemeinderat nahm die Spende an und beschloss mit dem Ausdruck des »wärmsten Dankes«, einen Teil der Aldinger Straße in Robert-Franck-Allee umzubenennen. Am 16. September 1934 wurde die neue Handelsschule als Robert-Franck-Schule feierlich eröffnet.



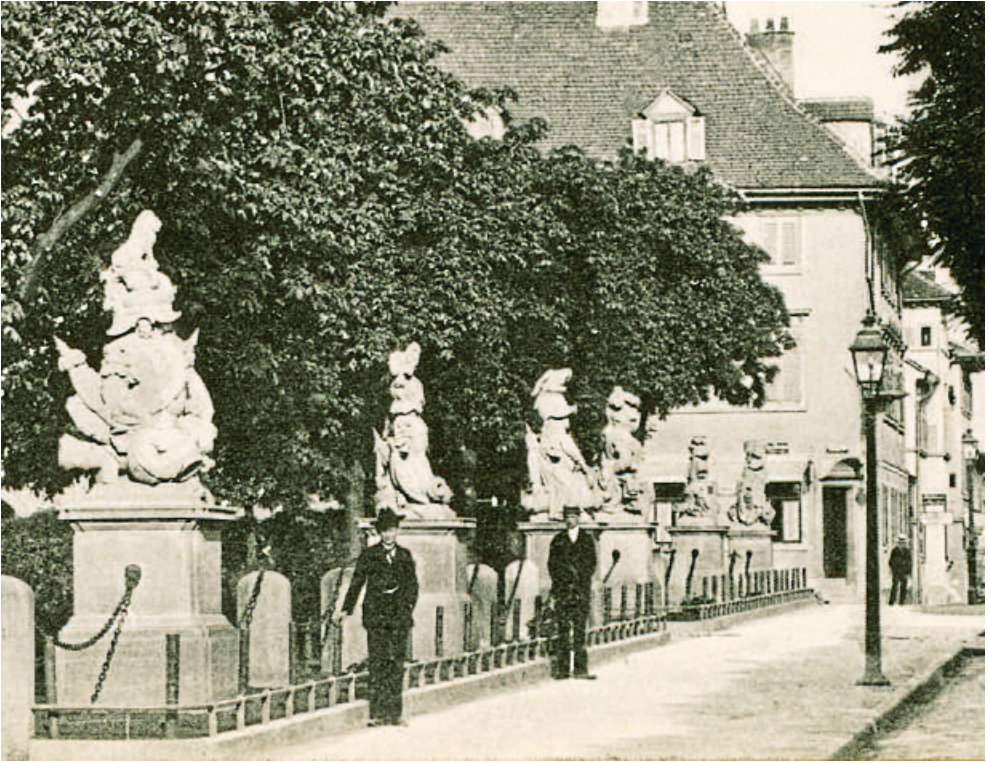
Richard Franck (1871–1931), Ehrenbürger von Ludwigsburg. Porträt in der 1928 herausgegebenen Festschrift »100 Jahre Franck«.

Richard Franck (1871–1931)

Mit Richard Franck als Mäzen verbindet man vor allem zwei herausragende Ereignisse: den Ankauf der Württembergica-Sammlung für die Stadt Ludwigsburg und die Gründung der deutschen Weltkriegsbücherei. Während die Weltkriegsbücherei Ludwigsburg nur am Rande berührt, ist die Württembergica-Sammlung für die Stadt von größter Bedeutung, weil sie mit ihren grafischen Blättern einen der größten Schätze des Ludwigsburg Museums darstellt.

Erneuerung der Trophäen auf dem Arsenalplatz

Richard Franck, Sohn von Hermann Franck, war Gründungs- und Ausschussmitglied des Ende 1902 gegründeten Fremdenverkehrsvereins. Ziel des Vereins war es u.a., die Stadt für auswärtige Besucher attrakti-



Die 1904 erneuerten Trophäen am Arsenalplatz, um 1910.

ver zu machen. Eine der ersten Maßnahmen in diese Richtung betraf die Erneuerung der beschädigten und unansehnlich gewordenen Trophäen am Arsenalplatz im Jahr 1904.

Stadt und Militärverwaltung kamen überein, die geschätzten Kosten von 11 000 Mark gemeinsam zu finanzieren. 6 000 Mark übernahm das Militär. Ludwigsburger Vereine sollten mindesten 3 000 Mark sammeln, für die Richard Franck voll bürgte. Die restlichen 2 000 Mark hätten dann aus Mitteln der Hermann-Franck-Stiftung bereitgestellt werden können.

Für uns heute kaum mehr vorstellbar, aber die Trophäen samt Sockeln und Ketten kosteten nur 9 500 Mark! Die Vereine beteiligten sich mit 2 100 Mark, den noch ungedeckten Rest übernahm die Hermann-Franck-Stiftung. Die Repliken fertigte

der Stuttgarter Bildhauer Gäckle an, der ein Jahr vorher auch die neuen Trophäen des Schorndorfer Tors geschaffen hatte.

Der Plakatwettbewerb

Eine gelungene Außenwerbung ist Voraussetzung für die Belebung des Fremdenverkehrs jeder Stadt. In Zusammenarbeit mit dem Württembergischen Kunstgewerbeverein wurde deshalb 1906 ein Plakatwettbewerb zur Werbung für Ludwigsburg ausgelobt. Richard Franck stellte für Preisgelder und Ankäufe 3 000 Mark zur Verfügung. Das Ergebnis konnte sich sehen lassen. Das preisgekrönte Plakat warb auf allen größeren Bahnhöfen des Landes für »Ludwigsburg in Württemberg«. Außerdem verwendete die Firma Franck zehn Plakatt motive für eine ihrer beliebten Sammelbild-Serien.¹⁶



Motiv aus der Serie »Ludwigsburg in Württemberg«.



Ein Beispiel aus der Württembergica-Sammlung: Ansicht des Klosters Obermarchtal, Aquarell um 1810.

Hilfsfonds Bezirkskrankenhaus

Im Herbst 1908 entschloss sich Richard Franck, für den leitenden Arzt im Bezirkskrankenhaus einen außerordentlichen Hilfsfonds einzurichten, den er jedes Jahr mit 300 Mark bezuschusste. Sein Ziel war es, dem Arzt die Möglichkeit zu geben, bedürftigen Kranken und insbesondere verschämten Armen den Eintritt in das Krankenhaus zu erleichtern oder den Aufenthalt zu verlängern. Zunächst war die Stiftung bis 1918 begrenzt, wurde aber 1919 von Richard Franck verlängert.

Die Württembergica-Sammlung

Der Major a. D. Hans Winter aus Stuttgart hatte im Lauf seines Lebens eine bedeutende, über 5000 Blätter umfassende »historisch-topografische und kulturhistorische Sammlung Alt-Württemberg« zusammengetragen. Richard Franck stand seit Ende 1917 mit

Winter wegen des Verkaufs der Sammlung in Kontakt. Am 30. Dezember 1919 wurden die notariellen Verträge zwischen Hans Winter, der Stadt und Richard Franck in Berlin unterzeichnet. Danach verkaufte Winter seine Sammlung für 450 000 Mark der Stadt Ludwigsburg. Richard Franck seinerseits schenkte der Stadt Ludwigsburg 450 000 Mark zum Erwerb der Sammlung. Ziel der Stadt war es, die Sammlung nach dem Kauf als Stiftung dem Historischen Verein zu übergeben.

Im März 1920 genehmigte der Gemeinderat den Kauf. Die Katalogisierung der Sammlung zog sich allerdings länger als erwartet hin. Anfang August 1920 verstarb Hans Winter. Erst im August 1921 konnte die Stadt die Sammlung in Empfang nehmen und bald darauf, am 5. Oktober, ein erstes Mal den Ludwigsburgern in den neuen Ausstellungsräumen des Historischen Vereins im Schloss Favorite vorstellen.

Die Friedhofsglocke

1927 vollendete Richard Franck das Werk seines Vaters Hermann Franck und stiftete in den leeren Turm der Friedhofskapelle die fehlende Glocke. Am 30. Juni 1927 wurde sie von der Glockengießerei Kurtz in Stuttgart gegossen. »Sei getreu bis in den Tod«, lautet die Inschrift der Glocke. Eine zweite Inschrift, »Gestiftet im Jahr 1927 von Richard Franck«, verweist auf den Spender. Anfang 1942 wurde die Glocke kriegsbedingt abgenommen und zum Einschmelzen abtransportiert.

Otto Heinrich Franck (1893–1971)

Als passionierter Reiter und Freund des Reitsports stellte Otto Heinrich Franck, der zweite Sohn von Robert Franck, im Oktober 1937 der Stadt 3 000 RM als Zuschuss zur Instandhaltung der Reitwege in der Königs- und Königinallee zur Verfügung.

Mit Otto Heinrich Franck endet in der vierten Generation die lange Reihe von Stiftern, Mäzenen und Förderern aus der Familie Franck.¹⁷

Das weitere Schicksal der Stiftungen

Zum Schluss drängt sich zwangsläufig die Frage auf, was aus den Stiftungen und Schenkungen der Familie Franck im Lauf der Jahre geworden ist. Die Inflation von 1923 führte zu einem ersten schmerzlichen Einschnitt in die Stiftungsgeschichte: Nach dem Aufwertungsgesetz von 1925 wurden in Ludwigsburg alle Stiftungskapitalien mit einem Faktor von 0,24 aufgewertet, d.h. aus einem Stiftungskapital von 100 000 Mark im Jahr 1899 wurden 24 000 Mark im Jahr 1925.

Kleinere Stiftungen wurden daraufhin zur einfacheren Verwaltung zusammengelegt. In den Akten des Stadtarchivs sind Stiftungsaktivitäten bis in die 1940er Jahre zu verfolgen. Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Währungsreform von

1948 scheint das endgültige Aus der hier beschriebenen Stiftungen gekommen zu sein.

Geblichen sind aber die heute noch im Stadtbild sichtbaren Früchte der Franckschen Stiftungen und Schenkungen: der Choranbau der evangelischen Stadtkirche, die Musikhalle, der »Bären«, das von der heutigen Gemeinschaftsschule genutzte Schulgebäude der ersten Robert-Franck-Schule in der Alleenstraße, der Gustav-Franck-Kindergarten, die Charlottenkrippe, die Friedhofskapelle, die Trophäen auf den Pfeilern des Schorndorfer Tors sowie die Württembergica-Sammlung im Ludwigsburg Museum. Verschwunden sind alle immateriellen Werte der Stiftungen. Seit Ende 2018 gehört auch die Kaffeeproduktion in Ludwigsburg als Keimzelle der Franckschen Stiftungen der Vergangenheit an und mit ihr, so nebenbei, auch das charakteristische Ludwigsburger Gschmäckle.

Epilog: Die Schenkung der Villa Franck an die Stadt

Gleichzeitig mit den Fabrikneubauten ließen sich die beiden Brüder und Firmenteilhaber Wilhelm und Hermann Franck 1868 in der verlängerten Leonberger Straße (seit 1902 Franckstraße) zwei repräsentative Villen bauen. Die Nr. 4 bewohnte Hermann Franck mit Familie, die Nr. 8 Wilhelm Franck. Während die Villa von Wilhelm Franck Anfang der 1960er Jahre dem Neubau des Unifranck-Verwaltungsgebäudes weichen musste, entging die andere Villa der Abrissbirne. Nachdem 1975 die letzten Mieter ausgezogen waren, überließ die Nestlé Deutschland AG (seit 1971 der Mutterkonzern von Unifranck) die Villa der Jugendmusikschule und dem Kunstverein mietkostenfrei zur Nutzung.

1989 setzte Nestlé die Tradition des Franckschen Mäzenatentums fort und schenkte die unter Denkmalschutz stehende Villa mit großer Gartenanlage und einem Pavillon der Stadt. Im Rahmen einer kleinen Feier



Die »Villa Franck«, 1868 von Hermann Franck erbaut.

unterzeichneten Oberbürgermeister Henke und der Vorstandsvorsitzenden der Nestlé Deutschland AG am 24. November in der Villa die Schenkungsurkunde. In der örtlichen Presse wurde die Schenkung mit großem Lob bedacht und die Villa berechtigterweise als ein »Geschenk für die Musen« bezeichnet, von dem die beiden Institutionen auch weiterhin profitieren sollten.

Während der nächsten sechzehn Jahre blieb die Villa ein Haus der Musen und der

bildenden Künste. 2005 entschloss sich die Stadt jedoch, die in die Jahre gekommene Villa einer anderen Verwendung zuzuführen. Ende 2005 verabschiedete sich der Kunstverein mit einer letzten Ausstellung in den alten Räumen von der Villa. Anfang 2006 zogen die Musen nach dreißig Jahren Gastrecht endgültig aus. Ein privates Planungsbüro übernahm die Villa von der Stadt in Erbpacht und zog 2007 nach gelungener Sanierung in das Gebäude ein.

Anmerkungen

- 1 Unter einer Schenkung bzw. einer Spende versteht man eine einmalige Zuwendung ohne Gegenleistung, oft bestätigt durch eine Schenkungsurkunde. Das Kapital einer Stiftung in Form von Sach- oder Geldwerten ist unantastbar. Als Ertrag einer Stiftung können nur die jährlich aus dem Kapital anfallenden Zinsen genutzt werden. Die Stiftungsurkunde enthält u.a. Angaben über den Stiftungszweck und die Stiftungsbestimmungen.
- 2 In der Beschreibung des Oberamts Ludwigsburg aus dem Jahr 1859 befindet sich auf S. 138 ff. eine Liste der zwischen 1732 und 1857 in Ludwigsburg eingerichteten Stiftungen mit den Namen der Stifter, der Höhe der Stiftung und dem Verwendungszweck. – Allgemeine Stiftungen wurden von der Stadtgemeinde Ludwigsburg verwaltet. Zuständig war zunächst der Stiftungsrat und ab 1891 die Gemeindestiftungspflege. Stiftungen, die ausschließlich der Armenunterstützung gewidmet waren, wurden von der städtischen Ortsarmenbehörde verwaltet.

- 3 Der Beitrag von Andrea Berger-Fix über die Francks als Mäzene gibt im Rahmen des Katalogs einen zusammenfassenden Überblick über das Thema.
- 4 Die genannten Summen können nicht direkt miteinander verglichen werden, da sich der Geldwert in den betrachteten Zeiträumen infolge des Ersten Weltkriegs und der Inflation stark verändert hatte.
- 5 Infolge permanenter Raumnot wurde die Baracke 1953 immer noch genutzt. Außerdem stellte die Familie Franck während des Ersten Weltkriegs ihr Privathaus in der Pflugfelder Straße 5 als ein weiteres Vereinslazarett dem Roten Kreuz zur Verfügung. Robert und Martha Franck übernahmen die Schirmherrschaft über das Lazarett.
- 6 Die 1882 eingerichtete Krippe war allerdings nicht die erste ihrer Art in Ludwigsburg. Bereits 1828 eröffnete der Privatlehrer Christian Klotz eine Kleinkinderschule in der Stadt. 1833 gründeten engagierte Ludwigsburgerinnen einen Frauenverein und betrieben erfolgreich eine Kleinkinderschule, die 1869 von den Wernersehen Anstalten übernommen wurde. Vgl. dazu Günther Bergan: Von fröhlichen Gebern und verschämten Armen. Ludwigsburger Wohltätigkeitsvereine in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 65 (2011) S. 89–124, besonders S. 97 ff.
- 7 1979 beschloss der Gemeinderat, die Gebäude Wilhelmstraße 44 und 46 für die unter Raummangel leidende Charlottenkrippe umbauen zu lassen. Einzug am 4. November 1981, gleichzeitig Aufgabe des bisherigen Gebäudes Wilhelmstraße 35. Erweiterung um das Gebäude Wilhelmstraße 48 im Juli 2003.
- 8 Hermann Franck ließ 1876 in der Römerstraße 1 und 2 zwei Arbeiterwohnhäuser errichten. Die beiden Häuser standen an der Ecke von der geplanten, aber nie realisierten Römerstraße und der Keplerstraße, zwischen den heutigen Gebäuden Keplerstraße 14 und 16. – Ein am 14. September 1877 in der Ludwigsburger Zeitung veröffentlichter Leserbrief erwähnt eine Kleinkinderschule in der »neuen Leonberger Straße«. Gemeint ist damit zweifellos die Kleinkinderschule von Hermann Franck in der Römerstraße.
- 9 Beate Maria Schübler: Das Schicksal der jüdischen Bürger von Ludwigsburg während der Zeit der nationalsozialistischen Verfolgung, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 30 (1978) S. 23–125, hier S. 27.
- 10 Hermann Franck erwarb für sich persönlich das Baugrundstück Ecke Karl-/Bahnhofstraße, auf dem er 1891 durch Architekt Albert Bauder ein repräsentatives Mietshaus mit Nebengebäude errichten ließ. Vier weitere Grundstücke, westlich des Bahnhofs gelegen, erwarb er für die Firma.
- 11 1897 wurde das Königliche Lyzeum Ludwigsburg zu einem Vollgymnasium erhoben.
- 12 Die Kapelle sollte am höchsten Punkt der neuen Harteneckstraße errichtet werden. Das dazu benötigte Gelände befand sich allerdings noch in privater Hand. Vgl. dazu Günther Bergan: Von Totengräbern und Leichensägerinnen. 300 Jahre Friedhofskultur in Ludwigsburg, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 71 (2017) S. 163–199, hier S. 184 f.
- 13 Ursprünglich waren die Pfeiler mit Trophäen geschmückt. Herzog Carl Eugen ließ sie jedoch bereits 1763 auf die Pfeiler des Pflugfelder Tores versetzen. Seit dieser Zeit blieben die Pfeiler des Schorndorfer Tores ohne Bekrönung. Vgl. Günther Bergan: Torhäuser, Tore und Stadtmauer von Ludwigsburg, in: Ludwigsburger Geschichtsblätter 58 (2004) S. 251–292, hier S. 275.
- 14 Christian Belschner: Ludwigsburg im Wechsel der Zeiten, Ludwigsburg 1936, S. 375.
- 15 Walter Hudelmaier: Ludwigsburg im Wechsel der Zeiten, Ludwigsburg 1969, S. 381.
- 16 Zusätzlich verwendete die Ludwigsburger Buchhandlung Aigner 1907 sechs Plakatmotive für eine anspruchsvolle Postkarten-Serie. Vgl. dazu Monika und Günther Bergan: »Ludwigsburg in Württemberg«. Der Plakatwettbewerb 1906, in: Hie gut Württemberg 47 (1996) S. 25–27.
- 17 In einem Artikel der Ludwigsburger Kreiszeitung vom 23. Januar 1958 zum 65. Geburtstag von Otto Heinrich Franck wird ohne nähere Angaben erwähnt, dass die Firma unter seiner Leitung nach 1945 namhafte Spenden für verschiedene Hochschulen, Studentenschaften, für die Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute, für das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg, das Deutsche Museum in München, für Kirchen, Schulen, Kinderheime und Sportvereine geleistet hat.

Literatur und Quellen

(sofern nicht schon in den Anmerkungen genannt)

Heinrich Franck Söhne

Albert von Pfister: Geschichte der Familie Franck, Ludwigsburg 1911.

Alfred Marquard: 100 Jahre Franck, 1828–1928, Ludwigsburg 1928.

Unifranck Lebensmittelwerke: 150 Jahre Unifranck, 1828–1978, Ludwigsburg 1978.

Andrea Berger-Fix: Die Francks als Mäzene, in: »Die Hauptstadt der Cichoria«. Ludwigsburg und die Kaffeemittel-Firma Franck, Ludwigsburg 1989, S. 35–46.

Nestlé Deutschland: 125 Jahre Unifranck-Werk Ludwigsburg, Ludwigsburg 1993.

Klinikum Ludwigsburg: 100 Jahre für Sie da, Ludwigsburg 2003, S. 16 f.

Günther Bergan: Villa Franck, Ludwigsburg 2005.

Anna Franck

Günther Vogt: Die Kleinkinderschule Gustav-Franck-Schule, in: Das Buch der Unteren Stadt, Ludwigsburg 1993, S. 63–76.

Hermann Franck

Königliches Gymnasium Ludwigsburg: 3. Jahresbericht, 1899/1900, Ludwigsburg 1900.

Wolfgang Läßle: Die Musikhalle 1890–1990, Ludwigsburg 1990.

1000 Jahre Nazza, 2015.

Richard Franck

Ilse Manke: Die Württembergica-Sammlung der Stadt Ludwigsburg, in: Hie gut Württemberg 12 (1961) S. 44 f.

Robert Franck

Festschrift zum 30-jährigen Bestehen der Robert-Franck-Schule, Ludwigsburg 1934.

Garnisonkirche – Friedenskirche Ludwigsburg 1903–1993, Ludwigsburg 1993, S. 30.

90 Jahre Robert-Franck-Schule, Ludwigsburg 1994.

Wilhelm Franck

125 Jahre Charlottenkrippe, Ludwigsburg 2007.

Staatsarchiv Ludwigsburg

F 181 II (Oberamt Ludwigsburg, Protokolle Bezirksrat) Bde. 17 f., 20

F 181 III (Oberamt Ludwigsburg, Akten) Bü 234

PL 5 (Firmenarchiv Franck) Bü 5, 10

Stadtarchiv Ludwigsburg

L 2 (Akten 19. Jahrhundert) Bü 251, 255 f., 258 f., 422, 667

L 3 (Akten 20. Jahrhundert) Bü 73 f., 129–132, 136, 141–144, 251–255, 390, 395, 402, 696 f., 789–797, 844, 851, 933, 990, 1207, 1692, 2068, 2200, 2415, 2762, 3104–3107, 3112, 3119, 3121, 3663

L 24 (Stadtökonomieverwaltung) Bü 35, 35a

L 40/3 (Friedrich-Schiller-Gymnasium) Bü 126, 128, 130, 185

L 63 (Bauakten, abgebrochene Gebäude) Bü 691

L 63/1 (Bauakten, aktuelle Gebäude) Bü 1145

L 67 (Tiefbau- und Grünflächenamt) Bü 8, 587

L 150 (Gemeinderatsprotokolle) Bde. 94, 99, 111–114, 116, 119, 122–125, 127, 131 f., 142 f., 150 f., 156

L 160 (Stiftungs- und Armenpflege) Bde. 12–16

L 165 (Kauf- und Unterpfandbücher) Bde. 125 f., 135, 319

L 185 (Sonstige Protokolle) Bd. 42

L 190 (Haushaltspläne) Bd. 1 ff.

S 31 (Zeitgeschichtliche Sammlung) SK 4.4.2, U (Fr)

Ludwigsburger Zeitung, Ludwigsburger Kreiszeitung, Stuttgarter Zeitung

Alle für den Aufsatz verwendeten Unterlagen sind im Stadtarchiv Ludwigsburg in einer detaillierten Materialsammlung unter der Signatur S 3/1 Nr. 58 zusammengefasst.

»Das Strohgäu dem Weltverkehr erschließen«

150 Jahre Bahnhof Ditzingen¹

von Dr. Florian Hoffmann,
Stuttgart; Historiker und
Archivar; seit 2016 Stadtarchivar
in Ditzingen.



Ditzingens Bahnhof präsentiert sich heute bescheiden: Eine S-Bahn-Station wie viele im Stuttgarter Ballungsraum, ein unpräziser Halt zum Ein- und Aussteigen, zum Umstieg auf den Stadtbusverkehr und vielleicht in einigen Jahren auch zur SSB-Stadtbahn.² Das alte Empfangsgebäude immerhin trotz – frisch renoviert – seit 150 Jahren dem Lauf der Zeit und zeugt von seiner einstigen Bedeutung und einer Pionierleistung, die den Charakter der Gemeinde nachhaltig verändert hat: Dem Bahnanschluss verdankt Ditzingen seinen frühen Wandel vom Bauerndorf zum modernen Industriestandort, zur Wohn- und Pendlergemeinde. Denn in den Anliegerkommunen förderte die Bahn nicht nur den Absatz landwirtschaftlicher Produkte; sie leitete einen Industrialisierungsschub ein und wirkte sich nachhaltig auf die Ortsentwicklung beiderseits der Bahntrasse aus. Als die Bahnstrecke am 23. September 1868

feierlich eröffnet wurde, war Ditzingen vorübergehend Endpunkt.³ Erst sukzessive wurde die »Württembergische Schwarzwaldbahn« über Leonberg und Weil der Stadt bis nach Calw verlängert und erreichte mit der Inbetriebnahme des letzten Teilstücks zwischen Weil der Stadt und Calw am 20. Juni 1872 tatsächlich den Schwarzwald, der ihr als Zielpunkt den Namen gab.

Nach der Volkszählung vom 3. Dezember 1867 hatte Ditzingen 1520 Einwohner und war damit nach Leonberg, Gerlingen, Renningen, Eltingen, Weilimdorf und Weil der Stadt die siebtgrößte Kommune im Oberamtsbezirk Leonberg.⁴ Ihre Einwohner lebten ganz überwiegend von Landwirtschaft.⁵ Die Mühlen waren Mitte des 19. Jahrhunderts schon bedeutend; sonst beschränkte sich die vorindustrielle Produktion auf die Ziegelhütte, eine Färberei und eine Seifensiederei sowie die üblichen Handwerker, die fast ausschließlich für den dörflichen Eigenbedarf tätig waren.⁶ Vertreten war auch der Kaufmannsstand, denn Ditzingen war ein alter Verkehrsknoten. Die Poststraße Stuttgart–Leonberg traf hier auf Vizinalstraßen nach Hirschlanden, Höfingen und Münchingen und damit weiter in Richtung Pforzheim und Ludwigsburg. Die Post zwischen Ditzingen und Stuttgart besorgte zweimal wöchentlich ein Bote.⁷

Schon 1830 hatte König Wilhelm I. eine Kommission aus Technikern und Verwaltungsbeamten eingesetzt und eine Untersuchung zur Schaffung einer Verbindung zwischen Rhein und Donau in Auftrag gegeben.⁸ Sie hatte zwischen Kanal- und Eisenbahnbau zu entscheiden. Obwohl mehrere private Bahnprojekte zuvor schon an den hohen Kosten gescheitert waren, bewies die Kommission Weitsicht und sprach sich für den Schienenverkehr als zukunftssträchtiges Verkehrsmittel aus. 1836 gab das Innenministerium die Ausarbeitung der Hauptbahnen in Auftrag und bestimmte Stuttgart erwartungsgemäß zum Hauptknotenpunkt. Am 22. Oktober 1845 nahm die Zentralbahn Ludwigsburg–Stuttgart–Esslingen auf ihrem ersten Abschnitt zwischen Cannstatt und Untertürkheim den Betrieb auf und wurde bis 1850 nach Heilbronn und über die Ostbahn bis Ulm und Friedrichshafen verlängert. Die 1853 eröffnete Westbahn Bietigheim–Bruchsal verband Württemberg bald darauf mit dem badischen Ausland. 1859 folgte die Obere Neckarbahn bis Reutlingen, 1861 die Remsbahn bis Aalen und Wasseralfingen und 1868 schließlich die Schwarzwaldbahn, zunächst bis Ditzingen.⁹

Planung, Bau und Eröffnung der Schwarzwaldbahn

Der Bau einer Bahnstrecke in den württembergischen Schwarzwald entsprang wirtschaftlichen Interessen. Calw, Sitz eines württembergischen Oberamts, war seit dem Mittelalter ein Zentrum des Textil-, Leder- und Holzhandels. Nach der Verstaatlichung des Postverkehrs (1852) verkehrten zwischen Stuttgart und Calw täglich zwei Postwagen, die auch der Beförderung von Passagieren dienten. Ab 1863 gab es eine zusätzliche Verbindung über die Solitude nach Stuttgart. Zuletzt verkehrten vier Wagen täglich zwischen Calw und Stuttgart: ei-

ner über Weil der Stadt und Magstadt, einer über Böblingen sowie zwei über Weil der Stadt und Leonberg¹⁰ und damit auch über das an der Poststraße Leonberg–Stuttgart gelegene Ditzingen. Bei einer Gesamtfahrzeit von rund fünf Stunden war das Angebot für die Personenbeförderung zwischen dem württembergischen Schwarzwald und der Residenz jedoch nicht allzu attraktiv.

Erste Vorstellungen des Calwer Stadtrats in der Eisenbahnfrage datieren auf das Jahr 1836. Im gleichen Jahr veröffentlichte der Unternehmer und Politiker Johann Georg Dörtenbach (1795–1870), der selbst aus Calw stammte und in den dortigen Schlüsselindustrien (Textilien und Holzhandel) engagiert war¹¹, eine Denkschrift »In Bezug auf die Eisenbahn-Angelegenheiten«. Von staatlicher Seite wurde die Trasse in den Schwarzwald allerdings erst 1861 in den Blick genommen.

Zum Streitpunkt bei der Trassierung wurde die Frage der Linienführung über Böblingen oder über Leonberg. Befürworter der einen oder anderen Lösung unter den interessierten Kreisen und Kommunen publizierten eine Fülle von Denkschriften.¹² Für beide Varianten sprachen gute Gründe: Böblingen verfügte mit seinen Betrieben der Textilindustrie, der chemischen Fabrik Bonz und Sohn, der Maschinenfabrik Wagner und nicht zuletzt seiner Zuckerfabrik über die stärkere Wirtschaftskraft¹³ und hätte zugleich die Städte Tübingen und Herrenberg besser angebunden, deren Repräsentanten sich gleichfalls für die Böblinger Trasse aussprachen. Dagegen drohte durch den steilen Aufstieg aus dem Stuttgarter Kessel über Vaihingen und den benötigten zweiten Zentralbahnhof in der Nähe des Feuersees eine wesentliche Verteuerung des Projekts.

Die Regierung, vertreten durch den damaligen Minister des Äußern, Freiherrn Varnbüler von und zu Hemmingen¹⁴, der zugleich als Beauftragter für das Eisenbahnwesen fungierte, befürwortete die weniger



Lageplan für den neu zu bauenden Bahnhof, 1868.

kostspielige Trasse über Leonberg. Dabei handelte der Minister nicht ganz uneigennützig: Mit seiner Familie, die zu den größten Grundbesitzern im Strohgäu gehörte und außer dem Stammsitz in Hemmingen auch das Schloss in Höfingen samt Gütern besaß¹⁵, vertrat er auch die Interessen der lokalen Landwirtschaft, die sich von der Eisenbahn bessere Absatzmöglichkeiten versprach.¹⁶

Bei einer Kampfabstimmung entschied sich die Abgeordnetenversammlung am 23. Juni 1865 mit 44:42 Stimmen knapp für die Leonberger Trasse, mit Abzweig von der bestehenden Stammstrecke bei Zuffenhausen, Führung über Leonberg und Weil der Stadt nach Calw und von dort in südlicher Richtung durch das Nagoldtal über Wildberg nach Nagold. Am 13. August 1865 wurde das Gesetz über Bau und Finanzierung der Bahnstrecke veröffentlicht, unterzeichnet von den Ministern Renner¹⁷ und Varnbüler. Renner, damals provisorischer Leiter des

Finanzdepartements, war als gebürtiger Ditzinger ebenfalls ein Unterstützer des Vorhabens und Befürworter der Leonberger Trasse, die seine Heimatgemeinde begünstigte.¹⁸

Den Auftrag für Planung und Bau erhielt der Eisenbahningenieur Carl Julius Abel, der auch für die Kocherbahn Heilbronn–Crailsheim (1862/67), die Strecke Heilbronn–Jagstfeld (1866) und die Enzbahn Pforzheim–Wildbad (1868) verantwortlich zeichnete.¹⁹ In Leonberg wurde ein Bauamt unter der Leitung des Bauinspektors Heigelin eingerichtet.²⁰ Die Leitung der Hochbauten übernahm der Bauinspektor Schurr in Heilbronn.²¹ Zwischen Mai und April 1867 erwarb der Fiskus das benötigte Bauland für die Trasse. Alleine auf dem 2,865 km langen Abschnitt auf Ditzinger Markung waren rund 300 Grundeigentümer betroffen. Im Januar 1867 wurden die Arbeiten für den Trassenbau, im Juli und Oktober des Jahres für das Bahnhofsgebäude in Ditzingen ausgeschrieben.²²

Der erste, rund 7,7 km lange Abschnitt zwischen Zuffenhausen und Ditzingen wurde, obwohl er eigentlich als »unproblematisch« galt, wegen technischer Schwierigkeiten mit viermonatiger Verzögerung fertiggestellt.²³ Von der feierlichen Eröffnung am 23. September 1868 berichtete der »Glems- und Filderbote«:

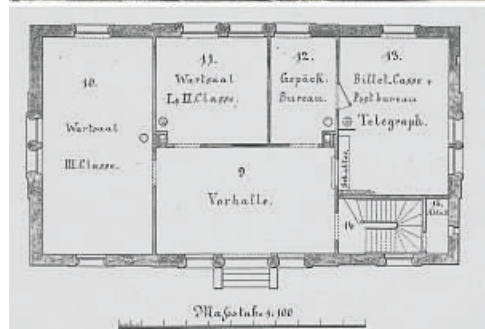
»Um 2 Uhr 20 Minuten nachmittags ging ein Extrazug mit bekränzter Lokomotive von hier [Zuffenhausen] ab. In Zuffenhausen war an der Stelle, wo die neue Bahn von der Hauptbahn abzweigt, ein Triumphbogen errichtet, durch welchen der dort von der Höhe mit Böllerschüssen empfangene Zug hindurchfuhr [...]. Mit großer Freude wurde der Zug auf der Endstation Ditzingen, dem Ziel unserer heutigen Fahrt, empfangen. Bei der Anfahrt an das festlich geschmückte Stationsgebäude empfing den Zug ein wohl unterhaltenes Rottenfeuer seitens der jungen Burschen des Ortes, eine aufgestellte Musik spielte heitere Weisen, die Bewohner des Orts, Alt und Jung, hatten sich am Bahnhof eingefunden und viele von Leonberg und den benachbarten Orten sich dazugesellt. Nachdem die letzte Post nach Leonberg, die jetzt hier abgefertigt wird, abgefahren war, ging es, die Musik voran, im Zuge nach dem Orte, wo im Gasthaus zum Lamm sich bereits die Bezirks- und andere Beamten von Leonberg und Umgebung eingefunden hatten und wo noch eine heitere gesellige Unterhaltung dem Tage die Weihe gab. Oberamtsaktuar Strobel von Leonberg brachte den ersten Toast aus: er freue sich, dass mit Eröffnung dieser Bahn auch das Strohgäu, die Kornkammer der Residenz, dem Weltverkehr sich erschließe.«²⁴

Der erste Fahrplan wies täglich vier Züge von Stuttgart nach Ditzingen aus. Das neue Angebot wurde gut angenommen: Schon wenige Tage nach Eröffnung der Strecke hatten über 3500 Personen die Bahn benutzt.²⁵

Am 1. Dezember 1869 wurde nach rund dreijähriger Bauzeit auch der zweite Ab-

schnitt von Ditzingen bis Weil der Stadt in Betrieb genommen, der aufgrund der Topographie – er bedurfte schon hinter Ditzingen großer Einschnitte und Dämme – aufwendiger herzustellen war. Unter den größeren Kunstbauten entstand auf Ditzinger Markung die Eisengitterbrücke über die Glems und den damaligen Vizinalweg von Ditzingen nach Leonberg mit einer lichten Weite von 20 m, einer Stützweite von 21,2 m sowie Gitterträgern von 2,076 Metern mittlerer Höhe. Erbaut wurde sie von der Maschinenfabrik Esslingen.²⁶

Die weiteren Arbeiten wurden durch den Deutsch-Französischen Krieg zunächst unterbrochen. Am 20. Juni 1872 wurde dann auch der Abschnitt Weil der Stadt–Calw eröffnet. Die gesamte Schwarzwaldbahn war von vornherein als Hauptbahn trassiert, Tunnel und Brücken grundsätzlich für den zweigleisigen Betrieb ausgelegt. Die Strecke blieb aber – mit Ausnahme des Teilstücks zwischen Althengstett und Calw – vorläufig eingleisig.



Das Bahnhofsgebäude im Jahr 1932 (oben) und Grundriss des Erdgeschosses auf einem Plan von 1882.



Der Bahnhofsvorplatz um 1960. Rechts das Empfangsgebäude, links die Bahnhofsgaststätte (Stuttgarter Straße 45).

Ditzingen und sein Bahnhof

Erst 1886 erhielt die Station in Ditzingen die offizielle Bezeichnung »Bahnhof«. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde sie sukzessive zurückgestuft und schließlich als Nebendienststelle zuerst dem Bahnhof Korntal, dann Leonberg bzw. Stuttgart-Zuffenhausen angegliedert.²⁷

Letztes sichtbares Zeugnis der Gründungszeit ist das nach § 2 Denkmalschutzgesetz Baden-Württemberg als Kulturdenkmal ausgewiesene Empfangsgebäude aus dem Jahr 1868. Der traufständige Quaderbau mit Attikageschoss zeigt mit seinen Sandsteingewänden an Fenstern und Türen Anklänge an die Bauformen des Klassizismus. Es handelt sich um einen sogenannten Typenbau nach Einheitsbauplänen des K. Eisenbahn-Hochbauamts in Stuttgart, der mehr oder weniger baugleich, wenn auch in der Materialwahl abweichend, in Korntal, Renningen und Althengstett errichtet wurde. Im Vergleich dazu fielen die Stationsgebäude der Oberamtsstadt Leonberg, in Weil der Stadt und

natürlich am Knotenpunkt Calw ungleich repräsentativer aus. Als reiner Durchgangsbahnhof hatte Ditzingen keine überregionale Bedeutung. Wesentliche Erweiterungen oder ein Neubau waren auch in späteren Jahren nicht nötig. Das Gebäude blieb – abgesehen von kleineren Anbauten – über die Jahrzehnte nahezu unverändert.

Im Erdgeschoss befanden sich eine Vorhalle, Wartesäle 1./2. und 3. Klasse, Fahrkartenschalter, Post- und Telegraphenbüro. Im Übrigen war das Gebäude dienstlichen und wohl auch Wohnzwecken vorbehalten. Für Reisebedarf wurde 1922 auf dem Vorplatz ein Verkaufsstand – das Bahnhofsstände – eröffnet.²⁸ Seit 1958 gab es eine Bahnhofsgaststätte in der früheren Lagerhalle Stuttgarter Straße 45, die allerdings im Zuge der Neugestaltung des Bahnhofsareals zugunsten des Busbahnhofs abgerissen wurde.²⁹

Über die ersten rund 50 Betriebsjahre liegen bislang nur wenige Erkenntnisse vor. Die städtische Aktenüberlieferung setzt im Wesentlichen erst um die Jahrhundert-

wende ein. Auch wenn wir davon ausgehen können, dass die Bahnstrecke im Personenverkehr durchaus florierende, bemühte sich das Schultheißenamt immer wieder um Angebotsverbesserungen. So bat Schultheiß Wilhelm Stähle 1907 im Auftrag einer Bürgerversammlung in einem Gesuch um »weitere Zugverbindungen zwischen Stuttgart bzw. Zuffenhausen und Leonberg sowie um Anhalten des Schnell- bzw. Eilzugs nachmittags nach Kalw«. Eine zusätzliche Verbindung solle zudem den Kindern aus Ditzingen, Höfingen und Leonberg, die die Korntaler Schulen besuchten, ermöglichen, zum Mittagessen nach Hause zu kommen, und somit weiteren Kreisen eine weiterführende Schulbildung erschließen.³⁰

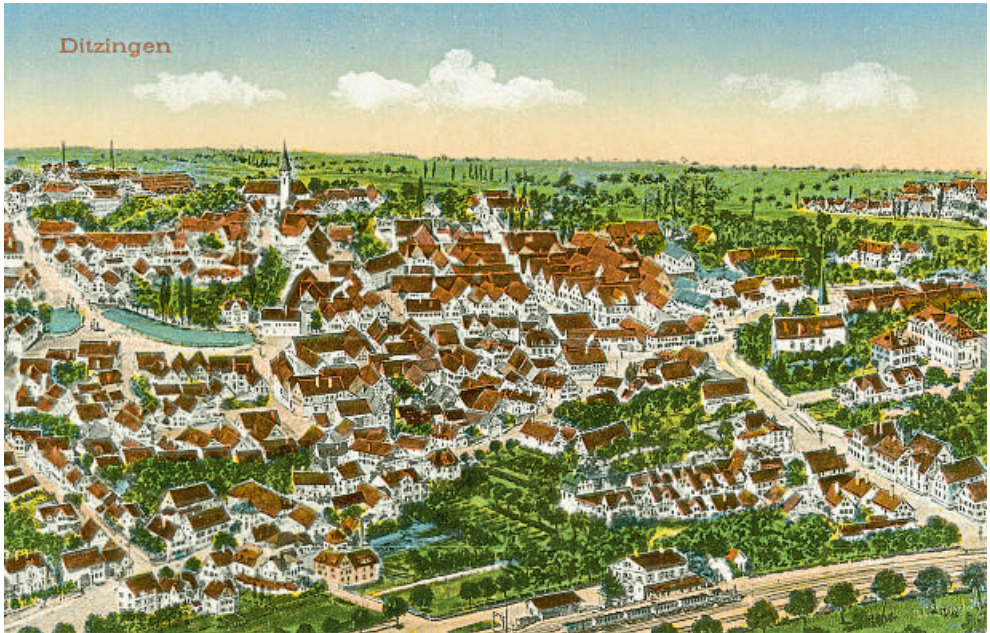
Gesuche dieser Art wurden von der Königlichen Eisenbahndirektion in der Regel zurückgewiesen, entweder unter Hinweis auf die ohnehin angespannte Fahrplansituation oder weil aus ihrer Sicht kein Bedürfnis vorlag. Die »Führung unrentabler Züge« lehnte sie »mit Rücksicht auf die Finanzlage« ab.³¹ Letztere war auch der Grund, warum die Reichsbahn den Takt nach dem Ersten Weltkrieg noch weiter ausdünnte und unter anderem Züge in Tagesrandlage strich, denn der Verzicht auf Spätzüge ermöglichte die Verkürzung der Dienstzeiten und damit Einsparungen an Personal- und Sachkosten.³²

Die Ditzinger Firmen führten Beschwerde über das unzureichende Angebot im Arbeiterverkehr. Das Metallwerk Ditzingen etwa monierte, das Fehlen von Früh- und Spätzug sei »für die Industrie direkt schädigend und jede Entwicklung hemmend«. Auch die Vereinigte Wachwarenfabrik (heute LOBA) wies auf die »die ordentliche Weiterführung [des] Betriebes sehr erschwerenden und recht misslichen Zugverbindungen von Stuttgart nach Ditzingen und zurück« hin. Man müsse, da in Ditzingen selbst nicht in ausreichender Zahl kaufmännische Angestellte zu bekommen seien, auch auf Kaufleute mit Wohnsitz in Stuttgart, Feuerbach

und Zuffenhausen zurückgreifen, die jedoch wegen der schlechten Zugverbindungen die tariflich vereinbarten Arbeitszeiten nicht einhalten könnten.³⁴ Ganz ähnlich argumentierten die Ziegelwerke Schaible & Cie., die sich vergebens für frühere und spätere Zugverbindungen eingesetzt hatten. Auch hier wurden infolge einer Erweiterung des Betriebs in den 1920er Jahren Facharbeiter aus Stuttgart angeworben, die aufgrund der schlechten Zugverbindungen ihre Arbeit erst um 10 Uhr aufnehmen konnten.³⁵

Die weitgehend übereinstimmenden Argumente deuten auf eine enge Abstimmung unter den Unternehmensleitungen, vermutlich auch mit der Gemeindeverwaltung hin. Der Mangel war jedenfalls offensichtlich. Die Arbeitnehmer bewiesen – nicht zuletzt aufgrund der Wohnungsnot – eine hohe Standorttreue und behielten meist auch bei einem Stellenwechsel ihren Wohnsitz in den Industriezentren Stuttgart, Feuerbach, Zuffenhausen und Cannstatt bei. Wenn sich in der Peripherie neue Industrien entwickelten oder bestehende Unternehmen ihre Produktionskapazitäten erweitern wollten, hatten sie Probleme, überschüssige Arbeitskräfte aus den Industriezentren abzuführen.³⁶ Automobilität war die Sache einiger weniger Privilegierter und kam als Alternative nicht in Frage. Die Reichsbahn war nicht in der Lage oder willens, diesem Problem durch die Bereitstellung zusätzlicher Zugleistungen abzuwehren.

Außer Defiziten im Berufsverkehr wurden übrigens schon früh auch Mängel im Freizeitverkehr thematisiert. Das betraf zum einen den Wegfall der abendlichen Theaterzüge von Stuttgart: Die Teilnahme an »öffentlichen Vorträgen und Versammlungen und der Besuch des Theaters [sei] ganz unmöglich«, klagte der Gemeinderat schon 1919.³⁷ Eine Feststellung, die auch der Unternehmer Julius Schaible teilte, als er kritisierte, dass man keinen Abend zu Fortbildungsveranstaltungen, Konzert- oder Theaterbesuchen in Stuttgart verbringen könne.³⁸



*Ditzinger Stadtansicht mit dem Bahnhof im Vordergrund.
Postkarte aus der Zeit um 1920 nach einer Lithographie von Johannes Dreyschütz.*

Ein anderer Aspekt war der Ausflugsverkehr in den Schwarzwald. Der Ditzinger Bahnhof, so Schultheiß Veit, habe ein Hinterland von 20 000 Einwohnern, die sich wegen der ungünstigen Reiseverbindungen zur Schwäbischen Alb vor allem zum Schwarzwald hin orientierten. Für die überwiegend im Württembergischen Schwarzwaldverein organisierten Wanderfreunde forderte das Schultheißenamt einen zusätzlichen Halt des Sonntagsvormittagszugs von Stuttgart nach Calw in Ditzingen. Die Reichsbahndirektion Stuttgart lehnte dieses Ansinnen strikt ab, da es sich um einen Fernverkehrszug handle, der nicht in allen Orten halten könne, zumal die Handelskammer Calw ohnehin schon über die vielen Zughalte zwischen Calw und Zuffenhausen klage.³⁹

In der zweiten Hälfte der 1920er Jahre kam es immerhin zu deutlichen Verbesserungen im Pendlerverkehr. Der entscheidende Druck auf die Reichsbahn kam

jedoch aus einer ganz anderen Richtung: Ende 1926 ging die damals noch eigenständige Städtische Straßenbahn Feuerbach in Betrieb und schloss die Gemeinden Weilimdorf und Gerlingen an den Bahnhof Feuerbach an.⁴⁰ Planungen für eine Straßenbahnverbindung bis Gerlingen hatte es schon seit 1912 gegeben, waren aber durch den Ersten Weltkrieg und die anschließende Inflationszeit zum Erliegen gekommen und wurden erst 1925 wieder aufgenommen – gerade auch wegen der schlechten Verbindungen auf der Schwarzwaldbahn, zu deren Einzugsbereich die genannten Ortschaften gehörten. Ditzingen zeigte sich wegen der »zentralen Lage der Gemeinde im Strohgäu und ihrer gewerblichen und industriellen Entwicklung« ebenfalls interessiert, wenngleich die direkte Einbeziehung in das Straßenbahnnetz aus finanziellen Gründen vorläufig nicht in Frage kam. Der Ditzinger Gemeinderat befürwortete jedenfalls eine Linienführung vom Löwenmarkt durch die

Weilimdorfer Hauptstraße zum Ortsausgang nach Korntal und von dort nördlich und westlich des Fasanengartens nach Gerlingen⁴¹ – eine Trassenvariante, die keineswegs unrealistisch war, denn dort, wo die Stadtbahnlinie 6 heute die Stadtteile Wolfbusch, Giebel und Gerlingen-Gehenbühl erschließt, war noch ganz überwiegend Ackerland; Bergheim bestand nur aus dem gleichnamigen Hof.

Bestrebungen zum Bau einer Straßenbahn gab es auch im Norden Stuttgarts. Seit der Zeit um 1900 bemühte man sich um eine bessere Anbindung von Kornwestheim und Ludwigsburg. Die an der Bahn interessierten Gemeinden gründeten 1927 den Gemeindeverband »Elektrobahnen Feuerbach–Ludwigsburg«. Projektiert war eine zweigleisige Überlandstraßenbahn von Feuerbach über Zuffenhausen, Stammheim und Kornwestheim nach Ludwigsburg. Für die Konzessionierung riefen die Interessenten gemeinsam mit den SSB die »Straßenbahn Feuerbach–Ludwigsburg GmbH« ins Leben. Das Projekt wurde zwar nie realisiert, als Reaktion auf die Planungen hatte die Reichsbahn aber noch 1926 auf der Relation Stuttgart–Ludwigsburg einen Halbstundentakt mit modernen Triebwagen eingerichtet.

Der Ditzinger Schultheiß Hans Veit beantragte daraufhin den Einsatz von Triebwagen nach Ludwigsburger Vorbild auch auf der Schwarzwaldbahn und, da zwischen Ditzingen und Calw ein reger Geschäftsverkehr bestehe, einen zusätzlichen Halt der Eilzüge in Ditzingen. Sollte die Reichsbahn dieser Forderung nicht nachkommen, werde man die Straßenbahnverbindung nach Feuerbach unterstützen.⁴² Zustimmung kam vom Schultheißenamt Weilimdorf, das sich gleichfalls für einen Stundentakt mit Triebwagen und ein gemeinsames Vorgehen der betroffenen Gemeinden aussprach⁴³, um den Druck auf die Bahndirektion zu erhöhen.

Diesmal war die Ditzinger Kommunalpolitik erfolgreich: Zum 1. Februar 1927 nahm die Reichsbahn tatsächlich den Vorortverkehr mit Triebwagen zwischen Stuttgart und Leonberg auf und verkürzte damit die Fahrzeit zwischen den beiden Städten auf 35 Minuten.⁴⁴ Die Züge hielten auf sämtlichen Unterwegsbahnhöfen mit Ausnahme von Stuttgart-Nord. Zum Einsatz kamen sogenannte Maybach-Wagen, Dieseltriebwagen mit mechanischem Getriebe der schweren Bauart mit einer Motorleistung von 150 PS und einer Höchstgeschwindigkeit von 60 km/h. Sie wurden von der Waggonfabrik Wismar entwickelt und ab Mitte 1926 an die Reichsbahn ausgeliefert.⁴⁵

Die RBD Stuttgart nahm die beiden ersten Triebwagen im November 1926 in Betrieb. Im zuständigen Bahnbetriebswerk Stuttgart-Rosenstein waren Anfang der 1930er Jahre drei Wagen der Baureihe beheimatet (853, 854, 857).⁴⁶ Die VT 853 und 854 legten im Vorortverkehr täglich rund 350 km zurück und fuhren zur Auffüllung von Fahrplanlücken teilweise auch über den Nahbereich hinaus bis Weil der Stadt.⁴⁷ Bei einem anfänglichen Einsatz ohne Anhang verfügten sie über eine Kapazität von 71 Sitzplätzen in der 3. und 4. Klasse sowie 35 Stehplätzen in der 4. Klasse.⁴⁸ Der enorme Zuspruch erforderte aber schon bald eine Angebotserweiterung, meist in Form von zwei zweiachsigen Mitteleinstiegswagen württembergischer Bauart, die an die Triebwagen angehängt wurden.⁴⁹

Weitere Taktverbesserungen brachte der Einbau des zweiten Gleises zwischen Ditzingen und Leonberg 1930/32 und zwischen Korntal und Ditzingen 1938 im Rahmen einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme. 1939 wurde die Strecke bis Weil der Stadt elektrifiziert. Eine Weiterführung der Oberleitungen bis Calw war geplant und noch im Generalverkehrsplan von 1952 ausgewiesen, wurde jedoch nicht mehr ausgeführt.



Wartende Reisende am Bahnhof Ditzingen vor dem Ausbau für die S-Bahn.

Die S-Bahn

Die Pendlerbewegung von Ditzingen nach Stuttgart blieb auch nach dem Zweiten Weltkrieg bedeutend. Anhand der im Stadtarchiv überlieferten Gewerbesteuerausgleichsakten lässt sich die Zahl der in Stuttgart beschäftigten Auspendler annähernd feststellen. 1956 waren in den Stuttgarter Betrieben mit fünf oder mehr Beschäftigten aus Ditzingen 593 Personen registriert, zusätzlich 31 bei Salamander in Kornwestheim und elf bei Bleyle in Ludwigsburg, wobei anzunehmen ist, dass die Mehrzahl noch immer auf die Bahn als Transportmittel angewiesen war. Die Betriebsstandorte waren in erster Linie in Feuerbach, Zuffenhausen und Stammheim.⁵⁰ Im gleichen Jahr arbeiteten aus Hirschlanden 185 Personen in Stuttgart und 25 in Korntal⁵¹, von denen die meisten für den täglichen Arbeitsweg ebenfalls die Bahn von Ditzingen aus nutzten. Insgesamt können wir somit schon damals von werktäglich rund 1000 Auspendlern ausgehen.

Seit der zweiten Hälfte der 50er Jahre dominierten die Strecke lokbespannte Züge mit Lokomotiven der Baureihe E 41 bzw. 141 und n-Wagen (»Silberlinge«). Daneben kamen auch die eigens für die Großstadtregion Stuttgart entwickelten und ab 1933 ausgelieferten elektrischen Triebwagen der Baureihe ET 65 (ab 1968: 465) zum Einsatz, die in ihrer Qualität und Taktfolge den S-Bahn-Betrieb bereits vorwegnahmen. Sie waren im Stuttgarter Vorortnetz 45 Jahre lang – bis zum 30. September 1978 – im Einsatz.⁵²

Der Begriff »S-Bahn« bezeichnete seit etwa 1930 die Gesamtheit der elektrifizierten Stadt-, Ring- und Vorortbahnen in Berlin und wurde in den 1960er Jahren auf die neu entstehenden Nahverkehrssysteme der Bundesbahn übertragen.⁵³ Für Stuttgart lassen sich die Vorarbeiten für ein Schnellbahnnetz im Grunde genommen bis zu den Wiederaufbauplanungen der unmittelbaren Nachkriegszeit zurückverfolgen. Schon der Verkehrswissenschaftler Carl Pirath, der



*Triebwagen der Baureihe ET 420 im Bahnhof Ditzingen, um 1980.
Rechts das inzwischen abgebaute Ladegleis der Südzucker AG.*

1946 die Generalplanung für Stuttgart ausarbeitete, prognostizierte eine erhebliche Ausweitung des schienengebundenen Vortortverkehrs.⁵⁴ Im Zusammenhang mit der geplanten Verlagerung der Wohnquartiere vom Stadtzentrum in die Außenbereiche konkretisierten sich auch erstmals Pläne zum Bau einer Schnellbahn zwischen der Landeshauptstadt und den Fildern und einer unterirdischen Schleife⁵⁵, wie sie dann dreißig Jahre später tatsächlich realisiert wurde.

Am 3. Dezember 1968 vereinbarten das Land Baden-Württemberg und die Bundesbahn das Rahmenabkommen zum S-Bahn-Bau. Die Bauzeit für die S-Bahn-Stammstrecke inklusive Untertunnelung der Stuttgarter Innenstadt betrug rund sieben Jahre. Mit dem Betriebsbeginn am 1. Oktober 1978 – am gleichen Tag trat der neue Tarif- und Verkehrsverbund Stuttgart (VVS) in Kraft – bestand ein Teilnetz von 65 Kilometern, das von Weil der Stadt, Ludwigsburg und Plochingen bis zur Schwabstraße reichte. 1980/81 kamen die Strecken nach Bietig-

heim, Marbach, Backnang und Schorndorf dazu, 1985 die Uni-Trasse über Vaihingen mit Einfädelung in die alte Gäubahnstrecke nach Böblingen, 1992/93 der Abzweig zum Flughafen und die Verlängerung der Böblinger Strecke bis Herrenberg. Ditzingen war als Station an der S 6 Schwabstraße–Weil der Stadt von Anfang mit einbezogen.

Für das neue System wurden leistungsfähige Fahrzeuge mit einer angemessenen Höchstgeschwindigkeit und hohem Brems- und Beschleunigungsvermögen beschafft, die bei kurzen Stationsabständen eine schnelle und bequeme Beförderung ermöglichen. Viele Türen und möglichst höhengleiche Bahnsteige – bis Mitte der 70er Jahre konnte von eigentlichen Bahnsteigen kaum die Rede sein – sollten für einen schnellen Fahrgastwechsel sorgen. Bei der Fahrzeugbestellung fiel die Wahl auf elektrische Triebwagenzüge der Baureihe ET 420, eine Entwicklung der 60er Jahre, die für die S-Bahn München konzipiert und anlässlich der Olympischen Spiele 1972 erstmals

eingesetzt wurden⁵⁶ und außer in Stuttgart später auch im Frankfurter S-Bahn-Netz Dienst taten. 1999 folgte die Baureihe ET 423, die ab 2013 durch die Nachfolge-Baureihe ET 430 ersetzt wurde.

Die Entwicklung der Fahrgastzahlen unterstreicht die Bedeutung des Personenverkehrs für den Ditzinger Bahnhof: Ende der 30er Jahre wurde er von wenig über 1000 Fahrgästen täglich genutzt. Zum 100-jährigen Jubiläum 1968 waren es etwa 4000⁵⁷, heute steigen rund 8000 Personen täglich in Ditzingen ein und aus.

Güterverkehr

Der Gütertransport war in der Anfangszeit der Bahn noch vor der Personenbeförderung ihr wichtigstes Standbein. Die Schwarzwaldbahn sorgte insgesamt für eine Belebung von Handel und Handwerk. Als mögliches Frachtgut aus dem Oberamtsbezirk Leonberg und angrenzenden Gebieten wurden in den Verhandlungen der Abgeordnetenkammer Werksteine, Gips und Holz genannt.⁵⁸ Von wirtschaftlicher Bedeutung waren namentlich die Gipsvorkommen bei Eltingen, die Sandsteinbrüche in Renningen und Gerlingen, bei Hausen an der Würm und Heimsheim sowie nicht zuletzt die Lettenkohlsandsteinbrüche in Hirschlanden, Schöckingen und Hemmingen, die ebenfalls explizit aufgeführt wurden. Von Renningen aus, der bedeutendsten Steinbrecher-Gemeinde im Oberamt, passierten vor dem Bahnbau oft 40 bis 50 Wagenladungen Steine täglich die Stadt Leonberg auf dem Weg nach Stuttgart oder zur Bahnverladung in Feuerbach.⁵⁹ Gerlingen, wo die Steinbruchindustrie rund 100 Personen Arbeit bot, lieferte jährlich fast 60 000 Zentner roter Keuperwerksteine und Platten nach Stuttgart, Cannstatt, Ulm usw.⁶⁰

Auch die Verladung von landwirtschaftlichen Produkten spielte eine wichtige Rolle.

Ein Magdeburger Händler exportierte schon in der ersten Hälfte der 1860er Jahre aus dem Oberamt Leonberg Hunderte von Mastochsen über die Bahnhöfe Ludwigsburg, Bietigheim und Vaihingen nach Nord- und Mitteldeutschland. Die Bauern des Strohgäus verkauften ihr halbfettes Vieh auf den Märkten von Bietigheim und Vaihingen. Bietigheim, wo sich die Westbahn nach Bruchsal und Karlsruhe und die Frankenbahn in Richtung Heilbronn und Würzburg trennen, hatte sich zu einem wichtigen Eisenbahnknotenpunkt entwickelt und durch die Bahn »außerordentlich gewonnen«, wie es in einem Bericht der volkswirtschaftlichen Kommission der Kammer der Abgeordneten aus dem Jahr 1865 hieß.⁶¹ Dieses Potential wollte man auch mit der Schwarzwaldbahn erschließen.

Im Eröffnungsjahr 1868 verkehrten zwei Güterzüge täglich und beförderten Frachtgut zwischen Stuttgart und Ditzingen.⁶² Der Abschnitt Ditzingen–Zuffenhausen erhielt vom Volksmund die Bezeichnung »Milchstraße«⁶³ oder »Milchbähnle«, denn Ditzingen war die zentrale Sammelstelle für die Milchtransporte aus dem nordöstlichen Oberamt Leonberg.⁶⁴ Auch Feldfrüchte kamen natürlich auf die Bahn, nach dem Ersten Weltkrieg zum Beispiel Steckrüben für die Kaffeeersatz-Produktion der Fa. Heinrich Franck Söhne in Ludwigsburg.⁶⁵



Milchverladung im Bahnhof Ditzingen.

Eine aufschlussreiche Quelle für den landwirtschaftlichen Warenverkehr haben wir in den Rechnungsbelegen und Frachtbriefen des Darlehnskassenvereins Hirschlanden, die in einzelnen Jahrgängen im Ditzinger Stadtarchiv überliefert sind.⁶⁶ Der Darlehnskassenverein, später in der Volksbank Ludwigsburg aufgegangen, war nicht nur Bank, sondern fungierte auch als landwirtschaftliche Bezugs- und Absatzgenossenschaft für die Hirschlander Bauern. Wir finden – nur als Beispiel – unter den Lieferungen an den Ditzinger Bahnhof im Jahr 1922: Saatgut (Rote Oberndorfer Runkeln; Ausstich Rotklee und Luzerne; Saatweizen) ab Ludwigsburg von der Kaufstelle des Verbands landwirtschaftlicher Genossenschaften in Württemberg; Kunstdünger, namentlich Kalkstickstoff von den Bayerischen Stickstoffwerken in Trostberg, Kalisalz aus Vacha/Thüringen, Kainit der Gewerkschaft Ellers in Neuhoof, Kr. Fulda, und aus Volpriehausen im Solling nordwestlich von Göttingen; Natronsalpeter aus Hemmingen bei Hannover; Thomaschlackenmehl aus Esch, dem Zentrum der luxemburgischen Eisen- und Stahlindustrie; Buchenholz (Bauholz und Brennholz) vom Tegernsee sowie Weichfaserbindegarn aus dem Lagerhaus Ulm des Verbands landwirtschaftlicher Genossenschaften in Württemberg.⁶⁷ Natürlich lassen sich die Verkehrsbeziehungen so nur exemplarisch abbilden; sie waren aber weitverzweigt und reichen weit über Württemberg hinaus.

Der eigentliche Güterbahnhof mit Laderampe befand sich an der Nordseite der Bahnanlagen im Bereich des jetzigen Gewerbeneubaus Stuttgarter Straße 41. Einrichtungen zur Lagerung und Verladung von Stück- und Schüttgut verteilten sich aber auf das gesamte Areal beiderseits der Trasse. Wo sich heute das »Bahnhof Center« mit Parkhaus und Supermarkt befindet, standen Lagerschuppen verschiedener Firmen, z. B. des Ditzinger Darlehnskassenvereins (ein Vorläuferinstitut der Volksbank Leon-

berg-Strohgäu), des Weinhändlers Heinrich Schmalzriedt⁶⁸, des Baumaterialien-großhandels Wilhelm Schachner⁶⁹ und des Kaufmanns Karl Schaible, der 1939 für seine Kohlenhandlung einen Kohlenschuppen errichten ließ.⁷⁰ Weiterhin wurde 1907 an der Bahnhofsnordseite (östlich des Empfangsgebäudes etwa auf der Höhe des heutigen Aufzugsturms) im Auftrag der K. Generaldirektion der Posten und Telegrafien in Stuttgart ein einstöckiger Postschuppen errichtet.⁷¹

Den Transport von Fracht-, Eil- und Expressgut zwischen Güterbahnhof und Endkunden besorgte seit 1933 im Auftrag der Reichs- bzw. Bundesbahn der bahnamtliche Rollfuhrunternehmer Hermann Keller⁷², dessen Einzugsbereich 1959 auf die Gemeinde Gerlingen, später auch auf Höfingen, Hirschlanden und Schöckingen ausgedehnt wurde und 1973 rund 45 000 Einwohner umfasste.⁷³ Die Firma ließ 1955 auf dem Bahngelände unmittelbar an der Stuttgarter Straße einen Lagerschuppen mit Lagerraum und Mehllager sowie zwei Büroräumen und Rampe zur Bahnhofsseite errichten (Stuttgarter Straße 45). Lagerhalle und Betrieb wurden mehrfach vergrößert. 1989 endete die Beauftragung durch die Deutsche Bundesbahn. Als Speditionsunternehmen besteht die Firma weiter. Auf dem gegenüber dem damaligen Firmensitz (Johannes-Fuchs-Straße 10) zwischen Calwer Straße und Bahntrasse gelegenen Platz entstand 1991 eine größere Lagerhalle, wobei die bisherigen Gütergleise entfernt und überbaut wurden.⁷⁴ Einige Jahre später wurde der Sitz der heutigen »Keller Group« mit Logistikzentrum (2000) und Verwaltung (2001) in die Dieselstraße verlegt.⁷⁵

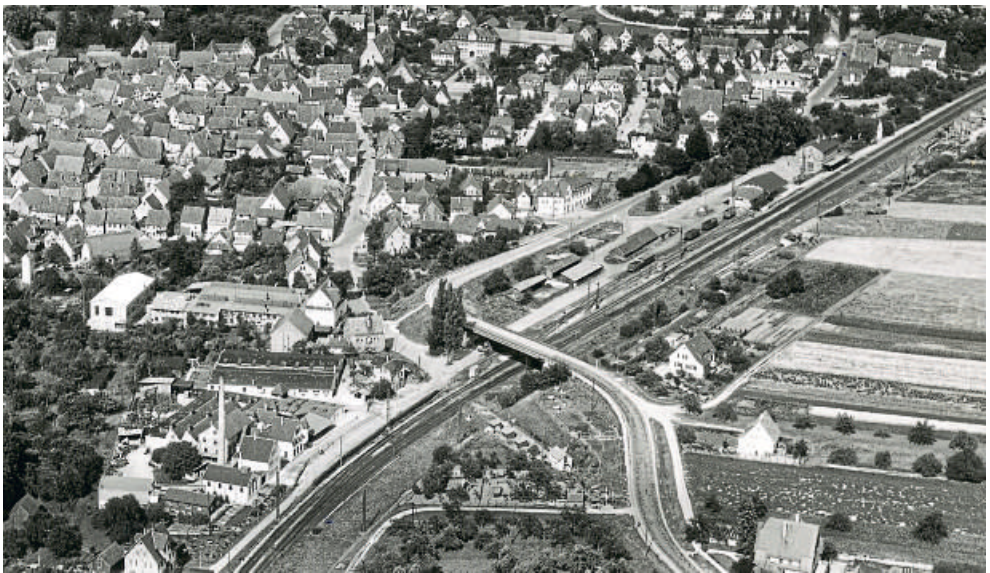
Noch anlässlich des 100-jährigen Jubiläums der Schwarzwaldbahn 1968 berichtete der »Ditzinger Anzeiger« von einer Steigerung des Expressgutverkehrs; für die Zukunft bestünden »klare Vorstellungen, welche Aufgaben auf diesen Bahnhof in den nächsten Jahren zukommen«, nämlich

neben der Aufnahme des S-Bahn-Verkehrs eben auch der Ausbau der Güterverkehrsanlagen.⁷⁶ Tatsächlich war das Güteraufkommen rückläufig. Zum 1. Juni 1976 wurde die Abfertigungsbefugnis für den Stückgutverkehr aufgehoben⁷⁷, Anfang der 80er Jahre die größtenteils abgängigen Lagerschuppen beseitigt.⁷⁸ Dennoch verwahrte sich die Bundesbahndirektion noch 1981 gegen Pläne der Stadt zur Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes und Einrichtung einer P+R-Anlage; das Gelände müsse vielmehr auch künftig der Abwicklung des Güterverkehrs vorbehalten bleiben.⁷⁹

Industriegebiet Leonberger Straße

Wichtiger als die kleinen Händler mit ihren Lagereinrichtungen am Güterbahnhof waren als Güterkunden die großen Industriebetriebe, die in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg entlang der Leonberger Straße in Ditzingen erstem Industriegebiet ent-

standen. Traditionsreichster Betrieb dort war die Johs. Fuchs KG, gegründet durch den Schmiedemeister Johannes Fuchs, der seit 1888 in Hemmingen einen dörflichen Handwerksbetrieb geführt hatte und 1904 in Ditzingen in Bahnnähe im Gebäude der früheren Stoffschuhfabrik von Johannes Sticklel mit der Herstellung von schmiedeeisernen Stalleinrichtungen begann. Nach Übernahme durch die Söhne Otto und Karl Fuchs wurde der Betrieb 1921 auf das Grundstück Leonberger Straße 46/48 verlegt.⁸⁰ Zu den Stalleinrichtungen kamen später landwirtschaftliche und Baumaschinen. 1950 wurde der erste Dunglader produziert, 1952 der erste Kleinbagger, der sich zum Exportschlagler entwickelte. Der Arbeitskräftemangel in der Region Stuttgart zwang die Unternehmensleitung allerdings schon bald, einen Teil der Produktion ins badische Mingolsheim zu verlegen. In Ditzingen verblieben nur die Verwaltung und ein Betrieb mit vorläufig ca. 200 Beschäftigten.⁸¹ Der Bau des fünfgeschossigen Verwaltungsgebäudes an



Der Bahnhof Ditzingen 1954, nach Beseitigung des schienengleichen Übergangs an der Leonberger Straße. Vorne links die Vereinigten Wachswarenfabriken, dahinter die Johs. Fuchs KG. Die Bahnhofsüdseite ist noch weitgehend unbebaut.

der Leonberger Straße (1960, »Fuchsbau«) war noch einmal ein deutliches Bekenntnis zum Standort Ditzingen (Werk I). Aber am 1. Januar 1984 endete dort die Produktion⁸², später wurde auch die Verwaltung abgezogen. Auf dem ehemaligen Industrieareal entstand ein Einkaufszentrum.

Wir wissen, dass die Firma Fuchs zeitweilig per Bahn angedient wurde. Einzelheiten liegen uns dazu leider nicht vor. Aus den Gemeinderatsprotokollen ist aber bekannt, dass das Unternehmen nach dem Ersten Weltkrieg die Erlaubnis erhielt, auf dem vor dem Fabrikareal gelegenen Gemeindeplatz Eisenbahnwaggons zu be- und entladen.⁸³ Das dort verlaufende Anschlussgleis wiederum gehörte eigentlich der benachbarten Wachwarenfabrik, die 1917 durch den Chemiker Rudolf Ungerer auf dem älteren Fuchsareal an der Leonberger Straße gegründet worden war und 1921 in den Besitz der Handels- und Gewerbebank Heilbronn übergang, ehe sie 1922 von den Fabrikanten Wilhelm Hornung und Max Fischer übernommen wurde. Die »Vereinigten Wachwarenfabriken AG Hornung und Dr. Fischer« (VEWA) produzierten Haushaltskerzen, Fußbodenbeizen und Fußbodenreiniger, Schuhcreme und Lederfett und waren um 1930 der größte Gewerbesteuerzahler der Gemeinde Ditzingen.⁸⁴ Das Anschlussgleis, 1918 noch in der Ära Ungerer verlegt⁸⁵, zweigte im Bereich des Güterbahnhofs von der Trasse der Schwarzwaldbahn ab. Auch hier sind Art und Umfang der Lieferungen per Bahn bislang nicht bekannt, auch nicht, wie lange das Anschlussgleis genutzt wurde.⁸⁶

Rübenverladung

Mit der Süddeutschen Zucker AG lag der wohl bedeutendste Güterkunde auf der Südseite der Bahnanlagen. Die Zuckerindustrie profitierte immens von dem durch den Eisenbahnbau eingeleiteten Veränderungs-

prozess. Produzierten die Bauern bislang überwiegend für die Eigenversorgung bzw. für den lokalen Markt, so ermöglichte das neue Transportmittel die Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte auch über eine größere Distanz. Der Deutsche Zollverein, zu dessen Gründungsmitgliedern 1834 auch das Königreich Württemberg gehörte, machte die deutschen Binnengrenzen durchlässiger. Auch wenn Württemberg kein Schwergewicht auf dem deutschen Zuckermarkt war (hier wurde vor dem Ersten Weltkrieg nur etwa 1 % des deutschen Rohzuckers produziert), so gab es doch bedeutende Produktionsstätten, die den überregionalen Markt bedienten und ihre Rohstoffe aus dem weiteren Umfeld per Bahnandienung bezogen.

Zu den ältesten Betrieben gehörte die Zuckerfabrik Böblingen, gegründet 1856 im Wesentlichen auf Initiative des Bankhauses Dörtenbach & Cie. unter Johann Georg Dörtenbach⁸⁷, der – wie wir eingangs gesehen haben – auch beim Bau der Schwarzwaldbahn eine wesentliche Rolle spielte. Im Hinblick auf den erwarteten Ausbau des Schienennetzes baute das Böblinger Werk von vornherein eine Verarbeitungskapazität von 200 000 dz Rüben auf, hatte aber wegen der schlechten Rohstofflage nur eine Auslastung von 50 Prozent. Das Unternehmen fuhr Verluste ein und hatte das Grundkapital bald aufgebraucht. Die entstandene finanzielle Schiefelage überstanden die Böblinger nur mit Hilfe der konkurrierenden Zuckerfabrik Heilbronn. Nach einem Brand der Fabrik beschloss die Gesellschafterversammlung im März 1907 die Liquidierung und teilweise Fusion mit der Zuckerfabrik Stuttgart, die ihrerseits im Zuge der Konzentration der Zuckerindustrie 1926 in der Süddeutschen Zucker AG aufging.⁸⁸

Das Strohgäu war in der Region ein Hauptanbauebiet für Zuckerrüben. Der Bahntransport in die Fabrik war für einen wirtschaftlichen Betrieb unabdingbar. Schon



Rübenzug im Bahnhof Ditzingen, um 1985.

vor Eröffnung der Bahnstrecke hatte die Böblinger Zuckerfabrik deshalb unmittelbar an das Ditzinger Bahngelände angrenzend große Flächen erworben und eröffnete im Februar 1869 eine »Rübenstation« mit Laderampe, die über 100 Jahre in Betrieb war.⁸⁹

1964 plante das Unternehmen zur Zentralisierung des Rübenumschlags eine Erweiterung der Anlage, über die nach der Aufgabe kleinerer Verladestationen in Leonberg und entlang der Strohgäubahn sämtliche Zuckerrüben aus dem Kreis Leonberg sowie aus den Gemeinden Hochdorf und Schwieberdingen zentral zur Verladung kommen sollten. Geplant waren ein Rübenlagerplatz mit einer Fläche von ca. 75 ar, ein Leitstand mit Wiege- und Entladeeinrichtung, Transformatorienhaus und Förderanlage für den Transport der Rüben zu den im Bahngelände bereitgestellten Waggons. Pro Stunde sollten bis zu 30 Schlepper abgefertigt werden. Die Kapazität war auf mindestens 180 000 dz ausgelegt. Angesichts der Selbst-

verladung durch manche Landwirte rechnete man aber mit einem Umschlag von bis zu 220 000 dz.

Während die betroffenen Bauern etwa auch aus Gerlingen, Schöckingen, Hirschlanden und Höfingen unter Führung des Bauernverbandes für das Projekt eintraten, das ihnen eine merkliche Senkung der Lagergebühren versprach⁹⁰, stießen die Pläne bei Anwohnern und im Gemeinderat auf wenig Gegenliebe. Mit den zu erwartenden »Belästigungen und Störungen« durch das erhöhte Fahrzeugaufkommen begründeten die Gemeindevertreter ihren ablehnenden Bescheid. »Sicherheit und Ordnung innerhalb des Gemeindegebietes Ditzingen im Bereich der Straßen werden durch die beabsichtigten Maßnahmen der Südd. Zucker AG bedroht«, hieß es in einer Stellungnahme⁹¹, und die Gemeinde Ditzingen als beteiligte Behörde und Straßenanlieger wandte sich »schärfstens gegen das beabsichtigte Bauvorhaben.«⁹²

Nicht zuletzt sprach sich auch die Regionale Planungsgemeinschaft Württemberg e. V. gegen die Pläne aus. Für sie war ein weiterer Grund die Gefährdung der Strohgäubahn, die durch die Verlagerung der Rübenverladung einen ihrer Hauptkunden verloren hätte. In einem Kompromissvorschlag erklärte sich die Süddeutsche Zucker AG bereit, zur Entlastung von Ditzingen die bisherigen Abnahmestationen Hemmingen und Weissach weiter zu betreiben. Doch auch dadurch hätten die Württembergischen Nebenbahnen als Betreiber der Strohgäubahn rund die Hälfte ihres Frachturnsatzes verloren und waren in ihrer Existenz bedroht.⁹³

Das Landratsamt wies das Baugesuch letztlich ab.⁹⁴ Das genaue Einstellungsdatum für den Betrieb war bisher nicht festzustellen. Die Stuttgarter Zuckerfabrik wurde Ende Juli 1971 geschlossen, nachdem ein Brand einige Jahre zuvor große Teile der Anlage zerstört hatte. In Ditzingen wurden Zuckerrüben aber nachweislich auch später noch verladen. Bei einer Besprechung⁹⁵ mit der Bundesbahndirektion Stuttgart über die Zukunft des Geländes wurde übrigens auch eine Verlegung des Betriebs innerhalb von Ditzingen und der Bau eines neuen Industriegleises in Erwägung gezogen. Die Stadtverwaltung schlug einen Platz westlich der Calwer Straße (in Richtung Tonmühle) und die Verlagerung der gesamten Güterabfertigung vor, was die Bundesbahnverwaltung allerdings aus betrieblichen Gründen ablehnte. Immerhin betonte Bürgermeister Scholder bei dieser Gelegenheit noch einmal die Bedeutung des Güterbahnhofs für Ditzingen und seine Nachbarkommunen, insbesondere Gerlingen, und dass »man nicht auf den Güterumschlag auf dem Bahnhof Ditzingen verzichten könne«.⁹⁶

Ende der 1970er Jahre verkaufte die Südzucker AG den ehemaligen Rübenlagerplatz an der Siemensstraße (Parzelle 1844/1) an den Reclam-Verlag, der dort 1979/80 seine Druckerei- und Lagereinrichtungen, einen

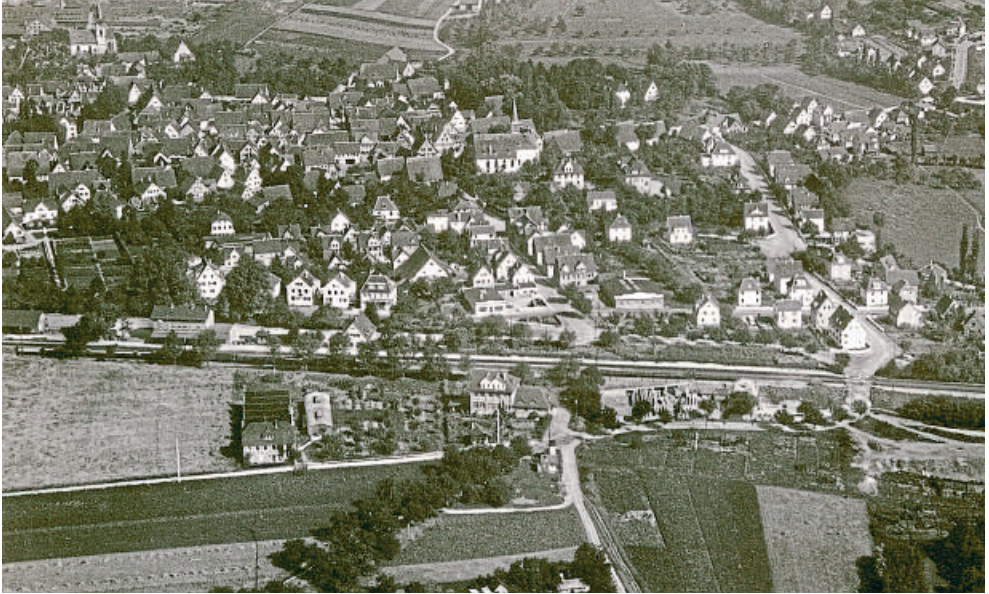
Anbau für den Graphischen Betrieb und zuletzt das eigentliche Verlagsgebäude errichten ließ.⁹⁷ Die Verladerampe wurde erst vor wenigen Jahren im Zuge der Neugestaltung des Bahnhofsareals beseitigt.

Industriegebiet Gerlinger Straße

Kurz nach dem Ersten Weltkrieg bemühte sich die Gemeindeverwaltung unter Bürgermeister Eugen Englert um Ansiedlung weiterer Industriebetriebe im Gewann Kelteräcker auf der Bahnhofsüdseite. Zu ihrer Erschließung war ein Industriegleis vorgesehen, das nach Süden hin etwa im Bereich der heutigen ARAL-Tankstelle die Gerlinger Straße queren⁹⁸ und anschließend entlang der Westseite des Vizinalwegs Nr. 8 verlaufen sollte (die Schuckertstraße in ihrem ursprünglichen Verlauf). Eine Planskizze davon, datiert auf den 21. Januar 1920, liegt im Stadtarchiv vor. Eine modifizierte Fassung, mit späterer Anschlussmöglichkeit über das Scheffzental ins Beutenfeld und die Steinröhre (in den Bereich des heutigen Gretsche-Unitas-Werks), wurde wohl 1924 angefertigt, als Bürgermeister Veit weitere Verhandlungen mit der Eisenbahnbauinspektion in Cannstatt führte.⁹⁹

Das für das Industriegebiet vorgesehene Areal war Eigentum der Zuckerfabrik, die Teile davon an die Baumschule Brecht verpachtet hatte.¹⁰⁰ Bei einem Grundstückstausch ging ein Teil des Geländes in den Besitz der Stadt über, wofür die Zuckerfabrik mit Ackerland am Maurener Berg zur Abrundung ihrer Anbaufläche um das Hofgut Mauer entschädigt wurde.¹⁰¹

Zur Ansiedlung meldeten sich mehrere Interessenten: darunter die Firmen Gebr. Eichelgrün, Stähle & Friedel, der Sägewerksbesitzer Roth aus Flacht¹⁰², eine nicht näher bezeichnete elektrotechnische Fabrik in Stuttgart sowie der bereits genannte Fabrikant Rudolf Ungerer (Gründer der Wach-



Die Postkarte aus der Zeit um 1930 zeigt die Bahnlinie mit dem Bahnhof am Ortsrand und südlich davon die ersten Bauten im Industriegebiet Gerlinger Straße.

warenfabrik an der Leonberger Straße).¹⁰³ Bei Eichelgrün handelte es sich vermutlich um die Stuttgarter Niederlassung des Feldbahnherstellers Martin Eichelgrün & Co. Sie interessierte sich für die pachtweise Überlassung des Industriegeländes als Lagerplatz, war aber auch bereit, den Platz zu kaufen und machte vage Aussichten auf den Bau einer Fabrik, wozu sie gegebenenfalls auch bereit sei, auf eigene Kosten ein Anschlussgleis legen zu lassen.¹⁰⁴

Den ersten Zuschlag erhielt allerdings die Druckerei Stähle & Friedel mit Hauptstandort an der Tübinger Straße in Stuttgart. Das Unternehmen, 1868 durch Carl Stähle in Stuttgart als Buch- und Steindruckerei mit Papierfabrik gegründet, firmierte nach Eintritt seines Schwagers Richard Friedel (1874) unter dem gemeinschaftlichen Namen. Stähle & Friedel spezialisierten sich später auf Industrie- und Werbedrucksachen und produzierten Papierwaren, Tüten, Briefbogen, Prospekte und Kataloge. Das von der Firma errichtete Gebäude existiert

in seinen Grundzügen bis heute, wurde aber schon kurz nach Fertigstellung 1923 an die Matratzenfabrik Schaible & Cie. (Schai-co) verkauft¹⁰⁵ und an beiden Seiten später durch Anbauten erweitert. Bei der Planung wurde auf das noch zu verlegende (aber nie realisierte) Industriestammgleis ausdrücklich Rücksicht genommen.¹⁰⁶

Im Februar 1924 führte die Gemeindeverwaltung Verhandlungen mit der Zelluloidfabrik Dätzingen. Das Unternehmen sah an seinem bisherigen Standort keine Erweiterungsmöglichkeiten und wollte den Sitz nach Ditzingen verlegen¹⁰⁷, wozu es allerdings nicht mehr kam. Dafür hatten sich neben Stähle & Friedel die Metallwerke Ditzingen angesiedelt, die die Liegenschaft ihrerseits 1924 an die Strickwarenfabrik Christian Ludwig Wagner KG in Calw verkauften.¹⁰⁸ Die ebenfalls erhaltene, markante Shedhalle zwischen Siemens- und Dornierstraße ging später an den Strickmodenhersteller Erhard & Entress über und ist jetzt Sitz der Firma Fensterbau Mack. Inwie-

weit der Bahnanschluss bzw. Zugang zum Bahngelände für das Unternehmen relevant war, lässt sich bis jetzt nicht feststellen, wie überhaupt die kurze Geschichte der Metallwerke Ditzingen noch wenig erforscht ist.

Ebenfalls auf der Südseite der Bahnanlagen befindet sich das wohl letzte bauliche Relikt aus der Geschichte des Ditzinger Güterbahnhofs: 1940 ließ der Kaufmann Heinrich Esslinger, der in Gerlingen einen Gemischtwarenladen betrieb und nebenbei mit Kohlen handelte, auf Parzelle 1841 zwischen den Bahngleisen und der Abfahrt zur Unterführung der Gerlinger Straße einen Kohlenlagerschuppen errichten¹⁰⁹, der bis heute existiert. Genutzt wird er durch einen Gebrauchtwagenhändler.

Hingewiesen sei im Bereich Güterverkehr letztlich noch auf die Latrinentransporte aus Stuttgart, ein etwas »anrühiges«, für die Landwirtschaft gleichwohl wichtiges Ladegut. »Latrine« bezeichnete einerseits die Sammelgruben für menschliche und tierische Exkremete, andererseits aber auch

die Ausscheidungen selbst, die die Bauern als stickstoffreichen Dünger auf die Felder ausbrachten. In Stuttgart hatte 1872 die städtische Latrinentalerungsanstalt ihren Betrieb aufgenommen. Da in der Stadt selbst das Düngen mit dem sogenannten »Abtrittdünger« aus hygienischen Gründen untersagt war, schloss die Stadtverwaltung 1874 mit der K. Eisenbahndirektion einen Vertrag über die Abfuhr, ließ entlang der Bahnstrecken bis in den Schwarzwald und ins Hohenlohische hinein Sammelgruben anlegen und verkaufte den Fäkaldünger waggonweise an die Kommunen, die ihn ihrerseits über einen von der Gemeinde eingesetzten Latrinenverwalter direkt aus den Gruben an die Bauern abgaben.¹¹⁰

An der Schwarzwaldbahn gab es Latrinengruben an den Bahnhöfen in Korntal, Ditzingen, Renningen, Schafhausen, Althengstett und Nagold. Das Geschäft versiegte im Allgemeinen Mitte des 20. Jahrhunderts mit dem Aufkommen der Schwemmkanalisation und der Umstellung auf Kunstdün-



Das historische Bahnhofsgebäude im Jubiläumsjahr 2018.

ger.¹¹¹ In Ditzingen war wohl schon früher Schluss: Im Stadtarchiv liegen die Akten der Latrinenverwaltung für die Jahre 1901 bis 1923 vor. Im Gemeinderatsprotokoll von 1937 heißt es, die Latrinengruben an der Gerlinger Straße hätten »seit einigen Jahren ihre Zweckbestimmung verloren«.¹¹² Irgendwann dazwischen muss der Betrieb eingestellt worden sein. Die Gruben wurden verfüllt und überbaut.

Zusammenfassung

In den 150 Jahren seines Bestehens durchlief der Ditzinger Bahnhof einen Funktionswandel. Der in den Anfangsjahren noch recht eingeschränkte Reisezugverkehr gewann durch die wachsenden Pendlerströme zu den Arbeitsstätten in Stuttgart und Feuerbach in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und nachher auch im Freizeitverkehr immer mehr an Bedeutung. Bei den Arbeitspendlern waren es schon früh nicht nur Aus-, sondern auch Einpendler, die in den Betrieben der prosperierenden Ditzinger Industrie, die sich vor allem entlang der Bahntrasse konzentrierte, Beschäftigung fanden. Beim Ausbau des Personenverkehrs lassen sich dabei zwei wesentliche Einschnitte fest-

stellen: zum einen die Elektrifizierung der Strecke und die Einbeziehung in den Stuttgarter Vorortverkehr um 1930, zum anderen die Aufnahme des S-Bahn-Betriebs 1978.

Bei der Industrieansiedlung gerade unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg spielte natürlich auch der Gütertransport eine Rolle, wenngleich sich bedingt durch Inflationszeit und Weltwirtschaftskrise der Standort nicht so stark entwickelte wie gewünscht. Für spätere Niederlassungen (zum Beispiel die Schraubenfabrik von Karl Mayer, die 1939 von Feuerbach nach Ditzingen verlagert wurde) gab dann eher schon die neue Autobahn den Ausschlag. Mehr noch gilt das für die Industrieansiedlungen nach dem Zweiten Weltkrieg. Der LKW hat dem Eisenbahnwaggon den Rang abgelassen. Die Güterbeförderung per Bahn ging in Ditzingen seit den 70er Jahren rapide zurück und wurde schließlich ganz eingestellt. Damit erfuhr auch das Bahnhofsumfeld eine grundlegende Transformation: Die ehemaligen Güterverkehrs- und Postflächen werden zum Handels- und Dienstleistungsstandort, der Bahnhof selbst mit der Inbetriebnahme des neuen zentralen Omnibusbahnhofs (Dezember 2017) und neuer P+R-Flächen zu einem modernen Knotenpunkt, der weit über die Kernstadt Ditzingen ausstrahlt.

Anmerkungen

- 1 Überarbeitete und ergänzte Fassung eines am 10. Oktober 2018 im Bürgersaal der Stadt Ditzingen gehaltenen Vortrags.
- 2 Franziska Kleiner: Rat macht sich stark für die Stadtbahn, in: Stuttgarter Zeitung, 28.06.2018; Thomas Durchdenwald: Region gibt grünes Licht für den SSB-Betriebshof, ebd., 12.07.2018.
- 3 Hans-Joachim Knufer: Die Württembergische Schwarzwaldbahn. Württembergs längste Gebirgsbahn, Hövelhof 2010, S. 72.
- 4 Glems- und Filder-Bote, 11.01.1868.
- 5 Beschreibung des Oberamts Leonberg, Stuttgart 1852, S. 106.
- 6 Ebd. S. 108.
- 7 1862 erhielt Ditzingen eine Postagentur, 1866 ein Postamt.
- 8 Allgemein dazu: G. von Morlok: Die Königlich Württembergischen Staatseisenbahnen. Rückschau auf deren Erbauung während der Jahre 1835–1889, Ravensburg 1890; Hans Kobschätzky: Die Königlich Württembergischen Staatseisenbahnen. Ihre Geschichte, Lokomotiven und Wagen in Wort und Bild, Stuttgart 1980.

- 9 Otto Supper: Die Entwicklung des Eisenbahnwesens im Königreich Württemberg, Stuttgart 1895, S. 29 ff.
- 10 Hellmut J. Gebauer: Calw. Geschichte einer Stadt, Calw 2008, S. 209.
- 11 Zu Dörtenbach vgl. Paul Gehring in: Neue Deutsche Biographie (NDB) 4 (1959) S. 38 f.; Hellmut J. Gebauer: Johann Georg Dörtenbach. Unternehmer, Bankier, Politiker 1795–1870, Calw 2013. Dörtenbachs unternehmerische Aktivitäten beschränkten sich jedoch keineswegs nur auf Calw: 1845 gründete er das Bankgeschäft Dörtenbach & Cie. in Stuttgart. 1846 gehörte er zu den Mitgründern der Maschinenfabrik Esslingen, dem wichtigsten Lieferanten für Rollmaterial der Württembergischen Staatseisenbahnen. Ihr blieb er als Vorsitzender des Verwaltungsrats bis an sein Lebensende eng verbunden. Als Mitglied des württembergischen Landtags (1829–1856) und der Frankfurter Nationalversammlung (1848/49) war seine Stimme in der Politik von einigem Gewicht.
- 12 Unter anderem: Gustav Zeller (Finanzrat): Denkschrift betreffend die Herstellung von Eisenbahnen im Württembergischen Schwarzwaldkreis, unterzeichnet von 21 Abgeordneten, 10.01.1863 an den König gerichtet (für die nördliche Trasse und eine möglichst kurze Verbindung Stuttgart–Pforzheim); Denkschrift betr. die Herstellung der Schwarzwaldbahn direkt von Stuttgart über Böblingen und Herrenberg, eventuell Nagold, bis auf die Höhe von Horb (12.12.1863, für die Trasse über Böblingen); Bahnen des Württembergischen Schwarzwaldes. Eine Denkschrift des Ingenieurs Pressel in Wien, erstattet an die Eisenbahn-Comité der Oberamtsbezirke Leonberg, Calw und Nagold (Stuttgart 1864) sowie dessen Zweite Denkschrift [...] als Entgegnung auf die gegen den Inhalt seiner ersten Denkschrift vom April 1864 erhobenen Einwürfe (Calw 1865), beide zugunsten der Trasse über Leonberg. Ein Überblick dazu in Otto Elben: Die Schwarzwaldbahn über Leonberg oder Böblingen? Stuttgart 1865.
- 13 Vgl. Günter Scholz: Die Industrialisierung in Böblingen, in: Sönke Lorenz, Günter Scholz (Hrsg.): Böblingen. Vom Mammutzahn zum Mikrochip, Böblingen 2003, S. 287–307.
- 14 Friedrich Gottlob Karl Frhr. Varnbüler von und zu Hemmingen (1809–1889) wurde 1864 Minister für auswärtige Angelegenheiten, Minister der Familienangelegenheiten des Königlichen Hauses und Vorsitzender der Zentralbehörde für die Verkehrsanstalten, die bei seinem Amtsantritt auf seinen ausdrücklichen Wunsch hin dem Außenministerium angegliedert wurde. Er war von 1845 bis 1849 und von 1851 bis zu seinem Tod Mitglied der württembergischen Zweiten Kammer, 1848 Mitglied des Vorparlaments und 1868 Abgeordneter des Zollparlaments des Deutschen Bundes. Nach Differenzen mit König Karl wurde er 1870 als Staatsminister entlassen. 1872–1881 gehörte er dem Reichstag an (freikonservative Fraktion). Die Stadt Leonberg ernannte ihn zu ihrem Ehrenbürger. Vgl. Frank Raberg: Biographisches Handbuch der württembergischen Landtagsabgeordneten 1815–1933, Stuttgart 2001, S. 943–945.; Werner Gaßner: Die fünfziger und sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts, in: Heimatbuch Hemmingen, Horb am Neckar 1991, S. 118.
- 15 Ed. Fr. Hochstetter, E. Schüz: Die Württembergische Schwarzwaldbahn von Stuttgart bis Nagold. Mit besonderer Berücksichtigung auf Calw, Stuttgart 1872, S. 5.
- 16 Von 1848 bis zu seiner Ernennung zum Minister (1864) und wieder ab 1871 war Varnbüler Vorsitzender des landwirtschaftlichen Bezirksvereins Leonberg.
- 17 Andreas (von) Renner (1814–1898) studierte Kameralwissenschaft an der Universität Tübingen und trat 1836 in den württembergischen Staatsdienst ein. Seit 1846 war er Finanzrat im Departement der Finanzen, ab 1858 Direktor der Forstabteilung, von 1865 bis 1891 Finanzminister. Als Abgeordneter vertrat Renner 1853 bis 1855 das Oberamt Besigheim in der Zweiten Kammer der Landstände. Von Juli 1861 bis Mai 1890 war er Mitglied der Ersten Kammer. Vgl. Raberg (wie Anm. 14) S. 714; NDB 21 (2003) S. 429.
- 18 Auf Antrag der Abgeordneten Mittnacht (OA Mergentheim) und Wiest (OA Ehingen) wurde in den Verhandlungen der Zweiten Kammer der Bau einer Bahn Stuttgart–Böblingen für spätere Zeit in Aussicht genommen. Die heutige Gäubahn wurde elf Jahre nach der Schwarzwaldbahn am 1. September 1879 eröffnet.
- 19 Carl Julius Abel (1818–1883) erhielt seine Ausbildung an der Gewerbeschule in Stuttgart und an der Pariser École centrale des arts et manufactures. 1840/42 wurde er beim Bau der Bahnstrecke Straßburg–Basel eingesetzt. Danach stand er in württembergischen Diensten und war unter Karl von Etzel am Bau mehrerer Bahnstrecken beteiligt. 1846 bis 1850 war er Leiter des Bauamts Biberach an der Riß beim Bau der württembergischen Südbahn unter der Leitung von Friedrich Gaab. 1857/58 vorübergehend in Ungarn tätig, wurde er als Baurat (1869 Oberbaurat) nach Württemberg zurückgerufen. 1876 trat er in den Ruhestand. Nach der Schwarzwaldbahn zeichnete er noch für den Bau der Nagoldbahn zwischen Pforzheim und Calw und Nagold–Horb (1874) sowie für die Murraltbahn (Waiblingen–Hessenthal, 1876/80) verantwortlich. Zur Biographie vgl. Christian Schrenk: Die drei Eisenbahnkonstrukteure im Raum Heilbronn–Schwäbisch Hall: Karl Etzel, Georg Morlok und Carl Julius Abel, in: Schwaben und Franken 33 (1987) S. 1–4.
- 20 Weitere Bauämter entstanden in Weil der Stadt und Calw (je zwei) sowie an der Strecke Pforzheim–Horb; vgl. v. Morlok (wie Anm. 8) S. 145.

- 21 Hochstetter/Schüz (wie Anm. 15) S. 51.
- 22 Herbert Hoffmann: Die Eisenbahn kommt. Ein Beitrag zur Ditzinger Sozialgeschichte, Ditzingen 1992 (Ms. im Stadtarchiv), S. 4.
- 23 Noch im Mai 1868 suchte das Eisenbahnbauamt zur Beschäftigung auf der Station Ditzingen »30 bis 40 tüchtige Vorlegesteller«; Glems- und Filder-Bote, 07.05.1868.
- 24 Glems- und Filder-Bote, 26.09.1868.
- 25 Hoffmann (wie Anm. 22) S. 6.
- 26 Oscar Fraas: Württembergs Eisenbahnen mit Land und Leuten an der Bahn, Stuttgart 1880, S. 41.
- 27 1900 wieder »Bahnhof« III. Klasse, 1931 Bahnhof III. Klasse, 1955 Hauptdienststelle Rangklasse III, 1960 Hauptdienststelle-Bahnhof Rangklasse 6, 1961 angehoben nach Rangklasse 5, 1965 nach Rangklasse 4. 1974 wurde Ditzingen als Hauptdienststelle aufgehoben und dem Bf. Korntal als Nebendienststelle-Bf. Rangklasse 7 verwaltungsmäßig angegliedert. Ab September 1978 erfolgte die Fernstellung des Bahnhofs vom neuen Stellwerk Korntal aus. Mit dem 1. Oktober 1978 wurde Ditzingen auch als Nebendienststelle aufgehoben und dem Bf. Leonberg voll angegliedert. Leitung und Beaufsichtigung des Betriebs- und Verkehrsdienstes verblieben vorläufig bei der Nebendienststelle Korntal. Mit dem 1. Januar 1988 wurde Ditzingen dem Bf. Leonberg auch fachlich voll angegliedert, 1990/92 dem Bf. Stuttgart-Zuffenhausen voll angegliedert. Vgl. hierzu Egon Hopfenzitz: Von der Königlich Württembergischen Staatseisenbahn zur Deutschen Bundesbahn und DB AG 1845–1994. Organisation, leitendes Personal und Besonderheiten der Direktion, aller Ämter, Bahnhöfe, technischer und nichttechnischer Dienststellen und sonstiger Einrichtungen, Stuttgart 1999, S. 372.
- 28 Der Vertrag zwischen der Reichsbahn und dem Pächter Pollems (er stammte ursprünglich aus dem Rheinland) wurde am 22.06.1922 unterzeichnet. Pollems starb 1930. Bis 1945 wurde der Betrieb durch seine Witwe Anna Maria Pollems geführt und dann durch ihre Tochter Anna und deren Mann Otto Renschler († 1962) übernommen.
- 29 Stadtarchiv Ditzingen (künftig: SAD), F 1 Di, Nr. 374. Der alte Verkaufsstand wurde nach der Neueinrichtung der Gaststätte abgerissen.
- 30 SAD, Altregistratur Ditzingen, Az. 3510 (Wilhelm Stähle an K. Generaldirektion der Württ. Staatseisenbahnen, 27.01.1907).
- 31 Ebd. (Generaldirektion der Staatseisenbahnen an den Gemeinderat in Heimerdingen [sic], 26.08.1910).
- 32 Ebd. (Reichsbahndirektion Stuttgart an Oberamt Leonberg, 05.02.1924).
- 33 SAD, Altregistratur Ditzingen, Az. 3511 (Metallwerk Ditzingen GmbH an Schultheißenamt Ditzingen, o.D.).
- 34 Ebd. (Vereinigte Wachwarenfabriken AG an Schultheißenamt Ditzingen, 31.03.1924).
- 35 Ebd. (Schaible & Cie. an Schultheißenamt Ditzingen, o.D.).
- 36 Ebd. (Schultheißenamt Ditzingen an Eisenbahndirektion Stuttgart, 28.03.1924).
- 37 SAD, Altregistratur Ditzingen, Az. 3510 (Gemeinderat Ditzingen an die Generaldirektion der Staatseisenbahnen, 22.03.1919).
- 38 SAD, Altregistratur Ditzingen, Az. 3511 (Schaible & Cie. an Schultheißenamt Ditzingen, o.D.).
- 39 Ebd. (Schultheißenamt Ditzingen an RBD Stuttgart, 09.05.1925; RBD Stuttgart an Schultheißenamt Ditzingen, 16.05.1925).
- 40 Die Bahn ging nach der Eingemeindung Feuerbachs in den Besitz der Stadt Stuttgart über und wird seit 1. März 1933 von der SSB betrieben; 50 Jahre Straßenbahn Feuerbach–Weilimdorf–Gerlingen, Stuttgart 1977; Paul Loercher: Die Geschichte der Stuttgarter Straßenbahnen AG von 1928–1958, Stuttgart 1963, S. 73; Gottfried Bauer: Straßenbahnen in Stuttgart, München 2003, S. 46 f.
- 41 Gemeinderatsprotokoll Ditzingen (künftig: GRP), 07.04.1935 (§ 6).
- 42 SAD, Altregistratur Ditzingen, Az. 3511 (Schultheißenamt Ditzingen, Veit, an RBD Stuttgart, 01.12.1926).
- 43 Ebd. (Schultheißenamt Weilimdorf an Schultheißenamt Ditzingen, 08.12.1926).
- 44 Ebd. (RBD Stuttgart an Schultheißenamt Ditzingen, 30.01.1927); Glems- und Würmgauzeitung, 28.01.1927.
- 45 Motor und Getriebe von der Maybach-Motorenbau GmbH in Friedrichshafen; vgl. Heinz R. Kurz: Die Triebwagen der Reichsbahn-Bauarten. Die Baureihen VT 133 bis VT 137, Freiburg 1988, S. 168–185.
- 46 Vier bei der RBD Mainz (858, 859, 870 und 871) zwei bei der RBD Osten (866 und 867), fünf in der RBD Schwerin (855, 856, 860, 861 und 868) und ein Wagen in der RBD Kassel (869).
- 47 VT 853 und VT 854 wurden 1935 nach Waren/Müritz (RBD Schwerin) abgegeben und 1944 bzw. 1945 ausgemustert.
- 48 Glems- und Würmgauzeitung, 28.01.1927.
- 49 Kurz (wie Anm. 45) S. 182.

- 50 Wichtigste Arbeitgeber für Ditzinger waren im Jahr 1956 (in Klammern die Zahl der Mitarbeiter aus Ditzingen): Mix & Genest, Stuttgart-Zuffenhausen (104); Süddeutsche Kühlerfabrik Julius Fr. Behr, Stuttgart-Feuerbach (37); Werner & Pfleiderer, Stuttgart-Feuerbach (36); Ernst Heinkel AG, Stuttgart-Zuffenhausen (25); Louis Leitz, Briefordnerfabrik, Stuttgart-Feuerbach (24); SKF Kugellagerfabriken, Stuttgart-Bad Cannstatt (23); Wilhelm Bleyle oHG, Stuttgart (21); Robert Bosch GmbH, Betriebsstätte Stuttgart-Feuerbach (20); Kreidlers Metall- und Drahtwerke GmbH, Stuttgart-Zuffenhausen (18); C. F. Roser GmbH, Lederfabrik, Stuttgart-Feuerbach (18); Albert Hirth AG, Stuttgart-Zuffenhausen (15); Emil Pfleiderer Altpapiere (14); Dr. Ing. h.c. Porsche KG, Stuttgart-Zuffenhausen (14); Vereinigte Baubeschlag-Fabriken Gretsch & Co GmbH, Stuttgart-Feuerbach (14); Gretsch-Unitas GmbH, Stuttgart-Feuerbach (13); Robert Bosch GmbH, Betriebsstätte Stuttgart (12); Carl Hepting Lederwaren, Stuttgart-Feuerbach (11); Daimler-Benz AG, Stuttgart-Untertürkheim (10); C. Lorenz AG, Stuttgart-Zuffenhausen (10); Otto Roth, Blankschrauben und Drehteilfabrik, Stuttgart-Feuerbach (10); Siegle & Eppele, Stuttgart-Weilimdorf (10).
- 51 SAD, Hi 3 Nr. 838. Für Hirschlanden waren die wichtigsten Arbeitgeber in Stuttgart die Robert Bosch GmbH mit 28 Personen, gefolgt von Mix & Genest (14) und Werner & Pfleiderer (8).
- 52 Olaf Schott, Manfred Thömmes, Jürgen Wedler: Die Bilanz. 25 Jahre Planung und Bau der S-Bahn Stuttgart, Stuttgart 1993, S. 11.
- 53 Ebd. S. 10.
- 54 Carl Pirath: Die Verkehrsplanung. Grundlagen und Gegenwartsprobleme (= Aufbau-Sonderhefte 4), Stuttgart 1948, S. 30–59.
- 55 Ebd. S. 42.
- 56 Bilanz (wie Anm. 52) S. 10.
- 57 100 Jahre Eisenbahn Zuffenhausen–Ditzingen, in: Ditzinger Anzeiger, 20.09.1968.
- 58 Verhandlungen der Württembergischen Kammer der Abgeordneten in den Jahren 1862 bis 1865. Erster Beilagen-Band. Vierte Abteilung, S. (54) 2774.
- 59 Ebd. S. (85) 2805.
- 60 Ebd. S. (86) 2806.
- 61 Ebd. S. (125) 2845.
- 62 Hoffmann (wie Anm. 22) S. 6.
- 63 Knupfer (wie Anm. 3) S. 26.
- 64 Hoffmann (wie Anm. 22) S. 7.
- 65 Im Herbst 1922 wurden alleine von Hirschlander Bauern 1885 dz Steckrüben (Darrüben) in Ditzingen verladen; vgl. die Auszahlungslisten in SAD, N 5 Nr. 11.
- 66 Zielstationen waren neben Ditzingen auch Ludwigsburg und Leonberg.
- 67 SAD, N 5 Nr. 11.
- 68 Schmalzriedt war an der Karlstraße unmittelbar in Bahnhofsnähe ansässig.
- 69 Wilhelm Schachner (1875–1952) gründete 1927 eine Baustoff- und Kohlenhandlung mit Sitz in der Gerlinger Straße. Auf dem Gelände des Güterbahnhofs pachtete er zwei Lagerplätze, auf denen er einen Lager- und einen Kohlenschuppen errichten ließ. Schachner handelte u. a. mit Zement, Steinwolle, Leichtbauplatten, Holzbetondielen, Beton- und Steinzeugröhren, Dachpappe sowie Schmiedenus (Steinkohle) und Braunkohlenbriketts. Am 1. Januar 1947 wurde die Firma in eine KG umgewandelt, der seit 1952 Schachners Schwiegersohn Gottlieb Schopf (1904–1972) als persönlich haftender Gesellschafter vorstand. 1968 ging der Betrieb einschließlich der Gebäude am Bahnhof zunächst pachtweise, später durch Verkauf in den Besitz der Württembergischen Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft (Raiffeisen) eG über; vgl. SAD, N 3 (Nachlass Schachner).
- 70 SAD, Di 5 Nr. 371 (Baugesuch des Karl Schaible, Kohlenhändlers in Ditzingen, betr. Erstellung eines Kohlenlagerschuppens auf dem von ihm gepachteten Gelände beim Bahnhof).
- 71 SAD, Di 5 Nr. 488 (Baugesuch der Kgl. Generaldirektion der Posten betr. Errichtung eines Postschuppens).
- 72 Zum bahnamtlichen Rollfuhrdienst vgl. Walter Linden (Hrsg.): Dr. Gablers Verkehrs-Lexikon, Wiesbaden 1966, Sp. 148.
- 73 Hermann Keller, 40 Jahre Rollfuhrunternehmen beim Bahnhof Ditzingen, in: Mitteilungsblatt der Gemeinde Hirschlanden, 31.08.1973.
- 74 SAD, B 6/1 Nr. 167 und 174.
- 75 <http://kellergroup.de/the-company/#historie>.
- 76 Wie Anm. 57.
- 77 Hopfenzitz (wie Anm. 27) S. 372.
- 78 SAD, B 6/1 Nr. 175 (Stadt Ditzingen an BD Stuttgart, 08.03.1982).

- 79 Ebd. (BD Stuttgart an Stadtverwaltung Ditzingen, 25.09.1981).
- 80 Hoffmann (wie Anm. 22) S. 12.
- 81 GRP, 07.02.1956.
- 82 Nach einem Insolvenzverfahren wurde das Unternehmen durch die Gesellschafter der Maschinenfabrik Karl Schaeff GmbH & Co KG in Langenburg (Kr. Schwäbisch Hall) übernommen.
- 83 GRP, 27.11.1919 (§ 78).
- 84 Im Oktober 1945 wurde die Firma vorübergehend durch die Militärregierung übernommen und bis Ende 1946 treuhänderisch verwaltet. Nach Rückgabe an die Eigentümer wurde die Produktpalette um Baufarben, Speziallacke für Sportgeräte und Fußbodenversiegelungslacke erweitert. Während die Herstellung von Kerzen und Schuhcreme Anfang der 1950er Jahre auslief, brachte das Unternehmen unter der Marke »Dryvit« 1959 das weltweit erste Wärmedämmverbundsystem auf den Markt, ein Geschäftsfeld, dem die Ölkrise Anfang der 1970er Jahre steigende Umsatzzahlen bescherte. Nach dem Eintritt des Chemikers Kurt Weinmann in das Unternehmen erfolgte 1971 die Umfirmierung in »Loba-Holmenkol-Chemie Dr. Fischer und Dr. Weinmann KG«, heute LOBA GmbH & Co KG.
- 85 GRP, 12.11.1918 (§ 1); Staatsarchiv Ludwigsburg, E 168 Bü 156.
- 86 Eine Anfrage an das Unternehmen blieb unbeantwortet.
- 87 Gebauer (wie Anm. 11) S. 299–304.
- 88 Manfred Pohl: Die Geschichte der Südzucker AG, München/Zürich 2001.
- 89 Das Unternehmensarchiv der Südzucker AG im pfälzischen Werk Offstein verfügt über eine ganze Reihe von Unterlagen zum Ditzinger Betrieb, die bisher noch nicht gesichtet werden konnten.
- 90 Entsprechende Unterstützungsschreiben kamen von Bauern aus Ditzingen, Gerlingen, Schöckingen, Hirschlanden und Höfingen; SAD, Di 5 Nr. 344 (Bauernverband OV Schöckingen an Landratsamt Leonberg).
- 91 GRP, 10.03.1964.
- 92 SAD, Di 5 Nr. 344 (Bürgermeisteramt Ditzingen an Landratsamt/Kreisbauamt Leonberg, 24.03.1964).
- 93 Ebd. (Regionale Planungsgemeinschaft Württemberg e. V. an das Bürgermeisteramt Ditzingen, 06.03.1964; Landratsamt Leonberg an Regierungspräsidium Nordwürttemberg, 10.04.1964).
- 94 Ebd. (Landratsamt Leonberg an Zuckerfabrik Stuttgart, 22.02.1965). Vertreter der Gemeinden Weissach, Heimerdingen, Schöckingen, Hemmingen, Schwieberdingen, Hochdorf, Nussdorf und Eberdingen bemühten sich darauf um den Bau einer Verladestation in Hemmingen und wiesen darauf hin, dass die Bereitstellung des benötigten Geländes wegen der bevorstehenden Flurbereinigung keinen Aufschub mehr dulde. Dieses Projekt wurde von der Süddeutschen Zucker AG aber nicht weiterverfolgt. Sie war allenfalls bereit, begrenzte Waggonkapazitäten für die Selbstverladung der Bauern zur Verfügung zu stellen; vgl. Stuttgarter Zeitung, 11.03.1965 (Artikel »Zuckerkrieg im Kreis Leonberg«).
- 95 10.01.1973; Teilnehmer seitens der Stadt Ditzingen waren Bürgermeister Scholder, der Erste Beigeordnete Ehret und Stadtbaurat Wild.
- 96 SAD, B 6/1 Nr. 221 (Baurechtsamt, Aktennotiz: Besprechung bei der BD Stuttgart bezüglich der Bebauungsplanentwürfe Gelände Brecht – Zuckerrübelgelände einschließlich Bahnhof am 10.01.1973, 12.02.1973).
- 97 Kurzprotokoll über die Sitzung des Technischen Ausschusses am 05.07.1978; Leonberger Kreiszeitung, 05.07.1979 (Artikel »Verlag zieht bald um«).
- 98 Die heutige Siemensstraße gab es noch nicht.
- 99 SAD, Altregistratur Ditzingen, Az. 4072 (Notizen des Ortsvorstehers betr. Industriegleisanlage, wohl 1925).
- 100 Die Besitzverhältnisse bezeichnete die Gemeindeverwaltung als größtes Hindernis für die Ansiedlung »steuerkräftiger Industrie«. Die steuerlichen Leistungen der Zuckerfabrik wiederum stünden in keinem Verhältnis zu den Lasten, die die Gemeinde etwa durch die Beanspruchung der Ortsstraßen durch den Zulieferverkehr zu tragen hatte; GRP, 14.02.1919.
- 101 GRP, 20.03.1919.
- 102 Roth wollte gemeinsam mit dem Ditzinger Fabrikanten Otto Fuchs ein Sägewerk mit Möbelfabrik errichten.
- 103 Ungerer plante eine weitere »neuzeitliche« Kerzenfabrik, für die er bereits Maschinen gekauft habe. Er stellte bis zu 200 neue Arbeitsplätze in Aussicht; GRP, 11.12.1919 (§ 86).
- 104 GRP, 01.04.1920 (§ 171).
- 105 GRP, 20.03.1923 (§ 677). Die Firma Schaible und Cie. wurde 1922 von Friedrich Schaible und Otto Kipp in Leonberg gegründet und 1929 nach dem Ausscheiden der beiden Gründer von Anton Bezigkofer übernommen; vgl. Heimatbuch Ditzingen, Ditzingen 1966, S. 167; Christa Fischer: Matratzengeschichte(n), in: dijou! 19 (Aug./Sept. 2014) S. 20 f.
- 106 GRP, 29.11.1921 (§ 425),
- 107 GRP, 13.02.1924 (§ 7). Unterstützt wurde das Vorhaben durch den Ditzinger Unternehmer Julius Schaible.
- 108 GRP, 23.09.1924 (§ 8).

- 109 SAD, Di 5 Nr. 372 (Baugesuch des Heinrich Esslinger, Gerlingen, zur Erstellung eines Kohlenlagerschuppens). – Esslinger, der ursprünglich aus Reutlingen stammte, hatte 1937 den Kaufmannsladen von Friedrich Weinmann in der Hauptstraße 38 in Gerlingen übernommen und erweiterte das Geschäft wenig später auf den Kohlen- und später auch Heizölhandel am Ditzinger Bahnhof; Stuttgarter Zeitung, 10.05.2011 (Artikel »Tante Emma und die Spitztüte«).
- 110 Vgl. dazu: Stadtentwässerung Stuttgart (Hrsg.): »Ain heimlich Gemach...«. Fünf Jahrhunderte Abwasserbeseitigung in Stuttgart, Erfurt 2012.
- 111 Knupfer (wie Anm. 3) S. 35–37.
- 112 GRP, 12.04.1937.

Lehrer, Dichter, Massenmörder

Ernst August Wagner aus Eglosheim¹

von Dr. Erich Viehöfer,

Marbach am Neckar; Historiker; seit 1986 Leiter des Strafvollzugsmuseums Ludwigsburg; Veröffentlichungen zur Geschichte der Kriminalität und des Strafvollzugs.



Am Freitag, dem 5. September 1913, meldete die »Ludwigsburger Zeitung«: »Schreckens-taten eines Geistesgestörten: Mühlhausen a. Enz, 5. Sept. Heute nach ½ 2 Uhr hat der Schwiegersohn des hiesigen Adlerwirts, ein Hauptlehrer aus Degerloch, der offenbar wahnsinnig geworden war, den Ort an vier Stellen angezündet. Drei Scheunen brannten nieder. Als man ihn ergreifen wollte, schoss er mit einer Browning acht Leute nieder und verletzte etwa zehn. Hierauf flüchtete er in einen Stall, wo er einen Stier erschoss. Nachdem es gelungen war, ihn zu ergreifen, wurde er so zugerichtet, dass an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Er hatte nicht weniger als 250 Patronen bei sich. Zum Löschen wurden in Vaihingen einquartierte Mannschaften vom Feldart.-Regt. 29 (Ludwigsburg) zu Hilfe gerufen.«

In der gleichen Ausgabe musste die Zeitung ein zweites Verbrechen des gleichen

Mannes melden: »Degerloch, 5. September. Die Wohnung des Mordbrenners von Mühlhausen a. d. E., des 35 Jahre alten Lehrers Wagner, wurde heute Morgen von der Staatsanwaltschaft geöffnet. Wagner hatte, ehe er sich nach Mühlhausen begab, seine Frau und seine vier Kinder umgebracht. Man fand die Frau mit durchschnittener Kehle im Bett liegend; auch die vier erstochenen Kinder lagen in den Betten.«

Am darauffolgenden Tag erschien auf dem Titelblatt der »Ludwigsburger Zeitung« ein Artikel mit der Schlagzeile »Massenmörder und Brandstifter«. Die zweite Ausgabe vom gleichen Tag brachte unter der Überschrift »Die Taten des Mordbrenners Wagner« eine detaillierte Schilderung des Amoklaufes in Mühlhausen, einschließlich der Namen der Toten und Verletzten. Auf der gleichen Seite versuchte der Redakteur eine erste Analyse der »Persönlichkeit des Täters«.

In den nächsten Tagen erschienen in fast jeder Ausgabe der »Ludwigsburger Zeitung« neue Berichte über den »Mordbrenner« Wagner, aber auch über dessen Opfer. Nach zwei Wochen war das aktuelle Interesse am Fall Wagner erloschen. In der folgenden Zeit erschienen keine Artikel mehr.

Und doch garieten dieses Verbrechen und sein Urheber Ernst August Wagner (1874–1938) bis heute nicht in Vergessenheit. In meinem Beitrag soll der Fokus zum einen

auf die Erinnerung und die Auswirkungen der Tat gerichtet werden, die bis in unsere Gegenwart reichen. Zum anderen rücken aber auch die lokal- bzw. regionalgeschichtlichen Aspekte mehr in den Vordergrund, als dies bisher geschehen ist.

Genealogie

Die Familiengeschichte der Wagners von Eglosheim ist schon kurz nach der Tat sehr genau untersucht worden. Nicht aus genealogischem oder allgemein-historischem Interesse, sondern auf der Suche nach einer erblichen Belastung von Ernst Wagner, nach einer abnormen geistigen Veranlagung seiner Vorfahren.²

Die Vorfahren der väterlichen Seite stammten aus dem Bottwartal. Bereits im 17. Jahrhundert ist in Kleinbottwar ein »Hans Jerg Wagner, Weingärtner und Gerichtsverwandter allhier«³, nachweisbar. Dessen Enkel Johann Heinrich Wagner (1741–1799), der Urgroßvater, übersiedelte von Kleinbottwar nach Eglosheim, wo er Schultheiß der Gemeinde wurde, ebenso später sein Sohn Johann Jakob Wagner (1795–1860), der Großvater von Ernst Wagner. Er war verheiratet mit Sophie Dorothea Seyfang (1807–1872).

Die Linie der Mutter Louise, geborene Roth (1838–1902), stammte aus Poppenweiler. Die mütterliche Seite wurde bei der erbbiologischen Sippenuntersuchung »fast durchweg in sozialer und geistiger Hinsicht als nicht vollwertig angesehen«. Als Ursache galt die Zahl der Verwandtenehen, die »in diesem Teil der Sippe Wagners [...] ganz besonders häufig« gewesen seien.⁴

Die zeitgenössischen Zeitungen schlugen sich bei der Schuldzuweisung auf unterschiedliche Seiten. Für die »Württembergische Zeitung« war Wagner vor allem durch die Familie seiner Mutter vorbelastet. Ein ungenannter »Gewährsmann« behauptete, dass »Überspanntheit und Hochmut« in der

Familie seiner Mutter weit verbreitet seien. Dagegen betonte der »Enz-Bote«, dass Wagners Mutter aus einer der ältesten und angesehensten Familien Poppenweilers stamme und die Kinder aus dieser Familie alle »gut gestellt« und in »angesehenen Stellungen« seien.⁵ Ernst Wagner sprach mit Blick auf seinen eigenen Geisteszustand und dem von anderen Familienmitgliedern von der »Poppenweiler (Nerven)Krankheit«.⁶ Seine kranke und degenerierte Familie sei ein »wurmstichiger Stamm. Alle Wagner müssen vernichtet werden.«⁷

Die Familie von Jakob Friedrich Wagner

Natürlich nahmen Neurologen wie Fritz Barlen und Psychiater wie Robert Gaupp nicht nur die Vorfahren von Ernst Wagner ins Visier, sondern auch seine engere Familie. Den Vater, Jakob Friedrich Wagner (1832–1876), schildert Barlen wenig vorteilhaft »als eingebildeter, unzufriedener und wenig arbeitssamer Mensch, der gelegentlich dem Alkohol zusprach und die Schuld für seine wirtschaftliche Unzulänglichkeit stets bei anderen suchte«.⁸ Er starb, als Ernst August zwei Jahre alt war, und hinterließ »Kinder und Schulden«. Ernst Wagner musste feststellen: »Unsere Familie zählte bald zu den armen Leuten.«⁹

Die Witwe heiratete im Februar 1879 erneut, den Bauern Karl Baumhauer aus Eglosheim. Diese Ehe wurde bereits zwei Jahre später wieder geschieden.¹⁰ Louise Wagner betrieb bis zu ihrem Tod unter ihrem alten Namen in Eglosheim in der Hauptstraße 16 ein »Spezereigeschäft«.¹¹

Ernst August Wagner war das neunte von zehn Kindern des Ehepaars Jakob Friedrich und Louise Wagner. Beim Tod des Vaters waren noch sieben Kinder am Leben; 1913 lebten nur noch zwei Schwestern und ein Bruder. In der Literatur zu Wagner wurden seine Geschwister bisher – bis auf wenige Ausnahmen – nur ganz cursorisch erwähnt,

daher soll hier eine vollständige Übersicht gegeben werden:

- 1.) Luise Marie (*25.4.1862, † 22.11.1892): war verheiratet mit Gustav Hermann Müller in Großenstein (Sachsen-Altenburg).¹²
- 2.) Karl (*10.10.1863, † 29.4.1941): lernte das Flaschnerhandwerk, wurde Fabrikarbeiter¹³, heiratete 1893 in Eglosheim Ida Selma Wittig und hatte mit seiner Frau sechs Kinder.¹⁴ Barlen zeichnete ein wenig schmeichelhaftes Bild: »Der Bruder K. neigte zum Trunke. Er ist wohl derjenige von den Geschwistern gewesen, der für die Erkrankung seines Bruders das wenigste Verständnis aufzubringen vermochte oder wollte. Er besaß offenbar auch die etwas hochfahrende und selbstgerechte Wesensart, die bei den Sippenangehörigen väterlicherseits nicht allzu selten anzutreffen ist.«¹⁵
- 3.) Karoline Katharine (*13.7.1865, † 1895): wanderte nach Amerika aus.
- 4.) Luise (*23.5.1867, † 21.8.1868).
- 5.) Pauline (*23.7.1868): heiratete am 8. Juni 1893 den Mann ihrer verstorbenen Schwester Luise Marie. Sie erhielt eine positive Einschätzung von Barlen: »Weit mehr Anteilnahme für den Kranken zeigte die Schwester P., die auch diejenige seiner Geschwister war, der, nach der wohl zutreffenden Auffassung Wagners, am wenigsten krankhafte Züge anhafteten.«¹⁶
- 6.) Luise Friederike (*1.6.1870, † 1933): lebte unverheiratet und berufstätig als »Zahntechnikerin« in Berlin.¹⁷ Barlen charakterisierte sie als »sehr reizbar, nervös, überheblich und schwer verträglich.«¹⁸
- 7.) Ernst Wilhelm (*28.4.1872, † 19.1.1873).
- 8.) Christina (*1.5.1873, † 1.8.1873).
- 9.) Ernst August (*22.9.1874, † 27.4.1938).
- 10.) Gustav (*13.1.1876, † 7.9.1879).

Mehrfach zog die Familie innerhalb von Eglosheim um. Das erste Haus – »meines Vaters Haus, wo dieser geboren ist und zuerst gewohnt hat«¹⁹ – war das von Johann Jakob Wagner. Sein Sohn Jakob Friedrich baute später ein eigenes Haus, »oben im Dorf«, in dem

auch Ernst August geboren wurde.²⁰ »Oben im Dorf« bezeichnet den Bereich zwischen der Kirche im Westen, der Monreposstraße im Osten, der Katharinenstraße im Süden und dem Runzengässle im Norden.²¹ Die Eventualteilung von 1879 beschrieb das Anwesen als »ein Istockiges Wohnhaus mit steinernem Stock und gewölbtem Keller« im Wert von 3000 Mark sowie eine Scheuer/Scheune hinter dem Haus im Wert von 1800 Mark, »welches auf dem von dem Verstorbenen beigebrachten Garten erbaut worden ist.«²²

Nach Jakob Friedrich Wagners Tod kaufte der Bierbrauer Gustav Theodor aus Eglosheim dieses Haus am 19. April 1888.²³ Ernst Wagner soll gesagt haben, »sein elterliches Haus sei zu billig verkauft worden, die Familie Wagner hätte doch gar kein Glück.«²⁴ Den sozialen und wirtschaftlichen Niedergang der Familie konstatierte auch der psychiatrische Gutachter Gaupp: »Haus und Güter mussten verkauft werden.«²⁵

Vermutlich vom Erlös des Verkaufs wurde das Haus Hauptstraße 16 erworben. Dieses dritte Haus bewohnten laut Adressbuch von 1903 Karl Wagner, Flaschner, und die Mutter Luise Wagner, »We., Spezereihandlung.«²⁶ Ein Jahr später (1904) verzeichnete es als Eigentümer »Wagner, Luise, We., Erben«. Die Bewohner waren nun der Schreiner Friedrich Geiger und der Schlosser Karl Liebig. 1905 wird »Wagner, Karl, Markgröninger Str. 8« als Eigentümer genannt sowie als neue Mieter Ernst Altmann und Christian Wölper, »Fabrikarbeiter«. Nach einem Bericht der »Ludwigsburger Kreiszeitung« soll sein Bruder Karl den »kleinen Hof der Eltern« geerbt haben.²⁷ Für diese Information werden aber keine Belege genannt. Seit 1906 gehörte das Haus Hauptstraße 16 dem Schmied Johann Friedrich Mayer.

Schulzeit in Eglosheim

Die vor dem Amoklauf verfasste Autobiografie von Ernst Wagner bietet anschauliche



Eglosheim, Hauptstraße (Katharinenstraße), um 1910.

Schilderungen einer Kindheit in Eglosheim vor 150 Jahren, die Spiele, aber auch die handfesten Auseinandersetzungen mit den Asperger Kindern.

Wagner besuchte zunächst die Volksschule seines Heimatorts. Das Schulhaus von Eglosheim war 1602 unterhalb der Katharinenkirche errichtet worden.²⁸ Ein zweites Klassenzimmer befand sich im Untergeschoss des Rathauses.²⁹ Am Ende der Schulzeit von Ernst Wagner wurde 1886 an der Stelle des bisherigen Schulhauses ein Neubau, die später so genannte »Alte Volksschule« (Hirschbergstraße 4) errichtet. Johann Georg Müller war seit 1867 als einziger Lehrer an dieser Schule angestellt. »70 Jahre war er alt, als ich zu ihm in die Schule ging und es waren an 100 Kinder da.«³⁰ Müller konnte 1892 sein 25-jähriges Dienstjubiläum in Eglosheim feiern und starb 1901 im Alter von 85 Jahren.³¹

Beim damaligen Ortsgeistlichen Rudolf Friedrich Heinrich Greiner (*21.11.1821

Hermaringen, † 13.9.1890 Ludwigsburg)³² wirkte Ernst Wagner als Mesner und »Orgeltreter« in der Katharinenkirche.³³ Im Frühjahr 1888 wurde Ernst Wagner konfirmiert. Die Konfirmation fiel mit dem Ende der Schulzeit zusammen, meist war sie an Ostern oder am Palmsonntag. Im Jahr 1888 war Ostersonntag am 1. April. Nur zwei Wochen später, am 16. April, wurde Pfarrer Greiner, der im Mai 1870 von der Pfarrstelle in Riet nach Eglosheim gewechselt war, wegen seiner »durch körperliche Leiden herbeigeführten Dienstuntüchtigkeit« in den Ruhestand versetzt. In der Schule war Ernst August Wagner immer der Beste gewesen, er galt als fleißig und begabt.

Dem Eintritt in das Lehrerseminar waren so genannte Vorseminare für Volksschulabsolventen – wie Wagner – vorgeschaltet. Die Präparandenzeit verbrachte er seit Juli 1888 bei Johann Kaspar Ilzhöfer (1851–1902), einem Oberlehrer und Schulbuchautor in Ludwigsburg. Während seiner einjährigen

Vorbereitungszeit lernte er auch Geige und Klavier spielen³⁴, denn zu den Aufgaben eines Volksschullehrers gehörte die musikalische Begleitung der Gottesdienste. Die medizinische Untersuchung im Februar 1889 attestierte ihm, vollständig gesund und körperlich kräftig zu sein. Daher wurde er »Schulamtszögling mit Staatsunterstützung zur Ausbildung für den Schulstand«.³⁵ Als Vertreter seines verstorbenen Vaters hatte Wagners gesetzlicher Vormund, der Bauer Ludwig Seyfang (aus der Verwandtschaft mütterlicherseits), zugestimmt.³⁶

Ab Frühjahr 1889 besuchte Wagner die Präparandenanstalt Nürtingen, eine 1845 gegründete private Einrichtung. So vorbereitet bestand er die »Aspirantenprüfung«³⁷ und konnte damit an das Staatliche Lehrerseminar in Esslingen wechseln. Im Frühjahr 1894 legte Wagner die Erste Dienstprüfung mit der Note »gut« ab.³⁸

Seine Laufbahn als Lehrer

In den folgenden zwei Jahrzehnten hatte er zwölf Schulstellen an 13 unterschiedlichen Orten inne, nur unterbrochen durch zwei Schweiz-Reisen. Er war »Lehrergehilfe« in Renningen (1894/95), Böblingen (1895/96), Röthenbach (1896/97), Winzerhausen (1897/98), Gerstetten und Oberreinbach (1898/99) und an der Mittelschule I in Stuttgart (1899/1900). Von 1900 bis 1901 war er »Amtsverweser« in Heselach, Plieningen und Oppenweiler. Im Herbst 1901 legte er die Zweite Dienstprüfung ab.³⁹

Eine Zäsur in seiner Biographie bildete die Zeit als »Unterlehrer« in Mühlhausen/Enz (1901/02). Wegen eines unehelichen Kindes mit der Tochter des dortigen Adler-Wirts wurde Wagner zunächst suspendiert, dann strafversetzt.⁴⁰ In Radelstetten auf der Schwäbischen Alb blieb er fast zehn Jahre. Während dieser Zeit, am 29. Dezember 1903, holte er in Ludwigsburg die Hochzeit mit der Mutter seines Kindes nach.⁴¹



Ernst Wagner, um 1909.

Es war keine Liebesheirat: »meine eigene [Hochzeit] war mir ganz widerwärtig.«⁴²

Wagner fühlte sich in Radelstetten verfolgt und verhöhnt. Er beantragte daher seine Versetzung nach Stuttgart. Das Gesuch war erfolgreich und er kam 1911 als »Oberlehrer« nach Degerloch. Diese Degerlocher Schule war 1879 in der Großen Falterstraße 20 erbaut worden; heute sind in dem Gebäude eine Außenstelle des Gesundheitsamtes und zwei Wohnungen untergebracht.

Der Mord in Stuttgart

Völlig überraschend und unerklärlich erschien Zeitgenossen der Mord an Frau und Kindern in jenem »kleinen, netten Hause, dem letzten in der Friedrichstraße« in Degerloch, wie die »Ludwigsburger Zeitung« vom 6. September 1913 den Wohnort beschrieb.⁴³ Hauswirtin war eine Lehrerswitwe (»Frau Mittelschullehrer Stepper«) mit ihrer Tochter, einer jungen Lehrerin.⁴⁴ Nach den Morden wollte lange Zeit niemand die Wohnung mieten, bis eine evangelische Dia-

konieschwester einzog.⁴⁵ Das Haus existiert immer noch und noch heute kennen die Bewohner ihren berühmt-berüchtigten Vormieter.

In den Vernehmungsprotokollen des Untersuchungsrichters schildert Wagner die Tat: »Meine Familie und ich haben uns zur gewohnten Zeit zur Ruhe begeben, vielleicht um 9 Uhr. Als die Morgendämmerung anbrach, habe ich zunächst meine rechts neben mir in ihrem Bett liegende Ehefrau ermordet. Ich kniete in meinem Bett auf und schlug mit meinem Knüppel wiederholt nach dem Kopfe meiner Frau. Nachdem ich mit dem Knüppel zugeschlagen hatte, habe ich nach dem neben mir liegenden Messer gegriffen und einfach sinnlos auf meine Frau eingestochen. Als ich bei meiner Ehefrau keinen Atemzug mehr bemerkte, habe ich von ihr abgelassen und mich in die Zimmer meiner Kinder begeben, zuerst in dasjenige der Knaben, dann in dasjenige der Mädchen. Ich war nur mit Nachthemd und Socken bekleidet. Bei den Kindern habe ich

den Knüppel meines Erinnerns nicht benutzt. Vielmehr habe ich meinen Kindern lediglich mit dem Messer das Leben genommen. Den Leichnamen habe ich die Decke über den Kopf gezogen, weil ich sie selbst nicht mehr sehen wollte.«⁴⁶ Die Tatort-Fotos der Stuttgarter Polizei kamen auf Umwegen in das Staatsarchiv Ludwigsburg.⁴⁷

Anschließend wusch er sich, zog sich an und packte eine Reisetasche. Der Inhalt bestand u.a. aus einem schwarzen Schleier seiner Frau, um sich in Mühlhausen maskieren und damit unerkannt seine weiteren Pläne fortsetzen zu können⁴⁸, sowie drei Schusswaffen und mehr als 500 Schuss Munition.⁴⁹ Über Jahre hinweg hatte er gezielt Waffen gekauft und damit geübt: »Gewiss habe ich die mir gut bekannte Mauserpistole mit Absicht gewählt, weil ich eine gute Waffe, womöglich die beste Waffe haben wollte.«⁵⁰

Bevor er das Haus verließ, schrieb er für seine Hauswirtin auf eine kleine Schiefertafel, die vor der Korridor-tür hing, die Nachricht: »Ausflug nach Ludwigsburg«.



Der Tatort in Degerloch: Rubensstraße 32 (früher: Friedrichstraße), 2018.



Bahnhof Ludwigsburg, 1913.

Am Stuttgarter Bahnhof gab er sein Rad als Passagiergut auf und fuhr mit dem Zug 8:01 Uhr nach Ludwigsburg.⁵¹ Während der Zugfahrt nahm er eine der beiden Pistolen aus der Reisetasche, um sich gegen seine Verhaftung wehren zu können, falls die Morde in Degerloch rasch entdeckt worden wären.

Der letzte Tag in Ludwigsburg

»In Ludwigsburg angekommen, ließ ich die andern Reisenden zuerst aussteigen und stieg, nachdem ich mich durchs Fenster überzeugt hatte, dass keine Gefahr für mich sei, als letzter gleichfalls aus. Ich nahm zunächst am Zug das Fahrrad in Empfang und gab es außerhalb der Sperre einem Jungen zum Halten. Dann begab ich mich außerhalb der Sperre auf den Bahnhofsabort, zog die Pistole wieder aus dem Hosenbein heraus und verbrachte sie zurück in die Handtasche. Darauf gab ich mein Fahrrad in der Gepäckabgabe auf. Mit meiner Handtasche ging ich in die Stadt hinein, durch die Myli-

usstraße über den Arsenalplatz in die Wilhelmstraße. In letzterer Straße, nahe bei der Stuttgarter Straße, kaufte ich mir in einem Geschäft⁵² auf der linken Straßenseite (in der Nähe von Metzger Cantz) – ich meine, ein früherer Eigentümer des Geschäfts habe Ernst geheiß – einen Rucksack. In diesen Rucksack verbrachte ich in der vorderen Kastanienallee des Schlossgartens auf einer Bank aus meiner Handtasche heraus etwa die Hälfte meiner Munition. Von dort ging ich zurück in die Stuttgarter Straße und, wenn ich mich recht erinnere, diese Straße einige Schritte aufwärts in die Cluss'sche Brauerei. Hier wollte ich vespern, da ich den ganzen Tag noch nichts gegessen hatte. Ich bestellte mir eine Schinkenwurst mit Brot, die ich aber nicht ganz hinunterbrachte, und ein Mineralwasser. Von der Wirtschaft aus habe ich mich wieder in den Schlossgarten begeben und bin durch den Durchgang [Hirschgang] im vorderen Mittelbau des Schlosses [Neues Corps de logis] in den Schlosshof hineingegangen, durch

ihn hindurch auf die Terrasse gegen das Favoriteschloss zu hinter dem Flügel, in dem die Kreisregierung untergebracht ist [Altes Corps de logis], in den Schlosshof zurück, links hinaus gegen die hinteren Anlagen zu, ums Schloss herum ans Stuttgarter Tor [Heilbronner Tor!] und von dort an der Marienwahl vorbei nach Eglösheim.«⁵³

Gegen 11 Uhr erreichte er das Haus seines Bruders, den er aber nicht antraf. Von seiner Schwägerin ließ er sich das ganze Haus zeigen. Er hatte die Absicht, nach seiner Rückkehr von Mühlhausen auch seinen Bruder, dessen Frau und die Kinder zu ermorden.⁵⁴

Zurück am Ludwigsburger Bahnhof, trank Wagner zunächst »im Garten des Bahnhofhotels Tepperwien einen Kaffee«⁵⁵ und nahm dann den Zug nach Bietigheim. Mit dem Rad erkundete er von dort aus die geplante Strecke auf einer »Rekognoszierungsfahrt« nach Großsachsenheim, wo er Briefe und Postkarten aufgab; über Untermberg, Bis-singen ging es zurück zum Bahnhof Bietigheim. Dort holte er seine Reisetasche, ging

in die Stadt, wo er sein Fahrrad durch einen Mechaniker nachsehen und ausbessern ließ. Die Rücktrittbremse am Rad war defekt.⁵⁶ Eine Reparaturstätte für Fahrräder gab es seit März 1913 in der Mettergasse 1 beim Unteren Tor.⁵⁷ »Ich hatte mich vom Mechaniker aus geschwind in die Krone-Post begeben und dort ein Viertel Wein und ein Mineralwasser sowie ein Stück Hefenkranz bestellt.« Dann ging er »auf die Post und gab dort die Pakete an Professor Schrempf und an Förster Schelling auf«. Mit den Paketen verschickte Wagner seine Autobiografie.⁵⁸ »Vom Postschalter aus habe ich mich in die Krone zurück begeben und dort etwas genossen, ich glaube aber nicht, dass ich das Bestellte ganz verzehrt habe. Auf den Weg habe ich aus der Krone eine Bretzel in einer Papierserviette, außerdem, meine ich, auch ein Stück Hefenkranz mitgenommen, um während der Nacht für alle Fälle etwas zum Essen zu haben. Auf dem Bahnhof Bietigheim hatte ich mir Birnen gekauft; sind keine solchen in meinem Rucksack gefunden worden?«⁵⁹

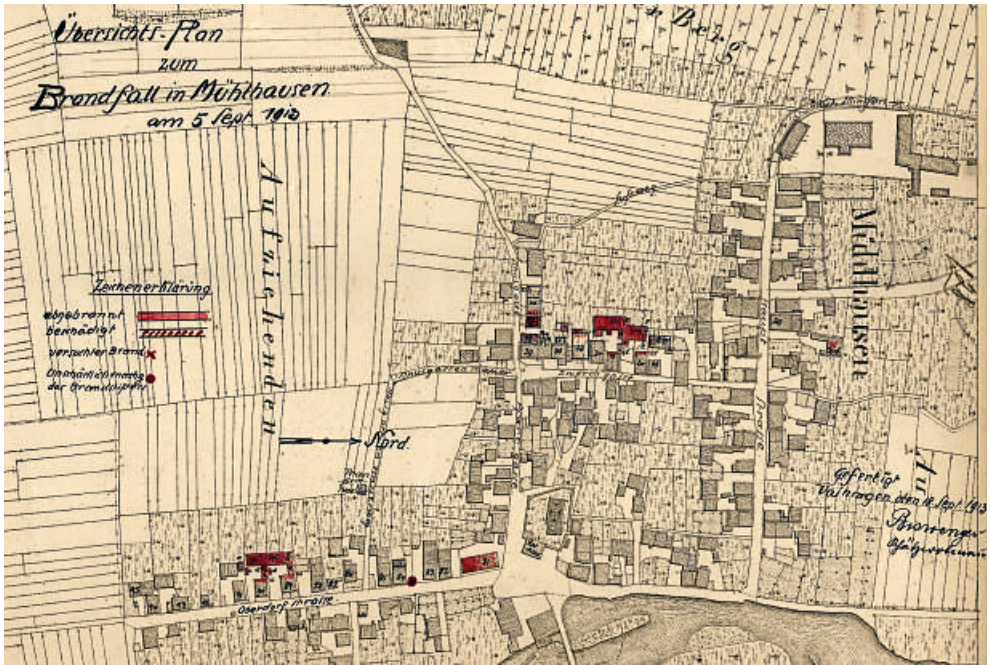
In Vaihingen legte er den nächsten Zwischenstopp ein: »Sodann kehrte ich meines Durstes wegen auf dem Staatsbahnhof Vaihingen ein und trank zwei Himbeerlimonaden; auch bestellte ich ein Viertel Wein, weil es mir zu kleinlich vorkam, nur Limonade zu bestellen, trank aber nur wenig davon. Die Wirtschaft steht schon länger: ich kannte sie schon von früher her, sie befindet sich unmittelbar gegenüber dem Bahnhofsgebäude; es war ein Wirt, eine ziemlich dicke Wirtin und eine Art Küchenmagd da, welche letztere mich bedient hatte. Mein Fahrrad hatte ich in einen Art Vorraum der Wirtschaft hingestellt. Der Stationskommandant hat mir schon gesagt, dass die Leute sich an nichts mehr erinnern wollen; das wundert mich.«⁶⁰

Der Amoklauf in Mühlhausen an der Enz

Nachdem Wagner nachts Mühlhausen mit dem Rad erreicht hatte, versuchte er die



Stationen Wagners in Bietigheim auf zeitgenössischen Postkarten: der Bahnhof (oben) und das Gasthaus Krone-Post an der Enzbrücke.



Übersichtskarte der Brandorte in Mühlhausen.

Telefondrähte zu kappen, um den Ort von der Außenwelt abzuschneiden, scheiterte aber mit diesem Vorhaben. Er zündete mehrere Scheunen an; gezielt war – nach seiner eigenen Aussage – nur die Brandstiftung der Scheune seines Schwagers, des Adlerwirts.⁶¹ Mit seinen Mauser-Selbstladeepistolen schoss er auf alle Personen männlichen Geschlechts, traf aber auch zwei Mädchen und drei Frauen sowie zwei Stück Vieh. Es gab zunächst acht Tote und zwölf Schwerverletzte, von denen einer später starb. Erst dann konnte er niedergeschlagen und überwältigt werden.

Wagner wurde wegen seiner schweren Verletzungen zunächst für tot gehalten, dann ins leer stehende Armenhaus gebracht. Am Abend des 5. September verlegte man ihn ins Bezirkskrankenhaus Vaihingen. Dort wurde der zertrümmerte linke Unterarm amputiert, und dort erfolgte am 16. September 1913 auch die erste Vernehmung durch den Oberamtsrichter von Vaihingen,

Dr. Schwabe, und durch den »Landrichter« Dr. Häring aus Heilbronn.⁶²

Eglosheim – kein zweites Mühlhausen

Wagner bedauerte bei der Vernehmung, dass durch seine Festnahme seine weiteren Pläne durchkreuzt worden seien, vor allem die Ermordung der Familie seines Bruders und die Brandlegung in Eglosheim.⁶³ Einige Autoren bringen in diesem Zusammenhang die Fakten erheblich durcheinander. Zum Beispiel Katja Sommer in der »Ludwigsburger Kreiszeitung« vom 30. April 2005, wo der verhinderte Anschlag in Eglosheim »seiner Schwester mit ihrer Familie galt«; oder Philipp Blom, dessen Geographiekennntnisse offenbar nicht weit reichen, denn er schreibt von Wagners Vorhaben, »erst alle Männer in Mühlbad (!) und dann die Familie seines Bruders zu ermorden«.⁶⁴

Wagners ursprünglicher Plan war gewesen, nach dem Amoklauf von Mühlhausen

aus mit dem Rad »über Großsachsenheim, Bissingen, Hohe Stange direkt nach Eglosheim zu fahren.«⁶⁵ Durch seine »Rekognosierungsfahrt« aber habe er sich »müde gestrampelt« und das habe seinen ganzen Plan »verhunzt«.⁶⁶

Sein neuer Plan war nun, mit dem Fahrrad nach Mühlacker zu fahren, um dort den Nachtzug um 2:17 Uhr nach Stuttgart zu besteigen.⁶⁷ Nach dem Bahnhof Asperg, auf Höhe von Eglosheim, wollte er die Notbremse ziehen und aussteigen. »In Eglosheim hätte ich mich sofort zum Hause meines Bruders begeben und dort zuerst die versteckten Patronen hervorgeholt.«⁶⁸ 228 scharfe Patronen hatte er im Heu über dem Hasenstall versteckt.⁶⁹ »In Eglosheim war mir am meisten daran gelegen, die Familie meines Bruders zu ermorden. An allem übrigen in Eglosheim lag mir gar nicht mehr so viel. Vielleicht hätte ich auch dort gezündet und vielleicht auch dort im Ort herumgeschossen. Hätte ich gezündet, so wäre es mir hauptsächlich um die Vernichtung von drei Häusern zu tun gewesen, nämlich um meines Vaters Haus, wo dieser geboren ist und zuerst gewohnt hat, dann um das Haus, das mein Vater später gebaut hat und in dem ich geboren bin, endlich um das Haus, in dem meine Mutter als Witwe gewohnt und einen Spezereiladen geführt hat. Ich wollte alles zerstören, was an mich erinnert.«⁷⁰

Noch höhere Priorität als Eglosheim hatte für ihn das Ludwigsburger Schloss als finaler Schauplatz: »Dagegen lag mir viel daran, nach Ludwigsburg ins Schloss zu kommen. Ich wäre über das Gerüst, von dem ich schon gesprochen habe, eingestiegen in denjenigen Stock, in den mir dies am besten gelungen wäre. Weil ein Gerüst dort angebracht war, nahm ich an, dass dieser ganze hintere Flügel, gegen die Anlagen zu [Riesenbau], bewohnt sei, dass freilich der Inhaber der Wohnung zur Zeit, während der Ausbesserungsarbeiten nicht anwesend sei. Von früher her war ich der Meinung, dass

dieser Flügel überhaupt unbewohnt sei, und erst, als ich das Gerüst sah, habe ich die Meinung geändert. Von meinem letzten Besuch im Ludwigsburger Schloss, als ich es mir zehn Tage vor der Tat nochmals habe zeigen lassen, habe ich keine besonderen Eindrücke mitgenommen und mir keine weiteren Gedanken darüber gemacht, was von diesem Flügel bewohnt sei und was nicht. Das weiß ich, dass Zimmer, die man sehen darf, regelmäßig nicht gebraucht werden. Dafür, dass der Flügel mindestens zu einem Teil bewohnt sei, schien mir, wie gesagt, das Gerüst zu sprechen. Auch sah ich einen Ulanenoffizier am Vormittag des 4. September aus einer mir nicht mehr erinnerlichen Türe des Flügels herauskommen; weiter bemerkte ich bei meiner Besichtigung zehn Tage vorher, dass ein Buch für Besucher des Herzogs [Ulrich] oder wer sonst dort wohnt, ich weiß es nicht genau, auflag. Aber bewohnt oder nicht bewohnt, das war mir einerlei; ich wäre eben in das Schloss hinein, dort wo ich am bequemsten und am unbemerktesten hineingelangen konnte, nach der Sachlage am 4./5. Sept. d. J. über das angebrachte Gerüst.«

Weiter heißt es: »Wäre mir im Schloss jemand entgegengetreten, so hätte ich ihn niedergeschossen, auch wenn es der Zufall gewollt hätte, dass ich gerade in das Zimmer des Herzogs selbst gelangt wäre. Ob Bauer oder Herzog, das war mir an diesem Tage einerlei. Übrigens wäre dann vielleicht ich niedergeschossen worden; denn ich nehme an, dass derartige Herrn auch eine Schusswaffe zur Hand haben. Im Schloss hätte ich den Raum, der mir vermöge seiner Einrichtung hiezu am geeignetsten geschienen hätte, natürlich unter den nächstgelegenen, in Brand gesetzt. Meine Absicht ging dahin, dass möglichst viel vom Schloss niederbrenne. Ich hätte deshalb, wenn irgend möglich, den Versuch gemacht, auch in den südlichen Flügel gegen den Schlossgarten zu [Neues Corps de logis], der auch bewohnt

ist, zu gelangen, um dort gleichfalls zu zünden. Es wäre mir recht gewesen, wenn das Schloss mit Rump und Stump abgebrannt wäre. Ich selbst hätte mich, wenn das Feuer richtig gebrannt und meinen Leib voraussichtlich auch erreicht hätte, in dem betr. Flügel erschossen. Ich wollte an einem sauberen Platz untergehen, nicht in einer elenden Hütte; im Schloss hätte es sich doch besser gemacht. Ich hätte das für viel feiner gehalten.«⁷¹

Das Schloss sollte als Bühne eines melodramatischen Finales dienen: »Und ich selbst kann mich in der Herzogin Bett verbrennen, damit die Welt sehe, dass der Wagner doch etwas Besseres ist, edler denkt als sie, damit er sterben könne, wie es seiner würdig ist.«⁷²

Sorgfältig hatte er schon Jahre zuvor in seiner »Autobiografie« die verschiedenen Methoden von Selbstmord abgewogen: Hängen, »das ist eine ganz niederträchtig gewöhnliche Selbstmordmethode«. Ertränken »ist die billigste Art des Delirium tremens, aber nicht die beste. – Vergiften? Wanzen-, Ratten- und Apothekertod! Aller Voraussicht nach werde ich mich erschießen, das ist mannhaft, soldatisch.«⁷³ Sterben wollte er auf jeden Fall. Wenn kein Selbstmord möglich wäre, dann wollte er »geköpft«, also mit der Guillotine enthauptet werden.⁷⁴

Zum Motiv von Wagner

Was aber hatte Wagner zu diesen spektakulären Taten getrieben? Das Landgericht Heilbronn fasste im Februar 1914 das Ergebnis seiner Ermittlungen zusammen: »Im Sommer oder Herbst 1901 habe er in Mühlhausen widernatürliche Unzucht mit einem Tier getrieben. Darüber habe er sich nachher schwere Vorwürfe gemacht. Bald habe er wahrgenommen, dass die Leute ihm anders begegnen als früher, er habe daher nicht bezweifelt, dass man von seiner Verfehlung

Kenntnis gehabt oder dass man doch mindestens Verdacht gegen ihn geschöpft habe. Nach und nach sei das immer schlimmer geworden; die Leute haben Anspielungen gemacht und über ihn gelacht und gespottet. Ebenso in Radelstetten. So sei schon in Radelstetten der Entschluss in ihm gereift, sich ums Leben zu bringen. Dabei habe er sich gesagt, seine Familie, insbesondere seine Kinder, könne er nicht im Elend und in der Schande zurücklassen; wenn er also durch die Jahre fortgesetzte üble Nachrede mitsamt seiner Familie in den Tod getrieben werde, dann haben die Mühlhauser es nicht besser verdient, als dass er ihr ganzes Dorf dem Erdboden gleichmache und möglichst viele Mühlhauser umbringe.«⁷⁵

Doch schon sein psychiatrischer Gutachter Professor Gaupp musste feststellen: Keiner der zahlreichen befragten Zeugen habe »irgend eine Kenntnis von sittlichen Verfehlungen des Wagner in Mühlhausen« gehabt.⁷⁶ Erst später glaubte eine Zeugin sich an Indizien – Tierhaare an seinem Anzug – erinnern zu können.⁷⁷ Da sich aber Wagner auch in den folgenden Jahrzehnten weigerte, Einzelheiten zu nennen, ist die Frage der Sodomie nicht zu klären. Sie ist letztlich auch nicht relevant. Entscheidend ist, dass Wagner starke Schuldgefühle entwickelt hatte, egal ob nun aus realen oder aus imaginierten Ursachen. Das Motiv für den Mord an seiner Familie war, die Kinder und Frau vor der Schande zu bewahren, sie in seinen Tod mitzunehmen, ein so genannter »erweiterter Suizid«.

Die Trauerfeier in Mühlhausen

Die Beerdigung der Mühlhausener Opfer wurde zu einem einmaligen Ereignis in der Geschichte des Dorfes. Der Berichterstatter der »Schwäbischen Chronik« schätzte, dass mehr als 5000 Menschen an der Trauerfeier teilnahmen.⁷⁸ Die Organisation übernahm der württembergische Kriegerverband, dem

mehrere Opfer angehört hatten: so der Schäfer Christian Widmayer, das erste Opfer in Mühlhausen, der Bauer Friedrich Geissinger, der Küfer Jakob Knötzle und der Maurer Christian Vogel. Anwesend war der Präsident des württembergischen Kriegerverbandes, Graf Leutrum von Ertingen⁷⁹, auswärtige Militärvereine mit Fahnen marschierten auf⁸⁰, die Mannschaften der Sanitätskolonne Dürrenz-Mühlacker – aus den Kriegervereinen hervorgegangen – fungierten als Ordner.⁸¹

Einen Tag später wurden Frau und Kinder von Wagner im gemeinsamen Grab der Opfer beigesetzt. Nach dem Bericht der »Ludwigsburger Zeitung« wurden die fünf Särge mit dem Auto nach Mühlhausen überführt und vor dem Gasthof »Adler« aufgebahrt, bevor der Leichenzug zum Friedhof ging. Erneut waren »ein paar tausend Fremde gekommen« und erneut spielten sich auf dem Friedhof »herzerreißende Szenen der Verzweiflung ab, und es mussten wieder einige Personen, welche ohnmächtig zusammenge-

sunken waren, durch die Sanitätsmannschaften aus dem Gedränge getragen werden.«⁸²

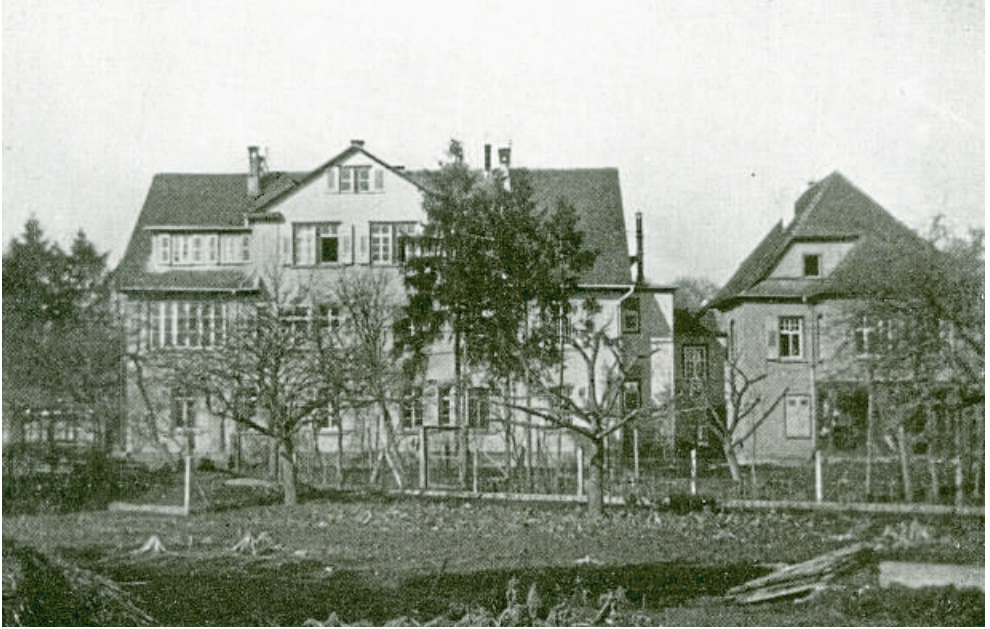
Die spektakuläre Bluttat zog Massen an auswärtigen Besuchern an. Ein regelrechter »Katastrophentourismus«⁸³ setzte ein. Die »Schwäbische Chronik« berichtete am 6. September 1913: »Trotz des regnerischen Wetters fanden sich gestern Nachmittag zahlreiche Fremde von nah und fern ein. Zu Fuß, zu Rad, Gespann oder Auto.«⁸⁴ Zwei Tage später schrieb der »Schwäbische Merkur«: »Ein einfacher Backsteinbau stellt sich als das Gasthaus zur »Krone« vor. Hier geht es heute wie in allen Wirtschaften lebhaft zu. Mühlhausen wird bald völlig ausgegessen sein und wer dann noch etwas will, muss mit einer Flasche Bier vorliebnehmen.«⁸⁵

Streit im Dorf

Die medizinische Versorgung des schwer verletzten Wagner provozierte eine erbitterte Auseinandersetzung. Wegen der aufge-



Trauerfeier in Mühlhausen.



Bezirkskrankenhaus in Vaihingen.

brachten Stimmung unter den Einwohnern musste er »unter starker Bedeckung« ins Bezirkskrankenhaus in Vaihingen überführt werden, um Lynchjustiz zu verhindern.⁸⁶ Der Mühlhausener Schultheiß Häcker protestierte heftig und schrieb an den Bezirksrat des Oberamtsbezirks Vaihingen: »Der Einwohnerschaft ist es rein unverständlich, wie diesem Mordbuben die gleiche Pflege im Krankenhaus zuteilwerden kann, wie seinen unglücklichen Opfern.«⁸⁷ Der Bezirksrat erhob daher Klage gegen den Vaihinger Oberamtsrichter Dr. Schwabe und gegen den Untersuchungsrichter Dr. Häring beim Landgericht Heilbronn »wegen nicht rechtzeitiger Fortschaffung des ›Massenmörders Wagner«. Die Klage wurde vom Landgericht Heilbronn als »unbegründet verworfen«.⁸⁸ Der Bezirksrat ließ aber nicht locker, vor allem nicht Oberamtmann Pflieger, ging über das Oberlandesgericht bis zum Justizministerium; ohne Erfolg.⁸⁹

Die nächste Aufregung provozierte die »Württembergische Zeitung«, die am 22. Sep-

tember 1913 den Artikel »Ein Besuch beim Massenmörder Wagner« veröffentlichte. Offenbar war es einem Journalisten gelungen, in die »Irrenzelle des Bezirkskrankenhauses Vaihingen« zu gelangen und Wagner zu interviewen. Der Heilbronner Untersuchungsrichter sah sich daraufhin veranlasst, das Krankenhaus daran zu erinnern, dass »Wagner Untersuchungsgefangener ist und als solcher keine Besuche oder Briefe ohne meine ausdrückliche Genehmigung empfangen darf.«⁹⁰

Auch innerhalb des Ortes traten Spannungen auf. Spenden, von der Gemeinde Eglosheim bis hinauf zum König, hatten die stattliche Summe von über 25 000 Mark zusammengebracht. Der Pfarrbericht von 1914 konstatierte »viel Streit, Neid und Eifersucht« im Zusammenhang mit der Verteilung der geflossenen Spenden.⁹¹

Mindestens ebenso erbittert wurde über die Person des »Retters von Mühlhausen« gestritten. War es der Polizeidiener Tobias Kientsch gewesen? Oder war es doch

der Eisenbahnarbeiter («Stationsarbeiter») Wilhelm Bürle gewesen, der Wagner mit seiner »Karst« (Hacke) ausgeschaltet hatte? Kientsch beanspruchte, als erster Wagner niedergeschlagen zu haben, Bürle widersprach energisch.⁹² Eine Klärung dieser Frage wurde von der Schwurgerichtsverhandlung gegen Wagner erwartet; dazu kam es aber nicht.⁹³ Die Obrigkeit versuchte daher eine salomonische Lösung: Beide erhielten die silberne Verdienstmedaille und beide bekamen eine Belohnung von 50 Mark.⁹⁴

Kein Prozess, kein Urteil

Nach einem Monat im Vaihinger Krankenhaus, am 7. Oktober morgens um halb sieben, kam Wagner per Auto nach Heilbronn; nicht, wie der »Enz-Bote« fälschlich meldete, »ins Landesgefängnis Heilbronn«,⁹⁵ sondern in das »landgerichtliche Untersuchungsgefängnis« Heilbronn im Deutschhof. Walther Bacmeister, damals als Staatsanwalt am Landgericht Heilbronn für den Fall zuständig, erinnerte sich: »Anstandslos fügte er sich während der Untersuchungshaft in die Hausordnung.«⁹⁶

Die ermittelnden Behörden stufte sein Verhalten und seine Aussagen als stark auffällig ein. Das Landgericht Heilbronn beschloss daher, Wagner in der Klinik für Gemüts- und Nervenkrankheiten der Universität Tübingen untersuchen zu lassen. Er war vom 11. November bis zum 24. Dezember 1913 in Tübingen; anschließend kam er zurück ins Untersuchungsgefängnis Heilbronn.⁹⁷ Das Gutachten verfasste Robert Gaupp, seit 1906 Direktor der Klinik.⁹⁸ In seinem Gutachten erklärte Gaupp Wagner für paranoid-geisteskrank.

Drei Wochen später wurde Wagner für ein zweites Gutachten fünf Tage im Straßburger Untersuchungsgefängnis von dem Psychiatrieprofessor Robert Wollenberg untersucht und begutachtet.⁹⁹ Wollenberg schloss sich

dem Gutachten von Gaupp an und attestierte ebenfalls Verfolgungswahn.

Der Paragraph 51 des Strafgesetzbuches bestimmte: »Eine strafbare Handlung ist nicht vorhanden, wenn der Täter zur Zeit der Begehung der Handlung sich in einem Zustande der Bewusstlosigkeit oder krankhafter Störung der Geistestätigkeit befand, durch welchen seine freie Willensbildung ausgeschlossen war.«

Das Landgericht Heilbronn stellte daraufhin das Strafverfahren ein, die Hauptverhandlung wurde nicht eröffnet.¹⁰⁰ Am 3. Februar 1914 beschloss das Landgericht schließlich: »Nach dem Gutachten der Sachverständigen besteht die Geisteskrankheit des Angeschuldigten auch jetzt fort, ja, sie ist als eine noch im Zunehmen begriffene und als eine dauernde Erkrankung anzusehen, und zwar als eine solche, vermöge deren der Angeklagte gemeingefährlich erscheint. Der Angeklagte war daher zwecks Veranlassung dauernder sicherer Verwahrung in einer Irrenanstalt der zuständigen Polizeibehörde zu übergeben.«¹⁰¹

Wagner gilt als der erste Fall in Württemberg, bei welchem ein Mörder wegen Unzurechnungsfähigkeit bzw. Schuldunfähigkeit in eine psychiatrische Anstalt eingewiesen wurde, anstatt rechtskräftig verurteilt zu werden.¹⁰² Der Ausgang des Verfahrens bedeutete einen Sieg der Mediziner über die Juristen im Kampf um die Deutungshoheit im »biopolitischen Diskurs«. Die konträren Positionen von Juristen und Medizinern werden auch heute noch thematisiert. So postulierte der langjährige Anstaltsarzt der Justizvollzugsanstalt Rottenburg im Jahr 2017: »Juristen und Ärzte haben seit jeher ein grundlegendes Verständigungsproblem. Sie schauen die Welt aus verschiedenen Richtungen an: retrospektiv und prospektiv. Ein Jurist schaut rückwärts: was ist geschehen, warum ist es geschehen, wer ist schuld daran und wie kann, soll, muss er bestraft werden. Ein Arzt schaut vorwärts: was ist das Prob-

lem, was kann daraus werden, wie kann man Schlimmeres verhindern, wie kann vorgebeugt, gebessert, geheilt werden. Schuld und Strafe kommen gar nicht erst vor.«¹⁰³

Wagner in Winnental

In der Heilanstalt Winnental war Wagner, einer der prominentesten Psychatriepatienten europaweit, von 1914 bis 1938 »dauernd in einer Einzelzelle verwahrt.«¹⁰⁴ Er bezog während dieser ganzen Zeit das Ruhegehalt eines Beamten und konnte daher auch seinen arbeitslosen Bruder in Eglosheim finanziell unterstützen.¹⁰⁵

Der Verfolgungswahn zeigte sich auch in der Anstalt. 1920 klagte er über die »Asperger« in Winnental. Er habe lange ungestört in der Anstalt leben können. »Das änderte sich, als die »Asperger Gesellschaft kam; die haben ihm das Leben recht versauert.«¹⁰⁶ Mitte August 1914 waren die Insassen und zwei Beamte der »Irrenabteilung auf Hohenasperg« nach Winnental verlegt worden, um auf dem Hohenasperg Platz für französische Kriegsgefangene zu schaffen. Erst am 20. April 1920 konnte die »Irrenabteilung

Hohenasperg« wieder eröffnet werden. Die Abneigung von Wagner gegen Asperg reichte weit zurück: bis zu den Kämpfen zwischen den Eglosheimer und den Asperger Kindern in seiner Jugendzeit.¹⁰⁷

Am 7. Januar 1924 erhielt er einen Besuch des damaligen württembergischen Innenministers Eugen Bolz, bei dem Wagner nicht nur über Innenpolitik plauderte, sondern auch seine Hoffnung äußerte, seine Freiheit wiederzuerlangen.¹⁰⁸

Aus der Irrenanstalt heraus begann Wagner seinen Kampf gegen den (jüdischen) Dichter Franz Werfel als angeblichen Plagiator seiner Werke. Die Anstaltsleitung erlaubte ihm, antisemitische Flugblätter in der anstaltseigenen Druckerei drucken zu lassen und postalisch in Umlauf zu bringen, so dass man von einer Komplizenschaft von Ärzten und Insassen sprechen kann.¹⁰⁹ Wagner betonte in Eingaben, er sei »seit 1930 Nationalsozialist, der erste in Winnental«¹¹⁰, konnte aber mit diesem politischen Statement die dauerhafte Einsperrung nicht verhindern.

Sein Gesundheitszustand verschlechterte sich mit den Jahren immer mehr. Die Patien-



Die Heilanstalt Winnental, um 1910.

tenakte von Wagner vermerkte am 27. April 1938: »Heute Morgen um halb 7 Uhr wurde er von seinem so tragischen Schicksal erlöst. Ohne Schmerzen, ohne Bewusstsein und ohne Todeskampf ist er gestorben.«¹¹¹ Als Todesursache wurde Lungentuberkulose festgestellt. Bei der Sektion am 28. April 1938 konnte in Winnenden kein pathologischer Befund am Gehirn diagnostiziert werden.¹¹²

Die Leiche wurde nach der Sektion auf Wunsch von Wagner verbrannt. Sein Gehirn wurde entnommen und an das Berliner Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung geschickt. Das Berliner Institut schickte es weiter an die Freiburger Psychiatrische Klinik; diese übergab es an das Vogtsche Institut für Hirnforschung, damals noch in Neustadt im Schwarzwald ansässig. In der Sammlung des Instituts, die Mitte der 1960er Jahre an die Uniklinik Düsseldorf ging, wurde das Organ als »Mördergehirn 4« geführt.¹¹³ Dort befindet es sich laut Auskunft der Universität Düsseldorf bis heute.

Im Jahr 2002 erregte großes Aufsehen in den Medien, dass der Magdeburger Psychiater und Hirnforscher Bernhard Borgerts die Gehirne von Ernst Wagner und Ulrike Meinhof miteinander verglich; er wollte eine organische Ursache als Erklärung für ihre Taten finden.¹¹⁴

Wagner als Dichter

Während seiner Unterbringung in Winnental nahm Wagner seine literarische Tätigkeit wieder auf.¹¹⁵ Über Jahrzehnte hinweg hatte er sich als Schriftsteller versucht. Er schrieb Gedichte und verfasste von 1909 bis kurz vor der Tat im September 1913 eine Autobiographie in drei Teilen: »Auch Einer«, »Auf der Bierbank« und »Stuttgarter Spaziergänge«.¹¹⁶

Bereits seit 1904, nach der Rückkehr von seiner zweiten Schweiz-Reise, hatte er Dramen verfasst, die sich mit Themen der rö-

mischen Geschichte und Figuren des Alten Testaments beschäftigten.¹¹⁷ Hinzu kamen die Schriften »Der Unteroffizier-Schulmeister« und »Die neue Rechtschreibung«. Unter dem Pseudonym »Walther Ernst« erschienen: »Bilder aus dem alten Rom. Schauspiel« (1906), »Nero. Historisches Schauspiel in 3 Akten« (1907), »David und Saul. Drama in 5 Akten« (1909). Unter seinem richtigen Namen erschienen: »Absalom. Drama« (1919), »Saul. Drama in fünf Aufzügen« (1920), »Wahn – König Ludwig II. von Bayern. Drama in drei Akten« (1921) und »Die Landhofmeisterin. Schauspiel« (1922).¹¹⁸

Die Schauspiele und Dramen ließ er auf eigene Kosten drucken: den »Nero« im September 1907 bei der Ulmer Zeitung in 100 Exemplaren für 41 Mark; ebenfalls in Ulm wurden 1906 für 80 Mark 300 Exemplare von »Bilder aus dem alten Rom« und drei Jahre später für 170 Mark in derselben Auflagenhöhe »David und Saul« gedruckt.¹¹⁹

Seine größten Hoffnungen setzte Wagner dabei auf das dreiaktige Drama »Wahn«. Darin verarbeitete er die Ereignisse um die Entmündigung des bayerischen Königs Ludwig II. sowie dessen Tod im Starnberger See im Jahr 1886. Wagner schrieb das Drama in Winnenden und ließ es – mit Zustimmung des Anstaltsleiters – in der Anstalt drucken.¹²⁰

Wagner sah sich selbst als den größten deutschen Dichter, neben dem Schiller oder Goethe verblassen. Im Kreis anderer Schullehrer prahlte er: »Was Schiller, was Goethe! Ich bin der größte deutsche Dramatiker.«¹²¹ Im März 1918 bewarb er sich mit »Absalom« um den deutschen Schiller-Preis. Er bot das Stück auch dem Staatstheater in Stuttgart an, ohne Erfolg.¹²²

Bis auf die beiden jüngsten Werke sind alle (gedruckten) Dramen von Wagner in der Württembergischen Landesbibliothek in Stuttgart vorhanden. Das Deutsche Literaturarchiv Marbach verwahrt vier Dramen. Die gedruckten Werke Wagners aus dem

Bestand der Anstalt Winnental wurden erst 2018 vom Staatsarchiv Ludwigsburg übernommen.

Drei weitere Werke – »Florian Geyer«, »Der Weltkrieg« und »Das verjüngte Paar« – sind in den 1930er Jahren wohl von Wagner selbst vernichtet worden.¹²³

Auswirkungen auf die Psychiatrie

Der Fall Wagner ging in die Geschichte der Psychiatrie ein, denn Robert Gaupps Lehre von der Paranoia basierte auf Wagner, seinem wichtigsten Patienten.¹²⁴ Das umfangreiche Gutachten erschien unter dem Titel »Zur Psychologie des Massenmords. Hauptlehrer Wagner von Degerloch« in der Reihe »Verbrechertypen« (Band 1, Heft 3) 1914 im Springer-Verlag Berlin.

In einer Vielzahl von psychiatrischen Fachbüchern zum Thema »Paranoia« wird der Fall Wagner bis heute thematisiert. Aber auch bei zeitgenössischen wie aktuellen Fachkongressen war er präsent, zum Teil



Ernst Wagner als Patient in Winnental, 1934.

sogar in Person. Bei der 55. Tagung der Südwestdeutschen Psychiater in Tübingen im Oktober 1932 gehörte er zum Tagungsprogramm; ein Kongressteilnehmer schwärmte später über »jene schlechthin großartige Krankenvorstellung des berühmten Paranoikers Wagner«.¹²⁵ Dabei hatte sich Wagner ausdrücklich dagegen gewehrt: »Ich möchte nicht zu Studienzwecken vorgezeigt werden.«¹²⁶

Und noch 1997 wurde in der Universitäts-Nervenlinik Tübingen ein Symposium zum Fall Wagner veranstaltet, bei dem in acht Vorträgen unterschiedliche Aspekte dieses Falles dargestellt und diskutiert wurden. Die Vorträge sowie eine Transkription des Winnentaler Krankenblattes von 1914 bis 1938 sind abgedruckt im 1999 publizierten Tagungsband »Wahn und Massenmord. Perspektiven und Dokumente zum Fall Wagner«.

Auswirkungen auf das Waffengesetz

Die Tat von Wagner löste, ebenso wie spätere Amokläufe, eine Diskussion über Waffenbesitz von Privatpersonen aus. Bis dahin war Waffenbesitz in Württemberg nahezu uneingeschränkt möglich gewesen. Das Gesetz vom 1. Juni 1853 über den Besitz und Gebrauch von Waffen hatte in Paragraf eins formuliert: »Der Besitz von Schießwaffen unterliegt keiner Beschränkung«.

Die dramatischen Folgen des uneingeschränkten Rechts auf Waffenbesitz zeigten sich an einem Beispiel aus der näheren Umgebung. Der Vaihinger Abgeordnete Eisele führte in der Sitzung des Landtags am 10. Februar 1914 eine Schießerei in Unterriexingen als warnendes Exempel an: »Vor wenigen Wochen sind einige junge Burschen von Unterriexingen mit Großsachsenheimer Burschen in einer Wirtschaft in Streit geraten wegen einer geringfügigen Sache. Sofort zieht einer den Revolver. Einer der Burschen bleibt Tod auf dem Platze, und

ein zehnjähriges Kind, das zufällig im Wege stand, ist lebensgefährlich verletzt und liegt heute noch lebensgefährlich darnieder. Es handelt sich um junge Burschen im Alter von 16 bis 19 Jahren. In der Untersuchung ist festgestellt worden, dass jeder der beteiligten Burschen – es mögen im ganzen 12 bis 14 gewesen sein – einen geladenen Revolver mit sich in die Wirtschaft genommen hat, und es ist festgestellt worden, dass eine ausländische Firma, wenn ich recht weiß eine Brüsseler Großfirma, 30 Revolver nach Unterriexingen geschickt hat, um sie unter der schulentlassenen Jugend zur Verteilung zu bringen.«¹²⁷ Bei der Brüsseler Großfirma handelte es sich um die Fabrique National, in der Browning seine berühmte Browning 1900 fertigen ließ.¹²⁸

Es gibt noch eine andere Version dieses Vorfalls: »Das neue Jahr hat damit begonnen, dass Großsachsenheimer Rekruten mit den beiden Söhnen der Witwe Weidenbach in Streit gerieten, gelegentlich eines Tanzes in der Krone. Die Großsachsenheimer verfolgten hauptsächlich den 17-jährigen Albert Weidenbach, welcher sich in sein mütterliches Haus zurückziehen wollte, bis in die Nähe desselben. Schließlich machte dieser von seinem Revolver Gebrauch und gab vier Schüsse ab, von denen einer den 20-jährigen Schlotterbeck von Großsachsenheim durch Herz und Lunge traf, so dass er sofort tot zu Boden sank. Eine andere Kugel traf den 9-jährigen Gottlieb Schiele (gegenüber dem Rathaus) in den Unterleib und in den Darm siebenmal. Ein wahres Wunder ist, dass der unglückliche Knabe nach einer schweren Operation im Ludwigsburger Krankenhaus mit dem Leben davonzukommen scheint.«¹²⁹

Der »Schwäbische Merkur« forderte bereits am 6. September 1913, also unmittelbar nach dem Amoklauf Wagners: »Wenn die Frage, ob Reichsgesetz oder Landesgesetz bei der Frage der Schaffung eines Gesetzes gegen das unbefugte Waffentragen nicht

bald zum Austrag kommt, so muss eben Württemberg allein vorgehen, selbst auf die Gefahr hin, später der Reichsgesetzgebung weichen zu müssen.« Die Verabschiedung eines Gesetzes zur »Regelung des Verkehrs mit Waffen und Munition« verzögerte sich durch den Ersten Weltkrieg. In der Weimarer Republik wurde 1928 erstmals ein Waffenschein eingeführt.

Als Reaktion auf den Amoklauf von Wagner forderte die Presse einerseits eine Einschränkung des privaten Waffenbesitzes, andererseits forderte sie aber auch, die Polizei auf dem Lande mit Schusswaffen auszurüsten.¹³⁰ Zwar waren seit 1902 bei der württembergischen Polizei auch Revolver eingeführt worden. Das Mitführen der Revolver war jedoch nur für bestimmte Aufgaben wie Radfahren, Hausdurchsuchungen und den Gefangenentransport auf der Eisenbahn vorgesehen.¹³¹ Laut Landjäger-Verordnungsblatt vom Juli 1914 wurde die Selbstladepistole Mauser C 96 (die Tatwaffe von Wagner!) als »Mauser-Pistole 1913« für den Dienst eingeführt.¹³² Das beschlagnahmte Fahrrad von Wagner diente noch lange Jahre als Dienstfahrrad.¹³³

Erinnerungskultur

Die Erinnerung an Wagners Tat wird auf verschiedenen Ebenen bis in die Gegenwart transportiert. Materiell in Form des Denkmals für die Opfer auf dem Friedhof von Mühlhausen, das von der Gemeinde gepflegt und unterhalten wurde.¹³⁴ Auf der Gemeinderatssitzung am 10. Mai 1971 wurde entschieden: »Der Gemeinderat hat vor einiger Zeit beschlossen, das Wagner-Denkmal auf dem Friedhof abzurechen und die Tafeln an der Friedhofsmauer anzubringen. Drei Firmen wurden zur Abgabe eines Angebots aufgefordert. Eingegangen ist nur der Vorschlag und das Angebot von Bildhauermeister Manfred Metzger, Mühlacker. Die Kosten belaufen sich auf ca. 1630 DM



Das Denkmal auf dem Friedhof in Mühlhausen, 2018.

zuzüglich Mehrwertsteuer. Vom Gemeinderat wird mit 8 Ja-Stimmen bei 1 Nein-Stimme beschlossen: Dem Vorschlag von Herrn Metzger zuzustimmen und ihm die Arbeiten zu übertragen.«¹³⁵ Das neue Denkmal an der Friedhofsmauer mit den alten Erinnerungstafeln für die getöteten Mühlhausener Bürger rückte an den Rand. Die Gräber von Wagners Angehörigen wurden beseitigt.¹³⁶

Die Erinnerungskultur in schriftlicher Form ist bisher die wichtigste gewesen. Die Geschichtswissenschaft hat den Fall Wagner aufgegriffen, um die Mentalitätsgeschichte seiner Zeit zu beschreiben. Für Philipp Blom beispielsweise ist Wagner ein zentraler Fall und »repräsentativer Querschnitt der Wahnvorstellungen am Anfang des 20. Jahrhunderts.«¹³⁷ Auch in der Landesgeschichte ist Wagner in den letzten Jahren verstärkt wahrgenommen worden. In wissenschaftlich-fundierter Form in den »Württember-

gischen Biographien« durch den Artikel von Martin C. Häußermann.¹³⁸

Populäre Werke zur Kriminalgeschichte Württembergs greifen den Fall Wagner immer wieder von neuem auf. Wie im Buch »Angeklagt! Außergewöhnliche Kriminalfälle in Schwaben« von Steffen Pross und Beate Volmari (2005). Wagner erscheint hier in einer Reihe mit Friedrich Schiller, Katharina Kepler, Gudrun Ensslin und Konrad Kujau. Ebenso breit gefächert ist die Auswahl an Beispielen in Markus Malls »Mord in Schwaben. Wahre Fälle und ihre Hintergründe« (2006). Sie reichen vom Mord Herzog Ulrichs von Württemberg an Hans von Hutten im Jahr 1515 bis zu den Kindstötungen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Selbst in »Schwabens schwarze Seele. 25 Krimis, 28 Rezepte« (2015) hat Wagner Eingang gefunden, wo »deftige schwäbische Spezialitäten in skurril-hei-

teren, schwarzhumorigen und mörderisch spannenden Geschichten« serviert werden.

Literarische Rezeption

Zur »literarisch wohl bekanntesten Figur« eines Amokläufers¹³⁹ machte ihn Hermann Hesse mit seiner Novelle »Klein und Wagner«, die im Frühling/Sommer 1919 entstand. Zum Inhalt: Der Familienvater und Bankbeamte Friedrich Klein flieht mit unterschlagenem Geld nach Italien. »Immer wieder befällt Klein der Gedanke an einen Schullehrer, Ernst August Wagner, der in einem Amoklauf seine Familie umgebracht hatte und mit dem er sich ›irgendwie verknüpft‹ fühlt. [...] Mit der Figur des Lehrers Wagner greift Hesse auf einen historischen, seinerzeit aktuellen Amokläufer zurück, über den die Tagespresse berichtet hatte. Wegen seiner Popularität ist der Fall Wagner geeignet, Diskussionen über die Verantwortung des Einzelnen sowie der Gesellschaft anzuregen sowie die Dringlichkeit und Aktualität des Konfliktes, den Klein ausficht, deutlich werden zu lassen.«¹⁴⁰

Der Schriftsteller und Dramaturg Heiner Kipphardt (1922–1982) verfasste ein Exposé zu einem nicht realisierten Wagner-Film, das heute im Deutschen Literaturarchiv in Marbach aufbewahrt wird.¹⁴¹ »Der erste Teil des Fernsehspiels sollte sich mit der Durchführung der Morde in Degerloch und Mühlhausen beschäftigen. Anschließend plante Kipphardt die Inszenierung der Vernehmungen und der psychiatrischen Befragungen Wagners, wodurch die Biographie des Täters rekonstruiert werden sollte. Der letzte Teil des Films sollte dann Wagners 25-jähriges Leben hinter den Gittern der Winnentaler Irrenhauszelle zeigen.«¹⁴² Der vorgeschlagene Wagner-Film wurde niemals gedreht, sein Exposé erst 1989 posthum in der Werkausgabe veröffentlicht.¹⁴³

Der Journalist Horst Brandstätter und der Psychoanalytiker Bernd Neuzner schrieben

1996, neben ihrem immer noch grundlegenden Buch »Wagner. Lehrer, Dichter, Massenmörder«, auch das Hörspiel »Ein Cäsar wäre ich sehr gern gewesen. Monolog eines Mörders«, gesendet am 23. Juni 1996 im Radioprogramm des Süddeutschen Rundfunks.¹⁴⁴

Zum hundertsten Jahrestag des Amoklaufs verfasste der Verleger und Schriftsteller Peter Sindlinger das Theaterstück »Morgen spricht von mir die ganze Welt«, eine Kooperation des Zimmertheaters Tübingen mit der Universität Tübingen, dem Institut für Kriminologie, dem Universitätsklinikum Tübingen und dem Institut für Allgemeine Psychiatrie. Das Stück hatte am 12. Oktober 2013 in Tübingen Premiere. Bei der Aufführung in Mühlacker stammte »geschätzt die Hälfte der 200 Menschen im Saal aus Mühlhausen.«¹⁴⁵ Im gleichen Jahr verfasste der österreichische Schauspieler und Autor Johannes Hoffmann das Stück »Mordbrenner«.

Eine eigene digitale Erinnerungskultur ist im Internet entstanden: neben Wikipedia vor allem auf den Websites von Orten, die im Fall Wagner eine wichtige Rolle spielten. Sehr ausführlich geschieht dies auf der Website von Mühlhausen an der Enz, mit vielen Fotos und Faksimiles. Das Zentrum für Psychiatrie Winnenden stellt in seinem historischen Überblick einen seiner prominentesten Patienten in Wort und Bild vor. Wikipedia widmet dem »deutschen Lehrer, Mörder und Dichter« einen eigenen Artikel. Bei der Google-Eingabe »Ernst August« steht Wagner bei der Trefferhäufigkeit an vorderster Stelle, direkt hinter Ernst August von Hannover.

Bei Veranstaltungen verschiedenster Art ist der Name »Ernst Wagner« offenbar bis heute zugkräftig. Am 21. Oktober 2012 fand ein Krimibrunch auf Schloss Mühlhausen statt. Der Werbe-Flyer lockte: »Während Sie einen exzellenten Brunch genießen, erzählt und liest Historienführer Roland Straub über Ernst Wagner, den Lehrer, Dichter und

Massenmörder. Ein einmaliger Kriminalfall von 1913, der die ganze Region in Schrecken und Aufruhr versetzte. Eine Geschichte, die auch heute noch Gänsehaut erzeugt.«¹⁴⁶

Im Oktober 2018 fand eine »Mord(s)-Tour« zu Tatorten in Stuttgart statt, fachkundig geführt von dem ehemaligen Hauptkommissar Hans-Peter Schühlen. Gezeigt wurde dabei auch der Standort des früheren Hauptbahnhofs, von dem Wagner 1913 zu seinem Amoklauf in Mühlhausen aufbrach.¹⁴⁷

Die Erinnerung an Wagner bleibt schwierig, sowohl in seiner Heimatgemeinde Eglosheim wie an seinem letzten Wohn- und Arbeitsort Degerloch. Manfred Janle, der ehemalige Direktor der Filderschule, versuchte in einem Leserbrief in der »Stuttgarter Zeitung« vom 5. Juli 1996 Wagner auszugrenzen: »Massenmörder war kein Degerlocher Lehrer«. Wer als Degerlocher Lehrer bezeichnet werden wolle, der müsse dort viele Jahre tätig gewesen sein und das Vertrauen des Orts besessen haben. Eine Beschäftigung mit Wagner fand in Ludwigs-

burg und Eglosheim bisher praktisch nicht statt. Dies beginnt sich aber inzwischen zu ändern.

Schlussbemerkung

Nach jedem Amoklauf der Gegenwart taucht in den Zeitungsberichten der Name von Ernst Wagner wieder auf. Wenige Tage nach dem Amoklauf in der Albertville-Realschule Winnenden am 11. März 2009 mit insgesamt 16 Toten schrieb die »Pforzheimer Zeitung«: »Der Amoklauf an der Realschule in Winnenden hat auch dazu geführt, dass man sich einer vergangenen Bluttat erinnert: Der Amokläufer Ernst Wagner versetzte einst Mühlhausen/Enz bei Mühlacker in Schrecken.« Zwei Jahre später, 2011, titelte der »Tagesspiegel« nach den beiden Anschlägen in Norwegen: »Auch Einzeltäter haben Vorläufer« und bezog sich dabei direkt auf Wagner. Der Fall Wagner ist also von erschreckender Aktualität. Spätestens beim nächsten Amoklauf werden wir wieder an Ernst August Wagner erinnert werden.

Anmerkungen

- 1 Überarbeitete und erweiterte Fassung des am 10. Januar 2019 beim Historischen Verein für Stadt und Kreis Ludwigsburg gehaltenen Vortrags.
- 2 Fritz Barlen: Sippentafel des Hauptlehrers Wagner (Fall von Gaupp), in: Zeitschrift für die gesamte Neurologie und Psychologie 176 (1943) S. 320–324, hier S. 320.
- 3 Evangelische Kirchengemeinde Kleinbottwar: Taufen, Heiraten, Kommunionen und Tote 1693–1890, Bl. 32.
- 4 Barlen (wie Anm. 2) S. 320.
- 5 Zitiert nach Rolf van Raden: Patient Massenmörder. Der Fall Ernst Wagner und die biopolitischen Diskurse, Münster 2009, S. 53 f.
- 6 Staatsarchiv Ludwigsburg (StAL) F 235 II Bü 10798: Staatliche Heilanstalt Winnental, Patientenakte Ernst Wagner, S. 57.
- 7 Robert Gaupp: Krankheit und Tod des paranoischen Massenmörders Hauptlehrer Wagner. Eine Epikrise, in: Zeitschrift für die gesamte Neurologie und Psychologie 163 (1938); zit. nach: 175 Jahre Heilanstalt Winnenden, Ubstadt-Weiher 2009, S. 161.
- 8 Barlen (wie Anm. 2) S. 322.
- 9 Ernst Wagner: Der Nazarener. Autobiographische Zeugnisse, hrsg. von Matthias M. Weber u.a., München 2015, S.135 f.
- 10 Gaupp (wie Anm. 7) S. 138.
- 11 Wagner (wie Anm. 9) S. 166.
- 12 Evangelische Kirchengemeinde Eglosheim: Familienbuch 1808–1908, S. 610.

- 13 Peter Sindlinger: Amoklauf 1913. Vom Versuch, eine Katastrophe zu bewältigen. Der Fall Ernst Wagner, Nürtingen 2013, S. 131.
- 14 Wie Anm. 12.
- 15 Barlen (wie Anm. 2) S. 322.
- 16 Ebd.
- 17 Sindlinger (wie Anm. 13) S. 207.
- 18 Barlen (wie Anm. 2) S. 322.
- 19 Vernehmungsprotokolle des Untersuchungsrichters, zit. nach Wagner (wie Anm. 9) S. 355.
- 20 Ebd. S. 354.
- 21 Hermann Burkhardt (Hrsg.): Eglosheim. Ein Ort im Wandel der Jahrhunderte, Ludwigsburg 1991, S. 11.
- 22 Stadtarchiv Ludwigsburg E 3, 1521, Bl. 2.
- 23 Ebd. Quadrangel 7.
- 24 Sindlinger (wie Anm. 13) S. 200.
- 25 Gaupp (wie Anm. 7) S. 138 f.
- 26 Adressbuch der zweiten Königlichen Residenzstadt Ludwigsburg, 1903, S. 99.
- 27 Ludwigsburger Kreiszeitung 24.08.2012.
- 28 Hans-Christoph Knippel: Schule in Alt-Eglosheim, Eglosheim 2014, S. 6.
- 29 Hermann Burkhardt: Schule im alten Württemberg. Das Beispiel Eglosheim, Ludwigsburg 1993, S. 67.
- 30 Wagner (wie Anm. 9) S. 145.
- 31 Eglosheim (wie Anm. 21) S. 187.
- 32 Landeskirchliches Archiv Stuttgart A 27 (Personalakten) Nr. 979.
- 33 Wagner (wie Anm. 9) S. 142.
- 34 Ebd. S. 147.
- 35 Robert Gaupp: Zur Psychologie des Massenmords. Hauptlehrer Wagner von Degerloch. Eine kriminalpsychologische und psychiatrische Untersuchung, Berlin 1914 (ND Frickenhausen 1996), S. 23.
- 36 Wagner (wie Anm. 9) S. 145, 147.
- 37 Ebd. S. 152 f.
- 38 Ebd. S. 161.
- 39 Vernehmungsprotokolle (wie Anm. 19) S. 370.
- 40 Sindlinger (wie Anm. 13) S. 111.
- 41 Bernd Neuzner, Horst Brandstätter: Wagner. Lehrer, Dichter, Massenmörder, Frankfurt am Main 1996, S. 69, 86.
- 42 Wagner (wie Anm. 9) S. 137.
- 43 Die Friedrichstraße wurde 1946 umbenannt in Rubensstraße; Titus Häussermann: Die Stuttgarter Straßennamen, Tübingen 2003, S. 503.
- 44 Gaupp (wie Anm. 7) S. 149.
- 45 Sindlinger (wie Anm. 13) S. 26.
- 46 Vernehmungsprotokolle (wie Anm. 19) S. 335 f.
- 47 StAL F 215 Bü 646.
- 48 Vernehmungsprotokolle (wie Anm. 19) S. 344 f.
- 49 Schwäbische Chronik 10.09.1913, zit. nach Sindlinger (wie Anm. 13) S. 148 f.
- 50 Vernehmungsprotokolle (wie Anm. 19) S. 344, 360.
- 51 Neuzner/Brandstätter (wie Anm. 41) S. 20 f.
- 52 Bei diesem Geschäft handelt es sich um die »Mützen-, Militäreffekten- und Parfümeriehandlung« von Heinrich Kühner, Wilhelmstraße 8.
- 53 Vernehmungsprotokolle (wie Anm. 19) S. 338 f.; Ergänzungen und Korrekturen durch Ulrich Krüger.
- 54 Walther Bacmeister: Der Massenmörder und Brandstifter Wagner (1940), zit. nach Wagner (wie Anm. 9) S. 304.
- 55 Vernehmungsprotokolle (wie Anm. 19) S. 341.
- 56 Der Bürgerfreund, zit. nach Sindlinger (wie Anm. 13) S. 104 f.
- 57 Mitteilung von Sonja Eisele/Stadtarchiv Bietigheim-Bissingen, 04.12.2018.
- 58 Neuzner/Brandstetter (wie Anm. 41) S. 23, 41, 83.
- 59 Vernehmungsprotokolle (wie Anm. 19) S. 342.
- 60 Ebd. S. 343.
- 61 Protokoll Stationskommandant Vaihingen 15.09.1913, zit. nach Sindlinger (wie Anm. 13) S. 183 f.
- 62 Vernehmungsprotokolle (wie Anm. 19) S. 325.

- 63 Neuzner/Brandstätter (wie Anm. 41) S. 30 f.
- 64 Philipp Blom: Der taumelnde Kontinent. Europa 1900–1914, München 2009, S. 424.
- 65 Vernehmungsprotokolle (wie Anm. 19) S. 341.
- 66 Ebd.
- 67 Ebd. S. 353.
- 68 Ebd. S. 354.
- 69 Ebd. S. 320.
- 70 Ebd. S. 355.
- 71 Ebd. S. 356 f.; Ergänzungen und Korrekturen durch Ulrich Krüger.
- 72 Sindlinger (wie Anm. 13) S. 253.
- 73 Wagner (wie Anm. 9) S. 196 f.
- 74 Bacmeister (wie Anm. 54) S. 315.
- 75 Beschluss Landgericht Heilbronn 03.02.1914, zit. nach Sindlinger (wie Anm. 13) S. 228 f.
- 76 Gaupp (wie Anm. 35) S. 31.
- 77 Ebd. S. 140.
- 78 Schwäbische Chronik 08.09.1913.
- 79 Stuttgarter Neues Tagblatt 08.09.1913.
- 80 Schwäbischer Merkur 08.09.1913.
- 81 Schwäbische Chronik 08.09.1913.
- 82 Ludwigsburger Zeitung 09.09.1913.
- 83 Sindlinger (wie Anm. 13) S. 35.
- 84 Zitiert nach Sindlinger (wie Anm. 13) S. 35.
- 85 Ebd. S. 36.
- 86 Ebd. S. 57 f.
- 87 Ebd. S. 66.
- 88 Ebd. S. 73.
- 89 Ebd. S. 76.
- 90 StAL F 209 II Bü 421.
- 91 Sindlinger (wie Anm. 13) S. 87, 89.
- 92 Ebd. S. 89 f.; StAL F 209 I Bü 727.
- 93 Sindlinger (wie Anm. 13) S. 96.
- 94 Ebd. S. 92 f.
- 95 Der Enz-Bote 04.10.1913.
- 96 Bacmeister (wie Anm. 54) S. 315.
- 97 Neuzner/Brandstätter (wie Anm. 41) S. 32.
- 98 Ebd. S. 66.
- 99 Sindlinger (wie Anm. 13) S. 226.
- 100 Neuzner/Brandstätter (wie Anm. 41) S. 67.
- 101 Königliches Amtsgericht Heilbronn, Strafkammer I., Beschluss 03.02.1914, zit. nach Sindlinger (wie Anm. 13) S. 237.
- 102 Wikipedia »Ernst Wagner (Mörder)« (26.07.2019).
- 103 Wigbert Schuberth: Der Schlüssel zum Schloss. Die Chronik des Rottenburger Gefängnisses, 2017, S. 131.
- 104 Gaupp (wie Anm. 7) S. 131.
- 105 Ebd. S. 159; Bacmeister (wie Anm. 54) S. 323.
- 106 StAL F 235 II Bü 10798, S. 41.
- 107 Wagner (wie Anm. 9) S. 138 f.
- 108 Neuzner/Brandstätter (wie Anm. 41) S. 9, 62 f.
- 109 Raden (wie Anm. 5) S. 112 f.
- 110 Ebd. S. 116.
- 111 StAL F 235 II Bü 10798.
- 112 Gaupp (wie Anm. 7) S. 138.
- 113 Raden (wie Anm. 5) S. 149 f.
- 114 Ebd. S. 154.
- 115 Neuzner/Brandstätter (wie Anm. 41) S. 72.
- 116 Ebd. S. 83.
- 117 Ebd. S. 171 f.

- 118 Martin C Häußermann: Wagner, Ernst August, in: Württembergische Biographien 1 (2006) S. 291–293, hier: S. 293.
- 119 Neuzner/Brandstätter (wie Anm. 41) S. 59.
- 120 Raden (wie Anm. 5) S. 86.
- 121 Sindlinger (wie Anm. 13) S. 192.
- 122 Häußermann (wie Anm. 118) S. 292 f.
- 123 Gaupp (wie Anm. 7) S. 132.
- 124 Neuzner/Brandstätter (wie Anm. 41) S. 81.
- 125 Sindlinger (wie Anm. 13) S. 275.
- 126 Ebd.
- 127 Verhandlungen der Württembergischen Zweiten Kammer, Band 39, S. 2416, 22. Sitzung, 10.02.1914.
- 128 Dagmar Ellerbrock: Schießwütig. Die Geschichte des Waffengebrauchs in Deutschland. Südwestrundfunk SWR 2 Aula 09.08.2009, Manuskript, S. 6.
- 129 Stadtarchiv Markgröningen: Heimatklänge Unterriexingen, Jg. 1909–1922, Januar 1914, S. 4.
- 130 Raden (wie Anm. 5) S. 49.
- 131 https://de.wikipedia.org/wiki/Königlich_Württembergisches_Landjägerkorps (27.05.2018).
- 132 Sindlinger (wie Anm. 13) S. 148.
- 133 Mitteilung von Dr. Manfred Scheck/Vaihingen, 13.10.2018.
- 134 Stadtarchiv Mühlacker: Gemeinderats-Protokoll Mühlhausen 02.04.1964, Bl. 101.
- 135 Ebd. 10.05.1971, Bl. 163.
- 136 Neuzner/Brandstätter (wie Anm. 41) S. 36.
- 137 Blom (wie Anm. 64) S. 432.
- 138 Vgl. Anm. 118.
- 139 Peter K. Schneider: Wahnsinn und Kultur oder »Die heilige Krankheit«, Würzburg 2001, S. 106.
- 140 https://de.wikipedia.org/wiki/Klein_und_Wagner (04.08.2019).
- 141 Stuttgarter Zeitung 16.11.1996.
- 142 Raden (wie Anm. 5) S. 134.
- 143 Ebd. S.135.
- 144 Stuttgarter Zeitung 22.06.1996.
- 145 Mühlacker Tagblatt 12.11.2013.
- 146 Flyer »Schloss Mühlhausen. Öffentliche Veranstaltungen 2012«; Privatbesitz.
- 147 Marbacher Zeitung 29.10.2018.

Kornthal wird nationalsozialistisch (1930–1940)

Streiflichter aus einer verfänglichen Zeit

von Dr. Helmut Arnold,

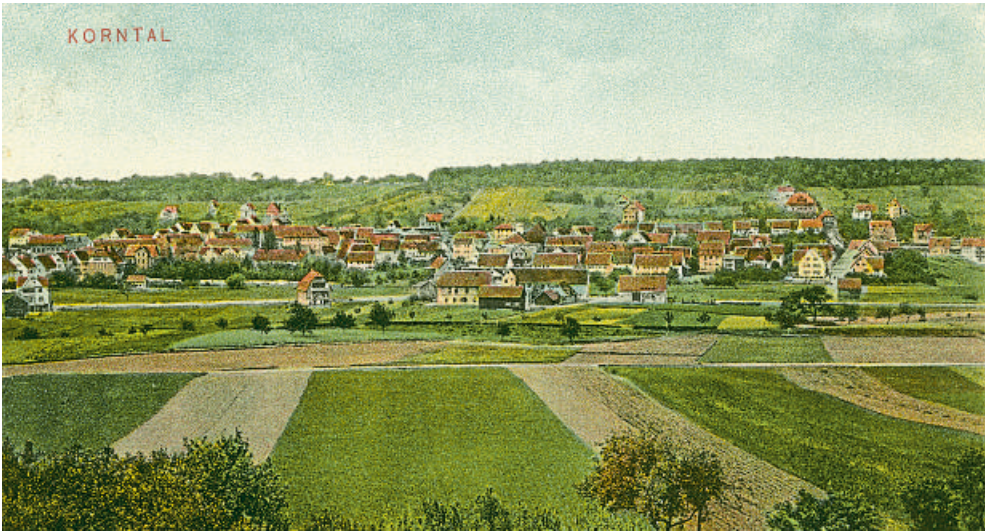
Kornthal-Münchingen; Studium (Romanistik und Politikwissenschaft) und Promotion (1974 Universität Konstanz); 1981 bis 2006 Unterrichtstätigkeit an Gymnasien; Veröffentlichungen zur französischen Fachdidaktik, Literaturgeschichte und Landesgeschichte.



In seinem sehr sachlichen und detaillierten Rechenschaftsbericht zu Beginn des Jahres 1933 sah Georg Würth, der im April 1932 für weitere zehn Jahre wiedergewählte Ortsvorsteher von Kornthal, der zukünftigen Entwicklung seiner Gemeinde mit Optimismus entgegen. Dieser Bericht führte eine ganze Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit – der »größten Not des Jahres 1932« – an. Im letzten Teil seiner Rede beklagte er dann allerdings eine durch fortgesetzte Wahlen entstandene »dauernde Unruhe« und stellte in diesem Zusammenhang fest: »Eine Wahl löst die andere ab. So hatten wir im abgelaufenen Jahre in der Gemeinde Kornthal nicht weniger als neun Wahlen, und zwar am 24. Januar 1932 die Landwirtschaftskammer-Wahl, am 13. März

und 10. April Reichspräsidenten-Wahl, am 20. April Gesellschaftsrats-Wahl, am 23. April Ortsvorsteher-Wahl, am 24. April Landtags-Wahl, am 19. Juli Pfarr-Wahl, am 31. Juli und 6. November Reichstags-Wahl.«¹

Auch in dem eher als still geltenden Kornthal dürften besonders die Wiederholungen der Reichspräsidentenwahl und der Reichstagswahlen für Unruhe gesorgt haben. Insofern bezogen sich Würths Ausführungen in erster Linie auf die dramatische Zuspitzung der politischen Verhältnisse der Weimarer Republik in diesem Jahr. Die Weimarer Parteien, die bisher die seit November 1918 bestehende Demokratie in Deutschland gestützt hatten, gerieten im Wahlkarussell dieses Jahres immer mehr in die Defensive und sahen sich von linken, vor allem aber auch von rechten Kräften des politischen Spektrums bedrängt und in ihrer Existenz bedroht. Mehr noch, die Spaltung der Weimarer Gesellschaft schritt fort und stärkte vor allem die Gegner der Ordnung von Weimar, die an deren Fortbestand keinerlei Interesse zeigten und die tatkräftig die Schaffung einer autoritären Ordnung anstrebten. Zu ihnen zählten die Nationalsozialisten, aber auch eine ganze Reihe weiterer politischer Gruppierungen, in deren Köpfen immer noch die angeblich heile Welt des im Herbst 1918 besiegten und untergegangenen Kaiserreichs weiterlebte.



Blick zur neuen Halde. Postkarte aus der Zeit um 1910.

Die vorliegende Untersuchung möchte einer doppelten Fragestellung nachgehen. Auf der einen Seite soll geklärt werden, wie es den Nationalsozialisten gelingen konnte, in der vom württembergischen Pietismus geprägten Strohgängemeinde Korntal problemlos Fuß zu fassen und zum maßgeblichen Faktor der kommunalen Politik und Entwicklung zu werden. Andererseits soll aber auch die Frage im Blick behalten werden, auf welche Weise die oben erwähnten Spaltungstendenzen in der Gesellschaft von Weimar auch in Korntal sichtbar und wirksam waren. In einer ersten Annäherung wird zunächst streiflichtartig das gesellschaftliche und kulturelle Leben in Korntal am Beginn der 30er Jahre beleuchtet. Sodann ist zu fragen, welche politischen Kräfte – Bewegungen, Verbände und Parteien – in der Lage waren, das öffentliche Leben in Korntal zu gestalten und zu beeinflussen. Drei weitere zentrale Fragen- und Themenschwerpunkte folgen: Wie gelang es der NSDAP, sich im durch die Evangelische Brüdergemeinde geprägten pietistischen Korntal zu etablieren und das hierfür nötige Führungspersonal zu rekrutieren? Wie wurde

die nationalsozialistische Machtübernahme im Deutschen Reich und im Land Württemberg in Korntal aufgenommen und erlebt? Welche mittelfristigen Konsequenzen hatte die Errichtung der NS-Diktatur für das örtliche Leben in Korntal?

Die Gemeinde Korntal erlebte im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts ein erhebliches Wachstum. So ist in der 1930 veröffentlichten »Beschreibung des Oberamts Leonberg« zu lesen: »Die Bevölkerung Korntals stieg von 1900 bis 1925 von 1270 auf 2149 Einwohner. Korntal war damals an 7. Stelle des Bezirks, während es nach Markungsumfang erst an 25. Stelle kam.«² Von der Gemeinde wurde diese Bevölkerungszunahme vor allem durch die Bereitstellung von Bauland südlich und westlich des Ortskernes gefördert. Die Folge waren deutlich erkennbare Verschiebungen in einer bisher überwiegend ländlichen Sozialstruktur. Der sich überall vollziehende Strukturwandel favorisierte gegenläufige Entwicklungen, wenn man Korntal mit dem Bezirk Leonberg vergleicht, an dessen östlichem Rande es angesiedelt ist. Eine spezielle Rolle spielten hierbei die sogenannten Anstalten, also die

Wohlfahrts- und Bildungseinrichtungen, die seit der Gründung der Brüdergemeinde im Jahr 1819 für die Bekanntheit und einen guten Ruf Korntals in Württemberg und darüber hinaus gesorgt hatten. In der oben zitierten Oberamtsbeschreibung heißt es weiter: »Es hängt mit ihrem ganzen Charakter zusammen, dass die Zusammensetzung der Bevölkerung mannigfach abweicht von der in anderen Gemeinden. Die Anstalten bringen eine große Anzahl von Angehörigen gehobenerer Berufe, auch die auswärts arbeitenden (163) sind größtenteils Beamte usw., die von ihren Arbeitsorten hergezogen sind.«³

Ein ganz andersartiger Trend war im westlich von Korntal gelegenen Strohgäu zu beobachten: »Der Bezirk Leonberg ist im Laufe der letzten Jahre immer mehr zu einem Arbeiterwohnbezirk geworden. Nahezu ein Fünftel seiner Gesamtbevölkerung sucht Arbeit im Industriezentrum Groß-Stuttgart und offen treten die wirtschaftlichen Zusammenhänge mit diesem Zentrum zu Tage; diese werden sich noch verstärken, wenn der Bau des zweiten Bahngleises Zuffenhausen-Leonberg-Weilderstadt-Calw,

von dem ein Teil zwischen Ditzingen und Leonberg in nächster Zeit schon ausgeführt werden soll, durchgeführt sein wird.«⁴

Festzuhalten ist daher, dass Korntal in den Jahren der Weimarer Republik einen nachhaltigen Entwicklungsschub erlebte. Er brachte Verschiebungen in der Korntaler Bevölkerungsstruktur zu Lasten des primären Sektors mit sich und führte dem Ort vor allem gehobenerer Berufsgruppen zu: Lehrer, Beamte, Angestellte, Rentner, ehemalige Offiziere. Das bisher maßgeblich von der Brüdergemeinde geprägte kommunale Zusammenleben wurde dadurch stark verändert.

»Langweilig ist es hier gar nicht« – Bildung und Kultur mit Schlagseite

Wie lebte es sich in Korntal am Beginn der 30er Jahre? Regelmäßige Berichte der regionalen Tageszeitung »Leonberger Tagblatt« über viele Belange des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens im Bezirk erlauben es, einen Einblick in das vielfältige soziale und kulturelle Leben dieser Zeit auch in Korntal zu gewinnen. Vereine



Korntal um 1930.

und Vereinigungen der verschiedensten Art spielten dabei eine wichtige Rolle. Das in der 6. Ausgabe des »Wegweisers von Korntal« enthaltene Vereins-Verzeichnis führte insgesamt 32 Vereine nebst ihren jeweiligen Vorsitzenden auf.⁵

Einige wenige exemplarische Aktivitäten seien einem von einem Korntaler verfassten Bericht im »Leonberger Tagblatt« entnommen. Ihm zufolge begann das Jahr 1930 mit einem dreitägigen Turnlehrgang des Württembergischen Jungmännerbundes. Der Lehrgang umfasste auch einen Bibelkurs über das 1. Kapitel des Johannesevangeliums, der von dem Korntaler Schriftsteller Ernst Schreiner gehalten wurde. Ebenfalls nach Jahresbeginn nahm ein wöchentlicher Samariterkurs für junge Männer seinen Anfang. Der als Oberstabsarzt a. D. vorgestellte Ortsarzt Dr. Gmelin leitete ihn. Für die kommende Woche wurde ein Vortragsabend des Kriegerdankbundes angekündigt. Noch zwei weiteren Vortragsveranstaltungen sah der Schreiber erwartungsvoll entgegen: Oberpräzeptor Bazlen aus Stuttgart würde, einer Einladung des Obst- und Gartenbauvereins folgend, über das Neckartal referieren, zwei namhafte Nah-Ost-Experten, Eberhard Gmelin und Paul Hommel, über Palästina.⁶ Der Artikel schloss mit der treuherzigen Erklärung: »Man kann also nicht sagen, es sei hier nichts los! Im Gegenteil! Langweilig ist es hier gar nicht. Nur gibt's keine Kinos und Fasching hier, und da sagen wir: Gott sei Dank. So was passt schon gar nicht in die heutige, ernste Zeit.«⁷ Worin der hier angesprochene Ernst der gegenwärtigen Zeit bestanden haben könnte, soll in der Folge anhand von weiteren öffentlichen Ereignissen und Aktivitäten des Jahres 1930 illustriert werden.

Der Sommer 1930 brachte für Korntal zwei Höhepunkte mit sich, die in der als Schulort bekannten Gemeinde gebührend beachtet und gefeiert wurden. Aufgrund des Bevölkerungswachstums ergab sich die

Notwendigkeit zur Schaffung neuer Schulräume. Am 10. Juli konnte an der Stuttgarter Straße Richtfest begangen werden. Im Anschluss daran hielt Pfarrer Heim im großen Saal einen sogenannten Aufrichtgottesdienst und zum Abschluss bekamen alle anwesenden Schüler eine von privater Seite gespendete Laugenbrezel.⁸ Bereits zehn Monate später war der Neubau der neuen Gemeindeschule abgeschlossen und Ortsvorsteher Würth führte bei der Einweihung am 24. April 1931 aus: »Das wider alles Erwarten eingetretene erfreuliche Aufblühen unserer Gemeinde, die ganz bedeutende Vergrößerung der Einwohnerzahl und damit auch die Vermehrung der Kinderzahl während der letzten zehn Jahre ließen immer mehr das Bedürfnis nach Schaffung weiterer Schulräume hervortreten. Noch vor zehn Jahren besuchten 119 Kinder die Gemeindeschule und heute sind es 183 Kinder.«⁹ In seiner Festrede hob Ortsvorsteher Würth auch dankend hervor, dass die Korntaler Güterkaufsgesellschaft den Bauplatz für das von Architekt Hornberger geplante Gebäude in der heutigen Goerdelerstraße unentgeltlich zur Verfügung gestellt habe.

Nur wenige Wochen später konnte die Korntaler Höhere Knabenschule ihr 50-jähriges Schuljubiläum begehen. Im Jahr 1880 hatte die Brüdergemeinde von Professor Pfeleiderer das bis dahin als Privatschule geführte Knabeninstitut zurückerworben. Auch ein halbes Jahrhundert später galt die Korntaler Knabenschule als eine in vieler Hinsicht vorbildliche Bildungsinstitution. Sie verfügte über zwei ihr angeschlossene Schülerheime, die Korntal weit über die Grenzen Württembergs hinaus im ganzen deutschen Reich und auch im Ausland bekannt gemacht hatten. Das 50-jährige Jubiläum bot somit eine willkommene Gelegenheit, dies zu feiern und gleichzeitig für das gute Schulimage des Ortes zu werben. In der eigens herausgegebenen Festschrift zeichnete Studiendirektor Reiff, seit 1926

Korntal
bei
Stuttgart

Erziehungsanstalten der evang. Brüdergemeinde

Höhere Knabenschule
 Grundschulh., Progymn., Realprogymn., Oberrealschule
Primareife Freie ev. Höhere Knabenschule
 mit **staatlicher Berechtigung**, 2 **Schülerheime**
 Gesunde ländliche Lage in Nähe der Großstadt.
 Ideale Spielplätze, Schülerverpfaltungen,
 Umschulung, Nachschulung von Volksschüler(innen). Mäßige Preise. **Unterricht und Erziehung auf Grundlage evangelischer Weltanschauung.**

Töchterinstitut
 Definit. Mädchenrealsch. u. Frauenarbeitslehre. **Unterricht** in Sprach., deutsch, Schrifttum, Mathem., allen Fächern eines Museums und allen weibl. Handarbeiten.
Schülerinnenheim, neuzeitlich eingerichtet, in parkartigem Garten. Eigene Turnhalle.

Progymnasium und Realschule

Grosses Schülerheim

Kleines Schülerheim

Töchterinstitut

Werbung für die Korntaler Schulen in Zeitungen und auf Postkarten.

Leiter der Schule, ein eingehendes Bild ihrer Entstehung und Entwicklung. Seine Bilanz: »Im Ganzen haben seit 1880 etwa viertausend Schüler die Anstalt besucht. Über 1500 haben die Schlussprüfung (Einjährigenprüfung) bestanden, über 70 haben die Primareife erlangt. Gegen 150 sind in die niederen theologischen Seminare eingetreten.«¹⁰

In der letzten Juliwoche 1930 berichtete das »Leonberger Tagblatt« in insgesamt vier Artikeln ausführlich über den Ablauf der Jubiläumsfestlichkeiten. Diese begannen am Sonntagnachmittag mit einer Vorfeier. Nach einem zwanglosen Zusammensein im Festsaal des großen Gemeindegasthauses fand im sogenannten »Güttele« oberhalb des Alten Friedhofs eine von Präzeptor Graf

einstudierte Theateraufführung von Teilen des Stückes »Glaube und Heimat« des österreichischen Schriftstellers Karl Schönherr statt. Bei Einbruch der Dunkelheit zog ein von Marschmusik begleiteter Fackelzug durch die Korntaler Ortsstraßen zum Schulhof der Lateinschule, wo Studiendirektor Reiff im Schein der Fackeln am Gefallenen-denkmal mit eigens geschmiedeten Versen eine Gedenkfeier abhielt. Anschließend führte der Weg die Teilnehmer nochmals ins »Güttele« zurück. Dort fand im nächtlichen Feuerschein eine weitere Gedenkfeier für die Gefallenen des Ersten Weltkriegs statt. Die »erhebende Ansprache von Präzeptor Graf« endete mit dem Vortrag des Gedichts »Mahnung« von Will Vesper.¹¹ Es war unmit-

telbar nach dem Beginn des Ersten Weltkriegs am 5. August 1914 geschrieben worden und ruft dazu auf, für das »Vaterland Deutschland« jedes nur denkbare Opfer zu erbringen. Offenbar hatte es in Korntal 16 Jahre später nichts von seiner damaligen Faszination eingebüßt.

Der Hauptfesttag am darauffolgenden Montag begann mit einem Festgottesdienst im großen Saal, der vom Degerlocher Pfarrer a. D. Kohler, einem ehemaligen Schüler der Knabenschule, gehalten wurde. Zum eigentlichen Festakt begaben sich sodann Schüler und Festversammlung in geschlossenem Zug und von der Schulfahne geleitet in die erst im vorhergehenden Jahr eingeweihte Turnhalle in der unmittelbaren Nachbarschaft des Schulgeländes. Der feierlichen Festrede des Schulleiters Studiendirektor Reiff folgte ein ganzer Reigen von Grußadressen, von denen hier nur ei-

nige gestreift werden können. Den Anfang machte Ortsvorsteher Würth mit einem klaren Bekenntnis, das auch für die Gegenwart die Orientierung Korntals an dem von den Gründern der Brüdergemeinde vermachten »Vätererbe« hervorhob. Im »Leonberger Tagblatt« wird berichtet: »Ortsvorsteher Schultheiß Würth hob als erster Redner hervor, dass man in der Gemeinde trotz der Einflüsse von außen, gegen die sie sich bei der bestehenden Freizügigkeit nicht habe abschließen können, doch wirklich noch auf dem Boden einer gesunden und spürbar christlichen Kultur lebe, die heute noch das öffentliche Leben durchdringe. Als Vätererbe habe sich der Geist freudiger Hingebung an eine Aufgabe im Dienst des Ganzen erhalten, ohne dass man zuerst nach Lohn und Entgelt frage. Dadurch allein sei es der Gemeinde auch möglich gewesen, auf dem Gebiet des Unterrichts und der Erziehung so umfassend tätig zu sein.«¹²

Als Vertreter des Kultministeriums trat Ministerialrat Dr. Beißwänger auf. Wie sein Vorredner unterstrich auch er den »spezifisch christlichen Charakter« der Korntaler Bildungseinrichtungen, ging dann aber auch noch auf einen anderen Aspekt ein, dem die Knabenschule eine ganz eigene Modernität verdanke. In dieser Hinsicht führte er in einer Anspielung auf den früheren Leiter des Knabeninstituts, Professor Dr. Pfeleiderer, aus: »Und schließlich ist es nicht bloß Geist und Seele, was hier von Anfang an eine besondere Pflegestätte gefunden hat. Es war schon vor 50 Jahren ein Rektor hier, der auch den Leibesübungen und dem Sport besondere Aufmerksamkeit gewidmet hat. Und wenn heute der Gedanke des Landerziehungsheims Tausenden sympathisch ist, verehrte Versammlung, so dürfen wir mit Genugtuung feststellen, dass in dieser Hinsicht Korntal vom ersten Tag seines Bestehens an modern gewesen ist.«¹³

Zwei gegen Ende des Festaktes verlesene Grußadressen seien an dieser Stelle nicht



Schuljubiläum der Höheren Knabenschule im Juli 1930: Theatervorführung im »Gütle« (oben) und Festakt in der Turnhalle (unten).



Schulhaus und Lehrerkollegium der Höheren Knabenschule im Jubiläumsjahr 1930.

übergangen. Im Bericht des »Leonberger Tagblatts« heißt es dazu: »Noch brachte zuletzt Studiendirektor Reiff ein Schreiben der Brudereinheit Herrnhut zur Verlesung. Auch die Schriftstellerin Auguste Supper, die früher in Korntal als Nachbarin der Schule gewohnt hat, jetzt aber in Ludwigsburg lebt, hatte einen poetischen Gruß gesandt.«¹⁴ Beide Grußadressen drückten jeweils auf ihre eigene Weise eine enge geistige Verbundenheit mit Korntal und seinen Schulen aus. Mit der Brudereinheit Herrnhut teilte die Brüdergemeinde Korntal nicht zuletzt eine Haltung, die beide Gemeinden aufgeschlossen für den Gedanken der Mission machte. Dagegen sympathisierte die Schriftstellerin Auguste Supper am Beginn der 30er Jahre bereits offen mit Formen eines völkischen Christentums, das auf Abgrenzung und Ausgrenzung bedacht war.

Das in den Festreden gezeichnete Bild der Korntaler Höheren Knabenschule muss, wie sich zeigt, mit äußerster Vorsicht betrachtet

und beurteilt werden. Nicht in Zweifel zu ziehen sind für das Jahr 1930 ihre christliche Grundorientierung und ihre Modernität in dem von Dr. Beißwänger geschilderten Sinne. Einige der hier wiedergegebenen Details im Jubiläumsablauf verweisen jedoch darauf, dass der in der Höheren Knabenschule herrschende Geist in einem heute nur schwer nachvollziehbaren Maß durch eine idealisierte Vergangenheit geprägt war. Rolf Scheffbuch, dem die vorliegende Untersuchung wichtige Impulse verdankt, findet für die Blindheit dieses Geistes gegenüber dem Nationalsozialismus drastische Worte, wenn er ausführt: »Sogar ganz treue Christen ließen sich mitreißen von der Emotion, in der sie sich gegenseitig bestätigten: ›Im Grunde genommen geht es der Hitlerpartei doch darum, dem so schmachvoll unterdrückten Vaterland wieder aufzuhelfen, die Bedrohung durch den Bolschewismus abzuwenden und vor allem dem ethisch verseuchten Volk wieder zu gemeinsam praktizierten Werten zu helfen.«¹⁵ Welch ein Traum-Gebilde!¹⁵

Vaterländische Vereinigungen und Wehrverbände im Aufwind

Eine Vielzahl von politischen Kräften und Gruppierungen hatte in den Jahren der Weimarer Republik auch in Korntal die Gelegenheit, sich zu artikulieren und ihre jeweiligen Auffassungen in der Öffentlichkeit vorzustellen. Auffällig ist, dass ihre genauen Bezeichnungen in dem oben erwähnten Vereinsverzeichnis aus dem Jahr 1930 nicht aufgeführt wurden, obwohl einige in Korntal über Anhänger und offizielle Vertreter verfügten. Dennoch war gerade auch Korntal ein Ort politischer Diskussion und Auseinandersetzung, wie sich anhand einer Fülle von Beispielen aufzeigen lässt.

Für den weiteren Verlauf des Ersten Weltkriegs war die Ende August 1914 von Feldmarschall von Hindenburg gewonnene

Stetiges Blatt
Nr. 54

Leonberger Tagblatt

Samstag Sonntag
5./6. März 1932

Öffentlicher Vortrag

Am Sonntag, dem 6. März 1932, mittags 3 Uhr findet im **Sonnensaal in Leonberg** ein öffentlicher Aufklärungsvortrag statt. Rechtsanwalt **Erich Siegel-Geislingen** wird sprechen über **Deutschland französische Kolonie. - Deutsches Volk Kanonentutter für die Walkapitalisten?**

Unkostenbeitrag 20 Pfennig.
Erwerbslose 10 Pfennig.

Wir laden die Einwohnerschaft von Leonberg und Umgebung herzlich dazu ein.
Tannenbergbund.

Ankündigung einer Veranstaltung des Tannenbergbundes im »Leonberger Tagblatt« vom 5. März 1932.

Schlacht von Tannenberg in Ostpreußen von entscheidender Bedeutung gewesen. Der 1925 als Sammlungsbewegung rechter Wehrverbände gegründete Tannenbergbund stand unter der Schirmherrschaft und Leitung des Generals von Ludendorff, dem nach seiner Heirat 1926 seine Frau Mathilde zur Seite stand. Die Propagandatätigkeit dieses Verbandes lässt sich mehrfach im Strohgäu nachweisen und erreichte im Winter 1930 auch Korntal. Dort hielt am 4. Februar ein Beauftragter des Tannenbergbundes, Otto Fröschlin, im großen Gemeindegasthaus einen Vortrag zum Thema »Der Kampf des Jesuitismus gegen das deutsche Volk«. Das »Leonberger Tagblatt« kommentierte: »Andere in unserem Volk zersetzend und zerstörend wirkende Kräfte kamen natürlich dabei auch zur Sprache, alle die internationalen Strömungen. Man kennt sie. Jesuitismus wie Kommunismus, zwei extreme Richtungen, tun beide dieselbe Maulwurfsarbeit im deutschen Volk, die einen in Rom, die andern um dem Proletariat zur Macht zu verhelfen.«¹⁶ Im Februar 1930 wohnte der Gymnasiallehrer und NSDAP-Landtagsabgeordnete Christian Mergenthaler bereits seit gut drei Jahren in Korntal. Wie die Historikerin Maria Zelzer darlegt, stand er dem Tannenbergbund nahe und war er unter der Gefolgschaft Hitlers »der wichtigste Verehrer der Mathilde-Ludendorff-Thesen [...], der bis zum Ende der nationalsozialistischen Regierung »gegen

die drei übernationalen Mächte: Judentum, Freimaurer und Rom« eiferte.«¹⁷

Gute zwei Wochen später, am 19. Februar 1930, fand am gleichen Ort ein Familienabend des Christlich-Sozialen Volksdienstes statt. Zu den Initiatoren dieser 1925 gegründeten protestantisch-konservativen Partei gehörten die beiden Korntaler Wilhelm Simpfendörfer und Paul Bausch. Ihnen war es gelungen, Reichsminister von Keudell für einen Vortragsabend über das Thema »Unsere politische Lage« in Korntal zu gewinnen.¹⁸ Ein zentrales Anliegen des Christlich-Sozialen Volksdienstes war es, nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs den politischen Standort der evangelischen Christen neu zu bestimmen. Diesen umriss Paul Bausch auf einer Parteiveranstaltung in Rutesheim im Februar 1928 mit den folgenden Leitlinien:

Christlicher Volksdienst

Bausch M.d.R., M.d.L.
Rat

Müller Direktor
Spitzenkandidat für Stuttgart

sprechen Donnerstag 21. April, abends 8 Uhr
Gustav-Siegle-Haus

Elektrisch und
Inkermann
ist ergründbar!

**Sie welches System soll sich der
evang. Christ bei den Württ. Land-
tagswahlen entscheiden?**

Einladung des Christlichen Volksdienstes zu einer Wahlveranstaltung mit Paul Bausch am 21. April 1932 in Stuttgart.

»Der Christliche Volksdienst wird sich immer für die wirtschaftlich Schwachen und Unterdrückten einsetzen. [...] Der Christliche Volksdienst will der großen Schar derer, die politisch heimatlos geworden sind, eine Heimat sein, wo sie das keinem Menschen zu verweigernde Recht haben, nach ihrem Gewissen Männer ihres Vertrauens zu wählen.«¹⁹ Mit seinem klaren Bekenntnis zum Wahlrecht stellte sich Paul Bausch eindeutig auf den Boden der Verfassungsordnung von Weimar, zu deren Stützen der Christlich-Soziale Volksdienst gehörte.

Die demokratischen Grundüberzeugungen eines Paul Bausch und auch eines Wilhelm Simpfendörfer wurden allerdings in den 30er Jahren in Kornthal nicht von einer Mehrheit der Einwohnerschaft getragen. Wie Christian Mergenthaler gehörte übrigens auch der Rechnungsrat Paul Bausch dem im Mai 1928 gewählten württembergischen Landtag an. Insgesamt konnte Kornthal zum damaligen Zeitpunkt vier Landtagsabgeordnete vorweisen. Der Amtsgerichtsrat Kurt Liebig vertrat wie Paul Bausch während dieser Legislaturperiode den Christlich-Sozialen Volksdienst. Der ebenfalls in Kornthal wohnhafte Schriftleiter Dr. Friedrich Häcker hatte einen Sitz für den Bauernbund im württembergischen Landtag inne.

Rechtskonservative Auffassungen, wie sie vor allem von deutschnationalen Kreisen geteilt wurden, waren zweifellos in der Kornthaler Bevölkerung breit verankert. Einen politischen Ausdruck fanden sie in der sogenannten Bürgerpartei, die auf nationaler Ebene in der Deutsch-Nationalen Volkspartei ihre Entsprechung fand. Bei ihrer Zeitungslektüre stießen die Leser des »Leonberger Tagblatts« mehrmals auf Aktivitäten der Frauengruppen der Bürgerpartei im Raum Stuttgart. Diese schätzten es beispielsweise, im Gemeindegasthaus Kornthal nachmittägliche Treffen mit ernsten und heiteren Themen zu veranstalten. Eine aktive Frauengruppe existierte auch in Kornthal.

Über ihr Treffen am 6. März 1929 berichtet ein Artikel des »Leonberger Tagblatts«: »Am Mittwochabend war im Postzimmer des Gemeindegasthauses die Frauengruppe der Bürgerpartei vereinigt, um den sehr interessanten Bericht ihrer Ortsvorsitzenden, Frau Oberstleutnant Lang, zu hören über den Parteitag der Deutschnationalen in Heilbronn.«²⁰

Die Ortsvorsitzende der Kornthaler Frauengruppe der Bürgerpartei hatte offenkundig den Parteitag der DNVP in der Heilbronner Harmonie besucht, auf dem der Reichstagsabgeordnete Dr. Quatz am 24. Februar eine richtungsweisende Programmrede gehalten hatte. Ein nur wenig entstelltes Echo dieser auf einen neuen Parteikurs festgelegten Rede findet sich in dem am 6. März im Gemeindegasthaus gegebenen Bericht. Das von Frau Lang gezogene Fazit lautete: »Im Lande Wehrlosigkeit, weil Zersplitterung. Der deutsche Michel lässt sich immer noch zu viel gefallen und wird gerade darum von den Feinden verachtet. [...] Und das wird erst dann anders, wenn alle, die ihr Vaterland lieben, sich zusammentun, ohne nach der Partei zu fragen, ohne Parteiinteressen zu verfolgen, zu gemeinsamer Abschüttelung der Lüge von Versailles, auf der der ganze Vertrag von Versailles aufgebaut ist, um uns zu zertrümmern.«²¹

In einem ähnlichen Sinne hatte sich auch zwei Wochen zuvor der Reichstagsabgeordnete Dr. Quatz in der Heilbronner Harmonie geäußert: »Wir haben kein System der Volksherrschaft, sondern ein System der Lüge. [...] Die Zeit ist gekommen, diesem System den Todesstoß zu geben.«²² Im deutschnationalen politischen Diskurs gewannen demnach im Jahr 1929 antidemokratische Denkmuster die Oberhand. Sie setzten dem in einer Demokratie normalen Parteienwettbewerb das Wunschbild einer kollektiven Einheit entgegen, die einer angenommenen Bedrohung von außen machtvoll zu begegnen in der Lage sein sollte und

die der angeblich durch den Versailler Vertrag verordneten Wehrlosigkeit mit dem konsequenten Aufbau einer neuen Wehrfähigkeit begegnete.

Ziemlich genau drei Jahre später, am 4. März 1932, lud unter ganz anderen politischen Vorzeichen die deutschnationale Ortsgruppe Korntal erneut zu einer Versammlung in den Saal des Gemeindegasthauses ein. Wenige Tage vor der Reichspräsidentenwahl hatte sie den Studienrat Dr. Frey aus Ludwigsburg als Hauptredner gewonnen. Dieser legte seinen Zuhörern die Gründe dar, die aus der Sicht der DNVP für die Wahl des von ihr favorisierten Kandidaten Dusterberg und gegen Hindenburg und Hitler sprachen. Als zweiter Vorsitzender des Wehrverbandes Stahlhelm war Dusterberg in breiten Kreisen der Bevölkerung kein Unbekannter. Was ihn für das höchste Amt im Staat qualifizierte, umriss der Zeitungsbericht über Dr. Freys Rede folgendermaßen: »Dieser II. Bundesführer des Stahlhelm ist kein Parteimann, aber ein ganzer Mann, ein echter Deutscher. Mit diesen Männern wollen wir kämpfen gegen Versailles, gegen Pazifismus und Erfüllungspolitik, die uns nur Schaden gebracht.«²³

Das Wahlergebnis der Präsidentenwahl in Korntal am 13. März 1932 zeigte, dass der Aufruf der DNVP, ihren Kandidaten zu unterstützen, nicht ins Leere gegangen war. Bei einer Wahlbeteiligung von über 90 Prozent entfielen von 1274 abgegebenen gültigen Stimmen auf Hindenburg 595, auf Dusterberg 361 und auf Hitler 306 Stimmen. Neun der restlichen zwölf Stimmen gingen an den kommunistischen Kandidaten Thälmann.²⁴

Wie eng der Frontsoldatenbund Stahlhelm auf lokaler Ebene mit der DNVP verknüpft war, lässt sich anhand der Korntaler Verhältnisse anschaulich illustrieren. Hier war es noch im Herbst des Jahres 1931 zur Gründung einer Ortsgruppe des Stahlhelm unter der Leitung von Oberstleutnant Lang

gekommen. Mit Bedacht wurde für die anstehende Feierstunde der 18. Januar 1932 – der Jahrestag der Reichsgründung von 1871 – ausgewählt. Nach einer grundsätzlichen Rede von Studienrat Weigand aus Ludwigsburg richtete Ortsgruppenleiter Lang einen Appell an die Versammlung, in dem er für den Eintritt in den Stahlhelm warb. Im »Leonberger Tagblatt« ist hierüber zu lesen: »Der Ortsgruppenführer fasste nun die Ausführungen zusammen, indem er die Anwesenden bat, aus ihrer Zurückhaltung herauszutreten. Jeder, der das Herz auf dem richtigen Fleck habe, sei im Stahlhelm willkommen. Der Stahlhelm bedeute den Zusammenschluss deutscher Männer für alle drohenden Gefahren. Er sei die größte Wehrorganisation in Deutschland, ja in Europa und wolle keine Parteipolitik, sondern nur seinen großen Zielen in Vaterlandsliebe, Kameradschaft und Gottesfurcht zustreben.«²⁵

Zum übernächsten Ortsgruppenabend des Stahlhelm am 21. März 1932 wurde ein ganz besonderer Gast nach Korntal eingeladen. Es handelte sich um die Gauführerin des Bundes Königin Luise, Frau Bletzinger, der an diesem Abend die Gelegenheit geboten wurde, für ihre Organisation zu werben.²⁶ Nachdem die Rednerin die wichtige Aufgabe des Stahlhelm hervorgehoben hatte – »des Vaterlandes Ohnmacht und Rechtlosigkeit« zu beseitigen –, bezeichnete sie es als »eine zwingende Notwendigkeit«, auch an den »Zusammenschluss der national denkenden Frauen und Mädchen« zu denken. Sodann fuhr sie in ihrer Rede fort: »Und aus dieser Erkenntnis heraus wurde der Bund Königin Luise gegründet, so genannt nach der edelsten, mütterlichsten und tapfersten preußischen Königin, die sogar einem Napoleon unerschrocken entgegengetreten ist. [...] Tiefstes Nationalbewusstsein, Stolz auf die großen Taten deutscher Männer wird den Kameradinnen immer wieder eingepreßt, damit diese es weitergeben an die

Kinder, an die Jugend, auf der die Zukunft unseres Vaterlandes beruht.«²⁷

Offenkundig blieben Frau Bletzingers Worte nicht ohne Wirkung. Der Zeitungsbericht im »Leonberger Tagblatt« mit dem Verfasserkürzel »M.L.« schloss mit dem Fazit: »Die warmen und überzeugenden Worte der Rednerin fanden begeisterten Widerhall bei den zahlreichen Zuhörern und ergaben als praktischen Erfolg die Einzeichnung von 22 Mitgliedern als Ortsgruppe Korntal des Bundes Königin Luise.«²⁸

Ein auf dem Tachenberg in der unmittelbaren Nachbarschaft von Korntal verfasster Zeitungsbericht erschien Mitte Juni 1932 im »Leonberger Tagblatt«. Der von der Notwendigkeit einer »wehrmäßigen und militärischen Wiederertüchtigung« zutiefst überzeugte Verfasser informierte die Leserschaft über die Bildung einer Scharnhorst-Gruppe. Wie Königin Luise von Preußen hatte auch der General und preußische Reformler Scharnhorst im Kampf gegen Napoleon I. eine bedeutende Rolle gespielt. In dem Zeitungsbericht heißt es unter anderem: »Zur Vervollständigung der Form, die das nationale Gedankengut zu wahren bestimmt ist, hat sich zum Stahlhelm und Königin-Luise-Bund eine Scharnhorstgruppe des Bundes deutscher Jungmannen gesellt, die der nationalen Erziehung der Jungen von 8 bis 17 Jahren dienen soll.«²⁹

Welche konkreten Formen die »nationale Erziehung« während der folgenden Monate in Korntal annahm, mögen zwei Veranstaltungen illustrieren. Ein Vortragsabend, in den Stahlhelmführer Oberstleutnant Lang einführte, fand am 15. September statt. Das »Leonberger Tagblatt« berichtet: »Donnerstagabend hatten wir im Großen Gasthause eine vom Stahlhelm veranstaltete, vom Scharnhorst- und Luisenbund und anderen besuchten Vortrag ›Gaskrieg und Gasschutz‹.«³⁰ Am Sonntag, den 23. Oktober wurden gemeinsam mit benachbarten Stahlhelmgruppen sogenannte wehrsport-

liche Übungen durchgeführt. Die Leser des »Leonberger Tagblatts« erfuhren zwei Tage später: »Die Ortsgruppe Korntal des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, veranstaltete mit den Ortsgruppen Hochdorf, Ludwigsburg und Stuttgart in Hochdorf eine größere wehrsportliche Übung. [...] Die am Sonntagvormittag abgehaltenen Übungen fanden bei dem besichtigenden Vorgesetzten, Major Merkel/Stuttgart, volle Billigung.«³¹

Die Einordnung der vaterländischen Verbände oder Bünde Stahlhelm, Königin Luise und Scharnhorst in die politische Landschaft der Weimarer Republik fällt nicht allzu schwer. Festzustellen ist eine Fixierung auf das Reichsgründungsdatum 18. Januar 1871, an dem in Versailles das Deutsche Kaiserreich proklamiert worden war. Auch die für die preußische Geschichte bedeutsamen Namen der Königin Luise und des Generals Scharnhorst sprechen für eine monarchistische Ausrichtung. Ein großer Teil der Korntaler Bevölkerung hatte offensichtlich die deutsche Niederlage im Ersten Weltkrieg und den damit verknüpften Untergang des Kaiserreichs noch nicht überwunden. Nostalgische Hoffnungen auf eine Wiederherstellung der Monarchie waren lebendig geblieben und bildeten einen Faktor, der im Krisenjahr 1932 eine verhängliche und verhängnisvolle Rolle spielte.

Eine Aktion zur Wiederherstellung der Monarchie im Frühjahr 1933, an der Major a. D. Merkel, Stahlhelm-Gauleiter von Stuttgart, beteiligt war, sei in diesem Zusammenhang kurz erwähnt. Sie wird von der Historikerin Zelzer berichtet: »Im Mai zeigte sich eine offene Demonstration der Monarchisten, die sich innerhalb des Stahlhelm in der ›Zollernstreife‹ zusammengefunden hatten. Zu ihnen gehörte auch die Jugendgruppe Scharnhorst-Bund mit Gauleiter a. D. Merkel, der am Bismarckturm eine Fahnenweihe vornahm. Am Abend des Himmelfahrtstages versammelte sich die ›Zollernstreife‹

auf der Burg Hohenzollern.«³² Allerdings unterblieb dort die erhoffte Ausrufung der Monarchie.

Mindestens noch zweimal hielt sich im kommenden Jahr Major a. D. Merkel in Korntal auf. Zum ersten Mal anlässlich der Eröffnung des in Eigenarbeit erstellten Stahlhelm-Heimes in der Barnerstraße. Unter anderem machte er hier die Bekanntheit des inzwischen etablierten Fraktionsführers der NSDAP im Korntaler Gemeinderat, Johannes Speer.³³ Ein Jahr später, am 28. Oktober 1934, fand in Korntal ein Treffen des Stahlhelm für den gesamten Kreis Leonberg statt. Es wurde morgens mit einem Feldgottesdienst auf dem Sportplatz am Tachenberg eröffnet. Nach dem Singen des Niederländischen Dankgebets fiel dem »Stahlhelm-Kreisführer Major Merkel« die vermutlich als überaus ehrenvoll empfundene Rolle zu, die »Vereidigung auf den Führer« vorzunehmen.³⁴

Die Aktivitäten der »Alten Kämpfer« der Ortsgruppe Korntal

Seit wann gab es in Korntal eine Ortsgruppe der NSDAP? Hinweise zur Klärung dieser Frage lassen sich einem Anfang Juli 1937 im »Leonberger Tagblatt« erschienenen kleinen Bericht mit dem Titel »Zehn Jahre Ortsgruppe Korntal« entnehmen.³⁵ Der Verfasser des Artikels berichtet, wie unter den Teilnehmern der monatlichen NSDAP-Parteierversammlung im Saal des großen Gemeindegasthauses »die Spannung wuchs«, als drei zur Parteiprominenz zählende Genossen den Versammlungsraum betreten: der in Korntal wohnhafte württembergische Ministerpräsident und Kultminister Christian Mergenthaler, der SA-Brigadeführer Hagenmayer und der Stuttgarter Stadtrat Häffner, drei »alte Kämpfer«, die bei der Gründung der NSDAP-Ortsgruppe im Jahr 1927 eine maßgebliche Rolle gespielt hatten. Sie wurden von Ortsgruppenleiter Hildenbrand in

den Saal geleitet und »mit besonderer Freude« begrüßt. Zur Parteiprominenz gehörte auch noch eine vierte Person: Kreisleiter Siller. Möglicherweise hielt sich dieser am 7. Juli 1937 zum ersten Mal in Korntal auf, da er sein Amt im Bezirk Leonberg als Nachfolger von Kreisleiter Krohmer erst wenige Tage zuvor angetreten hatte.³⁶

Auf die Anfänge der Korntaler Ortsgruppe im Jahr 1927 gingen die beiden anwesenden ehemaligen Ortsgruppenleiter August Häffner und Adolf Braun in ihren jeweiligen Redebeiträgen ein. Den Ausführungen von Braun zufolge hatte jedoch eine allererste NSDAP-Ortsgruppe in Korntal bereits im Jahr 1922 existiert und sich dann im Gefolge des 9. November 1923 aufgelöst.³⁷



August Häffner, erster Ortsgruppenleiter der NSDAP in Korntal und erster Kreisleiter im Oberamt Leonberg, ab 1933 Stadtrat von Stuttgart.

In einem Artikel der Festzeitung zum Leonberger Kreiskongress der NSDAP im Frühjahr 1934 berichtet der in Weilimdorf ansässige August Häffner weitere Details über die Anfänge der Ortsgruppe Korntal. Er schreibt: »Ich kam am 1.3.1927 als junger, armer und unbekannter Gärtnergehilfe nach Weil im Dorf. Im Juli desselben Jahres wurde die Ortsgruppe Korntal gegründet, der schon damals einige Pg. aus Weil im Dorf beitraten und deren Führung ich übernahm. Von meiner Stuttgarter Tätigkeit her war ich bereits mit dem Pg. Wöhr, Leonberg, und dem Pg. Banzhaf, Münchingen, bekannt, und Pg. Banzhaf und ich versuchten schon damals, durch Sprechabende in Münchingen Fuß zu fassen.«³⁸

Bei Wilhelm Banzhaf handelt es sich um den überaus aktiven Ortsgruppenleiter von Münchingen, der in der gleichen Festzeitung das Thema »Die Anfänge der Bewegung im Kreis Leonberg« in einem eigenen Artikel darstellt. Die wichtige Rolle der Ortsgruppe Korntal in jenen Jahren umreißt er darin mit folgenden Worten: »Erst nach dem Zusammenschluss der nationalsozialistischen Bewegung in Württemberg (NSDAP und national-sozialistischer Freiheitsbewegung) im Sommer des Jahres 1927 war die Voraussetzung für eine zielbewusste Arbeit innerhalb des Kreises Leonberg geschaffen. Die OG Korntal darf für sich in Anspruch nehmen, den weiteren Angriff in den Bezirk ermöglicht zu haben.«³⁹

Weitere Äußerungen in diesem Artikel lassen erkennen, wie die vor allem von der SA getragene Propagandaarbeit der NSDAP im Herbst 1929 konkret aussah. Banzhaf führt hierzu aus: »Das Spätjahr brachte den Volksentscheid gegen den Youngplan. Die neugegründete SA trat nun zum ersten Mal in Tätigkeit. Die Fahrräder vollbepackt mit Flugblättern und Zeitungen, ging es los. Kein Ort wurde verschont. Nach einem genau festgelegten Plan wurden jeden Sonn-

tag 5 oder 6 Ortschaften des Bezirks mit unserer Propaganda bedacht.«⁴⁰

Wie wichtig die Arbeit des Korntaler Ortsvorsitzenden Häffner bei der Gewinnung des Strohgäus für die nationalsozialistische Partei und ihre Ideologie von der württembergischen Gauleitung eingeschätzt wurde, geht daraus hervor, dass Gauleiter Murr im Vorfeld der Reichstagswahlen 1930 Häffner das strapaziöse und schwierige Amt des Leonberger Kreisleiters übertrug. Häffner selbst berichtet über diesen Vorgang: »Erst beim Einsetzen des Wahlkampfes für die berühmte Reichstagswahl vom 14. September 1930 wurde ich von der Gauleitung mit der Durchführung des Wahlkampfes im Kreis Leonberg beauftragt. Ich legte damals die Ortsgruppe Korntal nieder, um mich ganz meiner Aufgabe widmen zu können. Mit ein paar SA-Leuten und ohne einen Pfennig Geld habe ich dann den Kampf begonnen.«⁴¹ In der Folgezeit bis zum 30. Januar 1933 nahm Häffner nach eigenem Bekunden insgesamt 65 Auftritte als Parteiredner wahr. In Korntal übernahm an seiner Stelle Artur Hagenmayer die Ortsgruppenleitung.

Noch ein weiterer Beitrag der im Juni 1934 anlässlich der NSDAP-Kreiskonferenz veröffentlichten Festzeitung unterstreicht Häffners herausragende Bedeutung für die Partei in jenen Jahren. Sein Verfasser war der im Frühjahr 1932 von der Gauleitung zum Nachfolger Häffners ernannte Ernst Krohmer. Der 1905 in der Gegend von Schwäbisch Hall geborene Sohn des Höfingers Pfarrers war in Norddeutschland zur NSDAP gestoßen, dann aber Ende 1931 in sein Elternhaus in Höfingen zurückgekehrt und suchte nun im Oberamt Leonberg Anschluss und Verwendung in der hiesigen Parteiarbeit. Auf seinen Amtsvorgänger verfasste Krohmer das folgende Loblied:

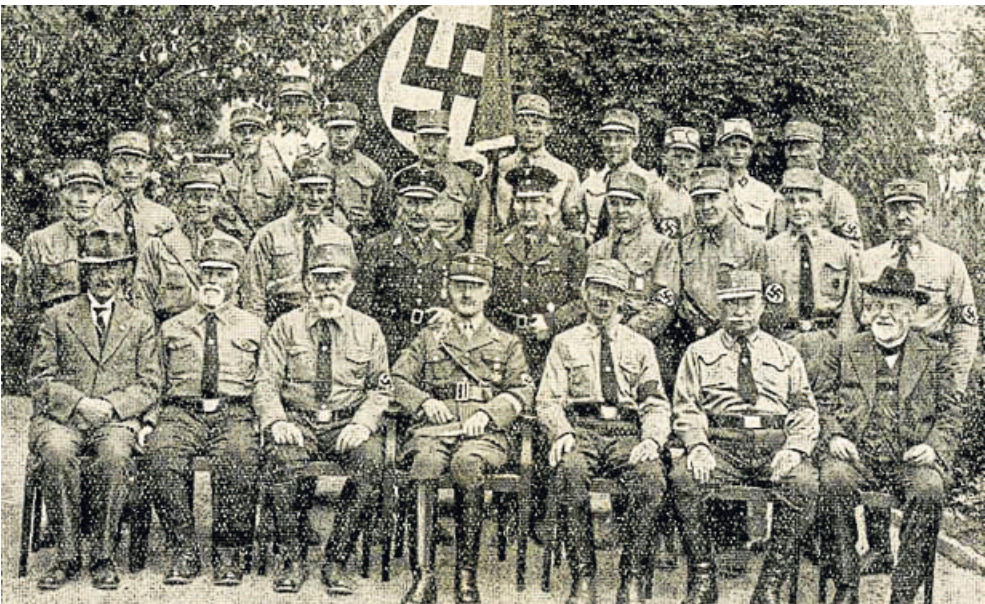
»Er hat in unermüdlicher Arbeit zu Fuß und zu Fahrrad mit dem ersten SA-Mann unseres Oberamts, Pg. Kilgus aus Eltingen, Flugblätter im Oberamt verteilt und

Propaganda gemacht, ihm zur Seite stand in treuer Kameradschaft Pg. Hagenmayer, damals OGL von Korntal, der heutige Führer der Standarte 123. Unter schwierigsten Verhältnissen hat es Parteigenosse Häffner verstanden, unsere Bewegung im Oberamt Leonberg aufzubauen und zu organisieren. In mühevoller Kleinarbeit legte er den Grundstein für den jetzigen stolzen Bau, den unsere Bewegung in unserem Kreis darstellt. Infolge Arbeitsüberlastung gab leider Parteigenosse Häffner sein Amt als Bezirksleiter ab und die Gauleitung übertrug mir auf Vorschlag des Pg. Häffner die Führung des Bezirks.«⁴²

Aus Krohmers Worten sprach eine unverhohlene Zufriedenheit mit dem »stolzen Bau« der Parteiorganisation der NSDAP im Kreis Leonberg im Juni 1934. In den folgenden drei Jahren bis zum Juni 1937 sollte es ihm nicht an Gelegenheiten fehlen, dieser Organisation seinen eigenen Stempel aufzudrücken.

Vieles spricht allerdings dafür, dass der 1937 im »Leonberger Tagblatt« erschienene

Artikel »Zehn Jahre Ortsgruppe Korntal« die gestellte Frage nach den ersten Spuren des Nationalsozialismus in Korntal nur partiell beantwortet. Einige davon weisen in die früheren Jahre der Weimarer Republik zurück und sind insbesondere mit der bemerkenswerten Karriere des »alten Kämpfers« Christian Mergenthaler verknüpft. Das Foto »Die alten Kämpfer der Ortsgruppe Korntal« entstand während der Vorbereitung des ersten Kreiskongresses der NSDAP des Kreises Leonberg im Jahr 1934 und findet sich in dem von der Kreisleitung herausgegebenen Extrablatt des »Leonberger Tagblatts«. Es zeigt den damaligen württembergischen Ministerpräsidenten in eine SA-Uniform gekleidet und umgeben von 25 meist ebenfalls uniformierten »alten Kämpfern«, die damals alle der NSDAP-Ortsgruppe Korntal angehörten. Der seit 1926 in Korntal wohnhafte Gymnasiallehrer hatte zum damaligen Zeitpunkt bereits eine erstaunliche berufliche und politische Laufbahn hinter sich.



Die »alten Kämpfer« der NSDAP-Ortsgruppe Korntal mit Christian Mergenthaler (sitzend in der Mitte) auf einem 1934 im »Leonberger Tagblatt« veröffentlichten Foto.

Christian Mergenthaler wurde 1884 in Waiblingen als Sohn eines Bäckermeisters geboren. Zwischen 1902 und 1907 studierte er Physik und Mathematik in Stuttgart, Göttingen und Tübingen und bereitete sich auf die gymnasiale Lehrerlaufbahn vor. Als Einjährig-Freiwilliger leistete er 1908/09 seinen Militärdienst in Ulm. 1912 erhielt er als Oberreallehrer eine Stelle in Leonberg. Während des Ersten Weltkriegs war Mergenthaler als Batterieoffizier eingesetzt, etwa vor Verdun und in Flandern, und erhielt mehrere militärische Auszeichnungen. Nach dem Krieg unterrichtete er als Studienrat am Realgymnasium in Schwäbisch Hall und gehörte 1922 zu den Gründern der dortigen NSDAP-Ortsgruppe. Als Landesführer der »Nationalsozialistischen deutschen Freiheitsbewegung« (NSDFB) ließ sich Mergenthaler 1924 in den württembergischen Landtag wählen, in dem er die Fraktion des Völkisch-Sozialen Blocks vertrat. Dort hielt er am 6. Juni 1924 seine erste längere Landtagsrede, der die folgenden kurzen Ausschnitte entnommen sind:

»Meine Frauen und Herren, der Völkisch-Soziale Block hat zum ersten Mal die Ehre, in diesem hohen Hause vertreten zu sein. Ich möchte daher diese Gelegenheit benutzen, um zunächst einige grundsätzliche Ausführungen über unsere Einstellung zu den politischen Fragen zu geben. [...] Man machte glauben, dass die 14 Punkte des heuchlerischen Wilson dem deutschen Volk einen annehmbaren Frieden bringen würden, und wir mussten es erleben, dass uns der Schandfriede von Versailles aufgezwungen wurde. [...] Wir glauben, dass nicht die Internationale uns helfen kann, sondern nur die Rückkehr zum Volkstum. [...] Wir kämpfen gegen die zersetzenden Einflüsse des Judentums und wir sind Antisemiten, weil wir glauben, dass das Judentum nach Rasse und innerem Empfinden nichts gemeinsam hat mit dem deutschen Volk. [...] Ja, Deutschland wird nicht durch

Parlamente, sondern nur durch eine völkische Diktatur gerettet werden können. [...] Wir werden kämpfen getreu unseren Führern Hitler und Ludendorff für ein völkisch-soziales, freies Groß-Deutschland.«⁴³

Bereits diese wenigen Ausschnitte aus der Landtagsrede vom 6. Juni 1924 zeigen, dass Christian Mergenthaler damals nicht auf dem Boden der Verfassung der Weimarer Republik stand, sondern sein Redetalent dafür aufbot, dieser ungeliebten Republik den Kampf anzusagen und sich zu den nationalsozialistischen Leitfiguren Hitler und Ludendorff zu bekennen.

Zwei Jahre später bezog Mergenthaler sein neues Eigenheim in der Landhausstraße 41 in Kornthal. In einer autobiographischen Notiz in der Familienchronik »Die Mergenthaler« begründete er diesen Ortswechsel sehr pragmatisch folgendermaßen: »Um dem politischen Geschehen näher zu sein, siedelte ich schon im Jahr 1926 von Schwäbisch Hall nach Kornthal bei Stuttgart über, wo ich mir als Bausparer ein Eigenheim erstellte, das ich auch als Minister als Wohnsitz beibehalten habe.«⁴⁴

Schon vor dem Umzug der Familie Mergenthaler nach Kornthal fanden im dortigen großen Gemeindegasthaus regelmäßig jeden ersten und dritten Dienstag Sprechabende der NSDFB statt.⁴⁵ Was Kornthal für den Politiker Mergenthaler attraktiv machte, war nach eigenem Bekunden die Nähe zum »politischen Geschehen«. Diese zunächst etwas rätselhaft anmutende Formulierung wird verständlicher, wenn die Zweigleisigkeit seines politischen Engagements gesehen wird, nämlich parlamentarisch und außerparlamentarisch tätig zu werden. Schon in der Landtagsrede vom 6. Juni 1924 hatte Mergenthaler seine Hoffnung auf die Errichtung einer völkischen Diktatur deutlich gemacht. Diesem Ziel war auch die in Leonberg herausgegebene Parteizeitung »Völkische Wacht«⁴⁶ verpflichtet, an der Mergenthaler einen maßgeblichen Anteil hatte.

Sie wurde von der »Völkische Zeitungsge- nossenschaft Leonberg eGmbH« herausge- geben, die ihre Aktionäre für den 21. März 1926 zu einer Generalversammlung in den kleinen Saal des Gasthauses Sonne in Leon- berg einlud. Als Unterzeichner erscheinen auf der Einladung die Namen der Vorstände der »Völkischen Zeitungsgenossenschaft«: Mergenthaler und Maier.⁴⁷

Die »Völkische Wacht« berichtete über die politische Situation im Reich und in den Ländern Württemberg und Baden, ver- suchte aber als Kampforgan vor allem auch ihre Leser für ein »völkisches« politisches Engagement zu vereinnahmen. Außerdem wies sie regelmäßig auf politische Veran- staltungen und Treffen hin. In einer Notiz Anfang März 1926 heißt es: »Pg. Mergen- thaler spricht in öffentlichen Versamm- lungen am 6. März 1926 in Obertürkheim, am 7. März 1926 in Rudersberg bei Welz- heim, am 13. März 1926 in Unterhausen b. Reutlingen.«⁴⁸ Der folgende kleine Bericht über eine Kundgebung der Ortsgruppe Kirchheim erschien ein halbes Jahr später: »NSDFB Württemberg. Kirchheim u. T. Am Montag, den 4. Okt., fand im größten Saal Kirchheims, im Adlersaal, eine von unserer Ortsgruppe einberufene Kundgebung ge- gen Steuerdruck und Wirtschaftsnot statt. Die Versammlung war stark besucht. [...] Der Redner des Abends, Landtagsabgeord- neter Prof. Mergenthaler, beleuchtete in sachlichen und klaren Ausführungen die

Ursachen unserer heutigen Steuer- und Wirtschaftsnot.«⁴⁹

In der vorletzten Ausgabe des Jahres 1926 thematisierte die »Völkische Wacht« weih- nachtliche Aktivitäten der Korntaler Orts- gruppe des NSDFB, zu der im Verlauf des zurückliegenden Jahres auch der Landes- führer, Gymnasialprofessor Mergenthaler, gestoßen war. Es heißt dort: »Ortsgruppe Korntal. Am 14. Dezember veranstaltete die hiesige Ortsgruppe eine sehr gelungene Weihnachtsfeier im Gemeindegasthaus. Der Besuch war außerordentlich zahlreich. [...] Viel Freude machte eine Gabenverlosung, deren Gewinne von eifrigen Mitgliedern, besonders den Frauen, angefertigt oder von Freunden und Gönnern unserer Bewegung gestiftet worden waren. Der infolgedessen nicht unerhebliche Reingewinn der Verlosung wurde der Rettungsanstalt Korntal überwiesen.«⁵⁰

Die Korntaler Ortsgruppe zeigte sich demnach durchaus interessiert an einem einvernehmlichen Verhältnis zur Korntaler Brüdergemeinde als der Trägerin der dortigen Anstalten. Auch Christian Mergenthaler trat an diesem Abend als Redner auf. Darü- ber wird berichtet: »Zum Schluss gedachte Professor Mergenthaler, anknüpfend an das Gedicht ›Weihnachten vor dem Feind‹, der schweren Zeit, als in den Lichterglanz des Weihnachtsbaums und in den Lobgesang der himmlischen Heerscharen das dumpfe Grollen der Artillerieschlacht dröhnte.« Der



Titelkopf der von 1924 bis 1927 in Leonberg herausgegebenen Parteizeitung »Völkische Wacht«.

Landesführer des NSDFB hielt es während der Weihnachtsfeier seiner Ortsgruppe offenbar für wichtig, an das Donnern der Artilleriegeschütze zu erinnern, die während der Kriegsjahre Städte und weite Landstriche in Europa zerstört und unbewohnbar gemacht hatten.

Vergleichsweise kurz verwies der Artikel der »Völkischen Wacht« dagegen auf eine Andacht am Beginn der Feier: »Der unter den Korntalern von früheren Vorträgen her wohl bekannte Pfarrer Dr. Steger hielt eine zu Herzen gehende Weihnachtsandacht.« Pfarrer Dr. Steger war in der Tat schon früher in Korntal aufgetreten. Sein Name erschien am 19. April 1924 in einem Wahlauftritt im »Leonberger Tagblatt«, mit dem die damalige NSDAP zu einer Wahlveranstaltung mit dem Thema »Der völkisch-soziale Block und die Wahlen« für den 22. April in das Gemeindegasthaus einlud.⁵¹

An dieser Stelle ein kurzer Blick auf den Ausgang der Landtags- und Reichstagswahlen vom 4. Mai 1924 in Korntal. Von den damals 910 wahlberechtigten Korntaler Bürgern gaben über 90 Prozent ihre Stimmen ab, die sich auf die verschiedenen Parteien bzw. Parteienbündnisse wie folgt verteilten: Rechtsblock 330; Bauernbund 169; Sozialdemokraten 109; Völkischer Block 107; Deutsche Volkspartei 80; Zentrum 0; Kommunisten 7.⁵² Demnach hatte sich im damaligen Korntal eindeutig der Rechtsblock als die stärkste politische Kraft erwiesen, hinter dem vor allem die Deutschnationale Volkspartei stand. Die im Völkischen Block organisierten Nationalsozialisten und die Sozialdemokraten waren fast gleich stark und überschritten beide klar die Zehn-Prozent-Marke.

Eine rührige Ortsgruppe des NSDFB in Korntal hatte mit dem Wahlkämpfer Pfarrer Dr. Steger offenbar ein vergleichsweise gutes Abschneiden erreicht. Genau zwei Monate nach den wichtigen Landtags- und Reichstagswahlen trat sie am 4. Juli 1924

erneut in der Öffentlichkeit auf und veranstaltete im »überfüllten« großen Saal des Gemeindegasthauses, wie es im Bericht des »Leonberger Tagblatts« heißt, einen »vaterländischen Abend, der sich gegen Schluss zu einer machtvollen Kundgebung für deutsches Wesen, deutsche Sitte, deutsche Art gestaltete«.⁵³

Vier Jahre später wurde Christian Merenthaler die Führung des Landtagswahlkampfes übertragen. Das Wahlergebnis blieb allerdings weit unter den hochgesteckten Erwartungen der Partei. Es war für die NSDAP geradezu »katastrophal, denn in keinem Bezirk erreichte die Partei das Wahlergebnis von 1924, wo die Nationalsozialisten noch unter der Bezeichnung »Völkisch-Sozialer Block« aufgetreten waren, 4 % erreichten und 3 Abgeordnete stellten«.⁵⁴

In Korntal nahmen von 1189 wahlberechtigten Bürgern 1015 an der Landtagswahl vom 20. Mai 1928 teil. Die DNVP blieb zwar mit 253 Stimmen stärkste Kraft, lag aber weit unterhalb der Stimmenzahl des Rechtsblocks im Jahr 1924. Dem erstmals kandidierenden Christlichen Volksdienst gelang es, sich mit 239 Stimmen als zweitstärkste Kraft zu etablieren. Die Nationalsozialisten sanken mit 86 Wählerstimmen weit unter zehn Prozent, konnten gleichwohl aber den zweifelhaften Ruhm für sich beanspruchen, unter den 27 Kommunen des Bezirks absolut bei weitem über die größte Anhängerschaft zu verfügen. In der Kreisstadt Leonberg hatte die NSDAP lediglich 62 Wählerstimmen erhalten.

Die intensive nationalsozialistische Parteipropaganda in den Folgejahren blieb allerdings nicht ohne Wirkung. Sie profitierte von einer dramatischen wirtschaftlichen und politischen Krisensituation, die sich schließlich auch in den Wahlergebnissen niederschlug. Rainer Kilian stellt hierzu fest: »Die Weltwirtschaftskrise und ein Millionenheer von Arbeitslosen begannen sich verhängnisvoll bemerkbar zu machen. Der

**Achtung!
Auscheiden!**

**Die letzten
Wahlversammlungen
der N. S. D. A. P. im Oberamt Leonberg**

Es sprechen unsere Kandidaten in folgenden Orten:

Donnerstag, 21. April

8 1/2 Uhr Heimsheim Schlosssaal	Pg. Käfer	Pg. Schiele
Hirschlanden Hofe	Pg. Schiele	
Schödingen Adler	Pg. Dr. Schmid	
Weilimdorf Krone	Pg. Mehaer und Häffner	
Höfingen Schweizerhaus	Pg. Dr. Schmid Breimaiter u. Häffner	

Freitag, 22. April

8 Uhr Korntal Gemeindegasthaus	Dr. Schmid	
8 1/2 Uhr Ditzingen Kreuz	Käfer u. Dr. Schmid	
Münchingen Adler	Häffner	

Samstag, 23. April

8 1/2 Uhr Fritolzhelm Rathausaal	Schiele	
Hemmingen Adler	Häffner	
Eltingen Krone	Käfer und Dr. Schmid	
Leonberg Sonne	Dr. Schmid	

Die Redner sprechen über das Thema:
**Die württ. Landtagswahlen
und ihre Bedeutung.**

Alle Volksgenossen sind herzlich eingeladen.

Unterbezirk Leonberg der N. S. D. A. P.

Wahlwerbung der NSDAP im

*»Leonberger Tagblatt« zur Landtagswahl
am 24. April 1932. Der unter anderem für
Korntal angekündigte Redner war*

*Dr. Jonathan Schmid, Gründer der Ortsgruppe
Leonberg und ab 1933 württembergischer
Innen- und Justizminister.*

Nationalsozialismus lud in seiner Agitation den Regierenden im Reich und in den Ländern die Verantwortung auf und pries sich selbst als Retter aus Not und Elend an. [...] Der große politische Durchbruch gelang den Nationalsozialisten erst bei der Landtagswahl vom 24. April 1932. Von den 80 Sitzen im Landtag erreichte die NSDAP 23 Mandate und war damit die stärkste Fraktion geworden.⁵⁵

In Korntal waren damals 1397 Bürgerinnen und Bürger wahlberechtigt. 1142 gültige Stimmen wurden abgegeben. Eindeutiger Sieger war die NSDAP mit 360 Stimmen, die DNVP rückte mit 274 auf den zweiten Platz. Der Christlich-Soziale Volksdienst erreichte immerhin 209 Stimmen. Dem Württembergischen Bauern- und Weingärtnerbund war es gelungen, 132 Wähler für sich zu mobilisieren. Die Sozialdemokraten waren auf 83 Stimmen zurückgefallen. Das Zentrum und die KPD hatten jeweils weniger als zehn Stimmen erhalten.⁵⁶

Nach dem überwältigenden Erfolg bei den Landtagswahlen vom 24. April 1932 zog die NSDAP mit 23 Abgeordnete in das Landesparlament ein. Christian Mergenthaler, der als einziger seiner neuen Fraktionskollegen über parlamentarische Erfahrung verfügte, wurde am 10. Mai mit einer Mehrheit von 58 von 80 Stimmen zum neuen Landtagspräsidenten gewählt. Wie aus seiner eigenen Darstellung hervorgeht, sollte sein erneuter Karrieresprung ihn in sein letztes Amt führen, das er im Rahmen der Republik von Weimar ausübte. Gut sechs Jahre später schrieb er in der Weihnachtszeit in Korntal darüber: »Nach dem großen Wahlsieg im Jahr 1932 wurde ich bis 1933 Landtagspräsident. In dieser Eigenschaft nahm ich an der nationalsozialistischen Revolution in Württemberg teil, die ihren Anfang nahm mit der Hissung der Hakenkreuzfahne auf dem Landtagsgebäude und dem gleichzeitigen Aufmarsch der Kampfverbände der Partei in der Bannmeile des Landtagsgebäudes.«⁵⁷

Mergenthaler spielte mit dieser Feststellung auf den politischen Umsturz in Württemberg an, der am 8. März 1933 – nur wenige Tage nach den Reichstagswahlen vom 5. März – durch die Ernennung des SA-Führers Dietrich von Jagow zum Reichskommissar seinen Anfang nahm. In dem am 15. März zusammentretenden württembergischen Landtag war die kommunistische Par-

tei nicht mehr vertreten und Gauleiter Murr wurde mit 36 Stimmen der rechten Parteien, bei Stimmenthaltung des Zentrums und der Demokratischen Partei und 13 Gegenstimmen der SPD zum neuen württembergischen Staatspräsidenten gewählt.⁵⁸

Ein »gewaltiger Frühlingssturm« – Der Anbruch der NS-Herrschaft in Korntal

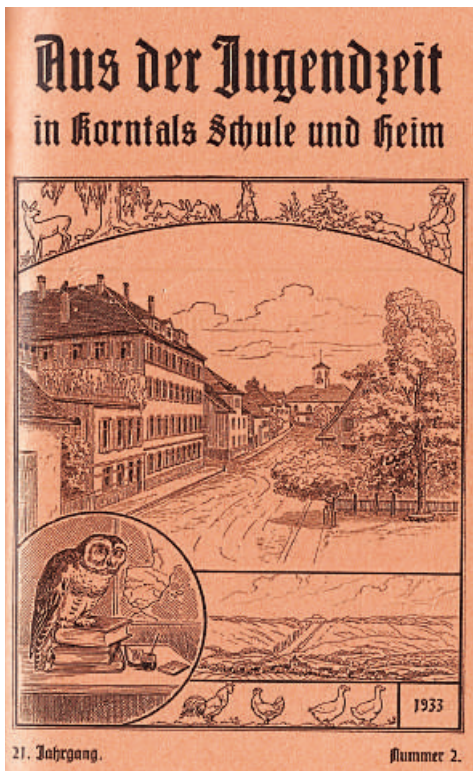
Wie wurde die nationalsozialistische Machtübernahme im Reich und insbesondere im »Volksstaat Württemberg« in Korntal aufgenommen? Der Nationalsozialist Christian Mergenthaler sprach von einer »nationalsozialistischen Revolution«, um das politische Geschehen von Ende Januar bis Mitte März 1933 im damaligen deutschen Reich und seinen Ländern zu umschreiben. Dagegen wurde in einem Heft der 1933 erschienenen Schulzeitschrift »Aus der Jugendzeit in

Korntals Schule und Heim« unspezifischer und verschwommener, aber mit nicht weniger Emphase die Wortverbindung »nationale Revolution« gewählt. Bereits der erste Satz des Artikels des Lehrers Karl Gommel wirft ein bezeichnendes Licht auf den im Korntaler Schulmilieu vorherrschenden konservativ-nationalen Geist: »Wer unsere Schulzeitung in all den vergangenen Jahren gelesen hat, dem kann es nicht verborgen geblieben sein, dass hier im stillen Korntal immer ein Geist geweht hat, der wenig zusammenstimmte mit dem, was wir den Geist von Weimar nennen.«⁵⁹

Diese Distanzierung vom »Geist von Weimar« findet ihre Entsprechung in dem Enthusiasmus, mit dem die jüngsten Ereignisse in Berlin und in Stuttgart überschwänglich begrüßt und gefeiert werden: »Was seit den Märztagen als gewaltiger Frühlingssturm über uns hinwegbrauste, das übertraf in seiner Urgewalt die kühnsten Hoffnungen und Erwartungen, die wir je gehegt, und noch stehen wir wie gebannt vor dem grundstürzenden Geschehen, das auch in unser stilles Dörflein im Strohgau seine Sturmflut sandte.«⁶⁰

Viele anschauliche Details lassen das ganze Ausmaß des Geschehens erahnen, das dem Titel »nationale Revolution« subsumiert wurde: »Man sah die braunen und die grauen Freiheitspioniere etwas mehr auf den Straßen als sonst; man sah beim Fackelzug, dem Kultminister Mergenthaler dargebracht, plötzlich der Hitlerjugend stattlich Häuflein wie aus dem Boden gestampft; man sah mit freudiger Genugtuung die alten und die neuen Reichsflaggen zuerst an amtlichen Gebäuden und bald aus allen Häusern wehen; man sah an des Kanzlers Geburtstag die begeisterten Massen im Fackelzug durch die Straßen ziehen und am ersten Mai kein Haus, das ungeschmückt gewesen wäre.«⁶¹

Präzise wird mit diesen Worten der Beginn der nationalsozialistischen Ära in



dem vorgeblich »stillen Strohgäudörfchen« Korntal geschildert. Eine breite Welle der Begeisterung erfasste weite Teile der Bevölkerung. Öffentliche Umzüge und Versammlungen gehörten von nun an zum Alltag. Fackelzüge erwiesen sich als eine geeignete Form, herausragenden politischen Führern Anerkennung und Zustimmung zu signalisieren.

Welche Position nahm die Korntaler Gemeindeleitung, an deren Spitze seit 1922 Ortsvorsteher Würth stand, angesichts dieser Vorgänge ein? Am 15. März 1933 wurde im Stuttgarter Landtag NS-Gauleiter Murr zum württembergischen Staatspräsidenten gewählt und anschließend die neue Regierung vorgestellt. Zu ihr gehörte auch der bisherige Landtagspräsident Mergenthaler als neuer Kult- und Justizminister. Nach seiner Ankunft am Abend in Korntal erwartete ihn ein zu seiner Ehrung veranstalteter Fackelumzug, und Ortsvorsteher Würth begrüßte den neu ernannten Minister emphatisch mit den folgenden Worten:

»Begeisterung erfüllt heute unser Herz darüber, dass es der nationalen Front gelungen ist, sich in unserem deutschen Vaterlande so glänzend durchzusetzen. [...] Dies war nur möglich dadurch, dass Männer aufgestanden sind, die das deutsche Volk in zäher Ausdauer wieder wachgerufen haben und an seine heiligsten Güter erinnerten. Zu ihnen zählt auch unser verehrter Herr Professor Mergenthaler, den wir heute herzlich beglückwünschen zu seiner Berufung als stv. Staatspräsident und als Kult- und Justizminister. Schwere und verantwortungsvolle Arbeit harret nun auf Sie, verehrter Herr Minister, und es liegt nun an uns, hinter Ihnen zu stehen mit unseren Gebeten. Wir in Korntal sind stolz darauf, den Herrn Minister als den unsrigen bezeichnen zu dürfen, und wir blicken mit Liebe und Verehrung zu Ihnen auf, zu Ihnen, der Sie in früheren Jahren lange allein gestanden sind im Kampfe, aber sich nicht unterkriegen ließen und nun auch



*Christian Mergenthaler (1884–1980),
ab 1933 württembergischer
Ministerpräsident und Kultminister,
wohnte seit 1926 in Korntal.*

mit uns die wunderbare Erhebung des deutschen Volkes erleben dürfen.«⁶²

Auch in Würths Ausführungen ist die Begeisterung zu spüren, die breite Korntaler Kreise angesichts der NS-Machtübernahme empfunden haben. Daneben artikulieren sie auch Stolz und Genugtuung darüber, dass nun ein Bürger der Gemeinde Korntal zu den Mitgliedern der neuen württembergischen Regierung gehört und zum stellvertretenden Staatspräsidenten berufen wurde. Würths Verweis auf die »schwere und verantwortungsvolle Arbeit« der Zukunft signalisierte jedoch zugleich auch eine gewisse Zurückhaltung angesichts allzu uferloser Hoffnungen auf die neuen Machthaber.

Für selbstverständlich wurde es gehalten, dass sich die Schulgemeinschaft an den Kundgebungen des »nationalen Deutsch-

lands« beteiligte, auch an der für den 18. März angesetzten Schulfest: »Unter dem Klang der Trommeln zogen wir am 18. März durch die Straßen, mit fliegenden Fahnen hinauf zum Kleinen Saal, wo unser Herr Direktor die Festrede hielt, umrahmt von vaterländischen Gedichten, Gesängen und Chören, und wo Herr Graf packende Worte aus Walter Flex zum Vortrag brachte.«⁶³

Längere Auszüge der Festrede von Schulleiter Studiendirektor Reiff wurden in der Schulzeitschrift abgedruckt. Direktor Reiff kam zunächst auf seine persönlichen frühen Erinnerungen an die Zeit des Kaiserreichs zu sprechen und unterstrich das hohe Ansehen, das die deutschen Kaiser, aber auch die württembergischen Könige und Reichskanzler Bismarck damals genossen. Eine für Deutschland verhängnisvolle Wendung nahm dann allerdings aus seiner Sicht der »große Krieg«, die er seinen Schülern auf die folgende Weise beschrieb: »Mit Schrecken mussten die Feinde erkennen, welche Riesenmacht noch in unserem deutschen Volke wohnte. Fast die ganze Welt musste zusammenstehen, um seinen Siegeslauf zu hemmen, und trotz des Materialkriegs, trotz Lügenfeldzug und Hungerblockade, trotz des schleichenden Giftes, das auf allerlei krummen Wegen dem deutschen Volkskörper eingepflicht wurde, auch unsere Feinde waren am Zusammenbrechen; da kam der unselige Dolchstoß von hinten, die Novemberrevolution 1918.«⁶⁴

Reiffs Ausführungen über den Verlauf und das Ende des Ersten Weltkriegs gipfelten in der These des »unseligen Dolchstoßes von hinten«, der im November 1918 auf perfide Weise den deutschen »Siegeslauf« beendet habe. Damit erübrigten sich alle weiteren Fragen nach den wirklichen Ursachen und Fehleinschätzungen, die zu der desaströsen Kriegslage im Herbst 1918 geführt hatten. Diese These bot ihren Anhängern eine scheinbar schlüssige Erklärung für die Niederlage und vorgeblich heimtückisch er-

zwungene Kapitulation des Deutschen Reiches am 11. November 1918.

Darüber hinaus lassen Reiffs Ausführungen auch erkennen, welches brisante Bild der jüngsten Geschichte die Höhere Knabenschule in Korntal ihren Schülern vermittelte. Seine Rede im kleinen Saal endete mit einem Aufruf an die Generation der vor ihm sitzenden Schüler: »Darum warten auch auf die Jugend große, ernste Aufgaben. Sie ist aufgewachsen in einer seelisch verarmten Zeit; sie hat oft etwas Mattes, Verdrossenes. Aber richtet eure Blicke auf unsern trotz seiner hohen Jahre unermüdlichen Reichspräsidenten Hindenburg oder schauet unseren Reichskanzler Hitler an, dessen Bildnis ebenfalls schon in manchen Klassen hängt! Wie hat dieser Mann so viele Jahre in hellen und trüben Stunden unbeirrt sein Ziel verfolgt.«⁶⁵

Nur wenige Wochen später bot sich dem Gemeinderat und der NSDAP-Ortsgruppe in Korntal anlässlich des Geburtstages von Hitler am 20. April 1933 eine weitere willkommene Gelegenheit, um den neuen Machthabern zu huldigen. Auch an diesem Tag – fortan als nationaler Feiertag begangen – gab es einen abendlichen Fackelumzug durch die Straßen Korntals. Um den neuen Reichskanzler, den Reichspräsidenten von Hindenburg und Minister Mergenthaler zu ehren, beschloss der Korntaler Gemeinderat an diesem Tag die Umbenennung einiger Straßenzüge, die in den Neubaugebieten der letzten Jahre entstanden waren. Zur Begründung führte der Ortsvorsteher aus: »Der heutige Tag bietet uns einen willkommenen Anlass, in freudigster Stimmung unseren hochgeschätzten Herrn Reichskanzler, der heute seinen Geburtstag feiert, zu ehren und mit ihm den hochverehrten Herrn Reichspräsidenten sowie den Herrn Kult- und Justizminister Mergenthaler, deren Namen wir heute durch Bezeichnung einiger schöner Straßenzüge mit denselben zum bleibenden Gedenken für alle Zeiten festgehalten haben.«⁶⁶

Die in der Rede gegebenen Begründungen zeigen, dass für den Korntaler Ortsvorsteher Würth die NS-Herrschaft eine Rückkehr zu den Grundsätzen der Religion und zur Gottesfurcht bedeutete: »Unser verehrter Herr Reichskanzler will dafür sorgen, dass die Grundsätze der Religion wieder hochgehalten werden. Er ist der Überzeugung, dass Gottesfurcht der Boden ist, auf dem sich das Glück des Einzelnen, das Zusammenleben der Gesellschaft, der sittliche Bestand des Staates aufbaut. [...] Unser Volk kann sich glücklich schätzen, dass es wieder von gottesfürchtigen Führern regiert wird, auf denen sichtbarlich der Segen Gottes ruht!«⁶⁷ Ortsvorsteher Würth bezog sich in seinen Ausführungen auf Parteiäußerungen, die ein positives Verhältnis der NSDAP zur christlichen Religion behaupteten und zog im Frühjahr 1933 zumindest in dieser öffentlichen Äußerung nicht in Zweifel, dass »gottesfürchtige Führer« an der Spitze des Deutschen Reiches standen.

Kommunale »Gleichschaltung« und das Ende der Ära Würth

Im Zuge der sogenannten »Machtergreifung« der Nationalsozialisten gelang es Hitler nach seiner Ernennung zum Kanzler am 30. Januar 1933, Reichspräsident von Hindenburg zur Auflösung des Reichstags zu veranlassen. Nach dem Wahljahr 1932 mit seinen zahlreichen Urnengängen standen daher im Deutschen Reich am 5. März 1933 erneut Reichstagswahlen an. Diese gewannen durch den von der NSDAP selbst inszenierten Reichstagsbrand im gesamten Reichsgebiet eine ganze eigene Dynamik, da die Brandstiftung im Wahlkampf erfolgreich den Kommunisten zur Last gelegt werden konnte. Thomas Schnabel bemerkt hierzu: »Die Wahlen vom 5. März standen auch in Württemberg unter dem Eindruck der Ereignisse im Reich, obwohl die Polizei noch nicht durch SA-Verbände verstärkt worden

war. Die vielen Zeitungsverbote, besonders der kommunistischen und sozialdemokratischen Presse, aber auch die ersten Verhaftungen schwächten die Opposition gegen den Nationalsozialismus. Bei dieser Wahl gelang es der NSDAP, die Wahlbeteiligung in Württemberg um fast 14 % zu steigern (Reich: plus 8 %). Diese erhöhte Wahlbeteiligung kam fast ausschließlich ihr zugute.«⁶⁸

Viele Parteimitglieder und Sympathisanten der NSDAP erlebten daher die Märzereignisse des Jahres 1933 als eine Zeit der Erhebung und Beglückung. Ernst Krohmer, seit dem Frühjahr 1932 Bezirksleiter der NSDAP im Kreis Leonberg, schrieb ein Jahr später: »Wir lebten wie in einem Taumel der Freude und Begeisterung; in diesem Geist wurde auch die Märzwahl 1933 durchgeführt, mit dem Erfolg, dass wir die Mehrheit aller abgegebenen Stimmen bekamen. Nach der Wahl am 6. März wurden auch in unserem Oberamt wie überall unsere siegreichen Fahnen auf den Rathäusern gehisst. Die Ortsgruppe Münchingen hat den Ruhm, die erste Ortsgruppe ganz Württembergs zu sein, die unsere Fahne zuerst gehisst hatte, trotz Protest des Ortsvorstehers und der Landjäger.«⁶⁹

Angemerkt werden kann hierzu, dass Korntals Ortsvorsteher Würth den Standpunkt seines Münchinger Kollegen in dieser Frage teilte und für kurze Zeit das Hissen der Hakenkreuzflagge an seinem Rathaus zu verhindern verstand, wie der folgenden Äußerung zu entnehmen ist: »Dass ich bei der Machtergreifung der Nazi die Parteifahne auf dem Rathaus nicht gehisst habe, wurde mir begreiflicherweise übel vermerkt.«⁷⁰

In den Märzwahlen die Mehrheit aller abgegebenen Stimmen erreicht zu haben, erwies sich als ein mächtiges Stimulans, durch das die NSDAP sich ermächtigt fühlte, ohne Zeitverlust mit der im Parteiprogramm vorgesehenen Umgestaltung von Staat und Gesellschaft zu beginnen und das angestrebte Ideal einer völkischen Diktatur

zu verwirklichen. Auf regionaler und kommunaler Ebene handelte es sich zunächst darum, die organisatorischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, um die von der NSDAP gewünschten Interventionen in die Angelegenheiten der Bezirke und der Gemeinden durchsetzen zu können. Im Zuge einer solchen kommunalen »Gleichschaltung« musste der Leonberger Kreisleiter allerdings die Erfahrung machen, dass von ihm angeordnete Eingriffe der Partei in die Angelegenheiten des Kreises und der Kommunen häufig nicht konfliktlos umgesetzt werden konnten. In diesem Sinne zog er für den Kreis Leonberg 1934 folgendes Fazit: »Die Gemeinderatgleichschaltung wirbelte, wie auch in anderen Oberämtern, gewissen Staub auf. Doch hielten sich im Allgemeinen die Streitigkeiten, Gehässigkeiten und Eifersüchteleien in mäßigen Grenzen. Von 200 Gemeinderäten, die in den 26 Gemeinden des Oberamtes ernannt wurden, bekamen wir 150. Die restlichen sind dann noch im Lauf der nächsten Monate durch die Auflösung der Parteien größten Teils auf uns übergegangen.«⁷¹

Über die neue personelle Zusammensetzung des Korntaler Gemeinderats berichtet das »Leonberger Tagblatt« vom 28. April 1933: »In den hiesigen Gemeinderat ziehen ein: NSDAP: Oberpostinspektor Speer, Bäckermeister Hieber, Mechanikermeister Braun, Fachschuldirektor a. D. Kochendörfer, Gärtnereibesitzer Johannes Stark; DNVP: Studienrat Schmelzle, Gasthausdirektor Götz, Baumeister Obergfell; Bauernbund: Ernst Brillinger; Christlicher Volksdienst: Gewerbeschulrat Hermann Sommer.«⁷² Die Annahme einer fortbestehenden Pluralität der Parteien im Korntaler Gemeinderat geht allerdings an der politischen Realität vorbei. Auch alle neu gebildeten Gemeinderäte waren dem Führerprinzip unterworfen und verfügten nicht mehr über echte Entscheidungs- und Beschlusskompetenzen.

Gut drei Monate später, am 9. August 1933, wurden in Leonberg zwanzig im Amt befindliche Bürgermeister des Kreises in einer feierlichen Zeremonie in ihrer Leitungsfunktion bestätigt und vereidigt. Auch Bürgermeister Würth von Korntal befand sich unter ihnen. Das »Leonberger Tagblatt« gab die von Kreisleiter Krohmer mit überdeutlichen Worten formulierten Erwartungen der Partei an die obersten Amtsträger in den Gemeinden wieder: »Die Bürgermeister müssen sich als Vertreter des Dritten Reiches fühlen; sie werden als ›Führer‹ vereidigt. [...] Die Mitarbeiter des Ortsvorstehers sind die Ortsgruppenführer der NSDAP und die Fraktionsführer der NSDAP-Fraktionen. Der Bürgermeister ist verwaltungstechnisch verantwortlich. In der Politik, soweit sie bei den Gemeinden vorkommt, entscheiden Ortsgruppenführer und Fraktionsführer. Mit gutem Willen ist es leicht, dass diese drei Verantwortlichen einträchtig zusammenarbeiten.«⁷³

Krohmers Ausführungen lassen sich als die elementaren Grundregeln nationalsozialistischer Gemeindepolitik verstehen. Sie zielten darauf ab, die Vorherrschaft der NSDAP auch in sämtlichen kommunalen Gremien langfristig zu gewährleisten. Aufmerksame Leser dieses Artikels mochten sich allerdings auch schon im August 1933 die Frage gestellt haben, ob tatsächlich alle anwesenden Bürgermeister des Kreises bereit waren, die geforderte hundertprozentige Identifizierung mit dem NS-Regime zu vollziehen. Immerhin wurde einigen Amtsträgern wie Georg Würth zugestanden, auch ohne eine förmliche Parteimitgliedschaft an der Vereidigung teilzunehmen. Alle Bürgermeister waren jedoch künftig gehalten, wichtige kommunale Entscheidungen einvernehmlich mit ihren jeweiligen Ortsgruppenführern und Fraktionsführern der NSDAP zu treffen.

Seit März 1933 gehörten Aktivitäten der Hitlerjugend zum schulischen und öf-



Ab 1933 beteiligte sich auch in Korntal die Hitlerjugend regelmäßig an Aufmärschen und anderen Veranstaltungen.

fentlichen Leben. Dazu gehörte auch die Teilnahme an überregionalen Treffen und Kundgebungen. Über den Hitlerjugendtag in Stuttgart am zweiten Juliwochenende berichtete der Schüler Werner Ottmann aus der Klasse V G in der Schulzeitschrift und notierte zu Beginn: »Schon am Samstagnachmittag ging es los mit den Vorbereitungen. Die Korntaler Hitlerjugend durfte in Stuttgart nicht fehlen – und nicht »auffallen.«⁷⁴ Über die Ankunft im Stadion auf dem Cannstatter Wasen ist in seinem Bericht zu lesen: »Die ganzen Tribünen waren dicht besetzt mit Menschen, und uns allen schlug das Herz höher, dass wir eine solchen Aufmarsch miterleben und unser Teil zum Gelingen dieser Tagung beitragen durften. Die SA hatte eine schwere Aufgabe, jeder Gefolgschaft ihren Platz anzuweisen und abzusperrern und wurde mit bewundernswerter Disziplin ihrer Aufgabe gerecht. Es klappte alles tadellos. Tausend und abertausend Hitlerjungen und Mädels vom BDM standen in Erwartung des Herrn Ministerpräsidenten Mergenthaler und des

Gebietsführers Wacha. Die Zuschauer umstanden den großen Platz in dichten Reihen, sie alle wollten Deutschlands Jugend aus dem Schwabenlande sehen und die Ansprachen hören.«⁷⁵ Im gleichen Heft der Schulzeitschrift hebt Inspektor Stäbler, der Leiter des großen Schülerheims, in einem Artikel die positive Rolle der HJ-Gruppe im sozialen Leben des Heims hervor.⁷⁶

Die Planung eines eigenen HJ-Heims in Korntal nahm unter Bürgermeister Würth im Jahr 1934 ihren Anfang. Am 20. Dezember fasste der Gemeinderat damals den Beschluss, für die Erstellung eines »Heimes zur Betreuung der Jugend« südlich der Turnhalle ein Gelände zur Verfügung zu stellen und den Bau eines HJ-Heimes mit 25 000 Reichsmark zu unterstützen. Des Weiteren stimmte er dem Antrag von Ortsgruppenleiter Hildenbrand zu, das Architekturbüro Carl Nonnenmacher mit der Planung und Bauleitung zu betrauen. Die Zusammenarbeit zwischen Bürgermeister und Ortsgruppenleiter scheint in diesem Fall reibungslos verlaufen zu sein. Als ein gutes Jahr später,

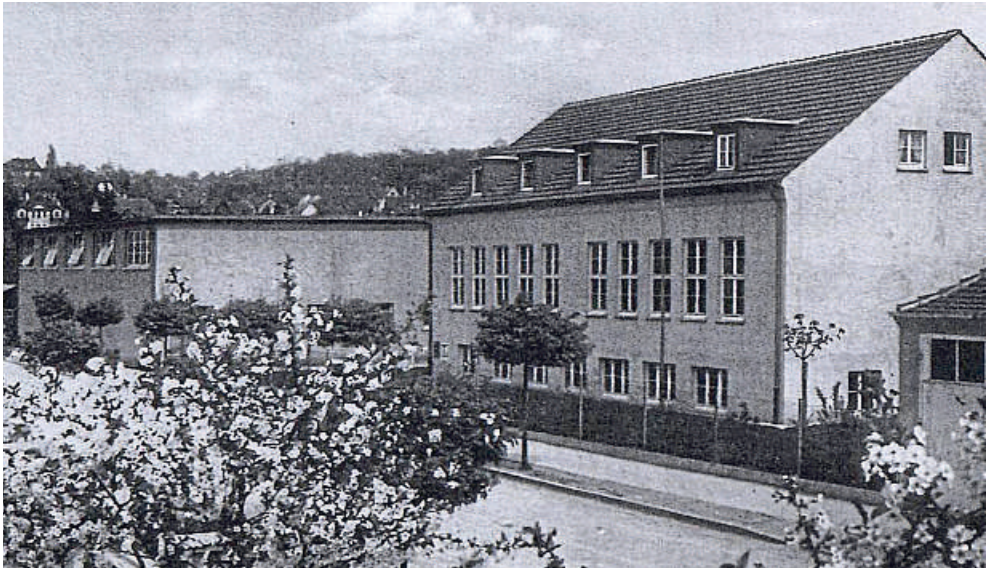
am 9. Februar 1936, das HJ-Heim in der Adolf-Hitler-Straße eingeweiht und seiner künftigen Nutzung übergeben wurde, befand sich allerdings Bürgermeister Würth bereits seit ca. acht Monaten nicht mehr im Amt.

Ziemlich genau 33 Jahre lang war Georg Würth in Korntal tätig. Am 2. Mai 1902 hatte der gebürtige Weinsberger 24-jährig seinen Dienst in Korntal als Assistent von Vorsteher Johannes Daur begonnen. 1911 übernahm er die Geschäftsführung des Gipswerkes Korntal GmbH als Nachfolger von Friedrich Daur. Zunächst Amtsverweser, wurde Georg Würth nach erfolgter Ortsvorsteherwahl am 18. Juli 1922 als Ortsvorsteher von Korntal eingesetzt.

Die lange Liste seiner Initiativen und Aktivitäten, die zu einer gedeihlichen Entwicklung der Gemeinde Korntal beitragen, kann hier nur angedeutet werden. In den Jahren der Inflation organisierte Würth eine Rentnerküche und betrieb den Bau des Altenheims in der Ludwigsburger Straße. Die Förderung des örtlichen Gewerbes

gehörte zu den Arbeitsbereichen, die ihm besonders am Herzen lagen. Der Gewerbeverein Korntal konnte im Jahr 1928 sein 25-jähriges Jubiläum begehen. Aus diesem Anlass gab Würth ein Jahr später die Schrift »Das Gewerbe in Korntal« heraus.⁷⁷ Zwei späte Erfolge der Ära Würth konnten noch im Februar 1935 verbucht werden. In einem längeren Artikel meldete das »Leonberger Tagblatt« den erfolgreichen Abschluss der zwischen Stuttgart und Korntal geführten Verhandlungen über einen Markungsausgleich, der die Oberamtsgrenze neu festlegte und für Korntal-Leonberg mit einem Gebietszuwachs verknüpft war.⁷⁸ Eine kurze Notiz in der gleichen Ausgabe erschien unter dem Titel »Kläranlage für Korntal«. Sie informierte über den Anschluss des Korntaler Abwasserkanalsystems an die Kläranlage Mühlhausen, der künftig auch in Korntal Wasserklottois möglich machte.

Der wahrscheinlich letzte öffentliche Auftritt von Bürgermeister Würth in Korntal fand am 8. April 1935 im Rahmen eines Kameradschaftsabends der Handels- und



Blick auf das HJ-Heim, das 1935/36 mit finanzieller Unterstützung der Gemeinde neben der Turnhalle erbaut wurde.

Gewerbeorganisation statt. Der darüber erschienene ausführliche Bericht räumt ihm darin allerdings nur eine relativ unbedeutende Randrolle ganz am Schluss ein. Es heißt dort: »OGL Pg. Hildenbrand bat die Anwesenden, recht mitzuhelfen an unserem Hitlerjugendheim, dessen Bau so dringend nötig sei. Nachdem Bürgermeister Würth einige Ehrenkreuze an Kriegsteilnehmer verteilt hatte, schloss der so harmonische Abend mit einem Sieg Heil auf unseren geliebten Führer und einem Vers des Saar- und Horst-Wessel-Liedes.«⁷⁹

Nur wenige Wochen später, am 28. Mai, wurde Georg Würth mit einem Nervenzusammenbruch in das Tropengenesungsheim in Tübingen eingewiesen.⁸⁰ Mitte Juni stellte Würth beim Oberamt Leonberg einen Antrag auf Zurruesetzung, dem in der

Folge stattgegeben wurde. Was sich in den zurückliegenden zwei Monaten tatsächlich in Korntal abgespielt hatte, lässt sich im Nachhinein nur schwer rekonstruieren. Georg Würth selber nahm ein Jahr nach Kriegsende in einer Eingabe an die Spruchkammer Vaihingen zu den damaligen Vorfällen Stellung. Er führte darin aus: »Zu Anfang des Jahres 1935 erlitt ich infolge von Verleumdungen, die gegen meine Person gerichtet waren, einen Nervenzusammenbruch und musste mich über ein Jahr, davon ein halbes Jahr in Tübingen, einer Behandlung unterziehen. Für die Zeit vor Mai 1935 muss ich mich ganz auf meine Aufschriebe verlassen. Vermutlich war es Mai 1935, wie ich den Nervenzusammenbruch erlitt. Der damalige Kreisleiter von Leonberg, dem es zuwider war, dass ich



Ortsvorsteher Georg Würth (oben im mittleren Bild rechts) und andere Korntaler Honoratioren 1928 in der Jubiläumsschrift des Gewerbevereins. Georg Würth war von 1922 bis 1935 Schultheiß bzw. Bürgermeister von Korntal.

mich nicht zur Partei meldete und zudem streng kirchlich eingestellt war, hat alles aufgeboten, dass ich in jener Zeit gegen meine Verleumder nicht klagend vorgehen konnte, was mich veranlasste, um meine Zurrücksetzung nachzusuchen, die mir auch bewilligt wurde.«⁸¹

Georg Würth verlegte 1936 seinen Wohnsitz von Kornthal nach Möhringen auf den Fildern, regelmäßige jährliche Aufenthalte führten ihn auch nach Ortenburg in Niederbayern. Dort machte er 1939 die Bekanntschaft des von der Gestapo aus Württemberg ausgewiesenen Pfarrers Julius von Jan, der ihn als »Gesinnungsgenossen« schätzen und lieben lernte.⁸²

Das genaue Datum der Ernennung von Walter Dollmann zum stellvertretenden Bürgermeister in Kornthal lässt sich derzeit nicht mit Sicherheit feststellen. Am 27. September 1935 vollzogen Kreisleiter Krohmer und der als stellvertretender Bürgermeister vorgestellte Walter Dollmann die Verpflichtung der neuen Gemeinderäte. Das »Leonberger Tagblatt« berichtet: »Kornthal, 28. September. Gestern Abend fand im Rathaus die feierliche Einsetzung und Verpflichtung der neuen Gemeinderäte durch Kreisleiter Krohmer statt. [...] Der Kreisleiter ermahnte die zu Verpflichtenden, stets den Führer als Vorbild zu nehmen und damit seinem Willen zu dienen. Durch Handschlag und Überreichung der Berufungsurkunde verpflichtete der Kreisleiter als Beauftragter der Partei die Gemeinderäte. Stellvertretender Bürgermeister Dollmann wies in seinen Ausführungen u. a. darauf hin, dass die Gemeinderäte besonders dazu berufen seien, das Bindeglied zwischen der Einwohnerschaft und der Gemeindeleitung zu sein. Mit der Übergabe der Ernennungsurkunde an die einzelnen Gemeinderäte vereidigte er sie als Ehrenbeamte der Gemeinde auf 6 Jahre.«⁸³ Der Artikel schloss mit dem Hinweis auf einen nichtöffentlichen Sitzungsteil unter dem Vorsitz von Kreisleiter

Krohmer, der sich mit der Besetzung der vakanten Bürgermeisterstelle befassen sollte.

Zwei Wochen nach der feierlichen Einweihung des fertiggestellten HJ-Heimes in der Adolf-Hitler-Straße wurde in der Kornthaler Öffentlichkeit bekannt, in welchem Sinn die bis dahin ungeklärte Bürgermeisterfrage entschieden worden war. Unter der Überschrift »Neuer Bürgermeister in Kornthal« meldet das »Leonberger Tagblatt« am 18. Februar 1936 kurz und bündig: »Auf Vorschlag des Beauftragten der NSDAP, Kreisleiter Krohmer, wurde unter 28 Bewerbern zum neuen Bürgermeister von Kornthal ernannt Walter Dollmann, seitheriger Amtsverweser in Kornthal.«⁸⁴

Drei Tage später erschien dazu ein sehr ausführlicher Bericht unter der Überschrift: »Kornthal erhält seinen neuen Bürgermeister. Bürgermeister Dollmann feierlich in sein Amt eingeführt.«⁸⁵ Anzahl und Rang der auftretenden Redner illustrierten auf ihre Weise die große Bedeutung, die der nach dem Führerprinzip aufgebaute NS-Staat dem Amt des Bürgermeisters beimaß: Ortsgruppenleiter Hildenbrand, der erste Beigeordnete des Kornthaler Gemeinderats Wilhelm Götz, Landrat Baumann, Kreisleiter Krohmer, Bürgermeister Dollmann, Brüdergemeindevorsteher Daur, Gemeindepfleger Rebel und Bürgermeister Spindler aus Leonberg.

Auch die Kornthaler Bevölkerung nahm regen Anteil an der Amtseinführung ihres neuen Bürgermeisters. Im Zeitungsbericht ist von einem »überaus zahlreichen Besuch der Volksgenossen« und einem »überfüllten großen Saal des Gemeindegasthauses« zu lesen.⁸⁶ Zwei Begrüßungsreden eröffneten die feierliche Veranstaltung. Nach Ortsgruppenleiter Wilhelm Hildenbrand ergriff der erste Beigeordnete des Gemeinderats Wilhelm Götz das Wort. Im »Leonberger Tagblatt« wird er als »Pg. Götz« bezeichnet, was erkennen lässt, dass auch er inzwischen der NSDAP beigetreten war.⁸⁷



Ortsgruppenleiter Hildenbrand (Mitte) im Kreise weiterer Mitglieder der Ortsgruppe.

Im weiteren Verlauf der Feier traten auch noch Gemeindevorsteher Daur und Gemeindesekretär Rebel von der Brüdergemeinde als Redner hervor. Über den als »Führer der Brüdergemeinde« vorgestellten Vorsteher Johannes Daur heißt es in dem Zeitungsbericht: »Er knüpfte an die Worte des Kreisleiters an und gab seiner Freude über die Worte, die dieser für die Brüderge-

meinde gefunden hatte, Ausdruck. Er freute sich, dass es der Beauftragte der Partei dem Bürgermeister zur Pflicht gemacht habe, das gute Alte der Brüdergemeinde zu wahren und zu fördern.«⁸⁸ Kreisleiter Krohmer auf der einen Seite und Vorsteher Daur auf der anderen Seite waren offenbar gleichermaßen an einem einvernehmlichen wechselseitigen Verhältnis zwischen Partei und

Die Oberschulen mit Schüler- und Schülerinnen-Heimen		
<p>Oberschule für Jungen (höhere Knabenschule) — Begr. 1830 — Leiter: Studienleiter Dr. Klemm Oberschule bis Oberstundensstufe (im Aufbau zur achtjährigen Volksschule) mit 2 Schülerheimen Leiter: Studienleiter Kurt Busch</p>	<p>Korntal</p> <p>werden nun als Folge der im Dritten Reich programmatischen Beseitigung des Schul- und Erziehungswesens von der politischen Gemeinde verwirklicht. Es liegt im ersten Willen der für die Gemeinde und ihre Schulen tätigen verantwortlichen Männer, dafür zu sorgen, daß Schulen und Heime den hohen Charakter von Schulisch und erzieherisch höchste Ansprüche erfüllenden Sätzen haben. Am politischen Leben des deutschen Volkes und insbesondere der Gemeinde nimmt die Jugend in der für sie gezielten Weise teil. Die Schüler- und Schülerinnenheime sollen Heimat derer sein, die dort ein- und ausgehen, nicht nur männlicher und weiblicher Jugend aus dem engen Vaterland, sondern auch auslandsdeutscher Jugend.</p>	<p>Oberschule für Mädchen (Töchterschule) — Begr. 1821 — Leiter: Studienleiter Hahn Oberschule für Mädchen mit Frauenschulklasse Frauenarbeitschule Haushaltungskurse } insbesondere für Mäd- Kochkurse } chen aus Gemeinden des Kreises mit Schülerinnenheim</p>
<p>Kunst- und Werbechriften durch die Verwaltung (Kullenstraße 1) — Fernsprecher 80209</p>		

Oktober 1937: Das Schulwesen im Griff der Parteiideologie.

Brüdergemeinde interessiert und brachten dieses Anliegen auch in den von ihnen gehaltenen Reden zum Ausdruck.

In welchem Geist die Amtseinführung von Bürgermeister Dollmann erfolgte, mag ihr Schluss zeigen: »Kreisleiter Krohmer schloss die überaus feierlich und gut verlaufene Einsetzungsfeier mit dem Gedenken an den Führer und ewiges Deutschland. Mit dem Horstwesellied [sic!] fand die Feier ihren Abschluss.«⁸⁹

Schule und Erziehung »im Geiste der heiligen Idee des deutschen Nationalsozialismus«

Im Verlauf der ersten und einzigen regulären Sitzung des Württembergischen Landtags im Dritten Reich am 8. Juni 1933 präsentierte Ministerpräsident Mergenthaler in einer längeren Rede das Regierungsprogramm der NSDAP. Zu dessen Kernpunkten gehörte die Erziehung der Jugend, über die der Redner ausführte: »Das kostbarste Gut, das uns anvertraut ist, ist die deutsche Jugend. Denn diese deutsche Jugend wird einst das vollenden, was wir angefangen haben. Deswegen genügt es in der Schule nicht, bloß Wissen zu vermitteln, nein, sondern es ist unser harter und fester Wille, die Jugenderziehung auch in der Schule auf eine neue Grundlage zu stellen und neben dem Fachwissenschaftlichen, das sich von selbst verstehen soll, in einer deutschen Schule voranzustellen die Bildung des Charakters und die Erhaltung und Pflege des Willens. Hinzutreten muss eine sorgsame Pflege der körperlichen Ertüchtigung. Denn nicht ein Geschlecht von Stubenhockern wird Deutschland endgültig frei machen können.«⁹⁰

Wie die Worte des Ministerpräsidenten unmissverständlich unterstrichen, räumte das nationalsozialistische Regierungsprogramm der Jugenderziehung allerhöchste Priorität ein. Daraus ergab sich die Notwen-

digkeit, auch die schulische Erziehung auf eine neue Grundlage zu stellen. Allerdings sollte die Schule kein Erziehungsmonopol besitzen: »Die Jugend muss auch außerhalb der Schule in den Jugendverbänden im Geiste der deutschen Erhebung restlos erzogen werden. [...] Aber das Einigende und das Maßgebende muss sein die Erziehung der Jugend – und zwar meine ich das im höchsten und nicht im parteipolitischen Sinn –, die Erziehung der Jugend in und außerhalb der Schule im Geiste der heiligen Idee des deutschen Nationalsozialismus.«⁹¹

Erziehung in der NS-Gesellschaft fand nach den Worten Mergenthalers somit in der Schule, aber auch außerhalb der Schule in den eigens für diesen Zweck geschaffenen nationalsozialistischen Jugendverbänden statt. Der Prozess der Gleichschaltung führte daher nicht nur das Ende der politischen Eigenständigkeit demokratisch gewählter Gremien auf Gemeinde-, Kreis- und Landesebene herbei, sondern erstreckte sich darüber hinaus auch auf die gesamte im Deutschen Reich vorhandene Bildungs- und Kulturlandschaft.

Wie wurde der in Mergenthalers Rede formulierte totalitäre Bildungsanspruch der Nationalsozialisten in Korntal konkret umgesetzt? Das überkommene Ziel der Korntaler Brüdergemeinde, ein christliches Schul- und Bildungssystem aufzubauen und mit Leben zu erfüllen, kollidierte mit dem totalitären Anspruch der NS-Politik, die gesamte Jugend zu erfassen und in ihrem Sinne zu beeinflussen. Fritz Grünzweig, langjähriger Korntaler Pfarrer in den Nachkriegsjahren, sprach in diesem Zusammenhang von dem Weltanschauungskampf, dem sich die Brüdergemeinde stellen musste.⁹²

Im Frühjahr 1937 kam es zu einer deutlichen Zuspitzung dieses Konfliktes, in dem das Kultministerium alle ihm verfügbaren politischen Register zog: »Der Kampf trat dadurch in ein sehr ernstes Stadium, dass im Februar 1937 das zuständige Ministe-

rium verlangte, Pfarrer Stäbler müsse als Leiter des Großen Schülerheims entlassen werden. Bald wurde den Verantwortlichen klar, dass es dem Staat »nicht um die Person Stäblers« ging, an dessen Dienst nichts ausgesetzt werden konnte, sondern dass sich der Angriff gegen den »christlichen Charakter des ganzen Erziehungswerks« richtete.«⁹³ Angesichts der massiven Druckmittel des Kultministeriums stimmte in der entscheidenden Sitzung am 1. Juni 1937 der Brüdergemeinderat der geforderten Übergabe der Schulen und Heime an die politische Gemeinde Korntal als einer Vorstufe ihrer vollständigen Verstaatlichung zu. Lediglich der damalige Brüdergemeindepfarrer Paul Wolf sprach sich dagegen aus.⁹⁴

Schon im Vorfeld dieser Entscheidung war es zu personellen Veränderungen in der Korntaler Schullandschaft gekommen. Der langjährige Leiter der Mädchenrealschule Dr. Julius Speer war bereits im Dezember 1936 in den Ruhestand getreten. Sein Nachfolger wurde der bisher als Religionslehrer in Feuerbach tätige Studienrat Hermann Hahn. Der 1887 in Bösinggen im Oberamt Nagold geborene Pfarrersohn Hahn hatte Theologie in Tübingen studiert. Ab 1919 bekleidete er die Pfarrstelle in Frommern im Kreis Balingen, bis er im September 1928 auf seinen Antrag vom Ev. Oberkirchenrat aus dem Kirchendienst beurlaubt wurde. Am 1. Oktober 1928 trat er als Religionslehrer in das Reformrealgymnasium Feuerbach ein. 1930 begann Hahn in der Landhausstraße 29 in Korntal mit dem Bau eines eigenen Hauses, das er im September dieses Jahres beziehen konnte.

Bereits 1931 war Hermann Hahn in die NSDAP eingetreten. Der Nationalsozialistische Lehrerbund stellte seinem Mitglied 1936 das folgende Zeugnis aus: »Hahn ist ein wertvoller Vorkämpfer der Bewegung, der durch treue Kameradschaft in der SAR, durch opferfreudige und zielbewusste Mitarbeit als Zellenobmann des NSLB an der

Oberrealschule Feuerbach und als Kulturwart der dortigen Ortsgruppe bewiesen hat, dass er rückhaltlos zum nationalsozialistischen Staat steht, auch weltanschaulich einwandfrei ist und Führereigenschaften besitzt. Er ist auch Mitglied der NSV.«⁹⁵

Auch in seiner Wohngemeinde Korntal war Studienrat Hahn bereits vor seinem Amtsantritt als aktiver und eloquenter Parteigenosse bekannt. Bei der von der NSDAP gestalteten Totengedenkfeier am 9. November 1935 fiel ihm eine wichtige und ehrenvolle Rolle zu: In Korntal »begann die Feier mit dem Einmarsch der Formationen und ihrer Fahnen in die dicht gefüllte Turnhalle. Nach einem Sprechchor der HJ wurde auf der Bühne eine Weihestätte für die Gefallenen sichtbar, bei der die Fahnenabordnungen der SA, der Ortsgruppe und der HJ Wache hielten. Der Standortführer der SA verlas dann die Namen der Gefallenen. Die Gedenkrede hielt Pg. Hahn. In feiner Weise sprach er von dem Opfergang der Gefallenen und der daraus sich ergebenden Verpflichtungen für uns.«⁹⁶

Gut anderthalb Jahre später, am 17. Juli 1937, erschien dann im »Leonberger Tagblatt« die Meldung von der Ernennung des bisherigen Studienrats Hahn zum Studiendirektor an der Oberschule für Mädchen. Die mitgelieferten Zusatzinformationen lassen die Persönlichkeit des neuen Schulleiters in einem aus NS-Sicht sehr positiven Licht erscheinen: »Studiendirektor Hahn, der im 51. Lebensjahr steht, gehört seit dem Jahr 1931 der NSDAP an und ist Schulungsleiter der hiesigen Ortsgruppe. Seine Ernennung löst allgemeine Freude aus, da er sich während seiner bisherigen hiesigen Tätigkeit im Amt und Ehrenamt höchste Wertschätzung aller, die mit ihm zusammenkamen, erwerben konnte.«⁹⁷

In der Korntaler Knabenschule hatte einem Beschluss des Lateinschulrats zufolge am 16. April 1934 Studienrat Dr. Klemm aus Wildbad das Amt des Direktors übernom-

men und in den folgenden vier Jahren die Schule geleitet. Zwei Monate nach seinem Amtsantritt in Korntal wurde ihm durch das Staatsministerium die Dienstbezeichnung Studiendirektor verliehen. Ein Unterrichtsbesuch im November 1936 durch den Regierungsrat Gschwend stellte allerdings angebliche Defizite in der Qualität des von Dr. Klemm erteilten Geschichtsunterrichts fest.⁹⁸

Anfang Dezember 1937 erhielt Dr. Klemm ein Schreiben, das für die bisher von ihm geleitete Knabenschule und seine eigene Laufbahn von ganz besonderer Bedeutung war. In dem Schreiben von Dr. Gschwend heißt es: »Ich muss Ihnen mitteilen, dass im Zusammenhang mit der Verstaatlichung der höheren Knabenschule und der Übernahme des Schülerheims in Aussicht genommen ist, Sie auf eine Studienratsstelle in Stuttgart oder in der näheren Umgebung Stuttgarts zu ernennen und die Schulleitung einem alten Parteigenossen zu übertragen. Da die Schule künftig den Charakter einer nationalpolitischen Erziehungsanstalt ähnlichen Schule erhalten soll, ist diese Maßnahme leider unumgänglich.«⁹⁹ Eine vertrauliche Notiz am Rande des Schreibens formulierte die praktischen Folgen der getroffenen Entscheidungen unverblümt: »Der H. Minister wünscht, dass StD Dr. Klemm auf eine StRatsstelle versetzt und StD Dr. Hahn an der Oberschule für Mädchen die Leitung der höheren Knabenschule übertragen wird.«¹⁰⁰

Studiendirektor Hahn, der damalige Leiter der Korntaler Oberschule für Mädchen, war demnach von Kultminister Mergenthaler höchstpersönlich dazu ausersehen worden, ab dem Frühjahr 1938 die Verstaatlichung der bisher als Privatschule geführten höheren Knabenschule zu organisieren und ihre Umwandlung in eine Napola-ähnliche Einrichtung sicherzustellen. In der »Oberschule für Jungen«, wie die Schule nun hieß, fanden die von staatlicher Seite verordneten Bildungsgrundsätze uneingeschränkt

Anwendung. Unter anderem sahen diese die Einführung eines nationalsozialistisch gefärbten »Weltanschaulichen Unterrichts« vor. Dem Religionsunterricht wurde lediglich noch eine Randstellung belassen. Pfarrern, die das geforderte Treuegelöbnis auf den »Führer« nicht ablegen wollten, wurde zudem die Erteilung von Religionsunterricht verboten. Zu ihnen gehörte auch der Korntaler Pfarrer Wolf, der im Herbst 1938 Korntal verließ, um die Pfarrstelle in Hildrizhausen anzutreten. Bereits im Sommer 1937 hatte er sich um eine andere Pfarrstelle beworben und in dem Bewerbungsschreiben dem Oberkirchenrat mitgeteilt, dass »das Recht zur Erteilung des Religionsunterrichts im Zusammenhang mit der Gelöbnisfrage auch mir entzogen worden ist«.¹⁰¹

Als Leiter der Korntaler Oberschule für Jungen wandte sich Studiendirektor Hahn am 18. März 1939 in einem Rundschreiben an seine »Amtsgenossen« in Württemberg, um sie über die veränderte schulische Situation zu informieren: »Die Oberschule für Jungen in Korntal bekommt jetzt die letzte, 8. Klasse; im Frühjahr 1940 wird zum ersten Mal die Reifeprüfung an der Schule abgelegt. Die Oberschule ist mit einem Heim verbunden. Es ist aus früheren Jahren als Schülerheim der Brüdergemeinde bekannt. Häufig wurden hierher Jungen angemeldet, die an ihrer seitherigen Schule Nachzügler oder schwer zu erziehen waren. Das ist nun grundsätzlich anders geworden. Die Oberschule ist jetzt öffentliche Schule und das Heim in die Verwaltung der bürgerlichen Gemeinde übergegangen. Die Schule steht also auf dem Boden der für die höheren Schulen geltenden Auslese.«¹⁰²

Vordergründig ist zunächst von einer wichtigen organisatorischen Erweiterung die Rede: Ein zusätzlich angebotenes 8. Schuljahr erlaubt es, künftig die Oberschule für Jungen mit dem Abitur zu verlassen. Vor allem aber ist es Hahn wichtig, seine »Amtsgenossen« über eine pädagogische

Neuorientierung zu informieren: In Korntal soll künftig das Prinzip der Auslese das in den zurückliegenden Brüdergemeindefzeiten praktizierte Prinzip einer allseitigen Förderung auch schwächerer Schüler ersetzen.

Hahns Darlegungen im letzten Teil seines Briefes lassen keinen Zweifel darüber aufkommen, was aus seiner Sicht die eigentliche Qualität der Schule ausmacht, für die sein Brief so eloquent Werbung betreibt. Es handelt sich um eine Qualität, die auch das Wesen der nationalsozialistischen Eliteschulen ausmacht: »Darf ich noch auf etwas aufmerksam machen? Für die Adolf-Hitler-Schulen oder die nationalpolitischen Erziehungsanstalten melden sich immer erheblich mehr Jungen als aufgenommen werden können. Für manche dieser Jungen wird nach Ablehnung ein Heim gesucht, das auf nationalsozialistischem Boden steht und eine nationalsozialistische Erziehung

durchführt. Wir nehmen solche Jungen gerne auf, wenn sie einen tüchtigen Durchschnitt an Leistung darstellen und charakterlich empfohlen werden können.«¹⁰³

Der nationalsozialistische Geist, in dem die Oberschule für Jungen ab dem Frühjahr 1938 geführt wurde, fand seinen symbolischen Ausdruck auch in einem neuen Schulnamen. Sie hieß ab dem 5. Juni 1939 »Ulrich von Hutten-Oberschule für Jungen«. Am 1. Dezember 1939 erklärte Studiendirektor Hahn seinen Austritt aus der Evangelischen Landeskirche. Ein gutes halbes Jahr später wurde er zum Oberstudiendirektor der Oberschule für Jungen in Stuttgart-Feuerbach ernannt. Dies teilte das »Leonberger Tagblatt« in der Ausgabe vom 2. Juli 1940 mit: »Studiendirektor Hermann Hahn von Korntal, Leiter der Oberschule in Stuttgart-Feuerbach, wurde vom Führer und Reichskanzler zum Oberstudiendirek-



Südseite des Großen Schülerheims, um 1940.

An der Fassade waren ein großer Reichsadler mit Hakenkreuz und darunter die Aufschrift »Im Willen zur Einheit liegt die Kraft der Nation« angebracht.



Speisesaal im Großen Schülerheim.

tor ernannt. Pg. Hahn ist Schulungsleiter der hiesigen Ortsgruppe der NSDAP und Gemeinderat.«¹⁰⁴ Die ungewöhnlich steile Schulkarriere des in Korntal wohnenden NSDAP-Parteimitglieds Hahn wurde dem-

nach von der allerobersten Parteiebene gestützt. Auch nach seiner Versetzung nach Feuerbach wohnte er weiterhin mit seiner Familie in Korntal und übte wichtige politische Ämter in Partei und Gemeinde aus.

Anmerkungen

Abkürzungen:

LT = Leonberger Tagblatt

StAKM = Stadtarchiv Korntal-Münchingen

StAL = Staatsarchiv Ludwigsburg

1 Georg Würth: Rechenschaftsbericht für das Jahr 1932; StAKM.

2 Beschreibung des Oberamts Leonberg, Stuttgart 1930, S. 882.

3 Ebd. S. 882 f.

4 LT 18.7.1930.

5 Wegweiser von Korntal. Oster-Ausgabe 1930, hrsg. von Ortsvorsteher Georg Würth, S. 47.

6 Eberhard Gmelin, ein Sohn des Korntaler Ortsarztes, arbeitete als Leiter des Deutschen Diakonissen-Krankenhaus in Jerusalem. Der Fotograf Paul Hommel aus Stuttgart hatte 1930 bereits mehrere Reisen nach Palästina unternommen.

7 LT 18.1.1930.

8 LT 18.7.1930.

- 9 Georg Würth: Zur Schulhauseinweihung am 24.4.1931. Redemanuskript; StAKM.
- 10 50 Jahre Höhere Knabenschule der evangelischen Brüdergemeinde Korntal bei Stuttgart. Festschrift zum Jubiläum 1880–1930, S. 14.
- 11 LT 29.7.1930.
- 12 LT 30.7.1930.
- 13 Ebd.
- 14 Ebd.
- 15 Rolf Scheffbuch: Korntal zwischen Kreuz und Hakenkreuz. Manuskript des Vortrags vom 13.1.2011 im Arbeitskreis »Christen in Politik und Gesellschaft«, Korntal.
- 16 LT 6.2.1930.
- 17 Maria Zelzer: Stuttgart unterm Hakenkreuz. Chronik 1933–1945, Stuttgart 1984, S. 344.
- 18 LT 24.2.1930.
- 19 LT 14.2.1928.
- 20 LT 9.3.1929.
- 21 Ebd.
- 22 LT 26.2.1929.
- 23 LT 8.3.1932.
- 24 LT 14.3.1932.
- 25 LT 20.1.1932.
- 26 Frau Bletzinger kannte Korntal bereits von einem früheren Besuch im September 1930. Sie hielt damals mit Mitgliedern des Stuttgarter Luisenbunds eine Versammlung im Poststüble des großen Gemeindegasthauses ab. In dem darüber erschienenen Zeitungsbericht wird sie als »Frau Oberst Bletzinger« vorgestellt; LT 21.9.1930.
- 27 LT 24.3.1932.
- 28 Ebd.
- 29 LT 16.6.1932.
- 30 LT 19.9.1932.
- 31 LT 25.10.1932.
- 32 Zelzer (wie Anm. 17) S. 65.
- 33 LT 16.10.1933.
- 34 LT 1.11.1934.
- 35 LT 9.7.1937.
- 36 Zu Sillers Übersiedlung von Neuenstadt nach Leonberg vgl. LT 10.12.1937.
- 37 LT 9.7.1937: »Pg. Braun erinnerte daran, dass eigentlich schon vor 15 Jahren hier eine Ortsgruppe bestand, die sich dann am 9. November 1923 auflöste.«
- 38 August Häffner: Aus meiner Kampfzeit im Bezirk Leonberg, in: Sonderausgabe des LT zum 1. Kreiskongress der NSDAP vom 2./3.6.1934, S. 3.
- 39 Wilhelm Banzhaf: Die Anfänge der Bewegung im Kreis Leonberg; in: Sonderausgabe (wie Anm. 38) S. 4 f.
- 40 Ebd.
- 41 Häffner (wie Anm. 38).
- 42 Ernst Krohmer: Die Entwicklung unserer Bewegung im Kreis Leonberg, in: Sonderausgabe (wie Anm. 38) S. 2.
- 43 Verhandlungen des Landtags des freien Volksstaates Württemberg in den Jahren 1924/1926, 6. Sitzung, Stuttgart 1927, S. 69–91.
- 44 Wilhelm Bauder (Bearb.): Die Mergenthaler. Der Ahnen- und Sippenkreis des württembergischen Ministerpräsidenten, Leipzig 1939, S. 25.
- 45 Völkische Wacht 1926, Nr. 5.
- 46 Ihr vollständiger Titel lautete »Völkische Wacht. Kampfblatt der nationalsozialistischen deutschen Freiheitsbewegung Württemberg und der deutsch-völkischen Freiheitsbewegung Badens«.
- 47 Völkische Wacht 1926, Nr. 10.
- 48 Ebd.
- 49 Völkische Wacht 1926, Nr. 42.
- 50 Völkische Wacht 1926, Nr. 52. Auch die beiden folgenden Zitate stammen aus dieser Quelle.
- 51 LT 19.4.1924.
- 52 LT 5.5.1924.
- 53 LT 5.7.1924.
- 54 Rainer Kilian: Kirchheim unter Teck auf dem Weg ins Dritte Reich, in: Schriftenreihe des Stadtarchivs Kirchheim unter Teck 4 (1986) S. 67–104, hier S. 68.
- 55 Ebd. S. 69 f.

- 56 Die Angaben zu den Landtagswahlergebnissen für die Gemeinde Korntal nach LT 21.5.1928 und LT 25.4.1932.
- 57 Bauder (wie Anm. 44) S. 25.
- 58 Kilian (wie Anm. 54) S. 73.
- 59 Karl Gommel: Nationale Revolution, in: Aus der Jugendzeit in Korntals Schule und Heim 1933/2, S. 25.
- 60 Ebd. S. 26.
- 61 Ebd. S. 26.
- 62 Georg Würth: Rede vom 15.3.1933; StAKM.
- 63 Gommel (wie Anm. 59) S. 26.
- 64 Reiff: Aus einer Ansprache am nationalen Festakt (18.3.1933), in: Jugendzeit (wie Anm. 59) 1933/2, S. 28–31.
- 65 Ebd.
- 66 Georg Würth: Rede vom 20.4.1933; StAKM.
- 67 Ebd.
- 68 Thomas Schnabel: Die NSDAP in Württemberg 1928–1933, in: Thomas Schnabel (Hg.): Die Machtergreifung in Südwestdeutschland, Stuttgart 1982, S. 49–81, hier: S. 72.
- 69 Krohmer (wie Anm. 42).
- 70 Georg Würth: Schreiben an die Spruchkammer 3 in Vaihingen vom 15.12.1947; StAL E 902/20 Bü 76742.
- 71 Krohmer (wie Anm. 42).
- 72 LT 28.4.1933.
- 73 LT 10.8.1933.
- 74 Werner Ottmann: Vom Tag der Hitlerjugend in Stuttgart, in: Jugendzeit (wie Anm. 59) 1933/3, S. 49.
- 75 Ebd. S. 51.
- 76 Viktor Stäbler: HJ und Schülerheim, in: ebd. S. 57 f.
- 77 Georg Würth: Das Gewerbe in Korntal, Korntal 1929.
- 78 LT 20.2.1935.
- 79 LT 9.4.1935.
- 80 Ärztliches Zeugnis von Dr. O. Fischer vom 21.6.1935; StAL EL 76 Bü 7276.
- 81 Anlage zum Meldebogen von Georg Würth vom 26.4.1946; StAL EL 902/20 Bü 76742.
- 82 Julius von Jan über Georg Würth (Erklärung vom 3.12.1947): »Von Anfang an lernte ich ihn kennen als einen Gesinnungsgenossen, der als Christ die nationalsozialistische Weltanschauung wie ich ablehnte und bekämpfte und entschieden auf dem Boden der Bekennenden Kirche stand«; StAL EL 902/20 Bü 76742.
- 83 LT 28.9.1935.
- 84 LT 18.2.1936.
- 85 LT 21.2.1936.
- 86 Ebd.
- 87 Wilhelm Götz begründete diesen Schritt zehn Jahre später am 24.4.1946 in seinem Meldebogen: »Als Gemeinderat und Stellvertreter des Bürgermeisters seit 1919 bin ich auf dringende Bitte gegen meinen Willen in die Partei eingetreten, um die Belange der Brüdergemeinde zu vertreten«; StAL EL 902/14 Bü 2620.
- 88 LT 21.2.1936.
- 89 Ebd.
- 90 Verhandlungen des Landtags des freien Volksstaates Württemberg auf dem 5. ordentlichen Landtag im Jahre 1933, S. 5.
- 91 Ebd. S. 6.
- 92 Fritz Grünzweig: Die Evangelische Brüdergemeinde Korntal, Metzingen 1957, S. 100: »Bald nach dem Aufkommen der neuen Regierung setzte der Weltanschauungskampf um Schulen und Heim ein.«
- 93 Ebd. S. 100 f.
- 94 Hartmut Lehmann: Pietismus und weltliche Ordnung in Württemberg vom 17. bis zum 20. Jahrhundert, Stuttgart 1969, S. 340.
- 95 Arbeitsbogen der Spruchkammer Leonberg; StAL EL 902/14 Bü 3050.
- 96 LT 12.11.1935.
- 97 LT 17.7.1937.
- 98 Bericht über den Unterrichtsbesuch bei Studiendirektor Dr. Klemm am 12.11.1936; StAL E 203 Bü 2870.
- 99 Schreiben des Berichterstatters Gschwend vom 1.12.1937; StAL E 203 Bü 2870.
- 100 Ebd.
- 101 Paul Wolf: Schreiben an den Ev. Oberkirchenrat vom 10.7.1937; Landeskirchliches Archiv Stuttgart.
- 102 Hermann Hahn: Rundschreiben an die Amtsgenossen vom 18.3.1939; Schularchiv Langenau.
- 103 Ebd.
- 104 LT 2.7.1940.

Fritz Schenk und die Gründung des Deutsch-Französischen Instituts

von Prof. Dr. Frank Baasner,
Tübingen; Studium der Romanistik
und Psychologie; seit 1995 Inhaber
des Lehrstuhls für Romanische
Philologie an der Universität
Mannheim; seit 2002 Leiter des
Deutsch-Französischen Instituts
Ludwigsburg; zahlreiche Veröf-
fentlichungen zur europäischen
Literatur- und Ideengeschichte.



1. Biographische Elemente

Im Unterschied zu anderen biculturell geprägten Persönlichkeiten seiner Generation war Fritz Schenk in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen nicht im deutsch-französischen Austausch engagiert. Allerdings verbrachte er in den Jahren 1932 bis 1935 immer wieder längere Zeit in Frankreich. Danach leitete Schenk die »Deutsche Burse« in Tübingen, ein Wohnheim für ausländische Studenten an der Universität, wo Schenk als Assistent angestellt war. Von 1937 bis 1938 war er zu Studienaufenthalten in Ungarn, Jugoslawien und der Tschechoslowakei. Seine Erfahrung in internationalem Austausch war also vielseitig.

Der Nachruf auf Fritz Schenk in den »Normannenblättern«, dem Publikationsorgan der Tübinger Studentenverbindung »Normannia«, betont sein Kommunikationstalent und seine Schaffenskraft.¹ Seine Mitgliedschaft in der »Normannia« nutzte Schenk auch später beim Aufbau des dfi, vor allem durch den Kontakt zum Normannia-Mitglied Kurt Wais, der in Tübingen Ordinarius für Romanistik und Vergleichende Literaturwissenschaft war und dem dfi-Direktor manche Redner nach Ludwigsburg vermittelte.

Fritz Schenk (1906–1985) brachte aufgrund seiner Biographie eine enge Vertrautheit mit Deutschland und Frankreich mit. Als Sohn deutscher Eltern im Grenzort Nouvel-Avicourt in Lothringen geboren, ging er zusammen mit jungen Franzosen zur Schule. Am Ende des Ersten Weltkriegs zog die Familie 1919 nach Kirchheim unter Teck, woher seine Mutter stammte. Dort legte Schenk 1925 das Abitur ab. Es folgten Studienaufenthalte in Tübingen, Berlin, Nancy (zwei Monate) und Paris (ein Semester). Nach dem Studium der Romanistik und Geschichte promovierte er 1932 in Tübingen zu einem zeithistorischen Thema.

Als Soldat nahm Schenk am Zweiten Weltkrieg teil und war auch in Frankreich stationiert. Für kurze Zeit war Schenk nach Kriegsende in amerikanischer Kriegsgefangenschaft, vermutlich in Leonberg. Nach der Freilassung lebte er in Ludwigsburg und organisierte dort 1946 und 1947 private französische Sprachkurse.

Der Autor des Nachrufs in den »Normannenblättern« zitiert einen von Kurt Wais überlieferten Satz aus dem Munde von Fritz Schenk, den dieser ihm gegenüber gleich nach Rückkehr aus der Gefangenschaft geäußert hatte: »Man müsste etwas Neues machen.«

Schenk hat sich gleich nach Kriegsende für verschiedene international tätige Organisationen eingesetzt. Er begleitete die Gründung der Internationalen Bürgermeister-Union ebenso wie den Auf- und Ausbau der Europa-Union, zu deren Kreisvorsitzendem für Ludwigsburg er im März 1948 gewählt wurde. An diesem Umstand wird unmittelbar einsichtig, dass für Schenk die europäische Einigung – und zwar in einem föderalen Verständnis – und die deutsch-französische Annäherung zwei Aspekte eines gemeinsamen Ziels waren: den unheilvollen Nationalismus – nota bene: nicht die Nationen – zu überwinden. Zu beiden genannten Institutionen hielt er während seiner aktiven Zeit intensiven Kontakt (dazu mehr weiter unten).

Das Ziel, in Deutschland so kurze Zeit nach dem Kriegsende ein Institut für den Austausch zwischen Deutschen und Franzosen zu gründen, verfolgte er mit bemerkenswerter Energie. Diese Initiative, die auf sein Drängen hin die Unterstützung von Theodor Heuss und Carlo Schmid fand, gehört in den Zusammenhang einiger zeitgleicher anderer Bemühungen, den Dialog zwischen beiden Gesellschaften, unter Intellektuellen wie unter Bürgern aller sozialer Schichten, zu ermöglichen. Als spiegelbildliche Organisation auf französischer Seite kann man

das »Comité d'échanges avec l'Allemagne nouvelle« betrachten, das auf Betreiben von Emmanuel Mounier gegründet wurde. Der erste Generalsekretär war der junge Alfred Grosser, seine Mutter Lily arbeitete weitgehend ehrenamtlich im Sekretariat mit. Dem Comité und dem dfi war die strikte politische Unabhängigkeit und Offenheit zu allen sozialen Gruppen gemeinsam. Bewusst wollte man durch persönliche Begegnung und nicht nur intellektuellen Austausch die Verbindungen zwischen beiden Gesellschaften fördern. Auch die Internationale Bürgermeister-Union verfolgte dieses Ziel. Fritz Schenk blieb bis kurz vor seinem Tod in der Europa-Union und auch im Vorstand des dfi aktiv und nahm an zahlreichen Veranstaltungen in Ludwigsburg teil.

Von Fritz Schenk, der seit seinen Studienzeiten den Ruf eines guten und überzeugenden Redners genoss, sind nur wenige schriftliche Zeugnisse überliefert. Im Archiv des dfi lagert ein mit handschriftlichen Notizen ergänztes Redemanuskript. Es handelt sich um einen Schreibmaschinendurchschlag, den Schenk offenbar für einen Vortrag benutzt und mit Anmerkungen und Hervorhebungen versehen hat. Das Manuskript kann aufgrund der im Text erwähnten Ereignisse auf die zweite Jahreshälfte 1949 datiert werden. Dieser Text, der Einblick in das Europa-Verständnis Schenks gibt, ist in dem 2017 vom dfi herausgegebenen Band »Zu unserem Glück vereint. Ludwigsburger Reden zu Europa« zum ersten Mal publiziert worden.

Wie sehr sich Fritz Schenk mit »seinem« Deutsch-Französischen Institut identifizierte, kann man an einem Vorgang ablesen, der wirklich bemerkenswert ist. Wilhelm Hausenstein, der erste Botschafter der jungen Bundesrepublik in Paris, bot Schenk im Frühjahr 1952 den Posten des Kulturattachés an. Schenk lehnte im Frühsommer nach reiflicher Überlegung mit dem Argument ab, im Falle seines Wechsels nach Paris sei das Institut »tot«, und ohnehin könne er in seiner

Funktion als Direktor viel mehr bewirken. Damit schlug er eine feste Stelle mit gutem Gehalt aus, obwohl er in Ludwigsburg nicht viel verdiente und die Zukunft des Instituts alles andere als sicher und planbar war. Der Kontakt zu Hausenstein und seiner Familie blieb trotzdem sehr eng, auch nach dem Tod Hausensteins im Jahr 1957.² Der Kontakt zu Hausenstein scheint übrigens über Theodor Heuss entstanden zu sein, der den Kunsthistoriker und Schriftsteller Hausenstein seit den 20er Jahren kannte. Die Entscheidung für das dfi, auch gegen die kurzfristigen Eigeninteressen, ehrt Fritz Schenk und erweist sich im Rückblick als ein Glücksfall für die deutsch-französischen Beziehungen.

2. Von der Idee bis zur Institutsgründung

2.1. Die Anbahnung

Fritz Schenk hatte es nach dem Krieg und kurzer Gefangenschaft bei der amerikanischen Besatzungsmacht nach Ludwigsburg verschlagen. Er wohnte in der Albrecht-Dürer-Straße 25. Er selbst schreibt in einem Brief aus dem Frühjahr 1948, dass er den Plan zur Gründung eines »Deutsch-Französischen Instituts« schon »seit langem verfolgte«. Erst habe er mit den »zuständigen deutschen und französischen Stellen« Kontakt aufgenommen, dann sei er auf die Stadt Ludwigsburg zugegangen. Im Februar 1948 unterbreitete er dem damaligen Oberbürgermeister von Ludwigsburg, Elmar Doch, einen schriftlichen Vorschlag zur Errichtung eines »Deutsch-Französischen Instituts« in der Stadt. OB Doch, der von Zeitzeugen als ein sehr gebildeter und weltoffener Mann beschrieben wird, nahm diesen Punkt auf die Tagesordnung des Gemeinderats vom 19. März 1948 und der Kulturausschuss der Stadt stimmte der Eröffnung und einem Budget zur Förderung des dfi zu.

Mit dieser lokalen Verankerung war der erste Schritt getan. Schenk nahm nun mit

allen relevanten staatlichen und privaten Stellen Kontakt auf. Die intellektuelle Ebene wurde über die Universität Tübingen abgedeckt, mit der er seit den 30er Jahren und seit seiner Promotion gute Kontakte unterhielt. Wie der Kontakt zu Carlo Schmid hergestellt wurde, ist aus den vorhandenen Akten nicht zu ermitteln – möglicherweise ebenfalls über Tübingen. Die Kontakte zur regionalen Wirtschaft vermittelte vor allem Otto Heinrich Franck, der zur bedeutenden Unternehmerfamilie Franck gehörte, die in Linz und Ludwigsburg ihre Hauptsitze hatte.³ Franck hatte vor dem Krieg viel internationale Erfahrung gesammelt und sprach Französisch. Auch der Hauptgeschäftsführer der IHK Ludwigsburg, der spätere Oberbürgermeister Robert Frank, half bei der Kontaktierung der Unternehmen.

Am 19. März 1948 rät Franck dem späteren Direktor Schenk in einem Brief noch zur Zurückhaltung mit den Plänen einer Institutsgründung. Der ihm bekannte ehemalige preußische Finanzminister Otto Klepper, der während der Naziherrschaft u.a. im französischen Exil war und in früherer Zeit selbst eine deutsch-französische Gesellschaft gegründet hatte, habe davon abgeraten, ein solches Institut so kurze Zeit nach Kriegsende ins Leben zu rufen. Schenk ließ sich indessen nicht von seinem Plan abbringen und bewies damit sowohl Zivilcourage als auch Weitsicht.

Am 5. Mai 1948 besucht Schenk den französischen Generalkonsul, Baron d'Huart, über den er sich in einem Brief an Hanns-Erich Haack (eines der späteren Gründungsmitglieder des dfi) etwas abschätzig äußert. Ziel des Vorstoßes war es offenbar, Bedenken der Besatzungsmacht zu zerstreuen. Obwohl Ludwigsburg in der amerikanischen Zone lag, wollte Schenk auch die Zustimmung der französischen Militärregierung sicherstellen. Über die Kontakte zur französischen Militärregierung ist ansonsten nicht viel bekannt. Joseph Rován, der dort für

das Kulturprogramm zuständig war, unterstützte allerdings die Ludwigsburger Initiative und sah darin auch eine Möglichkeit, in der amerikanischen Zone die französische Sprache und Kultur zu verbreiten. Er war bei der feierlichen Eröffnung am 2. Februar 1949 im Ordenssaal anwesend. Das Verhältnis zur amerikanischen Militärregierung war offenbar unkompliziert, vor allem weil Theodor Heuss der Eröffnung des Instituts positiv gegenüberstand und selbst ausgezeichnete Beziehungen zur amerikanischen Militärregierung hatte.

2.2. Die Gründungsmitglieder und der erste Präsident

Von Beginn der Planungen an wurden bedeutende Persönlichkeiten aus der Stadt und Region mit einbezogen. Schenk wollte so ein breites und hochrangiges Beziehungsnetz aufbauen, ohne das er als Einzelkämpfer wenig Chancen gehabt hätte. Eine besonders wichtige Rolle hatte der Industrielle Otto Heinrich Franck, der Fritz Schenk von OB Doch empfohlen worden war. Franck organisierte das Netzwerk der regionalen Unternehmen und positionierte damit das Institut in der wieder erstarrenden Unternehmenswelt. Auch der erste Kontakt zu Bosch und Daimler kam mit seiner Unterstützung zustande. Er gehörte zu den Personen, zu denen Schenk ein absolutes Vertrauensverhältnis hatte (so wie zu Doch und Haack). Franck dachte sehr strategisch und schlug Schenk vor, die in Stuttgart bestehende »Gesellschaft der Freunde französischer Kultur« als Teil des dfi zu integrieren.⁴ Es ging somit von Anfang an um Profilierung und strategische Positionierung, auch im Verhältnis zu thematisch affinen Organisationen.

Am 21. März 1948, also einige Monate vor der Gründung, schreibt Schenk auf Anraten Francks an einen ihm bis dahin nicht persönlich bekannten Mann: Dr. Hanns-Erich Haack, zu dem Franck ein enges persönli-

ches Verhältnis hatte. Dieser war Journalist und Diplomat und arbeitete damals u.a. für die in Stuttgart erscheinende »Deutsche Rundschau«. Haack war ihm ein regelmäßiger Gesprächspartner, und zwar sowohl für Kontakte in Paris als auch für Kontakte in die Medien.

Haack (Jahrgang 1906) war ursprünglich Wirtschaftsjurist und hat in verschiedenen Funktionen in der Industrie gearbeitet. Ab 1950 war er im Bundeskanzleramt in der Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten beschäftigt. In dieser Funktion hatte er Zugang zu Heuss. Ab 1951 war er wieder in Diensten des Auswärtigen Amtes (AA) in der Kulturabteilung. Er hatte offenbar gegen einige Intrigen der alten Seilschaften im Amt zu kämpfen und wurde dann als Gesandtschaftsrat nach Stockholm geschickt (ob es sich dabei um eine wirkliche Beförderung oder eher eine Kaltstellung handelte, ist schwer zu entscheiden).⁵

Haack hat sich im AA erfolgreich für die Finanzierung des Instituts verwendet. Außerdem war er auch ein wichtiger Kontakt in die Medienlandschaft. Er spielte bei der »Deutschen Rundschau« eine große Rolle. Rudolf Pechel, der Herausgeber der »Deutschen Rundschau«, verwendet sich in einem Schreiben vom 23. Januar 1956 gegenüber dem Bundespräsidenten Theodor Heuss für Haack und schlägt vor, diesen zu seinem 50. Geburtstag mit dem Bundesverdienstkreuz zu ehren. Er unterstreicht dabei die geistige Unabhängigkeit Haacks, der schon als junger Mann in den diplomatischen Dienst wollte, nach Hitlers Machtergreifung dann aber im Ausland blieb. In Paris vertrat er bis zum Kriegsausbruch die Huck-Zeitungsgruppe. Aus dieser Zeit stammen auch Haacks ausgezeichneten Kontakte zum französischen Außenministerium.

Eine weitere Schlüsselfigur in der Gründungsphase war Dr. iur. Ulrich Doertenbach. Auch er gehörte zu den Gründungsmitgliedern des dfi und stammte aus einer bekann-



Gruppenbild vom 15. März 1958 mit (von links) Robert Frank, Generalkonsul Robert Faure, Botschafter Maurice Couve de Murville, Fritz Schenk, Otto Heinrich Franck und Ulrich Doertenbach.

ten Bankiers- und Industriellenfamilie im Südwesten. Während der Nazi-Diktatur war er als Diplomat in Diensten des Auswärtigen Amtes. Bei seiner Anhörung bei den Nürnberger Prozessen gab er zu Protokoll, dass er als Beobachter des AA zu Beginn des Polenfeldzugs von willkürlichen Verhaftungen und Plünderungen durch SS-Kommandos hinter der Front erfahren habe und dies dem AA auch berichtet habe. Später war er an der Botschaft in Italien, auch dort habe er von gegen jedes Kriegsrecht verstoßenden Handlungen von SS-Kommandos erfahren und seine Empörung darüber geäußert.

Nach dem Krieg kehrte Doertenbach in seine Heimatstadt Stuttgart zurück. Er wurde dort Präsident der IHK und Gründungs-

präsident der deutsch-französischen Handelskammer in Paris. Deshalb reiste er oft nach Paris und hatte dort, auch durch familiäre Verbindungen, sehr gute Kontakte. Er hat sich bei André Siegfried für einen Vortrag des berühmten Geographen am dfi verwendet. Er war auch regelmäßig in Frankfurt und hatte mit der Institution AFREA zu tun.⁶ Wie Otto Heinrich Franck war er ein einflussreicher Vertreter des südwestdeutschen Unternehmensmilieus. Die Anbindung an die Wirtschaftsorganisationen gehörte von Anfang an zur Strategie des Instituts, zu dessen Mitgliedern schon bald mehr als 100 Unternehmen gehörten. Zudem war Doertenbach ein guter Berater des Instituts in Rechtsfragen. Nach der Gründungssitzung

am 2. Juli 1948 war er es, der eine Satzung konzipierte, die dann im Umlaufverfahren von den Mitgliedern des Beirats unterzeichnet wurde.

Eine weitere Unterschrift auf dem Gründungsdokument des Vereins Deutsch-Französisches Institut e.V. ist die von Wilhelm Keil, der damals schon fast 80 Jahre alt war. Keil war ein deutschlandweit bekanntes SPD-Mitglied und zur Zeit der Institutsgründung Präsident des ersten Landtags nach dem Krieg. Er hatte sich schon früh für die Errichtung eines vereinigten Südweststaates eingesetzt und engagierte sich für die europäische Gemeinschaft.

Wilhelm Keil wurde am 24. Juli 1870 im kurhessischen Helsa geboren. Er wuchs in einfachen Verhältnissen auf und absolvierte eine Lehre als Drechsler. 1900 erhielt er ein erstes Abgeordnetenmandat auf Landesebene. Zehn Jahre später zog er erstmals in den Reichstag ein. Nach dem Ersten Weltkrieg war Keil am friedlichen Übergang zum parlamentarischen System beteiligt. Er bekannte sich entschlossen zur Demokratie, trat in den Krisenjahren zwischen 1921 und 1923 als Arbeits- und Ernährungsminister in die württembergische Landesregierung ein und machte sich für eine Öffnung der sozialdemokratischen Politik für breitere Wählerschichten stark. Infolge der Machtübernahme der Nationalsozialisten zog er sich ins Privatleben zurück. Nach 1945 leistete Keil einen erneuten Beitrag zum Wiederaufbau der Demokratie. Der Kontakt zu ihm dürfte über Carlo Schmid – ebenfalls SPD-Mitglied – oder über den Landtagsabgeordneten Henry Bernhard zustande gekommen sein. Zudem lebte Keil seit 1912 in Ludwigsburg.

Das Gründungsdokument des Deutsch-Französischen Instituts trägt außerdem die Unterschrift von Henry Bernhard, Konsul a.D. und Herausgeber der »Stuttgarter Nachrichten« sowie von 1946 bis 1950 Abgeordneter im Landtag von Württemberg-Baden. Von 1923 bis 1929 war er Privatsekretär von

Stresemann gewesen und hatte somit die Bemühungen um die deutsch-französische Aussöhnung und die Befriedung Europas unmittelbar miterlebt und gestaltet. Er war auch in der verfassunggebenden Landesversammlung 1946, also sicher gut mit Carlo Schmid bekannt.

Bernhard war Freimaurer und brachte sein anti-nationalsozialistisches Netzwerk in der Nachkriegszeit mit in seine Aktivitäten ein. Er hatte in Paris sehr gute Beziehungen und vermittelte für Schenk Kontakte. Bernhard war zudem in der Europa-Union engagiert. Der Vorsitzende des Kreisverbands Ludwigsburg, Eugen Michael Henske, der den Vorsitz im März 1948 an Schenk abgab, schreibt am 21. März 1948 einen langen Brief an Konsul Bernhard, in dem er Fritz Schenk diesem sehr eindringlich empfiehlt. Man kann also davon ausgehen, dass so der Kontakt zustande kam.

Das bedeutende lokale Adelsgeschlecht der Grafen Leutrum von Ertingen war und ist bis heute eng an das Institut gebunden und für die Gründungsphase von großer Wichtigkeit. Hubertus Graf Leutrum gehörte zu den Mitbegründern des Instituts, denn ihm war aufgrund seiner eigenen Familiengeschichte und aus grundsätzlichen Erwägungen die europäische Einigung und die deutsch-französische Aussöhnung ein großes Anliegen. Als Fritz Schenk ihn durch Vermittlung der lokalen Honoratioren ansprach, war er schnell bereit, als Gründungsmitglied des Vereins zu wirken.⁷

Nicht nur Graf Leutrum und seine Familie, auch andere Adelsfamilien der Region engagierten sich bei der Anbahnung neuer guter Beziehungen zu Frankreich, etwa durch Aufnahme von Praktikanten in der Familie während ihres Aufenthalts in Ludwigsburg. Entscheidend aus historisch distanzierter Sicht ist die Tatsache, dass sich alle sozialen Schichten am Aufbauwerk der unmittelbaren Nachkriegszeit beteiligt haben. Einige der adeligen Familien nahmen

dabei einen sehr aktiven Anteil – wie Graf Leutrum oder die Familie von Staden –, andere wie die Familie der Grafen Adelmann und natürlich das Haus Württemberg waren über viele Jahrzehnte Förderer und hilfreiche Ansprechpartner für die Anliegen des Deutsch-Französischen Instituts.

Schenk betrieb also die Gründung des Instituts mit voller Energie auf allen sozialen Ebenen und wollte dazu einen »Beirat« einsetzen, der ergänzend zum geschäftsführenden Vorstand (dieser entspricht dem heutigen Präsidium des dfi, der damalige Beirat ist dem heutigen Vorstand vergleichbar) wirkte. Dieser sollte mit wichtigen Persönlichkeiten bestückt sein und war mit den Gründungsmitgliedern des Vereins weitgehend identisch. Am 20. Juni 1948 schreibt Schenk, Theodor Heuss sei dem Beirat beigetreten, womit ihm ein Glücksgriff gelungen war, denn Heuss wurde – ein gutes Jahr darauf – nicht nur der erste Bundespräsident der jungen BRD, sondern war auch mit den amerikanischen Behörden bestens vertraut.⁸

Nach der Gründungssitzung am 2. Juli 1948, auf der Carlo Schmid in Abwesenheit auf Zuruf zum Präsidenten bestimmt wurde, musste Schenk denselben erst einmal überzeugen, sich für das Institut zu engagieren. Die Frage, ob Schmid das Amt annimmt, war lange offen. Am 15. Juli 1948 schreibt Otto Heinrich Franck an Schenk, man solle mit der »Aktivierung« des Instituts solange warten, bis die Präsidentenfrage geklärt ist. Zudem erwähnt er die Zuspitzung der weltpolitischen Lage. Am 29. Juli 1948 kam es dann zu einem Treffen Schenks mit Schmid in Tübingen, wie Schenk in einem Brief an Haack schreibt. Schmid hat wohl mit Hinweis auf seine vielen politischen Verpflichtungen gezögert und Bedenken geäußert, dann aber doch zugestimmt.

In späteren Briefwechseln wird klar, dass Carlo Schmid wenig Zeit für das dfi hatte, es aber von Regierungsseite mit viel Engage-

ment stützte. Schenk war damit ein weiterer großer Coup (nach Theodor Heuss) gelungen, denn allen war klar, dass es nur um ein Aushängeschild und einen Fürsprecher gegenüber der Militärregierung, gegenüber der Landesregierung und später gegenüber der Bundesregierung ging – die inhaltliche Arbeit machte Schenk ohnehin alleine.

Die Gründergruppe kann man insgesamt als stille oder offene Widerständler bezeichnen; alle standen dem NS-Regime zumindest distanziert gegenüber oder haben persönlich unter Verfolgung durch das Regime gelitten.

Neben diesem engsten Kreis sorgte Schenk für die Einbindung in alle Bereiche der Gesellschaft. Dabei war er offenbar sehr pragmatisch. Die Universität Tübingen, wo er in den 30er Jahren gearbeitet hatte, band er eng in die Arbeit des dfi ein – auch die Romanisten, die dem NS-Regime durchaus verbunden waren, wie z. B. Kurt Wais, ein Bundesbruder von Fritz Schenk aus der Studentenverbindung »Normannia«. Schenk bediente also auch den alten »geistigen« Ansatz des deutsch-französischen Austauschs; die Liste der Tübinger Ordinarien, die in den ersten Publikationen des dfi zu finden sind, ist recht lang. Origineller aber war seine enge Anbindung an die Unternehmerschaft und die liberalen Medien.

2.3. Von der Gründung zur Eröffnung

Nach der Gründungssitzung am 2. Juli 1948 fand die erste Vorstandssitzung am 4. Oktober 1948 statt, an der außer Fritz Schenk die drei Herren Doch, Franck und Bernhard teilnahmen, die damals neben dem selten anwesenden Präsidenten Carlo Schmid den Vorstand bildeten. Am 15. Oktober 1948 zieht das dfi in die Villa Ulmer an der Kurfürstenstraße ein, nachdem das Gebäude ein wenig renoviert worden war.⁹ Es gab einen Veranstaltungsraum, einen Unterrichtsraum, ein Zimmer für die Sekretärin und das Direktorzimmer. Schenk wohnte in dem



Seit 1956 hat das Institut seinen Sitz in dem Gebäude Asperger Straße 34.

Gebäude, andere Wohnungen waren untervermietet, um die Kosten gering zu halten.

Dort fand am 20. Oktober die erste Sitzung des Beirats statt. Das Protokoll gibt Einblick in die Prinzipien und auch Probleme bei der Arbeit. Im Rückblick aus dem heutigen Kenntnisstand zu den deutsch-französischen Beziehungen sind einige Dinge hervorzuheben. So legten die Gründer des dfi von Anfang an großen Wert auf eine enge Verbindung zur Wirtschaft, weil man sich von wirtschaftlichen Interessen einen pragmatischen Umgang miteinander versprach. Sehr distanziert stand man hingegen den politischen Akteuren gegenüber, allen voran der französischen Militärregierung. Im Protokoll vom 20. Oktober 1948 wird zudem berichtet, dass sich in Frankreich Gruppen von Deutschlandkennern zusammengefunden haben, die ausdrücklich nicht mit der Besatzungsmacht arbeiten, sondern sich direkte Kontakte mit deutschen Stellen verschaffen wollen. In diesen Kreisen begann Alfred Grosser seine Karriere als Vermittler zwischen Deutschen und Franzosen, und mit diesen Gruppen baute auch das dfi seine Frankreichkontakte aus.

Die ersten Aktivitäten Schenks galten dem Marketing. Er wollte einen Kreis von Interessenten gewinnen und die Attraktivität des Angebots testen. Als erste Aktion fand ein Filmabend statt – mit einem Film in französischer Sprache. Der Andrang war groß, viele Gäste mussten abgewiesen werden. Auch die Sprachkurse waren sehr stark nachgefragt, viele Interessenten kamen aus Stuttgart. Im Oktober 1948 spricht Schenk von 450 Interessenten an einer Mitgliedschaft im Verein, darunter sehr viele Wirtschaftsleute.

Damit war das Institut zwar gegründet, aber noch nicht eröffnet. Das sollte mit einem großen Event und mit guter französischer Beteiligung erfolgen. Brückenkopf war dafür das Comité (dazu Näheres weiter unten), mit dem alles abgesprochen wurde und das auch für Werbung in Paris sorgte. Gemeinsames Anliegen von dfi und Comité war es, gegen die französische Besatzungspolitik zu opponieren (im Winter 1948/49 gab es eine kritische Situation, als die Besatzer die Holzbewirtschaftung limitierten).

Eine weitere politische Hürde war die offizielle Genehmigung des dfi durch die

amerikanischen Behörden. Kurioserweise war es der französische Generalkonsul (in der amerikanischen Zone!), der auf einer Genehmigung seitens der Amerikaner bestand. In einem Brief vom 30. Dezember 1948 an Konsul Henry Bernhard erwähnt Schenk, dass die amerikanische Genehmigung durch Mr. Canaday, Chef der Information Services Divisions der amerikanischen Militärregierung, nun vorliege und der französische Generalkonsul in Tübingen zufrieden sei und seine Unterstützung für das dfi zusage.

3. Die ersten Aktivitäten

In einem Bericht vom 11. Januar 1949 an OB Doch (mit dem Vermerk »persönlich«) entwickelt Schenk seine Strategie. Deshalb soll der Text, der bisher nirgendwo zugänglich gemacht wurde, in seiner ganzen Länge abgedruckt werden. Anschließend werden einige der darin genannten Aktivitäten vertieft behandelt.

»In Ergänzung zu dem Arbeitsprogramm des Instituts ist über dessen bisherige Arbeit bzw. Erfolge Folgendes zu berichten: Das Institut ist bisher mit einer Film-Matinée und der Ausschreibung von französischen Sprach- und Konversationskursen in die Öffentlichkeit getreten. Die Film-Matinée hat gezeigt, dass das Interessentenpublikum in Ludwigsburg weit größer ist als ursprünglich angenommen wurde. Im übrigen waren über ein Drittel der Besucher von auswärts.

Für die Sprachkurse, die von französischen Lehrkräften erteilt werden, haben sich nach Ausschreibung nur in Ludwigsburg/Stadt etwa 40 Teilnehmer gemeldet. Die Kurse (4 Abende in der Woche) sind bereits im Gange. Der Zuspruch ist ein erfreulicher.

Neben diesen kleinen Anfängen war die Arbeit vor allen Dingen darauf gerichtet, die Verbindungen des Instituts nach außen

herzustellen und den Interessentenkreis zu erweitern. Mit zwei gleichgerichteten Organisationen in Paris konnte bereits der direkte Kontakt hergestellt werden. Das »Comité d'échanges avec l'Allemagne nouvelle« (Ausschuss für geistigen Austausch mit Deutschland), dessen Generalsekretär der Leiter des Instituts vor kurzem getroffen hat, setzt sich aus hervorragenden Persönlichkeiten aller Richtungen zusammen. Die Hauptziele dieses Comité sind: die Verständigung mit Deutschland auf inoffiziellem und direktem Wege zu fördern und den neuen französischen Chauvinismus, vor allem die französische Besatzungspolitik zu kritisieren. Dabei ist wesentlich, dass das Comité sich aus einer Reihe solcher Franzosen zusammensetzt, die unter dem nationalsozialistischen Regime zu leiden hatten. Das Comité gibt mit Beginn des Jahres ein Informationsblatt heraus, das kritische Stellungnahmen zur französischen Besatzungspolitik in Deutschland enthalten wird. Das Comité vermittelt Franzosen der verschiedensten politischen und weltanschaulichen Richtungen zu Vorträgen und Aussprachen im Rahmen des Instituts.

Über dieses Comité kann sich das Institut als Mittler zwischen deutschen Stellen und deutschen Einzelpersonlichkeiten und französischen Stellen einschalten. In zwei Fällen ist das bereits praktisch geworden: a) ein Gesuch der Landesbeamtenstelle Württemberg/Baden mit der Bitte um Vermittlung französischer Verwaltungsfachleute zu Vorträgen und Fühlungnahme mit der hiesigen Beamenschaft wurde nach Paris weitergeleitet; b) der Antrag eines schwäbischen Schriftstellers (Otto Rombach), für dessen Arbeit sich die Notwendigkeit eines Frankreichaufenthalts ergibt, konnte an das Comité weitergegeben werden und wird von dort bearbeitet.

Die Verbindung mit französischen Stellen, die sich insbesondere Jugendtreffen und Fühlungnahme der deutsch-französischen

Jugend anlegens sein lassen (Kreise um die viel beachtete Zeitschrift ›Die Aussprache‹, die sich vor allen Dingen an die Jugend wendet), konnte ebenfalls hergestellt werden. Ein Antrag von jungen Deutschen aus Gmünd konnte vermittelt werden.

Ein französischer Student, der längere Zeit in Ludwigsburg weilte und vom Institut betreut wurde, ist nach Rückkehr in Paris spontan einer französischen Jugendorganisation beigetreten, die eine europäische Zusammenarbeit erstrebt, und hat seine Kameraden verschiedentlich zu Aussprachabenden über die deutsche Frage um sich versammelt.

Die Initiative der Stadt Ludwigsburg ist, wie sich aus dem auf S. 7/8 des Arbeitsprogramms veröffentlichten Auszug aus der ›Neuen Zeitung‹ ergibt, bereits in der größeren Öffentlichkeit beachtet worden. Dies ergab sich auch aus einer Tagung der Arbeitsgemeinschaft Württemberg-Baden der Industrie- und Handelskammern in Ulm, bei welcher das Institut auf der Tagesordnung stand.

Die Stadt Dortmund hat die Ludwigsburger Initiative und die dabei gemachten Erfahrungen bei der Gründung eines Deutsch-Französischen Instituts in Dortmund ausgewertet.

Die Wirtschaftskreise sind an den Bestrebungen des Instituts sehr interessiert. Ein Beweis dafür ist die Tatsache, dass die Deutschen Linoleum-Werke in Bietigheim korporatives Mitglied des Instituts mit einem Jahresbeitrag von 500 DM geworden sind. Der Beitritt der Firma Bosch, die auf diesem Sektor früher starke Aktivität gezeigt hat, steht in diesen Tagen bevor.

Diese Anfangserfolge sind erreicht worden, ehe das Institut offiziell eröffnet wurde und mit einer starken Werbung heraustrat. Zu letzterem Zweck geht das vorliegende Arbeitsprogramm in den nächsten Tagen an die Kammern, Industrie und sämtliche Interessenten heraus.

Das Institut will sich auf inoffiziellen Wege in die Bestrebungen, die auf eine deutsch-französische Aussöhnung und Zusammenarbeit abzielen, aktiv einschalten. Es ist deshalb für die Eröffnung des Instituts, die voraussichtlich am 12. Februar 1949 im Ordenssaal des Schlosses stattfinden wird, ein Vortrag von Maurice Duverger vorgesehen, der erster Mitarbeiter an der außenpolitisch führenden Zeitung ›Le Monde‹ ist und vor geraumer Zeit in ›Le Monde‹ einen Artikel veröffentlicht hat, der in der Welt beträchtliches Aufsehen erregte. Darin äußert er u.a.:

- Frankreich muss sich darüber klar werden, was es in Zukunft will: Europa aufbauen oder Deutschland ohnmächtig am Boden lassen. Zwischen diesen beiden Möglichkeiten gibt es keinen Kompromiss.
- Solange Deutschland keine gesunden Verhältnisse hat, solange hat auch ganz Europa keine.
- Deutschland und Frankreich müssen sich darüber im Klaren sein, dass das Problem ›Bündnis oder Feindschaft‹ für beide Länder eine Frage der nackten Existenz ist, und dass Europa heute im Begriff ist zu sterben, nachdem man zwei Kriege am Rhein geführt hat. Es wird ohne ein deutsch-französisches Bündnis einfach kein Europa der Zukunft geben. Wer sagt, eine solche Allianz sei unmöglich, der spricht damit zugleich die Behauptung aus, dass es hinfort kein Europa mehr geben kann.

Das eingangs erwähnte Comité hat das Institut zur Einladung von Maurice Duverger ermutigt. Sollte es gelingen, Duverger bei der Eröffnung sprechen zu lassen, so könnte mit der Eröffnung des Instituts eine neue Phase der deutsch-französischen Beziehungen wenigstens inoffiziell eingeleitet werden.

Das Institut beabsichtigt, neben Vertretern aus Frankreich auch Angehörige anderer Länder zu Wort kommen zu lassen. Die

zuständigen Stellen der amerikanischen Militärregierung haben diese Initiative sehr begrüßt und Unterstützung zugesagt, ebenso die UNESCO in Stuttgart bzw. ihre Pariser Zentrale, mit der persönlich Fühlung genommen werden konnte.

Für die Goethe-Feier 1949 vermittelt das Institut in Zusammenarbeit mit der Stadt Stuttgart einen französischen Germanisten, der über Goethe und Frankreich sprechen wird.

Im übrigen verweise ich auf mein Schreiben vom 17. November 1948 betr.: Etat des Instituts. Hierzu ist noch zur Ergänzung der laufenden Ausgaben festzustellen, dass die Einrichtung des Instituts und die Eröffnung besondere und einmalige Kosten verursachen werden.

Um die Interessenten des Landes Württemberg-Baden an das Institut zu binden, sie laufend zu unterrichten und ihnen etwas zu bieten, ist geplant, die von Dr. Rudolf Pechel in Stuttgart herausgegebene Zeitschrift ›Deutsche Rundschau‹ (Europäische Zeitschrift) zugleich als Sprachrohr des Instituts zu benutzen.«

Dieses Dokument gibt die Richtschnur der ersten Jahre vor. Persönliche Kontakte werden zur politischen Positionierung und zur Finanzierung genutzt. Es wird auf überparteiliche Neutralität und Distanz zu weiterhin aktiven NSDAP-Seilschaften geachtet.

3.1. Kontakt mit dem »Comité d'échanges avec l'Allemagne nouvelle«

Schenk bekam Kontakt mit dem Comité und konkret mit dessen Generalsekretär Alfred Grosser.¹⁰ Das Comité war über den Widerstand gegen die deutsche Besatzung legitimiert. Die meisten Mitglieder hatten schon zwischen den beiden Weltkriegen für die deutsch-französische Verständigung gearbeitet und sich für Deutschland interessiert. Viele der Gründungsmitglieder des Comité waren in den 30er Jahren selbst in Deutschland gewesen (Raymond Aron, Jean-Paul

Sartre). Sie wollten einen direkten, frischen Zugang zur deutschen Wirklichkeit und eben nicht auf den Mythos des »ewigen Deutschlands« aufbauen. Damit wendeten sie sich ausdrücklich gegen die 20er und 30er Jahre, wo man einen oft realitätsfernen, geistigen Dialog führte.

Das erste Treffen mit Alfred Grosser fand am 21. Dezember 1948 in Heidelberg statt. Schenk nutzte die Kontakte über das Comité sehr gezielt, ließ sich in Paris einführen und betrieb die Kontakte dann gezielt weiter.

Eine weitere Schlüsselfigur der ersten Jahre ist Jean Schlumberger. Der Kontakt zu ihm scheint durch Joseph Breitbach zustande gekommen zu sein, der viele Kontakte herstellte und auch als Mäzen etliche Initiativen ermöglichte.¹¹ Schlumberger wiederum kannte auch Carlo Schmid und engagierte sich später auch bei Robert Schuman, um diesen für einen Vortrag nach Ludwigsburg zu holen.

3.2. Mitgliederwerbung und Marketing

Der extrem aktive Direktor Schenk wirbt bei Bürgern und Unternehmen für seine Sache und steigert die Mitgliederzahl erheblich. Dabei gibt es eine Schnittmenge mit der Europa-Union, die ihm ebenso ein großes Anliegen war. Es ist Schenk gelungen, eine große Zahl lokaler und regionaler Unternehmen als Mitglieder des Vereins zu gewinnen – weit mehr, als es heute der Fall ist.

Im Juni 1951 bemüht sich Schenk, der sehr statusorientiert zu sein scheint, um einen Dienstwagen. Das Ziel ist es, von der Firma Gutbrod einen Wagen gestellt zu bekommen, der so lange Eigentum der Firma bleibt, wie die für eine korporative Mitgliedschaft fällige Beitragszahlung in Geldwert abgearbeitet ist. Der Wunsch nach einem eigenen Fahrzeug kam nicht von ungefähr. Schenk war ein geborener Netzwerker. Ein Indiz für die Intensität von Schenks früherer Reisetätigkeit sind die erhaltenen Fahrtenbücher. Am 24. April 1952 übernahm

Schenk um 15 Uhr einen Dienstwagen (VW, Kennzeichen AW 82-3797). Innerhalb eines Jahres legte er 24 521 km zurück. Am 29. Juni 1953 bekam er schon seinen zweiten Wagen, diesmal einen fabrikneuen, den er im ersten Jahr 27 355 km bewegte.

Die überwiegende Mehrheit der Fahrten hatte regionale Ziele, d.h. Schenk fuhr von Ludwigsburg los und beendete die Fahrt am gleichen Tag dort wieder nach Strecken von 20 bis 100 km. Diese Reisen galten vor allem der Werbung von Mitgliedern, und zwar Einzelmitgliedern wie korporativen Mitgliedern, in der Regel Firmen. Aber auch die Fahrten nach Frankreich wurden mit dem PKW gemacht, so auch im November 1952. Auf dem Weg nach und von Paris wurde meist eine Etappe eingelegt, etwa im Elsass oder in Reims. Im ersten Jahr fuhr Schenk fast täglich. Vom 17. August bis 15. September 1952 machte er eine insgesamt 4880 km lange Urlaubsreise durch Südfrankreich, Norditalien und die Schweiz (die genau abgerechnet wurde).

3.3. Vorträge, Sprachkurse, Praktika

Von Anfang an stand der direkte persönliche Kontakt zwischen Bürgerinnen und Bürgern im Mittelpunkt. Die Vermittlung von (jungen) Menschen ins jeweils andere Land war ein Grundansatz, der zu einem Schneeballeffekt (trotz sehr begrenzter Mittel) führte. Schon im Sommer 1948 kommt der erste französische Praktikant ans Institut, Edouard Pommier, der Jahrgangsbester an der École des Chartes war. Später unterstützte dieser junge Archivar die Arbeit des Instituts in Paris.¹²

Praktikanten in beide Richtungen aus unterschiedlichen Berufssparten, Vermittlung von individuellen Aufenthalten in Familien und Anbahnung von Schulpartnerschaften – dieser breite gesellschaftliche Ansatz erwies sich als äußerst fruchtbar. Es ist im Rückblick interessant, dass die Aktivitäten der französischen Kulturpolitik seitens der

Besitzer nicht annähernd so konsequent auf direkten Kontakt und Austausch gesetzt haben. Den Franzosen ging es vor allem um Vermittlung französischer Sprache und Kultur. Dies wurde am dfi über viele Jahre auch betrieben – Schenk selbst verdiente sein Geld nach dem Krieg mit Sprachkursen, und das Institut bestritt anfangs seinen sehr beschränkten Etat zu guten Teilen aus Sprachkursen und den Beiträgen der Vereinsmitglieder.

Das dfi hat somit unter denjenigen Einrichtungen, die gleich nach 1945 in den deutsch-französischen Austausch investiert haben, die breiteste Erfahrung sammeln können. Das betrifft sowohl die Altersgruppen, die angesprochen wurden, als auch die sozioökonomischen Profile, denn es ging sowohl um Hochgebildete (heute würde man von »high potentials« sprechen) als auch um Arbeiter und Lehrlinge in Betrieben. In den 50er und 60er Jahren hat Schenk viele französische Praktikanten vermittelt, und zwar im ganzen Bundesgebiet. Dazu hat er z. B. die IHKs mobilisiert, aber auch große Unternehmen direkt angesprochen. Das dfi hat für die Praktikanten Vorbereitungskurse organisiert.

Der Austausch von Schülern, Studenten, »insbesondere aber von Arbeitern, Technikern und Ingenieuren« wurde schon im Sommer 1950 begonnen und ab 1951 mit der Wirtschaftshochschule HEC zu einem regelmäßigen Vorgang. 1953 hat Schenk zwischen 70 und 90 Werkstudenten der großen Wirtschaftshochschulen aus Frankreich in deutschen Firmen untergebracht. Sie erhielten in den Sommermonaten (sechs bis acht Wochen) ein Gehalt von 220 DM im Monat, was damals eine stattliche Summe war. Die Unterkunft wurde bei Firmenangehörigen oder in Gastfamilien organisiert, und zwar sowohl aus finanziellen Gründen als auch aus der Überzeugung heraus, dass nur der direkte persönliche Kontakt zu menschlicher Annäherung führt.

Diese Erfahrungen, die das dfi seit den frühen 50er Jahren mit persönlichem Austausch sammeln konnte, gingen später auch in die Ausgestaltung des 1963 gegründeten Deutsch-Französischen Jugendwerks ein, weil Schenk sofort nach der Gründung des DFJW enge Kontakte knüpfte und darauf drang, auch den beruflichen Bereich in die Austauschmaßnahmen zu integrieren. In den Akten des dfi finden sich die Spuren früher Arbeitstreffen in der Gründungsphase des DFJW.

Programmatisch definiert Schenk die Zielgruppen seiner Arbeit, die eben nicht nur im universitären Milieu zu finden sind:

»Für die Institutsarbeit muss auch in Zukunft die Herstellung des persönlichen Kontakts zwischen Deutschen und Franzosen aller Berufsschichten, vor allem der fortgesetzte Austausch von Technikern und Ingenieuren und Arbeitern das Hauptziel sein. Das Institut ging bei der Gründung davon aus, dass durch die Gewalt der Kriegsergebnisse zum ersten Mal breitere Schichten von Deutschen und Franzosen in Berührung kamen (Besatzung in beiden Ländern, Arbeiter in beiden Ländern, Kriegsgefangene in beiden Ländern), und dass dieser Kontakt trotz mancher Übergriffe und Ungerechtigkeiten im Grunde eben doch positiv gewesen sei. Die Entwicklung hat dieser Auffassung Recht gegeben, denn es äußern sich immer mehr positive Stimmen sowohl in Deutschland als auch in Frankreich. Es hat bisher nur an Mut gefehlt, diese positive Wirkung zuzugeben.«

Und er fügt hinzu: »Kontakt im gesellschaftlichen Rahmen und die alleinige Berührung der Intellektuellen reichen bei weitem nicht aus. In den Kreisen der französischen Industrie und der französischen Gewerkschaften und bei ehemaligen Kriegsgefangenen und Arbeitern – in beiden Ländern – findet man längst nicht so viele Vorurteile und Hemmungen als gerade in den intellektuellen Kreisen, die noch vielfach

von dem Vorrang der Kultur und von der Vormachtstellung der französischen Zivilisation in der Welt ausgehen.«

Dieses frühe Zeugnis bestätigt erneut die Tatsache, dass Fritz Schenk der strategische Kopf der Institutsarbeit war. Seine Skepsis gegenüber den universitär-intellektuellen Kreisen kann auch zu den gescheiterten Austauschbemühungen der Zwischenkriegszeit in Beziehung gesetzt werden. Wenn die direkten Kontakte zwischen den Menschen, so die spätere Erkenntnis, nicht breit in der Bevölkerung verankert sind, reicht eine Verständigung der Eliten nicht aus, um erneute Feindbilder und Fanatisierung zu verhindern.

Die Ausrichtung der Arbeit auf ganz unterschiedliche soziale Gruppen wurde auch auf französischer Seite zur Kenntnis genommen. Jean Schlumberger schreibt in einem Brief vom 25. April 1953 an Robert Schuman, mit dem er diesen für einen Vortrag in Ludwigsburg gewinnen wollte, dass im Unterschied zu anderen Institutionen beim dfi nicht nur mit Intellektuellen gearbeitet wird: »Contrairement à ce qui se fait trop souvent, il ne s'est pas borné à favoriser des échanges des conférences et des contacts entre intellectuels, il s'est efforcé de pousser son action plus en profondeur et d'organiser des échanges de personnel industriel, notamment avec les régions de Lille et de Montbéliard.«

4. Netzwerkarbeit

Schenk war ein klassischer Netzwerker, der mit keiner sozialen Gruppe Berührungsängste hatte und mit einem großen Selbstbewusstsein handelte. Sein geographischer Fokus war ganz West-Deutschland und in Frankreich vor allem Paris (Besuche gab es aber auch in Montbéliard und anderen Städten). Er hatte ein gutes Gespür für neue Zielgruppen und ging sowohl auf französi-

sche Teilnehmer an Seminaren oder Vorträgen zu als auch auf deutsche Gruppen, die sich mit Frankreich befassen wollten.

Das dfi war damals nicht die einzige Initiative zur Neubegründung der Verhältnisse zum Nachbarn Frankreich. In vielen Städten gab es ähnliche Bemühungen. Der sehr wache und stets gut informierte Schenk sah natürlich die Konkurrenzsituation und bemühte sich daher von Anfang an, diese zu nutzen und das dfi als »Mutter aller Institute« zu positionieren.

Erstens ging es dabei um solche Einrichtungen, die ausdrücklich die deutsch-französische Thematik im Namen führten. Hier fürchtete Schenk – und mit ihm die aktiven Mitglieder des Leitungsgremiums – schlicht Konkurrenz: Konkurrenz um Mittel, Kontakte und gute bekannte Redner. Sein Bestreben ging dahin, die anderen Vereine und Institutionen (dazu zählten z. B. auch spezialisierte Frankreich-Bibliotheken in Frankfurt und München) zu beobachten und an das dfi zu binden. Deshalb schlug er den weniger leistungsfähigen und kleineren Vereinen vor, sich in einem Arbeitskreis zu organisieren und diesen im dfi tagen zu lassen und ihn auch dort zu verwalten; federführend bei allen gemeinsamen Aktivitäten sollte dann das Institut in Ludwigsburg sein. Dieser Arbeitskreis hat über lange Jahre existiert, verschaffte dem Institut bundesweite Sichtbarkeit und Verbindungen und findet bis ins 21. Jahrhundert in gewissem Sinne Fortsetzungen. Es ist auch kein Zufall, dass die Geschäftsstelle des Carolus-Magnus-Kreises, in dem ehemalige Fremdsprachenassistenten und Absolventen pädagogischer Austauschmaßnahmen organisiert sind, über Jahrzehnte am dfi angesiedelt war.

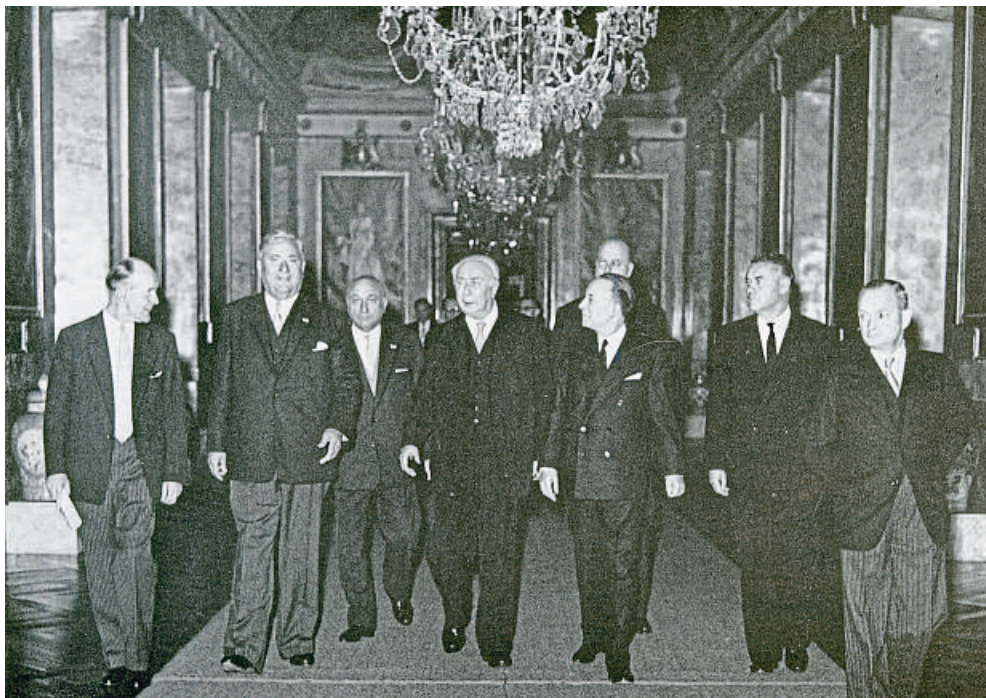
Zweitens aber ging es um einen viel größeren Kreis von Einrichtungen, die sich dem internationalen Austausch allgemein widmeten. Dabei konnte das dfi schon früh mit Erfahrungen aufwarten, etwa im Be-

reich des Schüler-, Auszubildenden- oder Praktikantenaustauschs. Diese Anbindung an einen größeren Kreis von internationalen Institutionen verfolgte Schenk in der Überzeugung, dass ihm dies eine größere Bekanntheit über die deutsch-französischen Kreise hinaus verschaffen würde. Hinzu kommt seine Überzeugung, dass die zu beachtenden Phänomene beim internationalen Austausch eigentlich unabhängig von den beteiligten Ländern sind. Dies lässt sich auch dadurch belegen, dass von vielen Seiten Fragen und Bitten an das dfi herangetragen wurden, wenn es z. B. um Praktikantenaustausch ging, und eben nicht nur um deutsch-französischen Austausch.

Die Europa-Union Ludwigsburg hatte ebenfalls ihre Geschäftsstelle am dfi. Schenk wurde im November 1951 in Karlsruhe mit großer Mehrheit in den Landesvorstand der Europa-Union gewählt, nachdem er 1948 den Vorsitz in Ludwigsburg übernommen hatte.

Die aus den ersten Jahren erhaltene Korrespondenz zeigt, wie gut Fritz Schenk vernetzt war und wie unermüdlich er die immensen Kontakte pflegte. Seine Reisetätigkeit war wie gesagt beeindruckend. Und dies gilt nicht nur für Reisen innerhalb der Bundesrepublik. Aus den ersten Jahren der Institutsarbeit sind einige Reiseberichte erhalten (vor allem von Paris-Reisen, aber auch von einer Reise nach Bonn), die Fritz Schenk nach seiner Rückkehr selbst verfasst hat. Die Berichte erlauben einen Einblick in Schenks Vorgehensweise und sie zeigen auch, wie strategisch er die Aufgaben des dfi entwickelt hat.

Der älteste dieser Berichte stammt vom 10. November 1950. Schenk war 17 Tage in Paris, wurde 27mal eingeladen und hatte insgesamt 65 Verabredungen. Die Gesprächspartner stammten aus sehr unterschiedlichen Bereichen. Zentral war offenbar die direkte Partnerorganisation »Comité d'échanges avec l'Allemagne nouvelle«.



Bei der 10-Jahr-Feier 1958 im Schloss, von links: Fritz Schenk, Carlo Schmid, Otto Heinrich Franck, Theodor Heuss, Botschafter François Seydoux de Clausonne und Robert Frank.

Die institutionellen Gesprächspartner waren vor allem Hochschulen (HEC), Sozialpartner (Arbeitgeber und Gewerkschaften) sowie internationale Austauschorganisationen.

Schenk fuhr zweimal jährlich für circa zehn Tage nach Paris, einmal im Frühjahr und einmal im Herbst. Die von ihm in den Berichten erwähnten Treffen betrafen durchgängig wichtige Persönlichkeiten in einflussreichen Positionen.¹³ Politische Treffen scheint Schenk weder gesucht noch gehabt zu haben. Wenn er von Gesprächen mit Politikern berichtet, dann hatten diese sich eher beiläufig bei Veranstaltungen ergeben. Ein weiterer Zugang zu seinen Gesprächspartnern waren Vertreter der Zivilgesellschaft, wie man heute sagen würde. Und er hatte einen engen Kontakt zur deutschen Botschaft, der auf die Zeit von Botschafter Hausenstein zurückging.

Aus dem Jahr 1960 ist ein Bericht über eine Reise nach Bonn erhalten. Dort ging es um eine enge Zusammenarbeit mit dem DAAD, wobei das dfi in vielen pädagogischen Ansätzen für den DAAD Vorbild war (so z. B. das »Praktikums-Vorbereitungseminar«, das jährlich im dfi für Franzosen stattfand).

5. Das Verhältnis zu Frankreich

Seit den Anfängen 1947/48 bestand eine erhebliche Abneigung gegen die französische Militärregierung und die kulturelle »Propaganda«. Daraus resultierte in den Gremien des dfi der starke Akzent auf eine »deutsche« Initiative. Diese Fixierung auf deutsche Unabhängigkeit blieb übrigens auch unter Schenks Nachfolger Robert Picht bestehen, was insofern seltsam ist, als mittlerweile die

Kooperation auf allen Ebenen, auch von den Regierungen, befürwortet wurde.

Die politischen Beobachtungen, die in dem Reisebericht von 1950 angestellt werden, sind sehr aufschlussreich. Seitens des dfi (und der es umgebenden Kreise) hatte man sehr große Sorge, dass die französische Militärregierung die kultur-außenpolitischen Institutionen Frankreichs zu einer Vertretung rein französischer Interessen nutzen wollte. Schenk spricht ganz offen von »Kulturpropaganda« mit Blick auf die Alliance Française:

»Jean Schlumberger und Alfred Grosser (Comité) und M. Brissat (Quai d'Orsay) gegenüber habe ich offen zum Ausdruck gebracht, dass der Erfolg der Institutsarbeit nicht zuletzt deshalb erreicht worden sei, weil den Deutschen (vor allem den zögernden Deutschen) nachgewiesen werden konnte, dass es sich beim Institut um eine deutsche Initiative handle, der durch die Tatsache, dass Carlo Schmid Präsident und Theodor Heuss Gründungsmitglied sind, eine besondere Bedeutung zukommt. Es wurde ihnen außerdem bedeutet, dass nach Auffassung des Instituts für die deutsch-französische Zusammenarbeit wesentlichere Erfolge zu erzielen seien, wenn man der deutschen Initiative alle Freiheit lasse, und wenn die Arbeit in Deutschland von deutschen Stellen geleistet werde, und nicht von Einrichtungen der offiziellen französischen Kulturpropaganda (Alliance Française). Es bleibt aber dennoch der Eindruck bestehen, dass man nicht allerorts eine zu große deutsche Initiative wünscht, und dass man nach wie vor an dem Ausbau der französischen kulturpropagandistischen Einrichtungen festhält. So ist wohl auch die Errichtung des Institut Français in Stuttgart zu erklären.«

Diese anfänglichen Spannungen erklären sich aus einer zunächst unentschlossenen französischen Besatzungspolitik. Erst einige Jahre nach der Gründung der Bundesrepu-

blik und der klaren Ost-West-Blockbildung schwenkte Frankreich auf den Kurs von Großbritannien und den USA weitgehend ein. Das dfi wurde jedenfalls von französischen offiziellen Stelle nicht behindert oder angefeindet, ganz im Gegenteil: Die lange Liste der teils politisch exponierten Besucher zeigt, dass die Arbeit des Instituts von französischer Seite geschätzt wurde. Von Vorteil war auch, dass die Kontakte des Instituts in Frankreich über jeden Zweifel der Kollaboration erhaben waren, so wie die Gründungsmitglieder des dfi deutlich erkennbar Gegner des Nazi-Regimes gewesen waren.¹⁴

6. Die überraschende Aktualität der Gründungsmotivation

Seit über 70 Jahren arbeitet das Institut im Sinne der deutsch-französischen Zusammenarbeit im europäischen Kontext, wie es die Satzung vorsieht. An einigen Grundprinzipien hat sich – erstaunlicherweise – seit der Gründungsepoche nicht viel geändert, und das, obwohl die Welt von 1950 mit der von 2019 wenig gemein zu haben scheint. Weder die industriellen Revolutionen, die wir in dieser Zeit beobachten können, noch die spektakulären Veränderungen des digitalen Zeitalters haben die Erfolgsfaktoren internationaler Austauscharbeit grundlegend tangiert. Vertrauen ist und bleibt die Grundlage sozialer Stabilität und internationaler Zusammenarbeit – und Vertrauen entsteht durch Begegnung und gemeinsame Erfahrung.

Deutschland und Frankreich sind auch heute noch Länder mit sehr unterschiedlichen Traditionen, politischen Strukturen, mentalen Denkmustern und sozialen Praktiken. Daran haben auch die europaweiten Harmonisierungstendenzen wenig geändert. Die größte Veränderung seit den ersten Nachkriegsjahren ist die gelungene Aus-

söhnung und das Bewusstsein der großen Mehrheit in unseren beiden Ländern, dass wir als Partner einander wichtig sind. Die Vision einer »Union franco-allemande«, wie sie immer wieder einmal vor allem von französischer Seite in den Raum gestellt wird, ist bestimmt nicht mehr als eine Vision. Sicher

und sehr real hingegen ist die Tragfähigkeit der unzähligen gesellschaftlich verankerten, mehr oder minder institutionalisierten Basisstrukturen deutsch-französischen Austauschs. An diesem Gebäude hat Fritz Schenk als Architekt und als Baumeister großen Anteil.

Anmerkungen

- 1 Normannenblätter. Mitteilungen des Vereins alter Tübinger Normannen und der Tübinger Normannia, 27. Folge, Nr. 72, S. 2265.
- 2 Schenks Kontakt zu Hausenstein scheint übrigens über Theodor Heuss entstanden zu sein, der den Kunsthistoriker und Schriftsteller Hausenstein seit den 20er Jahren kannte.
- 3 Die Unternehmerfamilie Franck und ihr Verhältnis zu Adolf Hitler und zum Nazi-Regime insgesamt sind Gegenstand historischer Untersuchungen geworden. Weitere Informationen dazu siehe http://industriegeschichte.at/Betriebe/Franck/Franck_18.html (besucht am 7.6.2019). Für unseren Zusammenhang wichtig ist die Tatsache, dass Otto Heinrich Franck nicht als regimenahe galt und im Rahmen seiner Familie Engagement für Menschenwürde und freies Denken bewiesen hatte.
- 4 Brief vom 12.1.1950.
- 5 Am 13.12.1951 schreibt Schenk in einem Brief über eine Nummer der »Frankfurter Rundschau« zum »Fall Haack«; dabei ging es offenbar um einen Konflikt mit dem Botschafter v. Campe, der zur Deutschen Partei gehörte, die für Monarchie und die Waffen-SS eintrat. – Haack hat 1951 ein Buch publiziert (»Über den Nachruhm«) und darin am Beispiel Napoleons die bedenkliche Rolle der Geschichtsschreibung bei der Verherrlichung von kriegstreibenden Diktatoren analysiert. Er zielte dabei ganz offensichtlich gegen diejenigen Kreise, die Hitlers Politik Positives abgewinnen wollten. Der verklausulierte Stil lässt erkennen, wie konfliktreich das Verhältnis zwischen »Sympathisanten« des NS-Regimes und Kritikern (wenn nicht aktiven Widerständlern) desselben noch zu Beginn der 50er Jahre war.
- 6 Ass. Française pour les relations économiques avec l'Allemagne; gegründet im Juli 1949 unter Mitwirkung von Außenminister Schuman.
- 7 Graf Leutrum war am 2. Juli 1948 nicht persönlich anwesend, unterschrieb aber später die Gründungsurkunde.
- 8 Es kann also keine Rede davon sein, dass Heuss die Gründung als seine Aufgabe angesehen hat, und er hat auch keineswegs den Ort Ludwigsburg bestimmt, wie es in manchen Publikationen heißt. Diese Fehlinformationen gehen offenbar auf einen Bericht von Karl Moersch zurück, den dieser für Robert Picht aus der Erinnerung geschrieben hat, ohne irgendwelche Quellenarbeit. Eine Kopie ist im Archiv des dfi vorhanden.
- 9 Der Umzug von der Kurfürstenstraße in das heutige Domizil in der Asperger Straße 34 erfolgte im Herbst 1956, die offizielle Einweihung des neuen Institutssitzes war am 8. Dezember 1956.
- 10 In der Korrespondenz ist der Hinweis auf ein »Büro Thompson« enthalten. Es konnte bisher nicht geklärt werden, worum es sich dabei handelt.
- 11 Joseph Breitbach und Jean Schlumberger waren eng verbunden. Wer sich für diese Epoche deutsch-französischer Beziehungen, auch und besonders im literarisch-künstlerischen Milieu interessiert, sei auf den reichhaltigen und regelrecht spannend zu lesenden Briefwechsel zwischen den beiden verwiesen; Wolfgang Mettmann und Alexandra Plettenberg (Hrsg.): Joseph Breitbach – Jean Schlumberger. Man hätte es von allen Dächern rufen sollen. Briefwechsel 1940–1968, Berlin 2018.
- 12 Pommier machte eine brillante internationale Karriere. Seine Dissertation befasste sich mit der Grafschaft Montbéliard, was den Kontakt nach Ludwigsburg erklären würde. 1961 wurde er Direktor des Institut Français in Stuttgart. Er verstarb am 17. September 2018.
- 13 Der Bericht von November 1959 listet sieben Institutionen und 27 Personen auf, mit denen Schenk während der zehntägigen Reise Gespräche führte.
- 14 Allerdings ist das dfi bis heute von seiner institutionellen Struktur her eine deutsche Einrichtung, was sich auch in der überwiegend von deutschen Institutionen stammenden Finanzierung zeigt.

Quellen- und Literaturhinweise

Die nicht weiter in den Anmerkungen präzisierten Quellen stammen aus dem dfi-internen Archiv, das nicht ohne vorherige Genehmigung zugänglich ist. Interessenten mögen sich an die Institutsleitung wenden. Auch im Stadtarchiv Ludwigsburg gibt es eine Akte zum Deutsch-Französischen Institut.

Frank Baasner u.a. (Hrsg.): Zu unserem Glück vereint. Ludwigsburger Reden zu Europa, Ludwigsburg 2017.

Hans Manfred Bock (Hrsg.): Projekt deutsch-französische Verständigung. Die Rolle der Zivilgesellschaft am Beispiel des Deutsch-Französischen Instituts in Ludwigsburg, München 1998.

Institut Français de Stuttgart (Hrsg.): Die französische Deutschlandpolitik zwischen 1945 und 1949, Tübingen 1987.

Franz Knipping und Jacques Le Rider (Hrsg.): Frankreichs Kulturpolitik in Deutschland, 1945–1950, Tübingen 1987.

Katja Marmetschke: Alfred Grosser und das Comité d'échanges avec l'Allemagne nouvelle. Zur Exemplarität eines Mittlerengagements in den deutsch-französischen Beziehungen der frühen Nachkriegszeit, in: Lendemains Bd. 37, Nr. 146/47, 2012.

Buchbesprechungen

Die Kerner.

Eine Familiengeschichte.

Felix Huby und Hartwin Gromes

Tübingen 2018, 270 S., Abb.

Das Autorenduo Felix Huby und Hartwin Gromes hat im vergangenen Jahr einen historischen Roman über die württembergische Familie Kerner, in der Stadt und im Landkreis Ludwigsburg vielfältig wirksam und wohlbekannt, vorgelegt. Zeitlicher Rahmen ist im Wesentlichen das sogenannte »lange« 19. Jahrhundert zwischen Französischer Revolution und dem Ende der Monarchie in Deutschland. Anspruch und Ziel werden im Untertitel verdeutlicht: Es geht nicht um trockene Fakten und Argumente, sondern um das Erzählen einer lebendigen Familiengeschichte.

Die drei auf dem Cover abgebildeten Söhne des Ludwigsburger Oberamtmanes Christoph Kerner (1744–1799) und seiner Frau Friederike Luise stehen – neben zahlreichen weiteren Familienmitgliedern und Zeitgenossen – eindeutig im Zentrum des Romangeschehens. Sie sollen hier kurz vorgestellt werden.

Das Leben Karls (1775–1840) dürfte den Leserinnen und Lesern am wenigsten bekannt sein. Umso dankbarer werden diese für die differenzierte Zeichnung des disziplinierten, zeitlebens königstreuen Mannes sein. Der erfolgreiche Militär und Beamte (er brachte es bis zum Generalmajor, war sogar kurzfristig württembergischer Innenminister) liebäugelte gemäßigt liberal mit dem aufkommenden Nationalismus und zeigte sich wach und tätig mit Blick

auf die gravierenden sozialen Probleme des Landes nach der verheerenden Niederlage in Russland 1812/13.

Noch mehr Raum wird dem ältesten Bruder Johann Georg (1770–1812) gegeben. Sein recht kurzes, aber ungeheuer bewegtes Leben ist in den letzten Jahren auch in der Ludwigsburger Öffentlichkeit verstärkt thematisiert worden. Huby und Gromes schildern mit spürbarer Sympathie die Entwicklung vom Medizinstudenten an der Hohen Karlsschule in Stuttgart über den Jakobiner in Frankreich nach 1789, der später als Diplomat für die revolutionäre Republik tätig wurde, bis zum Armenarzt in Hamburg nach dem Bruch mit Napoleon, dem er zwei Mal persönlich begegnet war.

Die Figur des nach wie vor bekanntesten Kerners, Justinus (1786–1862), stellt die strukturelle Achse des Romans dar. Sein Leben und Werk als »Arzt, Poet, Geisteseeher« (Otto-Joachim Grüsser) zwischen Aufklärung und Romantik liegt in vielerlei Hinsicht quer zu gängigen Einteilungsrastern; wohl ein Grund dafür, dass er von der akademischen Wissenschaft in den letzten Jahrzehnten nur unverdient wenig Aufmerksamkeit fand. Der Roman verknüpft die Geschichte des Nesthäkchens jedoch geschickt mit den anderen Figuren und bleibt damit bei seinem Thema. So erhält etwa die schwärmerische Liebe des jungen Mannes zu seiner Schwägerin Johanna breiten Raum. Überraschend deutlich ist der Akzent auf dem »homo politicus« Justinus Kerner. Er wird, nicht zuletzt im Kontrast zu Karl und Georg, als durch und durch liberaler Mann der Mitte – zwar

mit einem Faible für adlige Bekanntschaften und Auszeichnungen, aber ärmeren Schichten gegenüber vorurteilsfrei und ausgesprochen hilfsbereit eingestellt – plastisch.

Die Familiengeschichte der Kerners wird jedoch keineswegs streng chronologisch aufgerollt. *Medias in res* beginnt der Roman mit dem schweren Gang des bereits gebrechlichen Justinus zu seinem wegen demokratischer Umtriebe auf dem Hohenasperg eingesperrten Sohn Theobald (1817–1907); immer wieder kommt er auf diese Schlüsselszene aus dem Jahre 1851 zurück. Höhepunkt ist die Begegnung der drei Familienzweige nach dem Tode Georgs bei Karl von Kerner auf dem Schnaitberg, wo in geselliger Runde auch ernste Familiengeschichten zum Besten gegeben werden. Nach 23 Kapiteln schließt ein Epilog den Kreis dann überraschend in der Stadt Ludwigsburg: Der Roman erscheint nun als die fiktive Umsetzung eines Schreibprojektes von Tony Schumacher (1848–1931), einer Enkelin Karl Kerners.

Der Aufbau ist also durchaus kunstvoll und sehr abwechslungsreich. Zahlreiche Rückblicke und gelegentlich augenzwinkernde Vorausdeutungen beleben den Lesefluss. Die Erzählerinstanz ist, was Sprache und Wissensstand angeht, betont nahe am erzählten Geschehen angesiedelt, was für die heutige Leserschaft eine eher beschauliche Ferne bewirkt. Zahlreiche eingebettete Zitate meist lyrischer Texte verstärken diesen Effekt.

Insgesamt wird eine faszinierende, gut lesbare Geschichte erzählt, deren Gehalt nicht (nur) auf die leichte Schulter zu nehmen ist: Unterhaltung und Belehrung bilden eine beinahe klassisch zu nennende Einheit. Justinus Kerner formuliert das im Roman, freilich »schmunzelnd«, so: »Das Volk nimmt Warnungen und Belehrungen nie gläubiger und folgsamer an, als wenn man sie ihm [...], geschärft mit Mordge-

schichten, nahebringt« (S. 243). Der nüchterne Karl gibt demgegenüber mit Blick auf mögliche Lehren aus der Geschichte eher resigniert zu bedenken, als er seinen Rücktritt vom aktiven Militärdienst mit den erlebten Kriegsgräueln begründet: »Die alten Geschichten [...] will niemand mehr hören« (S. 178). Man sollte sie aber hören. Und lesen: Aktuell ist der Roman nämlich allemal, »schließlich leben wir in Zeiten, in denen alles irgendwie politisch ist« (S. 53), sagt Georg als französischer Gesandtschaftssekretär 1798 in Maulbronn zu seiner Mutter Friederike. Das gilt auch heute.

Das vom Tübinger Verlagshaus Klöpfer & Meyer schön hergestellte Buch, versehen mit ausführlicher Zeittafel, einem Stammbaum der Familie Kerner und natürlich einer Abbildung des Kernerhauses in Weinsberg samt Geisterturm und Weibertreu, vermag die Erinnerung an die Kerners in ihrer Zeit, die für unsere Gegenwart prägend ist, auch bei einem breiteren Publikum wachzuhalten – wissenschaftliche Forschung ersetzt es naturgemäß nicht.

Uwe Jansen

Das Kreuz des Südens. *Historischer Roman.*

Sabine Kaufmann

Tübingen 2018, 320 S.

Die Geschichte des Kapregiments, das von der niederländischen Ostindien-Kompanie in Südafrika, Indien, Sri Lanka und Südostasien eingesetzt wurde, ist berüchtigt: Nur 100 der ursprünglich 3200 Regimentsangehörigen überlebten die mehrjährigen Strapazen und fanden später in ihre schwäbische Heimat zurück.

Das Buch lädt den Leser vor diesem Hintergrund zu einer Reise ins 18. Jahrhundert ein. Die Magd Lotte führt im Jahr 1786 in

Mundelsheim ein karges und mühevolleres Leben. Aus ihrer Perspektive erscheint es, als hätten es die Männer viel einfacher und seien »frei und ungebunden«. Um diesem Leben zu entkommen, beschließt sie, sich in Männerkleidung für den Militärdienst in der Garnison Ludwigsburg zu melden. Aus Lotte wird Louis und unversehens wird sie für das Kapregiment angeworben. Schnell findet sie sich auf einer großen Reise in fremde Länder wieder. Bald schon wird offenbar, dass es sich bei den Reisenden um die aus Geldnot verkauften Soldaten des Herzogs Carl Eugen von Württemberg handelt. Neben Lotte begegnet der Leser auch Joseph, der nicht freiwillig zum Militärdienst gekommen ist und dem Herrn von Hügel, dem Oberbefehlshaber des Regiments.

Sabine Kaufmann springt zwischen den Hauptfiguren des Romans und schildert die Ereignisse aus deren jeweiligen Perspektiven. Gleichzeitig wechselt sie zwischen verschiedenen Schauplätzen, die die Kapitelüberschriften bilden. Durch diese Sprünge entwickelt der Roman Spannung, ohne den Lesefluss zu beeinträchtigen. Der Inhalt ist aufgrund des realen Hintergrunds nicht rein belletristischer Natur, sondern weist auf ein historisches Ereignis hin. Der Roman ist kurzweilig, mit Figuren, die zur Identifikation einladen. Gleichzeitig zeichnet er sich durch realistische Schilderungen aus, ohne zu beschönigen.

Das Buch ist aufgrund seines handlichen Taschenbuchformats auch der ideale Reisebegleiter. Da der Roman in der Region Ludwigsburg seinen Anfang nimmt, ist er für alle, die sich mit dem Landkreis verbunden fühlen, eine zu empfehlende Wochenend- und Feierabendlektüre. Eine Karte der Reiseroute des Kapregiments wäre wünschenswert gewesen. Dem Buch beigelegt ist eine übersichtliche Liste der realen und der erfundenen Personen.

Regina Witzmann

Von Welzheim nach Ludwigsburg. *Auf Spurensuche zur Geschichte einer bürgerlichen Familie namens Fischer.*

Volker Grub

Ubstadt-Weiher 2019, 264 Seiten,
Abb. sowie eine Beilage.

Die Familiengeschichte, die der Rechtsanwalt Volker Grub über die Familie Fischer verfasst hat, zeichnet sich durch gründliche Recherche und mühevollere Rekonstruktionsarbeit aus. Sie basiert auf der intensiven Auswertung zahlreicher Archivbestände und kann als Vorbild für andere Familienforscher gelten. Bei diesem Buch wird offenbar, welche Mühen es bedeutet, genealogische Quellen mit der notwendigen Gründlichkeit auszuwerten, ohne sich in überflüssigen Details zu verlieren. Diesen Mittelweg zwischen zu viel und zu wenig beschreitet Volker Grub auf beachtenswerter Weise. Gleichzeitig gelingt es ihm, die Familienereignisse in den allgemeinen historischen Kontext einzubetten. Ein Punkt, an dem viele Familienforscher scheitern, denn nur die Aneinanderreihung von Namen und Zahlen stellt noch kein Forschungsergebnis dar.

Grub zeichnet in dieser Veröffentlichung ein Teil des Lebens seiner Vorfahren nach. Ausgangspunkt der Recherche ist Grubs Großmutter Julie Grub, eine geborene Fischer. Geografisch gesehen beginnt Grub seine Nachforschungen in der Körnerstraße in Ludwigsburg. Diese führen ihn zu den Wurzeln der Familie in Welzheim (mit einem Exkurs zur dortigen Mühlengeschichte). Alsdann begleitet er Johann Samuel Fischer ab 1770 als erstes Familienmitglied nach Ludwigsburg. Dort taucht er ein in bekannte

Quartiere der Residenz- und Garnisonstadt. Die Schorndorfer Straße, die Untere Reithausstraße oder der Kaffeeberg gewinnen durch Dokumente, Fotografien und Pläne an Kontur. Auch für die Mitglieder der Familie Fischer stellt sich wie für viele andere die Frage, ob sie ihr Heil in der Auswanderung suchen oder besser in der vertrauten Heimat bleiben sollen. Am Schluss enden die unterschiedlichen Lebensgeschichten der Familie Fischer mit einem Blick des Autors auf die denkmalgeschützten Gräber des Alten Friedhofs Ludwigsburg. Ihm ist es wichtig, den dort Bestatteten mit diesem Buch ein Gesicht zu geben.

Die Familiengeschichte Volker Grubs umfasst einen Zeitraum von ca. 1750 bis 2017 und liest sich wie ein nicht-fiktiver Familienroman. Besonders die untere Stadt in Ludwigsburg erfährt eine umfangreiche Würdigung. Hervorzuheben ist hier neben der Spurensuche des Autors auch die ansprechende Arbeit des Verlags Regionalkultur. Dabei sticht die beigelegte Ahnentafel hervor, die sich als Quintessenz der Recherchen Volker Grubs verstehen kann. Als historischer Laie schreibt Grub anschaulich, ohne zu dozieren und liefert ein zeitgemäßes Porträt einer württembergischen Familie im Lauf von zweieinhalb Jahrhunderten.

Regina Witzmann

Der »Schwäbische Dichterkreis« von 1938 und seine Entnazifizierung.

Stephan Molitor (Hrsg.)

Stuttgart 2019, 133 S.

Auch 75 Jahre nach dem Ende des »Dritten Reichs« besitzt die Auseinandersetzung mit dem Leben in einer totalitären Gesellschaft eine ungebrochene Aktualität. Dem klugen

und gleichzeitig sorgfältig recherchierten Band aus der Reihe der Sonderveröffentlichungen des Landesarchivs Baden-Württemberg ist es zu verdanken, dass die längst überfällige Beschäftigung mit den zum Schwäbischen Dichterkreis vorhandenen Quellen erfolgt.

Der Schwäbische Dichterkreis war eine lose Vereinigung von Dichterinnen und Dichtern, die 1938 anlässlich des 50. Geburtstags des württembergischen Reichsstatthalters Wilhelm Murr erstmals in Erscheinung trat. Die Beweggründe für diesen losen Zusammenschluss von etwa zwei Dutzend Schriftstellern waren vielschichtig und lassen sich in dem Spannungsfeld von Propaganda und Überwachung durch den NS-Staat einerseits, aber auch der persönlichen Befindlichkeit des Reichsstatthalters Murr und einem erhofften Karriereschub der einzelnen Mitglieder andererseits verorten. Unter der Leitung des NS-Kulturfunktionärs Georg Schmückle agierten die Mitglieder dieser Vereinigung auf sehr unterschiedliche Weise – ihre Werke bewegen sich zwischen Lobhudelei und eher als unauffällig zu bezeichnenden Veröffentlichungen.

Der schmale Band geht auf Arbeiten zurück, die Studierende des Tübinger Instituts für Geschichtliche Landeskunde und Historische Hilfswissenschaften für eine im Sommer 2019 im Staatsarchiv Ludwigsburg gezeigte Ausstellung recherchiert haben. In diesem Zusammenhang ist eine Begleitpublikation entstanden, die die Ausstellungstexte ergänzt. Dabei werden Kurzbiografien und Zitate aus den vor 1945 entstandenen Werken der Schriftsteller gesammelt. Die so ermittelten Eindrücke werden den Aussagen gegenübergestellt, die von den Dichtern nach dem Krieg vor den Spruchkammern gemacht wurden (Spruchkammern versuchten im Rahmen der Entnazifizierung zu klären, inwieweit Einzelne während der NS-Zeit die nationalsozialistische Ideologie unterstützt hatten). Dadurch ergibt sich ein sehr

inhomogenes Bild hinsichtlich der Positionierung der einzelnen Dichterkreis-Mitglieder. Die Bandbreite reicht von kritiklosem Führerkult bis zu verhaltener und eher widerwilliger Unterstützung der NS-Ideologie.

Eine öffentliche Distanzierung vom Nationalsozialismus durch einzelne Mitglieder des Dichterkreises ist bisher nicht bekannt. Mitglieder des Schwäbischen Dichterkreises waren unter anderem August Lämmle, Otto Gmelin, Isolde Kurz, Auguste Supper, Ludwig Finckh und Hans Heinrich Ehrler.

Der besprochene Band zeichnet sich durch sein differenziertes und abwägendes Vorgehen bei der Darstellung der einzelnen Dichter aus. Die Problematik, Spruchkammerakten als historische Quellen auszuwerten und die daraus resultierende notwendige Sensibilität, werden durch die vorliegende Arbeit erneut mehr als augenscheinlich.

Simon Karzel

Täter, Helfer, Trittbrettfahrer. *NS-Belastete aus der Region Stuttgart.*

Wolfgang Proske (Hrsg.)

Gerstetten 2019, 552 S., Abb.

Schon 1960 wies Franz-Josef Heyen auf die Notwendigkeit hin, die Geschichte des Nationalsozialismus auch in den Kommunen zu erforschen (Zeitgeschichte und Landeskunde. Zur Diskussion gestellt, in: GWU 11, S. 401–409). In den ersten 15 Jahren nach dem Ende der NS-Diktatur habe bereits eine intensive Beschäftigung mit der Ideologie des Nationalsozialismus, mit der NSDAP und mit führenden Repräsentanten des NS-Regimes stattgefunden. Dem stehe jedoch ein spürbarer Mangel an Lokalstudien gegen-

über. Dieser Mangel hatte freilich System, denn allzu gerne lenkten Täter an der Basis von eigener Schuld ab und identifizierten den Nationalsozialismus zuallererst mit Hitler, Himmler, Göbbels oder Göring.

Aus Sicht Heyens war es schon 1960 nicht mehr haltbar – nicht zuletzt angesichts einer zunehmend kritisch fragenden Jugend –, das Thema Nationalsozialismus in den Kommunen weiterhin auszublenden. Zugleich machte er darauf aufmerksam, dass nur auf der Grundlage von Forschungen zum NS-System in der Gemeinde wichtige Aussagen zur Sozial-, Alltags- und Kulturgeschichte des »Dritten Reiches« getroffen werden können.

Natürlich hat es entsprechend den Anregungen Heyens seit den 1970er Jahren wegweisende Studien zum Nationalsozialismus auf lokaler und regionaler Ebene gegeben, wie das vom Institut für Zeitgeschichte durchgeführte Projekt »Bayern in der NS-Zeit«. Gleichwohl haben erst in den letzten Jahren zahlreiche Gemeinden ihre Geschichte während der NS-Diktatur aufarbeiten lassen, so beispielsweise Kornwestheim (Thomas Großböling: Volksgemeinschaft in der Kleinstadt. Kornwestheim im Nationalsozialismus. Stuttgart 2017).

Der Heidenheimer Lehrer und Diplomsozialwissenschaftler Wolfgang Proske hat sich nun zum Ziel gesetzt, auf biographischer Grundlage die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit im Südwesten voranzutreiben. Ursprüngliches Ziel war es, Material für den Schulunterricht zusammenzustellen. Hieraus entwickelte sich mit »Täter, Helfer, Trittbrettfahrer« (THT) ein über zehn Jahre angelegtes Projekt zu NS-Tätern im Südwesten. In insgesamt zehn Bänden haben 127 Autoren 209 NS-Biographien aus Baden-Württemberg zusammengetragen.

Wie vielfältig die Widerstände bei der Verwirklichung des Forschungsprojektes dabei noch immer waren, führt Proske dem Leser im Einleitungskapitel (S. 7–26) vor Augen: Bei den Recherchen nach der NS-Vergan-

genheit von Fürst Ernst II. von Hohenlohe-Langenburg und dessen Tochter Alexandra wurde dem Autor der entsprechenden THT-Beiträge die Sichtung etwaiger Quellen verweigert. Auch hat es sich als nicht möglich erwiesen, in Langenburg oder Umgebung »einen Ort zu finden, wo ein einschlägiger Vortrag hätte stattfinden können« (S. 11). Trotz solchem systematischen »Beschweigen des Nationalsozialismus« (ebd.) an manchen Orten konnte THT in diesem Jahr mit einem Band zu 27 NS-belasteten Persönlichkeiten aus der Region Stuttgart abgeschlossen werden, darunter u.a. Wilhelm Holzwarth aus Bietigheim und Ferdinand Ostertag aus Ludwigsburg.

Mit Wilhelm Holzwarth stellt Christian Hofmann einen Vertreter des Arbeitnehmerflügels der NSDAP vor (S. 208–222). Holzwarth hatte ursprünglich eine Lehre als Buchhalter absolviert und in der Weimarer Zeit bei den Deutschen-Linoleum-Werken (DLW) in Bietigheim gearbeitet. Wie viele NSDAP-Mitglieder hatte er, bedingt durch Weltkriegsteilnahme, die Dolchstoßlegende und wirtschaftliche Not, eine Radikalisierung durchlaufen. Wie Hoffmann aufzeigt, versuchte Holzwarth sich in seinem Entnazifizierungsverfahren später als irre geleiteten Idealisten darzustellen, der sich angeblich durch das soziale Programm der NSDAP angesprochen gefühlt habe. Dementsprechend trat er 1931 in die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) ein. Diese vertrat sozialromantische bzw. sozialutopische Forderungen wie »die Überwindung des Klassengegensatzes in der gesellschaftlichen Realität« (Zitat in Anlehnung an Volker Kratzberg, S. 213). In der »Betriebsgemeinschaft« sollte die »Gleichheit aller schaffenden Deutschen« verwirklicht werden. Innerhalb der NS-Bewegung war die NSBO umstritten, es handelte sich bei ihr um eine Gründung von der Basis her, da die NSDAP hinsichtlich ihrer Stellung zur Gewerkschaftsfrage uneins war.

In Bietigheim agierte Holzwarth als NSBO-Funktionär mit Hilfe seines Bruders, der NSBO-Kreisleiter war und später zum Bürgermeister Bietigheims aufsteigen sollte. Im April 1933 wird Holzwarth zu den Funktionären gezählt haben, die darauf hofften, die NSBO werde das Erbe der Gewerkschaften antreten. Tatsächlich wurde die NSBO in die Einheitsorganisation von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die Deutsche Arbeitsfront (DAF), eingereiht und war vor allem für Propaganda zuständig.

Als Mitglied des »Vertrauensrates« der DLW war Holzwarth für die Durchführung von Betriebsappellen am 1. Mai zuständig, zugleich kümmerte er sich auch um die soziale Kontrolle. So drängte er auf die Entlassung politisch missliebiger Angestellter, schickte 1936 einen Zeugen Jehova, der die Teilnahme an der Reichstagswahl verweigert hatte, oder gab Gutachten über die politische Zuverlässigkeit von Beitrittskandidaten zur örtlichen NSDAP.

Ab 1938 ging es mit der politischen Karriere Holzwarths bergab. Persönliche Differenzen innerhalb des »Vertrauensrates« der DLW führten zu seinem Ausscheiden bzw. dazu, dass er auf eine subalterne Position abgeschoben wurde. Gleichwohl blieb Holzwarth bis 1945 überzeugter Nationalsozialist. In einem Brief an Rudolf Heß pochte er auf den Erhalt einer NS-Auszeichnung, denn die NSDAP habe ja seinen Lebensinhalt dargestellt. In der Nachkriegszeit wurde Holzwarth gleichwohl im Spruchkammerverfahren vom Minderbelasteten zum Mithäufherabgestuft und ging wieder normal seiner Arbeit bei den DLW nach.

Auch Ferdinand Ostertag, mit dem sich der Beitrag von Jochen Faber beschäftigt (S. 342–353), gelang es, nach 1945 in knapp zwei Jahren vom Hauptschuldigen zum Minderbelasteten herabgestuft zu werden, obwohl er einer der führenden Nationalsozialisten in der Ludwigsburger Kommunalpolitik war. Ursprünglich arbeitete Ostertag

bei der Bausparkasse GdF Wüstenrot, gleichzeitig trat er für sozialreformerische Ziele ein. Diese verbanden sich bei ihm jedoch mit neuheidnischen Vorstellungen bzw. einem arisch-nordischen Glaubenskonstrukt.

Gemäß der Einschätzung seines Arbeitgebers war Ostertag ein zielstrebigem Mitarbeiter. Wie Jochen Faber aufzeigen kann, versuchte sich Ostertag in seinem Spruchkammervverfahren dagegen als eher zögerlich zu charakterisieren. Nur schrittweise habe er in der NS-Bewegung Verantwortung übernommen, im Grunde gegen seinen Willen sei er zum Ortsgruppenleiter aufgestiegen, auch das Amt des Vertrauensmannes des SD (Sicherheitsdienst der SS) bei der GdF habe er nur übernommen, um Schlimmeres zu verhindern.

Der eigenen Interpretation nach war Ostertag um »Sauberkeit« bemüht, auch habe er in der NS-Zeit nur das Wohl Ludwigsburgs vertreten. Tatsächlich muss Ostertag jedoch als NSDAP-Fraktionsvorsitzender im Gemeinderat und ehrenamtlicher Bürgermeister als »Scharfmacher« (S. 347) bezeichnet werden. Anhand der Gemeinderatsprotokolle kann Faber nachweisen, dass Ostertag eine maßgebliche Rolle im Gemeinderat einnahm, als politische Gegner hinausgedrängt wurden. Zugleich drängte Ostertag mehrfach auf die Durchführung, ja auf die Verschärfung antisemitischer Maßnahmen und war mindestens in einem Falle an einer Arisierung beteiligt.

Den traurigen Höhepunkt des unheilvollen Wirkens Ostertags bildeten die von ihm mitverantwortete Brandstiftung an der Ludwigsburger Synagoge im Gefolge der Reichspogromnacht wie auch die Plünderung der Synagoge in Freudental. Immerhin wurde Ostertag 1947 für seine Mitverantwortung bei der Ludwigsburger Brandstiftung verurteilt. Auch konnte er beruflich nicht zur GdF Wüstenrot zurückkehren, die er während der NS-Zeit geleitet hatte. »Ab März 1950 arbeitete Ferdinand Ostertag jedoch für die Leon-

berger Bausparkasse. Im vielfach zerstörten Deutschland gab es erheblichen Bedarf an Aufbau und auch für Bausparkassen ein großes Betätigungsfeld« (S. 353).

Einen Bezug zu Ludwigsburg weist zudem die Biographie von Hans Olpp (von Steffen Seischab, S. 319–341) auf, der als damaliger Kommandeur der SA-Standarte 123 in Ludwigsburg ebenfalls an der Brandstiftung an der dortigen Synagoge beteiligt war. Über die Täterbiographien hinaus beinhaltet THT 10 abschließend ein Interview mit Jens Rommel, in dem dieser die Arbeit der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg vorstellt (S. 521–525).

Wolfgang Prose und seine Mitstreiter werden ihrem Anspruch, einen Beitrag zur Täterforschung und zur Frage nach dem Funktionieren des NS-Regimes an der Basis zu leisten, vollauf gerecht. Durch den Blick auf NS-Belastete im lokalen Rahmen wie Holzwarth und Ostertag ist THT eine wichtige Ergänzung bzw. Erweiterung zu dem 1997 von Michael Kißener und Joachim Scholtyseck herausgegebenen Band »Die Führer der Provinz: NS-Biographien aus Baden und Württemberg«, in dem vor allem NS-Funktionäre auf Landesebene vorgestellt werden.

Michael Kitzing

Heutingsheimer Familienbuch. 16. bis 18. Jahrhundert.

Dieter Rudolf Skruzny

Freiberg 2019, 366 S., Abb.

Wer sich mit der Erforschung der eigenen Familiengeschichte beschäftigt, wird als Laie beim unverzichtbaren Studium der Kirchenbücher mit ihren Tauf-, Ehe- und Totenregistern meist sehr schnell an seine Grenzen

stoßen. Der Aufbau der Bücher, die vielen Querverweise und vor allem die schwer lesbaren Handschriften ersticken die forscherschen Ambitionen oft schon im Keim.

Familienforscher, die Vorfahren in Heutingsheim besitzen oder vermuten, können sich dagegen glücklich schätzen, denn ihnen hat Dieter Rudolf Skruzny mit seinem Familienbuch einen Großteil ihrer Arbeit bereits abgenommen. In dem im Februar 2019 in 2. Auflage erschienenen Familienbuch hat er die Ergebnisse seiner gut 30-jährigen Forschungen zusammengefasst und damit den Benutzern zugänglich gemacht. Bei seinen Recherchen wertete Skruzny neben den Kirchenbüchern vor allem auch Abgaben- und Güterverzeichnisse, Gerichtsakten sowie Listen über Heiratsinventare und Erbschaftsteilungen aus.

Im ersten Teil des Buches sind die einzelnen Familien und deren Mitglieder mit allen Daten zu Familienstand und Besitzverhältnissen in alphabetischer Reihenfolge für die Zeit von 1549 bis 1650 aufgeführt. Der zweite, wegen der besseren Quellenlage umfangreichere Teil bildet den Schwerpunkt des Familienbuches und umfasst die Zeit von 1650 bis 1800. Die einzelnen Familien, von Abele bis Zoll, und deren Mitglie-

der sind mit einer Buchstaben-Zahlenkombination eindeutig gekennzeichnet, was das Auffinden von Querverweisen und damit die Benutzung des Buches wesentlich vereinfacht. Darüber hinaus verweisen gut 850 Fußnoten auf die benutzten archivischen Quellen.

Neben der naturgemäß etwas trockenen Bestandsaufnahme der Familiendaten und Verwandtschaftsverhältnisse bietet das Buch vor allem eine reiche Sammlung von zeitgeschichtlich interessanten Details, die Skruzny hauptsächlich den Gerichtsakten sowie den Inventaren und Teilungen entnommen und quasi als Abfallprodukte seiner Forschungen dem Leser zugänglich gemacht hat. Als Beispiele seien hier angeführt: die Auswandererschicksale von Mitgliedern der Familien Essig, Graf oder Herdte; das bewegte Leben des Findelkinds Friedrich Lebrecht; die abenteuerlichen soldatischen Karrieren des Johann Michael Cronberger und des Johann Jakob Marquardt oder das unrühmliche Ende von Hans Georg Bömmerle.

Als Ergänzung beschließt eine Zusammenstellung aller Eheschließungen ortsfremder Paare in Heutingsheim das Familienbuch.

Günther Bergan

Bildnachweis

- Archiv der Brüdergemeinde Korntal: S. 159 (o.), 160, 161, 173, 178, 182 (o.), 186, 187
Archiv der Leonberger Kreiszeitung: S. 162 (o.), 166, 168, 170, 172, 182 (u.)
Günther Bergan, Ludwigsburg: S. 87–89, 93, 95
Deutsch-Französisches Institut Ludwigsburg: S. 194, 204
Hermann Ehmer, Stuttgart: S. 10
Evangelische Stadtkirchengemeinde Ludwigsburg: S. 85
Patricia Fischer, Asperg: S. 27
Robert Gaupp, Tübingen: S. 147
Hauptstaatsarchiv Stuttgart: S. 18 (u.)
Haus der Geschichte Baden-Württemberg: S. 137
Florian Hoffmann, Stuttgart: S. 124
Interessengemeinschaft Asperger Weingärtner e.V.: S. 32
ISTW Planungsgesellschaft, Ludwigsburg: S. 104
Kreisarchiv Ludwigsburg: S. 23, 24, 28, 31, 38, 43, 45, 84, 111, 113, 123, 138, 143, 156, 157, 159 (u.), 197
Landesarchiv Speyer: S. 12
Ludwigsburg Museum: S. 102
Österreichische Nationalbibliothek Wien: S. 51, 53, 55, 57, 59, 60
Privatbesitz: S. 179
Staatliche Museen zu Berlin, Kupferstichkabinett: S. 14
Staatsarchiv Ludwigsburg: S. 25, 109, 110 (u.), 115, 135, 139
Staatsgalerie Stuttgart: S. 56
Stadtarchiv Asperg: S. 21, 29, 36, 40, 42, Umschlagbild
Stadtarchiv Ditzingen: S. 110 (o.), 116, 117, 119, 121
Stadtarchiv Ludwigsburg: S. 91
Stadtarchiv Ludwigsburg, Sammlung Aigner: S. 100, 101, 134
Stadtarchiv Ludwigsburg, Sammlung Otto Schick: S. 98
Stadtarchiv Mühlacker: S. 142
Stadtarchiv Winnenden: S. 145
Universitätsbibliothek Tübingen: S. 61
Verlag Ungeheuer + Ulmer: S. 69, 71, 74–78
Erich Viehöfer, Marbach: S. 136, 149
Württembergische Landesbibliothek Stuttgart: S. 18 (o.), 20, 162 (u.), 174, 180

Ludwigsburger Geschichtsblätter 1900–2019

Heft	Jahr	Seiten
Redaktion Christian Belschner		
1	1900	87
2	1901	100
3	1903	106
4	1905	186
5	1909	115
6	1911	88
7	1913	57
8	1916	48
9	1923	119
10	1926	107
11	1930	133
12	1939	46

Redaktion Dr. Oscar Paret		
13	1957	140
14	1960	66

Redaktion Heinrich Gaese		
15	1963	162
16	1964	203
17	1965	207
18	1966	192
19	1967	164
20	1968	196

Redaktion Dr. Willi Müller		
21	1969	92
22	1970	116
23	1971	195
24	1972	272
25	1973	141
26	1974	141
27	1975	199
28	1976	161
29	1977	179

Redaktion Dr. Paul Sauer		
30	1978	128

Redaktion Dr. Wolfgang Schmierer		
31	1979	148
32	1980	188
33	1981	256
34	1982	176
35	1983	180
36	1984	242
37	1985	245
38	1985	196
39	1986	224

Heft	Jahr	Seiten
Redaktion Dr. Wolfgang Schmierer		
40	1987	252
41	1988	200
42	1988	224
43	1989	188
44	1990	232
45	1991	236
46	1992	232
47	1993	168
48	1994	196
49	1995	264
50	1996	200
51	1997	244

Redaktion Dr. Thomas Schulz		
52	1998	240
53	1999	228
54	2000	220
55	2001	256
56	2002	204
57	2003	200
58	2004	296
59	2005	216
60	2006	224
61	2007	216
62	2008	220
63	2009	204
64	2010	248
65	2011	232
66	2012	240
67	2013	228
68	2014	248
69	2015	248
70	2016	248
71	2017	208
72	2018	272
73	2019	216

Hefte 1–4, 11, 13, 26, und 28 vergriffen, alle anderen lieferbar.

Ebenfalls noch lieferbar ist der 1997 vom Historischen Verein zu seinem 100-jährigen Jubiläum herausgegebene Sammelband „Ludwigsburg. Erinnerungen aus Stadt und Kreis 1987–1997“.

Bestellungen:

**Ungeheuer + Ulmer KG GmbH + Co.,
Körnerstraße 14–18, 71634 Ludwigsburg,
Telefon (07141) 130-219/-220,
buchverlag@u-u.de**

Aus dem Inhalt

Die Ersterwähnung von Asperg vor 1200 Jahren

Aus der Geschichte des Weinbaus in Asperg

Als Asperg wieder Stadt wurde (1875)

Wird die Reformation rückgängig gemacht?

200 Jahre Ludwigsburger Kreiszeitung

»Aecht Franck«

»Das Strohgäu dem Weltverkehr erschließen«

Lehrer, Dichter, Massenmörder

Korntal wird nationalsozialistisch (1930–1940)

Fritz Schenk und die Gründung des Deutsch-Französischen Instituts



Stadt und Kreis Ludwigsburg

ISSN 0179-1842

